MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

SCHÖNE NEUE WOHNWELT

Kommunaler Wohnbau und soziale Bewegungen in Wien

Verfasser

Daniel Penninger, BA

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2015

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 066/905
Studienrichtung lt. Studienblatt:	Masterstudium Soziologie
Betreuer:	Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Christoph Reinprecht

Inhaltsverzeichnis

(*) Widmung und Danksagung *7*

(1) Einführung und Erkenntnisinteresse **9**

(2) Kommunaler Wohnbau und soziale Bewegungen. Ein historischer Überblick **11**

* Einleitung Historischer Teil

(2.1) Eine Geschichte des Wohnens in Wien **12**

* Vorgeschichte und Vorbedingungen des Roten Wien
* Das Rote Wien und der Austromarxismus (1918-1934)
* Austrofaschismus und Nationalsozialismus (1934-1945)
* Nachkriegsjahre und das fordistische Zeitalter (1945-1970er)
* Postfordismus und Neoliberalisierung des Wohnbaus (70er Jahre bis 80er)
* Die neue Wohnqualität und das Ende der Gemeindebauten (90er bis Gegenwart)

(2.2) Geschichte der sozialen Bewegungen rund um das Thema Wohnen in Wien **30**

* Die Wiener Siedler*innenbewegung (1910er bis 1930er Jahre)
* Die Lobau und ihre Bewohner*innen
* Kommunenbewegung und Wohngemeinschaften (1960er und 70er)
* Jugendbewegungen, Autonome und Besetzungen in Wien (70er und 80er)
* Gemäßigter Protest, Gentrifizierung und Beteiligungsstrategien
* Mehr Besetzungen. EKH, Pankahyttn, Wagenplätze und mehr. (1990er-2010er Jahre)

(3) Theorieteil **52**

* Einleitende Worte Theorieteil

(3.1) Die neoliberale Stadt und die Ware Wohnen 53

* Anfänge und Verbreitung des Neoliberalismus
* Die Neoliberale Stadt. Kommodifizierung und der Ausverkauf des Kommunalen
* Schöne neue Wohnwelt
* Neue Wohnungseigentümer*innen und die Spekulation
* Die Stadt und der Staat in der neoliberalen Wohnwirklichkeit
* Wohnen in Wien und darüber hinaus

(3.2) Lefebvre, die Produktion des Raumes, das Recht auf Stadt und dessen Weiterführung 63

* Henri Lefebvre
* Weiterführung marxistischer Raumtheorie

(3.3) Soziale Bewegungen und das Recht auf Stadt 71

* Räume und Nischen der sozialen Bewegungen

(4) Empirische Untersuchungen 75

(4.1) Methodenteil 77

* Grundsätzliches
* Konkretes Vorgehen

(4.2) Stadtperspektiven 89

(4.2.1) Die Stadt und das Wohnthema. Magistrate, ausgelagerte Stellen und Moderatoren 89

* Die Stadt und ihre Magistrate
* Ein Moderator von und zwischen der Stadt (und den sozialen Bewegungen)

(4.2.2) Entwicklungen vom Roten Wien bis dato. Vom Gemeindebau bis zum geförderten Wohnbau 93

* Früher war alles Besser?
* Geförderter Wohnbau. Weiterführung der Gemeindebauten?

(4.2.3) Soziale Bewegungen und die Stadt 99

* Rückblicke und Verweise auf die Siedler*innenbewegung
* Einschätzungen eines Moderators. Vom Amerlinghaus bis zur Pankahyttn
* Soziale Bewegungen im Wandel?

(4.3) Fallbeispiele aus den sozialen Bewegungen 104

(4.3.1) Wagenplatz Gruppe Treibstoff 104

* Selbstverständnis und Ansprüche
* Beginn der Wagenplätze und Spaltungsgeschichte. Warum drei Wagenplätze?
* Methoden der Raumnahme. Mit oder ohne die Stadt?
* Der Zwischennutzungsgedanke. Einfach Mehrfach?
* Rund um das Wagenleben. Nachbarschaft, Medienarbeit und Netzwerke

(4.3.2) FLIT- Besetzungen 116

* (Feministische) Ansprüche und Hintergründe
* Das Recht auf Stadt und theoretische Überlegungen zu Raumnahme und Stadtverwaltung
* Praxis der Besetzungen
* Die Zeit danach und Reflexionen über die Ereignisse

(4.3.3) Pizzeria Anarchia 123

* Wie alles begann? Castella und die Pizzeria Teil 1
* Die Altmieter*innen und die neuen Pläne für die Mühlfeldgasse 12
* Räumungsversuch und Gericht. Castella und die Pizzeria Teil 2
* „Kein Gott, kein Staat, kein Mietvertrag.“ Demonstration am 5. Feber 2014
* Hausprojekt Pizzeria. Bewohner*innen, Öffnung und Positionen
* Community und Support. Die Nachbar*innenschaft
* Die anstehende Räumung und Gegenstrategien. Castella und die Pizza Teil 3

(5) Ergebniszusammenfassung 133

(6) Diskussionsteil **136**

* Einleitung
* Lefebvres Theorien und Verknüpfungspunkte
* Das Recht auf Stadt in Theorie und Praxis
* Neoliberale Wohnwelt, Kommodifizierung des Wohnens und dessen Auswirkungen
* Wohnen in Wien und die Rolle der Stadtverwaltung
* Die Stadt und die sozialen Bewegungen. Mit- und Gegeneinander
* Städtische Utopien. Soziale Bewegungen als möglicher Weg

(7) Literaturverzeichnis **155**

* Bücher
* Zeitschriften
* Internetquellen

(8) Anhang **167**

* Einleitung/ abstract
* Lebenslauf

(*) Widmung und Danksagung

Diese Arbeit ist jenen Personen gewidmet, welche die Utopie eines kollektiven Wohnens abseits kapitalistischer Interessen zu leben versuchen, dafür einiges in Kauf nehmen und dies selten gewürdigt wird. Es gibt noch Hoffnung, macht weiter so!

****

Danken möchte ich in diesem Sinne den Aktivist*innen sozialer Bewegungen für ihre Zeit und das Vertrauen in Bezug auf die durchgeführten Interviews. Ferner allen anderen Interviewpartner*innen und Personen, welche mir im Laufe dieser Arbeit weiterhelfen konnten.

Weiters ein großes Dankeschön an alle meine Freund*innen und Familienangehörigen, die mich wissentlich oder unwissentlich, finanziell oder psychisch, durch Korrekturlesen oder bloßes Zuhören und auch anderwertig unterstützt haben. Ihr seid großartig.

(1) Einführung und Erkenntnisinteresse

Das Bedürfnis auf einen (angemessenen) Wohnraum ist ein sehr grundlegendes und essentielles. Wenn man nicht die hierfür notwendigen Mittel zum Kauf einer Wohnung oder eines Hauses hat, ist man auf den Mietsektor angewiesen, welcher den entsprechenden Wohnraum für die Menschen bereitstellen sollte. Umso kritischer sind die Entwicklungen am Wohnungsmarkt zu sehen, in welchem das Wohnen scheinbar diesem grundlegenden Bedürfnis entkoppelt wird und zu einem Gut transformiert wird, welches immer exklusiver wird.

Das Thema Wohnen ist nicht nur in Wahlzeiten in aller Munde, sondern wird immerfort von Parteipolitik sowie anderen Interessensgruppierungen instrumentalisiert. Gerade in Wien ist dieses Thema in besonderer Weise geprägt, wird nicht zu knapp auf das einzigartige Wohnbauprogramm des Roten Wiens und den Beginn der Ära der Gemeindebauten, welche bis heute – jedoch in veränderter Weise – bestehen, verwiesen.
Die Mieten werden jedoch auch in Wien immer teurer und Wohnraum zum umkämpften Gut, was vor allem in den letzten Jahren vermehrt spürbar geworden ist und auch den städtischen Wohnbau nicht verschont hat. Eine Wohnung ohne Makler*in zu bekommen ist zur Ausnahme geworden, die Anforderungen – auch abseits finanzieller Kriterien – an die Mieter*innen steigen und Bezirke mit einem vormals niedrigeren Mietniveau[1] unterliegen einer strukturellen Veränderung.
Die wirtschaftstreibenden Akteur*innen haben erkannt, dass sich im Wohnsektor hohe Gewinne einstreichen lassen und investieren vermehrt in diesem Bereich. So wurde und wird Wohnraum zunehmend zum Anlage- und Spekulationsobjekt mit einhergehender veränderter Eigentümer*innenstruktur.

In der vorliegenden Arbeit soll es um die zunehmende Warenförmigkeit des Wohnens gehen und welche Auswirkungen diese hat. So wie viele andere Bereiche, wird schon seit geraumer Zeit auch der Wohnsektor kommodifiziert. So es in dieser Arbeit um die Kommodifizierung[2] des Wohnens geht, liegt es prinzipiell nahe, dass hier Akteur*innen der Wirtschaft und deren Handeln näher erforscht werden, um diesen Prozess zu veranschaulichen. Dies wird aber in dieser Arbeit wenn, dann nur am Rande geschehen.

---

1 Hier können als Paradebeispiele Ottakring und Favoriten genannt werden.

2 Kommodifizierung wird in dieser Arbeit als Prozess fortschreitender Vermarktlichung verstanden. Sprich, die kapitalistische Marktlogik weitet sich aus und in diesem Sinne wird das Gut Wohnen als Ware gehandelt. Hier könnte man in Bezug auf das Wohnen einwenden, dass dies nichts Neues sei und Wohnraum schon immer als Ware verstanden wurde. Wie in der vorliegenden Arbeit deutlich werden wird, stimmt das nicht ganz. Gerade Wien kann hier auf eine Geschichte verweisen, wo Wohnraum nicht nach marktwirtschaftlichen Kriterien vergeben wurde.

In der vorliegenden Arbeit liegt der Fokus des Forschungsinteresses eben auf der Rolle der Stadt[3] und wie diese mit den veränderten Bedingungen umgeht, sowie das eigene Wohnbauprogramm fortzusetzen versucht und welchen Einfluss auch hier Wirtschaftsakteur*innen haben.
Im Sinne eines Rechts auf Wohnraum sollen in dieser Arbeit auch soziale Bewegungen und deren Strategien und Perspektiven betrachtet werden. Der Begriff der sozialen Bewegungen ist vielseitig interpretierbar und wird für unterschiedlichste Gruppierungen verwendet. In dieser Arbeit werden aber weder Genossenschaftsbewegungen, noch Bürger*inneninitiativen einen großen Stellenwert haben, sondern es wird versucht, der größtmöglichen Opposition zu den bestehenden Wohnverhältnissen Raum zu geben. So sind die untersuchten Gruppierungen des empirischen Teiles dem Umfeld der autonomen Szene zuzuordnen. Dass diese – abgesehen von Einzelfällen, wie die Räumung der Pizzeria Anarchia – keine große Öffentlichkeit genießt und auch nicht daran interessiert ist, soll an dieser Stelle so stehen gelassen werden. Gerade weil diese Bewegung nicht reformistisch agiert und Utopien zu leben versucht, scheint sie umso interessanter und erforschenswerter zu sein.
Die zwei Ebenen (Stadt und soziale Bewegungen) sollen in dieser Arbeit näher beleuchtet werden und somit war hier vor allem der Schnittpunkt dieser unterschiedlichen Positionen und Handlungsweisen interessant. In diesem Sinne wird ein Bild des Kampffeldes um die Stadt nachgezeichnet und die unterschiedlichen Kräfte und Rollen zu verdeutlichen versucht.

Somit ist das Ziel der Forschung einerseits ein Verständnis über Strukturen und Prozesse in der Wiener Wohnwelt zu erlangen und andererseits, fokussiert auf die beiden besprochenen Ebenen, die Funktionen, Möglichkeiten und Grenzen der verschiedenen Herangehensweisen und Strategien auszuloten.

[3] Wenn in diesem Sinne von der Stadt gesprochen wird, ist nicht das betonierte Gebilde mit seinen Straßen und Häusern gemeint, sondern die Stadtverwaltung. In Wien ist diese in diversen Magistraten strukturiert. Hier muss zur Kenntnis genommen werden, dass die Stadtverwaltung nicht so einfach von wirtschaftlichen Akteur*innen zu trennen ist. Beispiele hierfür sind ausgelagerte Unternehmen wie Wiener Wohnen, welche zu Teilen der Stadtverwaltungen unterliegen und teils privatwirtschaftlich und somit gewinnorientiert agieren.

(2) Kommunaler Wohnbau und soziale Bewegungen. Ein historischer Überblick

Einleitung Historischer Teil

In diesem Teil der Arbeit soll ein historischer Bogen gespannt werden, um gegenwärtige Verhältnisse besser verstehen zu können und auch den Prozess zu veranschaulichen, wie es zu diesen gekommen ist. Es soll einerseits eine Geschichte des Wohnens, geknüpft mit der Frage der Kommodifizierung und andererseits damit verbundene soziale Bewegungen nachgezeichnet werden. Es scheint sinnvoll diese sozialen Bewegungen gleich in den historischen Kontext zum Wohnthema zu setzten, um auch diese Hintergründe zu klären.

Einen großen Teil wird das Thema des kommunalen Wohnbaus ausmachen. Da von Kommodifizierung die Rede ist, bedeutet dies, dass Wohnen im Unterschied zur jetzt gängigen Praxis einmal keine bzw. weniger Ware war. In diesem Sinne wird zeitlich betrachtet beim Roten Wien angefangen und grobe Veränderungen und Geschehnisse bis zur Gegenwart behandelt.

Mit der in dieser Arbeit vorliegenden Abhandlung der Geschichte des Wohnens, wie auch der Auseinandersetzung mit den in Zusammenhang stehenden sozialen Bewegungen kann – auch aufgrund des Umfanges der Arbeit – kein Anspruch auf Vollständigkeit gestellt werden. Jedoch wurde versucht, die wichtigsten Eckpfeiler für das vorliegende Thema wiederzugeben. Natürlich gäbe es einiges mehr an Nennenswertem und so wurden an entsprechenden Stellen Verweise angeführt, wo weitergelesen werden kann.

(2.1) Eine Geschichte des Wohnens in Wien

Vorgeschichte und Vorbedingungen des Roten Wien

> „Im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs der Hochgründerzeit[4] entstand in den ehemaligen Vororten [Wiens] ein wahrhafter Bauboom. Die rasche Errichtung immer neuer Wohnviertel im Rasterverfahren ließ aber auch die Grundstückspreise drastisch ansteigen – mitunter um bis zu 20% pro Jahr .“ (Petrovic 1998:40, zit. nach Kalnoky 2010:25)

Soweit zur Verdeutlichung der Situation wenige Jahrzehnte vor der Jahrhundertwende. Auf dem Weg ins 20. Jahrhundert zählte man in Wien ca. 2 Mio. Einwohner*innen. Damals kreisten die Vorstellungen um das Groß-Wien, welches auf 4 Mio. Einwohner*innen heranwachsen sollte. So war diese Zeit durch große Bauprojekte geprägt. Eine jener Personen, welche diese Projekte verwirklichen sollte, war der Architekturtheoretiker und Stadtplaner Otto Wagner. (vgl. Weihsmann 2002:13f) Der Bourgeoisie, dem Geldadel und Franz Ferdinand war dieser jedoch zu radikal und so konnte Wagner seine urbanen Vorstellungen „nur“ beim Bau der Wiener Stadtbahn und bei der Regulierung des Donaukanals verwirklichen, obwohl er die „absolutistisch-militärisch-ordnungspolitische[n] Vorstellungen“ zufriedenstellen konnte (Weihsmann 2002:85). Ähnlich wie Baron Haussmann in Paris, hatte Wagner breite, geradlinige Straßenverläufe in Planung, welche wirtschaftlich und kontrollfunktionalistisch gestaltet waren, jedoch in dieser Form nicht verwirklicht wurden (vgl. Weihsmann 2002:84).
Gleichzeit wurde zur Jahrhundertwende die Innenstadt durch diverse Ansiedlungen von Firmensitzen und Finanzinstitutionen zum Central Business District erklärt (vgl. Kalnoky 2010:26).
Eine weitere Großmaßnahme kann in der Errichtung zweier Gaswerke gesehen werden. Ausschlaggebend dafür war die Vorstellung der Gemeinde Wien, die Gasversorgung selbst in die Hand zu nehmen und somit wurde das erste Gaswerk im Jahre 1896 in Simmering und das zweite 1909 in der Leopoldau gebaut. (vgl. Weihsmann 2002:16)

Der in der Zeit zwischen 1897 bis 1910 amtierende Wiener Bürgermeister Karl Lueger – ein bekannter und bekennender Antisemit – legte zwar einige Grundpfeiler (auch) für den zukünftigen kommunalen Wohnbau, dies aber auf Kosten der ärmeren Bevölkerungsschichten (vgl. Weihsmann 2002:18). Luegers Politik gilt als „Übergang vom liberalen zum sozialstaatlich regulierten Modell“ (Kalnoky 2010:30). Die städtischen Betriebe machten nun ca. 30% der Gesamteinnahmen der

[4] Als Hochgründerzeit gilt in etwa die Zeit zwischen 1869 bis 1883 (vgl. http://www.wien.gv.at/kultur/kulturgut/architektur/bauperioden.html)

Gemeinde aus und auch die Anzahl der hierin Beschäftigten stieg von 2000 auf 30.000 Personen. Somit wurde die Gemeinde zur größten Arbeitgeberin (vgl. Kalnoky 2010:30). Gleichzeitig vertrat Lueger einen Antikommunismus und eine hohe Verschuldung resultierte aus dieser Zeit (vgl. Weihsmann 2002:18) .

Um die damalige Wohnsituation der Wiener Bevölkerung nach der „Ära Lueger" deutlich zu machen, die folgenden Zeilen: Vor 1914 mussten Mieter*innen in den Vororten durchschnittlich einmal jährlich aus finanziellen Gründen umziehen, wobei sich diese Umzüge großteils auf denselben Bezirk beliefen (vgl. Mattl 2000:132). Die folgenden Kriegsjahre brachten verständlicherweise keine Besserung und die Mieten stiegen nochmals stark an. Soldatenfrauen wurden delogiert und der Unmut wurde zunehmend stärker.[5] Mit Ende des ersten Weltkrieges und der ungarisch-österreichischen Monarchie verlor Wien seine zentrale Rolle und Wichtigkeit. Zu dieser Zeit lebten rund 6,5 Mio. Menschen in Österreich und davon ein Viertel in Wien. Die Lebensmittelversorgung aus Böhmen, Mähren, Ungarn und Polen blieb weitgehend aus und führte zu weiteren Problemen. Gleichzeitig kam es zur Binnenwanderung nach Wien und in diesem Zuge zur Wohnungsnot (vgl. Weihsmann 2002:18) Doch nicht nur wegen der vermehrt aufkommenden Binnenmigration war Wohnungsnot aufgekommen, sondern auch die Bauweise der Gründerzeit machte sich mehr und mehr bemerkbar:

> „Das *Wohnungselend* war aufgrund der bauspekulativen Ausrichtung der liberal-kapitalistischen Gründerzeit-Phase entstanden. Da Wohnungsproduktion und Wohnungserhaltung auf rein privat-kapitalistischen Kriterien einer kurzfristigen maximalen Profitierung basierten, waren Wohnwert und Wohnqualität sehr gering." (Weihsmann 2002:19)

Die Arbeiter*innen mussten ein Fünftel bis ein Viertel ihres Lohns für ihre schlechte Wohnunterkunft bezahlen. Viele konnten sich das nicht leisten und quartierten zusätzlich noch Schlafburschen und Bettmädel ein, die den nötigen Rest zur Miete beisteuern sollten. So konnten 58% der Personen aus Arbeiter*innenfamilien in keinem eigenen Bett schlafen. (vgl. Weihsmann 2002:19,22) Nach zunehmenden Protesten und aufgrund der verheerenden Lage wurde 1917 schließlich reagiert und es kam zum erkämpften Mietzinsstopp.[6]

[5] Vgl. http://www.dasrotewien.at/mieterschutz.html
[6] Vgl. http://www.dasrotewien.at/kommunaler-wohnbau.html

Das Rote Wien und der Austromarxismus (1918-1934)

* Die Anfänge

> „Wenn wir einst nicht mehr sind, werden diese Steine für uns sprechen.“ (Karl Seitz, anlässlich der Eröffnungsrede des Karl-Marx-Hofes am 12.10.1930)[7]

Am 3. November 1918 kam es zum Sturz der Monarchie und mit einhergehend kam das Wahlrecht für alle ab dem 21. Lebensjahr. Es folgte die erste Wahl des Wiener Gemeinderates am 4. Mai 1919, bei welcher die sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) eine Mehrheit von 54,1% erreichte. „Rot flammt es am Horizont“ hieß es zu Beginn der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung, doch die erwarteten revolutionären Folgejahre blieben aus, denn die Sozialdemokraten waren eher reformistisch als revolutionär oder gar antikapitalistisch eingestellt und so wurde an der kapitalistischen Produktionsweise per se nicht gerüttelt. (vgl. Weihsmann 2002: 23ff) Ideologischen Hintergrund bildete der Austromarxismus, welcher kurz gesagt ein reformistisches Bild der Marxschen Theorie war (vgl. Kalnoky 2010:34).

> „Obwohl Forderungen nach einer Überwindung des Kapitalismus […] in der österreichischen Rätebewegung nach dem Ersten Weltkrieg äußerst stark waren, verschob sich doch einhergehend mit der Konsolidierung der Macht der SDAP in Wien ihr Fokus auf die Sphäre der Reproduktion, wo konkrete kurz- und mittelfristige Interessen der UnternehmerInnen und der ArbeiterInnen mitunter konvergieren konnten.“ (Sieder 1988:411, zit. nach Kalnoky 2010:34)

Nichtsdestotrotz trugen Mieter*innenschutz, Arbeitslosenunterstützung, Betriebsrät*innen und mehr dazu bei, dass die Bedingungen für die Arbeiter*innen entschieden verbessert wurden (vgl. Weihsmann 2002:25). So wurde im Spätherbst 1919 ein Wohnungsförderungsgesetz durchgesetzt, durch welches „Doppelwohnungen und ungehörig ausgenützte Wohnungen und Wohnräume“ jenen zur Verfügung gestellt wurden, welche eine Wohnung benötigten (Weihsmann 2002:25). Weiteren Wohnraum schuf die Gemeinde durch das Einquartieren von Personen in Kasernen und Heeresbaracken (vgl. Weihsmann 2002:25).

[7] http://wienwiki.wienerzeitung.at/WIENWIKI/Karl-Marx-Hof

*** Die rote Insel**

Im Jahre 1922 wurde Wien ein eigenes Bundesland, wodurch sich ein größerer Spielraum für die SDAP ergab. Durch die damit einhergehende Erlangung der Steuerhoheit konnten so Reformen durchgesetzt werden. (vgl. Weihsmann 2002:24,27)

> „Für die Sozialdemokratie wurde Wien zum Muster austromarxistischer Politik, zur *sozialistischen Insel*, auf die sich alle Anstrengungen konzentrierten." (Weihsmann 2002:24)

Das übrige Österreich wurde den Konservativen überlassen (vgl. Weihsmann 2002:24). Durch die neue Finanzpolitik wurde es u.a. möglich, eine sozial gerechte Wohnbausteuer, welche die großen wohlhabenden Objekte belastete und die zweckmäßigen schonte, sowie verschiedene Luxussteuern einzuführen. Weiters wurde der „Verzicht auf Profit bei den städtischen Betrieben und öffentlichen Unternehmungen" hingenommen. Es kam zur Übernahme der kommunalisierten Versorgungsbetriebe der Ära Lueger. Nun rührten die Ticketpreise der Straßenbahnen aus „gesamtgesellschaftlichen Überlegungen" heraus und nicht aus profitorientierten bzw. kapitalistisch-ökonomischen Berechnungen. (vgl. Weihsmann 2002:27) Finanzstadtrat Hugo Breitner hierzu:

> „Unbeirrt von all dem Geschrei der steuerscheuen besitzenden Klasse holen wir uns das zur Erfüllung der vielfachen Gemeindeaufgaben notwendige Geld dort, wo es sich befindet!"[8]

So kam es zu vielerlei Steuerreformen[9] und so auch zu Boden- und Mietsteuern. Hier schrieb die Wertzuwachsabgabe vor, dass bei gewinnbringender Überreichung von Wohnungen, Häusern und Anwesen (bis auf einigen „wohltätigen" Ausnahmen) Steuern bezahlt werden mussten, die sich im Jahr 1930 auf 8,2 Mio. Schilling und 1932 auf 11,5 Mio. Schilling beliefen. Die Wohnbausteuer war sehr umkämpft und belastete die Luxusbehausungen besonders stark. Wo eine Arbeiterwohnung im Jahr 10,80 Schilling zu zahlen hatte, traf es hingegen die Luxuswohnungen mit bis zu 52.770 Schilling jährlich. (vgl. Weihsmann 2002:31f) „Die 86 teuersten Mietobjekte in Wien zahlten allein 3,9 Millionen Schilling jährlich an Wohnbausteuer" (Weihsmann 2002:32). Durch das Breitnersche Steuerpaket „stagnierte der lokale Grundstücksmarkt" und so verkauften Eigentümer*innen großer wie kleiner Grundstücke aufgrund fehlender Nachfrage ihren Grund mit oder ohne Behausung an

[8] Plakat „Wofür nimmt's Breitner – Wofür gibt's er aus?" ÖNB-Plakatsammlung, zit. nach Weihsmann 2002:28

[9] Eine Auflistung der verschiedenen Steuern zu Umsetzung des Programms des Roten Wiens findet sich in Weihsmann (2002) 28-33.

die Stadt. Auch das lokale Baugeschäft wurde aufgrund von Mieter*innenschutz, Kündigungsschutz, etc. unrentabel (vgl. Weihsmann 2002:32f). Durch das Wissen über revolutionäre Aufstände und Kämpfe in anderen Ländern hielt sich hierzulande trotz dieser Reformen und Eingriffe die Bourgeoisie erstmals sehr zurück (vgl. Weihsmann 2002:23).

Fritz C. Wulz hierzu:

> „Da die Abgaben vor allem die Wohlhabenderen betrafen, so rechnete man in der Sozialdemokratie anscheinend (immer) damit, daß es diesen ungleichmäßigen verteilten Wohlstand auch in der Zukunft geben würde. Aber damit hatte sie sich dem kapitalistischen System angepaßt.“ (Wulz 1978:425, zit. nach Weihsmann 2002:36)

1922 wurde das Mietengesetz durch die Sozialdemokraten, die Christlichsozialen und die Großdeutsche Fraktion durchgebracht und beinhaltete die Einschränkung des Kündigungsrechtes der Vermieter*innen, sowie die Erhöhung der Mieten (vgl. Weihsmann 2002:33).

* Wohnen im Wandel

> „Bei sinkendem Geldwert wurden die Mieten nahezu nullifiziert; die Wohnung verlor ihren Warencharakter.“ (Weihsmann 2002:34)

Die private Bautätigkeit ging rapide zurück und wurde unrentabel, wodurch die Bodenpreise sanken. Profitieren konnte so die Gemeinde, die nun billigen innerstädtischen Grund erwerben konnte. (vgl. Weihsmann 2002:35) So kam es 1923 zum ersten Wohnbauprogramm, bei welchem im Jahre 1926 25.000 neue Wohnungen errichtet wurden. Des weiteren wurde 1927 ein weiteres Wohnbauprogramm beschlossen, welches 30.000 neue Wohnungen in Aussicht stellte.[10]

Die Verfügung über Wohnraum war nun nicht mehr vom Reichtum der Familien abhängig, sondern richtete sich an deren Bedarf. Die Vergabe, ergo die Verteilung der Wohnungen übernahm das Wohnungsamt, welches zu diesem Zweck ein Punktesystem[11] schuf. Man konnte natürlich schnell herauslesen, dass es von Vorteil war, wenn man Staatsbürger*in war und noch vorteilhafter, wenn man in Wien geboren wurde. Trotzdem war die Gewichtung der Nationalität nicht allzu groß. So

[10] Vgl. http://www.dasrotewien.at/kommunaler-wohnbau.html
[11] Die Kriterien des Punktesystems finden sich bei Weihsmann (2002) S 37.

spielte es ebenso eine Rolle, wie lange man sich schon in der Stadt befand, wieviele Kinder man hatte, ob man eine Wohnung gerade mietete bzw. gekündigt wurde, etc. Auch die Parteizugehörigkeit war ein Thema, wobei die SDAP auch stark daran interessiert war, den Nicht-SDAP-Wähler*innen den neuen, billigen Wohnraum schmackhaft zu machen. (vgl. Weihsmann 2002:37) Der letzte Punkt zeigt, dass eben politisch-strategische Überlegungen im neuen System integriert wurden und die vorgegebene Orientierung an die Bedürfnisse der Arbeiter*innen so stark dann wieder auch nicht war.
Der neu berechnete Mietzins sollte in Folge nur die Instandhaltungs- und Betriebskosten decken, nicht aber die gesamten Baukosten. So belief sich dieser zwischen 11 und 30 Groschen pro m² plus der Wohnbausteuer, welche jedoch äußerst gering ausfiel. Dies war somit ein Achtel des Preises, welcher vor dem Krieg für dieselbe Wohnung gezahlt werden musste. So war der Anteil der Miete gemessen an einem durchschnittlichen Arbeiter*innenlohn um die 4% und somit konkurrenzlos. Zudem hatte man auch Nachsicht mit kranken oder arbeitsunfähigen Personen, welche die Miete nicht mehr bezahlen konnten. (vgl. Weihsmann 2002:38)

Bei den neuen Bauten wurde vermehrt auf Hygiene, Begrünung, ausreichend Sonnenlicht und Privatsphäre geachtet. Letztgenannte wurde auch durchaus kritisch kommentiert und so kamen Stimmen auf, dass die „proletarische Solidarität“ behindert wird und als nicht mehr wünschenswert erachtet wurde. Die neu entstandenen Binnenhöfe wurden zum Panoptikum. Dies kam vor allem jenen zu Gute, welche ihre Kinder unter Beobachtung haben wollten. (vgl. Weihsmann 2002:39f)
Der neu hinzugekommene Vorraum galt als Symbol von Privatem im kollektiven Wohnbau. Der Kontrast zwischen Kollektivem und Privatem wird von Weihsmann insofern erklärt, da eben das Private strategisch wichtig war. Nun war es möglich, dass sich der*die Arbeiter*in erholt und im Arbeitsalltag seine*ihre Leistung erbringt. Gekocht wurde nun in der Frankfurter Küche, welche nicht gerade die Emanzipation der Frauen förderte, was angeblich auch damit bezweckt werden sollte. Nur im „Heimhof“ auf der Schmelz gab es eine Gemeinschaftsküche, um welche sich jedoch wenig gekümmert wurde und nicht die angedachten Funktionen erfüllen konnte. (vgl. Weihsmann 2002:42f) Dies scheint befremdlich, wo es ja stets die Idee war, die Wohnung mit Gemeinschaftsräumen (Wäscherei, Bäder, Höfe, Spiel- und Sportplätze, Jugendhorte, Leseräume, Beratungseinrichtungen für Mütter und vieles mehr) zu koppeln und daher die Wohnungen selbst eher klein gehalten wurden. Räume des Kollektiven fanden sich zwar viele, aufgrund der nicht vorhandenen Berichte über das Nutzungsverhalten vonseiten der Stadt kann aber davon ausgegangen werden, dass jene nicht den Grad der Verwendung fanden, welcher angedacht war (vgl. Kalnoky 2010:39ff). Hier eine Auflistung diverser Gemeinschaftseinrichtungen:

> „[...] 33 maschinelle Zentralwäschereien mit 830 Waschständen, 62 Badeanlagen, 55 Kindergärten, mehrere Jugendämter und städtische Horte, 17 Krankenkassenambulatorien, fünf Tuberkulosefürsorgestellen, 14 Mutterberatungsstellen, acht Schulzahnkliniken, 66 Büchereien bzw. Vortragssäle, vier Turnsäle und 74 Zweiganstalten von Konsumgenossenschaften.“ (Hautmann, Hautmann 1980:140, zit. nach Kalnoky 2010:39)

Es bestand ein großer Kontrast zwischen intimer Wohnatmosphäre und gemeinschaftlichen Räumen und so konnte sich vieles nicht so stark in Richtung solidarisches Miteinander entwickeln, wie es intendiert gewesen war. (vgl. Weihsmann 2002:44,47) Folgendes wurde unmissverständlich klar:

> „Öffentlichkeit und Kommunikation können nicht allein durch Architekturformen bewerkstelligt werden […], wenn sie im Bewußtsein der Bewohner und deren (politischen) Organisationen fehlen.“ (Weihsmann 2002:47)

So wurde – wie erwähnt – wenig unternommen, um die gewünschte Umwälzung (nicht nur) in der Wohnkultur zu fördern. Doch gesagt werden muss, dass jene, welche Bewohner*innen der neuen Behausungen wurden, „extrem“ zufrieden waren. Nach Peter Kulemann war vorhersehbar, dass sozialistische Bestrebungen in der geplanten Architektur nicht einfach zu entwickeln wären. Immer noch wurde sich im Wohnbau klar auf die Kleinfamilie fokussiert. (vgl. Weihsmann 2002:47ff) Es stellte sich mehr und mehr heraus, dass der Gemeindebau wenig brauchbar – bis auf wenige Ausnahmen – in Hinsicht auf partizipative Gestaltung war. Es darf eben nicht vergessen werden, dass die SDAP an sich „autoritär-hierarchisch“ organisiert gewesen ist und somit die Fokussierung auf die Reproduktion in den eigenen vier Wänden nicht gerade förderlich für die autonome Gestaltung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse war. (vgl. Weihsmann 2002:50)

* Das Ende einer Zeit

> „Die Bauten waren „Ideologieträger“, gewissermaßen ein zu Stein gewordenes Symbol der abstrakten Massen.“ (Weihsmann 2002:51)

Wie schon erwähnt war der Weg der Wiener Sozialdemokratie jener ohne Revolution, sondern durch pragmatische Reformen. Gesamtökonomisch betrachtet wurde nichts verändert. Das kapitalistische System wurde per se nie angegriffen und hier wurde auch berechtigte Kritik geübt, welche den Weg der SDAP – trotz all ihren Erfolgen und Verbesserungen für die Arbeiter*innen

und unteren Schichten, oder gerade deswegen – als einen sahen, welcher der Vermeidung einer Revolution dienlich war. Hinzu kam das Problem, dass rund um die Stadt Wien rein konservative Kräfte tätig waren und somit „nur“ eine Rote Insel geschaffen wurde. Ab 1930 begannen auch die österreichischen Bundesländer mittels finanzieller Eingriffe dagegen zu steuern. So kam der Wohnungsbau zum erliegen und Hugo Breitner musste 1932 abtreten. (vgl. Weihsmann 2002:51ff)

Trotz der enormen Bautätigkeit – bis zur Unterwanderung durch die Austrofaschist*innen wurden insgesamt 65.000 Gemeindewohnungen errichtet – konnte nicht verhindert werden, dass die Wohnbedingungen der Industriearbeiter*innen im Jahre 1932 im Gesamten immer noch nicht allzu rosig aussahen.[12] Es muss eben auch angemerkt werden, dass vor allem Personen aus den bessergestellten Schichten der Arbeiter*innen sowie der Mittelschicht untergebracht wurden und jene aus der unteren Arbeiter*innenschicht nicht sehr viel davon hatten (vgl. Kalnoky 2010:71). Trotz allem fanden vergleichsweise große Verbesserungen der Lebensbedingungen der Arbeiter*innen statt und auch die neue Architektur hatte eine – wenn auch nicht allzu große – Wirkung auf die Gemeinschaft in Hinsicht auf Widerstand gegen Staat, Kirche, Militär und Faschismus. (vgl. Weihsmann 2002:52)

> „Je tiefer der Widerspruch wurde, desto mehr versuchte man ihm mit radikalem Pathos, mit Symbolen proletarischer Macht zu überbrücken. Die Architektur der Gemeindebauten, die Dramaturgie der Arbeiteraufmärsche und Feste, der Stil der Reden und Artikel suggerierten die Unbezwingbarkeit des Proletariats.“ (Weihsmann 2002:55)

Im Februar 1934 fielen die „Roten Festungen“ schnell in sich zusammen und im selben Jahr wurde die Stadtverwaltung abgesetzt und die SDAP verboten (vgl. Weihsmann 2002:55). So kam der Gemeindebau zum Stillstand, welcher erst 1947 wieder aufgenommen werden sollte.[13]

Austrofaschismus und Nationalsozialismus (1934-1945)

Im Februar 1934 kam es zum viertägigen Bürger*innenkrieg, bei welchem sich die Arbeiter*innenbewegung gegen die Faschist*innen zu wehren versuchte. Hierbei spielten die

[12] Vgl. http://www.dasrotewien.at/kommunaler-wohnbau.html
[13] Vgl. http://www.dasrotewien.at/kommunaler-wohnbau.html

Gemeindebauten eine wichtige Rolle und wurden zu Zentren des Geschehens. (vgl. Kalnoky 2010:72f)

Jene, welche damals die Wiener Wohnpolitik des Roten Wiens verfluchten – also die Hausbesitzer*innen und Wohlhabenden – waren nun auf der Seite der „neuen“ Regierung (vgl. Kalnoky 2010:75). Ab dem 1. Juli 1934 wurde der Mietzins wieder kräftig angehoben – um bis zu 120% - welches eine der ersten Unternehmungen der neuen Stadtverwaltung war. Folglich kam der städtische Wohnbau nahezu völlig zum Stillstand, da im ideologischen Charakter der neuen Machtinhaber*innen des Austrofaschismus, sozialstaatliche Leistungen keinen Platz fanden. (vgl. Riemer 1945:56, zit. nach Kalnoky 2010:76f) Wien wurde bis 1945 wieder Hauptstadt von Niederösterreich und verlor seinen „autonomen“ Status (vgl. Mattl 2000:55). Die Wohnbausteuer wurde zur Mietaufwandsteuer und wurde 1936 als Hausgroschenabgabe weitergeführt. Nun traf es nicht mehr die reicheren Schichten in dem Maße, wie es durch die Wohnbausteuer der Fall war und ferner wurden die Einnahmen auch nicht mehr für den sozialen Wohnbau verwendet (vgl. Riemer 1945:56f, zit. nach Kalnoky 2010:76f).

Es kam zur konkreten Umbenennung zweier Höfe (Karl-Marx-Hof in Heiligenstädter Hof und Matteottihof in – nach dem italienischen Faschisten unbenannten – Giordani-Hof). 1935/36 wurde dann aber beschlossen, keine weiteren Umbenennungen mehr vorzunehmen, wohl aber die sichtbaren Zeichen an den rund 40 Häuserfassaden der Gemeindebauten zu entfernen. (vgl. Hautmann, Hautmann 1980:176, zit. nach Kalnoky 2010:76f)

Nach der Zeit des Austrofaschismus planten die Nazis eine Neustadt an der Donau sowie weitere Projekte, welche jedoch bis auf den Bau der Höhenstraße alle nicht realisiert wurden (vgl. Mattl 2000:55). Sonst propagierten die Nazionalsozialist*innen in Wohnanbelangen das Eigenheimidyll und es wurde verkündet, dass die zukünftigen Neubauten das Rote Wien übertrumpfen werden. So sollten 80.000 Wohnungen entstehen, wobei schlussendlich nur 3000 realisiert wurden und diese in sehr einfacher und billiger Bauweise. (vgl. Tabor 1994:8, zit. nach Kalnoky 2010:77f) Da alle nach 1917 gebauten Wohnungen nicht unter den Kündigungsschutz fielen – wobei jedoch die Bewohner*innen des Roten Wien kaum etwas befürchteten, da die Stadt diese Wohnungen zur Verfügung stellte und so fühlte man sich sicher – wurde dies 1938 genutzt um insgesamt 2064 Wohnungen zu kündigen. Dies geschah mit der Begründung, dass sich in diesen Wohnungen nicht-arische Personen, Juden und Jüdinnen, bzw. mit Juden und Jüdinnen liierte Personen befinden. Die so freigemachten Wohnungen wurden zumeist an Parteiangehörige weitergegeben. Die Vertreibung von Sozialdemokrat*innen und Kommunist*innen bildete im austrofaschistischen Regime eine Ausnahme. Doch all jenes was sich im austrofaschistischen System ankündigte wurde im

nazionalsozialistischen verschärft. (vgl. Kalnoky 2010:74f,78) So wurde der Großteil der Wohnungen dieser Zeit nicht durch Neubauten, sondern durch Arisierung geschaffen. Die Wohnungen wurden neu verteilt und rund 70.000 Wohnungen fanden durch diese Enteignungen neue Bewohner*innen (vgl. Tabor 1994:14, zit. nach Kalnoky 2010:77f).

Nachkriegsjahre und das fordistische Zeitalter (1945-1970er)

Durch die breite Zerstörung während der Kriegsjahre war nun 25% der Wiener Bausubstanz beschädigt, 13% der Wohnungen unbenutzbar und um die 270.000 Personen obdachlos. (vgl. Eigner, Resch 2003:12, zit. nach Kalnoky 2010:85) Die politischen Verhältnisse, wie sie vor 1934 bestellt waren, wurden quasi wiederhergestellt. Soll heißen, die Mehrheit wählte sozialdemokratisch (57,5%), was aber nicht bedeutet, dass wieder an das Rote Wien angeknüpft wurde. (vgl. Mattl 2000:69) Das austromarxistische Projekt wurde vom nationalen Wohlfahrtsmodell abgelöst (vgl. Reinprecht 2012:211).

Die zwei Nachkriegsjahrzehnte des Wiederaufbaus gelten als Hochphase des Fordismus und so wurde der Fokus auf stark standardisierte und industrielle Massenproduktion gelegt. Miteinher kam der Massenkonsum, die nach Keynes organisierte Wirtschaftspolitik und der Kooperatismus (in unterschiedlicher Ausprägung) zwischen Unternehmen und Lohnabhängigen. Die „technokratische Moderne“ brachte die beiden Großparteien näher zusammen und ließ die Ära der unüberwindbaren Gegensätze Geschichte sein (vgl. Mattl 2000:78, zit. nach Kalnoky 2010:80). Ab nun ging es darum, allen Bevölkerungsschichten den Massenkonsum zu ermöglichen und auch die Wiener Kommunalpolitik nach 1945 als „technokratische und funktionalistische Administration“ zu etablieren, welche nun weniger „weltanschaulich“ geprägt sein sollte. (vgl. Mattl 2000:75, zit. nach Kalnoky 2010:80)

Trotz alledem war die SPÖ in den 50er Jahren immer noch – im Gegensatz zur ÖVP, welche das Wohnungseigentum zu fördern versuchte – für kommunalen Wohnbau, wobei sich die damaligen Preise – welche ja keinen Bezug zu den realen Kosten hatten, sondern durch „gesamtpolitische“ Überlegungen zustande kamen – nicht halten ließen. (vgl. Kalnoky 2010:81) Von nun an erfuhr der Gemeindebau einen Wandel und konzentrierte sich nicht mehr auf die Arbeiter*innen, sondern auf die Mittelschicht, was durch diverse Zugangshürden (Beschäftigung, Familienstatus, Staatsbürgerschaft) gewährleistet wurde (vgl. Reinprecht 2012:211). 1958 war die „quantitative

Wohnungsnot“ erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg beseitigt. Die Durchschnittsgröße der Gemeindebauten wurde im Vergleich zum Roten Wien von 45 auf 70 m² erhöht. Immer noch lebte nur ein kleiner Anteil der Wiener*innen im Gemeindebau und die Nachfrage nach Versammlungsräumen, Arbeiter*innenbibliotheken und anderen gemeinschaftlichen Räumen schwand, was auf eine zunehmende Entpolitisierung der Gesellschaft zurückzuführen ist. Dieser Trend wurde auch von den Großparteien mitgetragen. (vgl. Kalnoky 2010:86ff)

Ferner kam es zu einem neuen Urbanisierungsschub. Trotz der Ansiedlung des Central Business Districts und des Regierungsviertels im Zentrum, blieb dieses zumindest bis in die 60er Jahre, als die Innere Stadt nur mehr 25.000 statt 100.000 Einwohner*innen zählte, favorisierte Wohngegend (vgl. Kalnoky 2010:81f; vgl. Mattl 2000:80). Entgegen der Entwicklungen in anderen europäischen wie amerikanischen Städten gab es in Wien kein „verarmtes Zentrum“ bzw. keinen „Armengürtel“ um das Zentrum. (vgl. Kalnoky 2010:82)

> „[Der städtebauliche Funktionalismus] geht von der Stadt als mechanischer Einheit aus (Ronneberger 2006:51f.), die wie eine Maschine funktioniert, in der alles seine Funktion hat – und vor allem *nur eine* Funktion.“ (Kalnoky 2010:83)

Dies bedeutete für Wien Stärkung der City-Funktion, Ankurbelung privater Kaufkraft und Konzentration auf motorisierten Individualverkehr. Im Zuge dessen bedurfte es etlichen Infrastrukturmaßnahmen und die Zahl der Personenkraftwägen stieg rapide an. Im Sinne funktionaler Trennung von Arbeit, Wohnen und Freizeit war der PKW-Verkehr gut integrierbar und so auch die Gemeindebauten in den äußeren Bezirken gut zu erreichen. (vgl. Kalnoky 2010:83)

> „Diese „funktionale Aufbröselung“ brachte „Schlafstädte“ am Stadtrand hervor […].“ (Eigner, Resch 2003:46, zit. nach Kalnoky 2010:83)

Wo es früher Innenhöfe zur Begegnung gab, gab es nun nur mehr den Rasen als Durchgangsfläche. Robert Foltin merkt hier an, dass nicht die Architektur Schuld an diesem Prozess hatte, sondern dieser Prozess in der Architektur einfach mitgedacht wurde. (vgl. Foltin 2004:32)

> „Alles war auf den Konsum des Individuums und der individuellen Familie zugeschnitten.“ (Foltin 2004:32)

In der Sozialdemokratie wurde die Utopie des Sozialismus verworfen und damit wurde in den jetzigen Gemeindebauten auch nicht mehr versucht, diese sozialistische Wohnutopie mitzutransportieren. Nun galt das Eigenheim im Grünen als erstrebenswert und so verlor der Gemeindebau zunehmend an Prestige. (vgl. Kalnoky 2010:89) Die Stadt versuchte bewusst die Peripherie schmackhaft zu machen. Es entstand die Großfeldsiedlung als Beispiel der großen Siedlungen am Stadtrand in den 60er und 70er-Jahren. Diese erfuhren in weiterer Folge vermehrt Ablehnung aufgrund schlechter baulicher Qualität, Infrastruktur und Homogenität der Anwohner*innen. (vgl. Mattl 2000:147) Auch die Finanzierung der Gemeindebauten änderte sich rapide und so kam ab Ende der 60er hierfür viel vom Bund und das Prinzip der „Kostenmiete“ fand schlussendlich im kommunalen Wohnbau Eingang. Die Mieten stiegen und es kam ab den 60ern zur „Vermarktwirtschaftlichung“ des Wohnungssektors. Im Zuge des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 fokussierte man sich vermehrt auf die Subjektförderung. (vgl. Kalnoky 2010:88f)

> „Was man der Objektförderung vorwarf, nämlich die Nachfrage künstlich zu steigern, trifft im besonderen Maße bei der Subjektförderung zu. Unmittelbar verwandelt sich die Förderung des Bewohners in die Subvention des Wohnungsanbieters, der seine Preise auf die gestützte Kaufkraft frei ausrichten kann.“ (Kainrath 1988:70f, zit. nach Kalnoky 2010:89)

Postfordismus und Neoliberalisierung des Wohnbaus (70er Jahre bis 80er)

Nun beginnt der Abbau und die neue Funktionsweise des Staates. Die Beseitigung wirtschaftlicher Schranken wurde zum Vorteil kapitalistischen Wirtschaftens in Angriff genommen, was sich vor allem in Großstädten bemerkbar machte. Im Zuge wirtschaftlicher Probleme stieg die Arbeitslosenquote und es entstanden vermehrt neue flexible Betriebe. (vgl. Kalnoky 2010:95)

> „Markante Änderungen kennzeichnen seit Mitte der 1970er-Jahre auch die Entwicklung in der Wohnbaupolitik, mit ihnen werden die nachfolgenden neoliberalen Tendenzen vorbereitet. Auf der einen Seite führte die schrittweise Aufweichung der Mietenregulierung (ab 1981) vor allem im Neubau und im gehobenen Ausstattungsniveau (renovierter Altbau) zu einer Erhöhung der Mieten, während im geförderten Wohnbau, einschließlich des Wiener Gemeindebaus, die Baukostenanteile stiegen, was im Neubau einen Anstieg der tatsächlichen Mieten bewirkte.“ (Reinprecht 2012:212)

Die 70er und 80er Jahre waren auch eine Zeit gegenkultureller Bewegungen, welche sich gegen die Sozialdemokratie stellten und mehr Partizipation forderten (vgl. Mattl 2000:87f). Schon in den

68ern wurde die neue moderne Bauweise kritisiert. Diese sei standardisiert, nicht anpassungsfähig und habe eine schlechte Infrastruktur. Da bis in die 70er Jahre das historische Zentrum nicht angerührt wurde, führte dies zu einem großen Kontrast zwischen den neuen Wohnbauten am Stadtrand und den alten Wohnbauten im Zentrum. So kam es vermehrt zur Forderung des Erhalts der alten Quartiere, anstelle des Austausches durch Neubauten. (vgl. Klein 2012:9f) In diesem Sinne etablierte sich Mitte der 70er eine alternative, subkulturelle und autonome Szene, welche durch die Besetzung der Arena- Schlachthöfe nach den dort stattgefundenen Festspielen erstmals große Aufmerksamkeit bekam. (vgl. Mattl 2000:87f) Die Stadtpolitik reagierte darauf und öffnete sich, was jedoch nicht unmittelbar mit Mitsprache der Bevölkerung einherging, sondern meist mehr Mitsprache von kommerziellen Akteur*innen bedeutete (vgl. Kalnoky 2010:96). 1979 versuchte sich der Vertreter der SPÖ-Mietervereinigung gegen die Wohnbaupolitik zur Wehr zu setzen, da die neu gebauten Wohnungen vor allem für Jungfamilien nicht mehr leistbar waren und die relativ günstigen Altbaumieten den Erhalt dieser Gebäude nicht sichern konnten. (vgl. Mattl 2000:86) Im Sinne der angesprochenen Partizipation wurde beispielsweise 1981 eine Volksbefragung durchgeführt mit dem Resultat, dass ein Gemeindebau in den Steinhofgründen nicht gewünscht wird, wohl aber die „Weiterführung des sozialen Wohnbaus durch die Gemeinde Wien“ (vgl. Kalnoky 2010:96)[14]. Wie das Wohnungsverbesserungsgesetz 1969, sollte auch das Stadterneuerungsgesetz 1974 dazu dienen, die historisch wertvollen Gebiete zu schützen. Die Einführung der Gebietsbetreuungen zu dieser Zeit markierten ebenfalls einen Wandel bezüglich des Umgangs mit den Altbauten vonseiten der Stadtverwaltung. (vgl. Klein 2012:9f)

In den 80er Jahren mutierte Wien vermehrt zum „Mega-Erlebnisraum“ (Stadtfest, Donauinselfest, Silvestermeile, etc.) und wurde zunehmend festivalisiert und so auch konsumierbar. Dies ging mit dem Loslassen von „umfassende[r] Steuerung von Wohnungswirtschaft, sozialer Entwicklung und kultureller Aktivitäten durch Magistrate und Stadtregierung“ einher. (Mattl 200:84) Ebenfalls seit den 80ern nahmen nach Christoph Reinprecht in Wien soziale Ungleichheiten am Wohnungsmarkt zu und die Transformation des Sozialen wurde auch im Wohnbau immer sichtbarer (vgl. Reinprecht 2012:207). Die Leitlinie der Stadterweiterung wurde von der Stadterneuerung abgelöst und im Stadtentwicklungsplan (STEP) '84 festgehalten (vgl. Mattl 200:148). Hieraus entwickelte sich später die „sanfte Stadterneuerung“.

[14] Auch gegenwärtig ist das Thema Wohnen in Steinhof präsent. Die Bürgerinitiative „Steinhof erhalten“ kämpft seit 2011 gegen den geplanten Bau von Wohnungen im Naherholungsgebiet, welche auch auf die Geschehnisse im Jahre 1981 verweist. (vgl. http://www.steinhof-erhalten.at/)

> „With this turn towards the refurbishment of the old city and soft urban renewal, the municipality's housing policy lost the spatial uniqueness that had previously characterized it.“ (Klein 2012:10)

Durch den Wechsel, hin zur sanften Stadterneuerung, wurden von nun an Eigentümer*innen, Mieter*innen und Behörden in Form partizipatorischer Prozesse miteinbezogen, um – so die Idee – bestmögliche Wohnqualität zu schaffen. In diesem Zuge sollten auch lokale Geschäfte und kulturelle Diversität gefördert werden. Die sanfte Stadterneuerung sollte Gentrifizierungstendenzen entgegenarbeiten, doch konnten die Mieten nicht lange niedrig gehalten werden und so veränderte sich auch die Bevölkerungsstruktur. Demzufolge wurde skeptisch auf die Pläne des modernen Wohnbaus geblickt. (vgl. Klein 2012:10)

> „Mit der Gentrifikation der Innenbezirke verschwand […] das Billig-Segment im Wohnungsbereich wodurch Ende der 80er Jahre eine „neue Wohnungsnot“ (Banik-Schweitzer 1992: 27) entstand. Zwischen 1961 und 1981 gingen 136.000 vor 1914 erbaute Wohnungen als Resultat von Abrissen, Zusammenlegungen oder Umwandlung in Büros verloren […].
> Mit dem Mietengesetz 1981 wurde der MieterInnenschutz dann zwar beibehalten, gleichzeitig aber eine „Kommerzialisierung der Mieten“ durch Anhebung der Mietsätze (Lichtenberger 1990: 54) erwirkt. Insgesamt erfolgte in den 80er und 90er Jahren eine weitere „Vermarktwirtschaftlichung“ des Miet- und Förderungsrechtes […], sowie ein genereller Anstieg der Mieten (Novy et. al. 2001: 135).“ (Kalnoky 2010:100)

Der Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds und seine Gründung 1984 markierte den Wechsel zu einer qualitativen Orientierung des Wohnens. Aus dieser neuen Richtung heraus entstand beispielsweise das Hundertwasserhaus. (vgl. Klein 2012:10)

Die neue Wohnqualität und das Ende der Gemeindebauten (90er bis Gegenwart)

Ab den 90ern wurden nicht nur mehr Gründerzeithäuser, sondern auch die Gemeindebauten saniert (vgl. Kalnoky 2010:101f). Die Problematik der Mietsteigerungen wurde dadurch verschärft.

> „Laut Lichtenberger ist eine „Auswechslung der Wohnbevölkerung“ im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen verfallender Wohnquartiere „wohl nur unter sehr großen Kosten für die Allgemeinheit zu vermeiden“, da jede Sanierungsmaßnahme „mehr Markt“ in den alten Wohnungsbestand brächte (Lichtenberger 1990: 55).“ (Kalnoky 2010:103)

Die Städtekonkurrenz erhielt von nun an vermehrt an Bedeutung und die Idee zur Donaucity entstand. Neu zu dieser Zeit war, dass sich die fortschreitende Globalisierung der Wirtschaft auch auf lokaler Ebene bemerkbar machte. So konkurrierte auch Wien nun nicht mehr mit dem Umland, sondern mit anderen Großstädten. (vgl. Kalnoky 2010:95) Aus diesen Überlegungen heraus wurde die EXPO 95 geplant, jedoch aufgrund einer Volksbefragung nicht realisiert. Gründe hierfür sieht Mattl einerseits in der Ablehnung des Gästestroms aus Osteuropa und andererseits in der wiederkehrenden Grundstücks- und Wohnungsspekulation. (vgl. Mattl 2000:1948f)

> „War die Stadt seit Ende des Ersten Weltkrieges faktisch der einzige nennenswerte Bauträger gewesen […], so bekennt sich die Stadtpolitik nun erstmals wieder zur Kooperation mit privatkapitalistischen Development-Gesellschaften." (Mattl 2000:150)

Das Wohnungsmodell veränderte sich durch das vermehrte Drängen von kommerziellen Akteur*innen und der konservativen Opposition in Richtung regulierte Konkurrenz. Andere europäische Städte begannen zu dieser Zeit die Wohnungen, welche im Besitz der Stadt waren, zu verkaufen. Dies tat Wien zwar nicht, doch veränderte sich das soziale Wohnbauprogramm merklich.

> „This renewal into a liberalized model came alongside the appointement of Werner Faymann as the new housing councillor in 1995." (Klein 2012:11)

Der Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds sollte anhand gewisser Kriterien[15] mittels Bauträgerwettbewerben die zukünftigen Wohnbauten sicherstellen. Seit der Einführung 1995 bis 2012 gab es 50 solcher konkurrierender Wettbewerbe. Seit den 1990er Jahren war die regulierte Konkurrenz in Europa in aller Munde und orientierte sich somit ökonomisch neoliberal. (vgl. Klein 2012:11) Eine vermehrte Orientierung an ökonomischen anstelle von politischen und sozialen Kriterien konnte von nun an beobachtet werden. Der Effizienzgedanke hielt Einzug, wodurch nun anscheinend Kosten minimiert wurden und die Qualität des Wohnens sowie auch der Architektur zugenommen haben. Vieles, was die Stadt an Kritik hinnehmen hat müssen, findet nun in veränderter Weise Eingang in den Wohnungssektor, da nun die Planung von privaten Bauträgern und nicht mehr durch die Stadt selbst vorgenommen wird. (vgl. Klein 2012:12)

> „A new, flexible economic rationale is becoming a major structuring device for the city, its objects, its citizens and their lives. […] Although municipal intervention still counteracts rapid rental boosts, the

[15] Architektonische Qualität, ökonomische wie ökologische Kriterien und der Aspekt der sozialen Nachhaltigkeit

widening range of supply, the growing significance of *the user* and the introduction of competition have brought about what could be described as the further commodification of the flat.“ (Klein 2012:12)

Die Stadtregierung übertrug den Mieter*innen mehr „Verantwortung“. Dies wurde unter anderem durch die notwendige Beisteuerung sogenannter Finanzierungsbeiträge ersichtlich (vgl. Reinprecht 2012:213). Die neuen sozialen Wohnbauten orientieren sich vermehrt an der Mittelklasse, wobei die niedrigeren Klassen auf zusätzliche Förderungen angewiesen sind (vgl. Klein 2012:12). Die seit den 90ern zunehmende Liberalisierung – (nicht nur) im Bereich des Wohnbaus – führte noch nicht dazu, dass die Stadt die Kontrolle in diesem Sektor verloren hat. Doch für Andreas Rumpfhuber ist fraglich, wie lange das noch aufrechterhalten werden kann, da die Situation alles andere als stabil ist. Eher kommt die Stadtverwaltung in „eine Position […], in der sie nur mehr reagieren und aus der heraus sie nicht mehr autonom handeln kann.“ (Rumpfhuber 2012b:25)

Der beschriebene Beschluss der Wiener Stadtverwaltung führte dazu, dass zwischen 1991 und 2001 nur mehr ein Plus von ca. 1700 Wohnungen von der Gemeinde verzeichnet werden konnte, da der soziale Wohnbau nur mehr gefördert, nicht aber weiter übernommen werden sollte. Einen Überblick über den Wohnungsbestand in der angesprochenen Zeit gibt die nachfolgende Grafik:

Tabelle 11: Wohnungsbestand in Wien nach Eigentumsform 1971, 1991, 2001

	Privatpersonen	Bund / Land / Gemeinde	Gemeinnützige Bauvereinigung	Sonst.	Insgesamt
1971	483.442	179.646	58.417	60.013	781.518
1991	475.331	230.103	97.009	50.648	853.091
2001	475.423	231.881	121.559	81.882	910.745

Quellen: Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, Wien 2008, S. 277, Tab. 12.05; Statistisches Zentralamt: Ergebnisse der Häuser- und Wohnungszählung vom 12.5.1971, Wien 1974, S. 55; Statistisches Zentralamt: Häuser- und Wohnungszählung 1991. Hauptergebnisse Wien, Wien 1993, S. 47, Tab. B5

Im Jahre 2013 zählte man im Vergleich 871.000 Hauptwohnsitzwohnungen[16] in Wien [17]. Hiervon befanden sich 75% in einem Mietverhältnis (32% der Wiener Haushalte mieteten im privaten Sektor (279.000), 23% eine Gemeindewohnung (200.000) und 20% eine Genossenschaftswohnung (174.000)),

[16] Im Jahre 2001 waren 771.000 der 910.745 Wohnungen Hauptwohnsitze (vgl. http://www.statistik.at/dynamic/wcmsprod/idcplg?IdcService=GET_NATIVE_FILE&dID=44919&dDocName=007093).

[17] vgl. http://www.statistik.at/web_de/static/publikation_wohnen_2013_079376.pdf

19% befanden sich in einem Eigentumsverhältnis (165.000) und 5% in einem sonstigem Verhältnis (44.000) [18]. [19]

Die Subventionierung von Bauprojekten, welche gemeinnützig sein sollten, verändert die Teilhabe der Stadt am Wohnungssektor grundlegend. Wiener Wohnen, welche die Aufgabe der Verwaltung der Gemeindebauten inne hat, wurde ab 2000 von der Stadt „ausgegliedert" und arbeitet seither marktwirtschaftlich. (vgl. Kalnoky 2010:97) 2004 wurde der letzte Gemeindebau in Liesing gebaut und fortan versuchte die Stadtverwaltung vermehrt individuelle, milieuspezifische und vor allem die höheren Ansprüche der Mieter*innen zu befriedigen. In diesem Zusammenhang entstanden Pools auf den Dächern von Hochhäusern sowie Bauprojekte mit gendergerechtem und interkulturellem Anspruch. (vgl. Reinprecht 2012:213) Die Vergabepraxis der Gemeindebauten – welche nur österreichische Staatsbürger*innen bemächtigte, auf die begehrte Warteliste zu kommen – änderte sich 2006 und so ist dies nun immerhin auch für EU-Bürger*innen möglich geworden.
Die Stadt baut selbst nun keine Wohnungen mehr und Wohnungen im Niedriegpreissegment wurden weniger. Jene Wohnungen, welche bis dato als Kategorie D galten, wurden großteils renoviert und somit auch preislich aufgewertet. Miteinher ging ein Anstieg der befristeten Verträge, sowie es vermehrt zu Delogierungen in den 2010er Jahren kam, bei welchen circa 12.000 Personen jährlich betroffen sind und eine hohe Anzahl hiervon im geförderten Wohnbausegment stattfinden. (vgl. Laimer 2012:1)

Die globale Finanzkrise und miteinhergehende Sparmaßnahmen haben die Rolle der Stadt bezüglich der Wohnbauten verändert. So startete 2011 die Wohnbauinitiative – als Modell abseits der Bauträgerwettbewerbe – mittels welcher die Stadt private Bauträger subventioniert, welche Wohnbauten mit vorgegebener Mietobergrenze errichten. (vgl. Rumpfhuber 2012a:5) Dies kommt dem Konzept der Public Private Partnerships mehr als nahe. (vgl. Rumpfhuber 2012b:25)

> „Relatively speaking, the rent on the real estate market in Vienna rises constantly, despite rigorous legal restrictions on how much a landlord is allowed to charge; similarly, prices on the buyers market rise steadily." (Rumpfhuber 2012b:27)

Anfang der 2010er Jahre lebte ein Viertel bis ein Drittel der Wiener Haushalte in Gemeindebauten. Zusätzlich entstanden 150.000 Wohnungen im Bereich des geförderten Wohnbaus und somit sind

[18] vgl. http://www.statistik.at/web_de/static/publikation_wohnen_2013_079376.pdf
[19] Die Vergleichbarkeit der realen Werte ist durch die veränderte Datengrundlage (Hauptwohnsitzwohnung und genereller Wohnungsbestand) schwierig, jedoch geben die Daten einen Einblick in die veränderten Eigentums- bzw. Mietverhältnisse.

über 40% der Wohnungen in Stadtbesitz und befinden sich außerhalb des privaten Marktes. Da sich die Stadt aber aus der Wohnbautätigkeit zurückzieht und zugleich vermehrt Prinzipien des Marktes Einfluss im Wohnbau erlangen, sieht Reinprecht hier eine Transformation des Sozialen verortet. Die errichteten Wohnbauten der geförderten Wohnbauträger befinden sich nun nicht mehr im Eigentum der Stadt und sind somit nicht langfristig gesichert. (vgl. Reinprecht 2012:206)

> „The present models of >>social<< housing have become hardly affordable for those living in precarious situations. For such prospective models of social housing some questions remain to be clarified: what is it to aim for, how is it to be done and who is it for?“ (Klein 2012:15)

(2.2) Geschichte der sozialen Bewegungen rund um das Thema Wohnen in Wien

Die Wiener Siedler*innenbewegung (1910er bis 1930er Jahre)

* Die Anfänge der selbstverwalteten Bewegung

Lange wurden große Errungenschaften der Wiener Siedler*innenbewegung nicht gewürdigt und so gilt dies nach Klaus Novy als großes Beispiel vorenthaltener Geschichte. Als Grund hierfür wird angeführt, dass es eine Geschichte war, welche – zumindest anfangs – mit keiner Partei oder Gewerkschaft vollführt, sondern selbstverwaltet geschrieben wurde. Ferner sieht Novy die Siedler*innenbewegung als „sozialen Motor" für die Wohnungspolitik des Roten Wiens. Als eine der ersten Versuche in dieser Hinsicht gilt die Kleingartenkolonie Rosental, gegründet im Jahr 1911. Durch die Situation während des ersten Weltkrieges und dem daraus folgenden Nahrungsmittelmangel entstand 1916 der „Verband der Schrebergartenvereine", welcher im Gegensatz zur Kleingartenkolonie Rosental auf vermehrtes Interesse stieß. (vgl. Novy 1981:128ff)
In der Deutschen Gartenstadtgesellschaft[20] – welche auch in Wien großen Stellenwert hatte – Organisierte nahmen sich dem Problem der schlechten Behausungen, und generell unwürdigen Situation der Wiener Arbeiter*innenschaft an. (vgl. Pavlic 2009:95ff) Diese wollten den „Gegensatz, der zwischen dem heutigen Wirtschaftsleben und einer seiner wichtigsten Betätigung, der Wohnungserstellung, besteht, […] überbrücken." (Kampffmeyer 1919:3, zit. nach Pavlic 2009:97)

Der Soziologe und Pionier der Siedlungsidee Franz Oppenheimer sah im Eigentum an Grund und Boden „den Knackpunkt des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses". Sein Ausspruch, „Wer das Land hat, hat die Macht" verdeutlichte dies. (Pavlic 2009:101)

> „Ich schlug vor, den Kapitalismus durch die Errichtung von Siedlungen anzugreifen, die weiträumig genug angelegt wären, um durch Intensivierung des landwirtschaftlichen Betriebes und durch Heranziehung städtischer Elemente den benachbarten Großgrundbesitzern und Kapitalisten ihre Arbeiter abzusaugen und sie auf diese Weise zu zwingen, höhere Löhne zu zahlen; und das heißt: auf einen Teil ihres Mehrwerts nach dem anderen zu verzichten, bis dieser verschwunden, und das Ideal des vollen Arbeitsertrages erreicht sei. Der Weg ging also über die landwirtschaftliche Arbeiterproduktivgenossenschaft zur Siedlungsgenossenschaft und zum länderüberspannenden Bund der Siedlungsgenossenschaften." (Oppenheimer 1964:84ff, zit. nach Pavlic 2009:101)

[20] In deren Auffassung ist eine Gartenstadt eine Stadt mit mindestens 30.000 Personen, welche eine selbstständige Wirtschaft betreiben (vgl. Pavlic 2009:98).

Die Siedler*innen waren Arbeiter*innen und Mittelschichtangehörige, welche politische Einstellungen der Arbeiter*innenschaft teilten. (vgl. Pavlic 2009:104ff) Die Entstehung der Siedler*innenbewegung ist – wie schon erwähnt – neben dem Nahrungsmittelmangel auch auf die verheerende Wohnsituation in Wien zurückzuführen und so begann diese mit wilder Landnahme als selbstorganisierte Bewegung von unten. Hierfür wurde der Wienerwald teilweise gerodet. Von dieser anfänglichen Phase findet sich nichts bis wenig in den Archiven, weshalb die Datenlage gering ausfällt. Es wurden hunderte Wohnungen wild gebaut, ohne auf Besitz und Verordnungen zu achten. Einige Häuser davon fielen recht massiv aus, doch die meisten waren aus Holzbrettern. So wurde im Jahre 1918 von 30.000 Familien, 6,5 Millionen m² Grund bewirtschaftet und damit 160.000 Personen mit Gemüse versorgt. Während der Kriegsjahre wurden die hierfür notwendigen Flächen großteils offiziell angeeignet. 1919 bevölkerten an die 60.000 Kleingärtner*innen das Wiener Umland, welche Gärten bestellten und Hütten bzw. Häuser bauten. (vgl. Novy 2012:130,148)

> „Die gänzlich ungeregelten Landaneignungen und Bautätigkeit, die vielfach allen städteplanerischen, sozialhygienischen, verkehrspolitischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten widersprachen, die Visionen eines Gürtels von „Zigeuner- und Brettldörfern“ um Wien, mußten die Siedlerorganisation sowie die Gemeinde unter Zugzwang setzen.“ (Novy 2012:136)

Es kam der Gedanke auf, dass diese wilde Bautätigkeit, bei welchen die Siedler*innen alles erdenklich vorstellbare Material zusammentrugen, die Umgebung des Wienerwaldes verunstalten könnten und weiters auch jene Idee einer genossenschaftlichen Regelung mit staatlicher Unterstützung.

So kam es zur ersten Großdemonstration mit 50.000 Menschen am 26.9.1920. „Gebt uns Land, Holz und Stein, wir machen Brot daraus.“ war eine der Forderungen (Novy 2012:148). Von den Siedler*innen gab es natürlich auch jene, welche sich nicht der genossenschaftlichen Idee anschließen wollten und auch einige, welche von ihren angeeigneten Grundstücken wieder vertrieben wurden. Zahlen hierzu sind nicht bekannt. (vgl. Novy 2012:148)

Klaus Novy sieht die Geschehnisse in genossenschaftlicher Manier aus dem Umstand hervorgehend, dass es eben vor 1914 kein bis kaum ein Schrebergartennetzwerk gab und somit alles folgende sozialistisch geprägt war und nicht eben „kleinbürgerlich-besitzindividualistisch“, wie es heutzutage im Schrebergartenmilieu gängig ist. (vgl. Novy 2012:131)

* Das Schrebergartenmilieu und das Aufkommen des Gildensozialismus

> „In keiner Siedlung sollte als Mittelpunkt aller geistigen und wirtschaftlichen Interessen das Genossenschaftshaus fehlen. Dann wird sich ein regeres Gemeinschaftsleben entfalten als in den Bezirken der Massenmietshäuser. Man vergesse nicht, daß hier nicht beliebig zusammengewürfelte Familien nebeneinander leben, sondern Menschen, die in jahrelanger gemeinsamer Arbeit sich ihre Heimstätten und ihre Genossenschaftseinrichtungen […] geschaffen haben. Es wird verhältnismäßig leicht sein, bei Menschen, die im Kleinen bereits ein Stück Gemeinwirtschaft verwirklicht haben, das Interesse und das Verständnis für große volkswirtschaftliche und soziale Probleme zu wecken und zu erhalten. Bei ihnen ist die Gemeinschaft nicht graue Theorie, sondern lebendige Gegenwart, an deren Erfahrungen angeknüpft werden kann.“ (Novy 2012:147)

Dies schrieb Hans Kampffmeyer von der Gartenstadtbewegung und auch Otto Neurath war angelehnt hierzu der Meinung, dass eben Zentralismus nicht die Bedürfnisse der Menschen befriedigen kann. (vgl. Novy 2012:147)

Die Siedlung an sich gilt ja als konservative Wohnform, als Rückzug aus dem industriellen Zeitalter. Die Siedlung wurde von reaktionärer Seite zum Allheilmittel jeglicher Krise erklärt. Diese konservative Ausprägung erreichte ihren Höhepunkt in der „Blut- und Bodenideologie des Nationalsozialismus“. Eben diese Ausprägung ist die gängige in den Köpfen der Menschen, doch es wird gerne jene vergessen, welche auch der Wiener Siedler*innenbewegung[21] zugeschrieben werden kann, nämlich die proletarisch-sozialistische Siedlung. (vgl. Novy 2012:131)
In diesem Sinne sprach Adolf Müller – Obmann der linken Pioniersiedlung Rosenhügel: „Arbeit an der Siedlung ist Arbeit am Sozialismus“. Dies widersprach zwar jener Vorstellung vom Sozialismus, welche das Einfamilienhaus als bürgerlich-konservativ abstempelte und das Wohnen in großen Einheiten favorisierte, öffnete jedoch eine neue fruchtbare Richtung. Dass eben auch kleinere Hauseinheiten nicht unmittelbar gegen Solidarität und Organisationsfähigkeit gerichtet sind, bewies die Wiener Siedlungsbewegung nach 1918 (vgl. Novy 2012:132f). Es gab wohl auch Unterschiede, denn nicht alle Siedler*innen – wenngleich es auch viele waren – waren solidarisch und gewillt, sich zu organisieren. So unterscheidet Novy zwischen besitzindividualistischen Siedler*innen (BIS) und Genossenschaftssiedler*innen (GES) und nennt als Beispiel für Wien die „Pioniere vom Rosenhügel“ als GES und die Pioniere vom Wolfsberg als BIS. (vgl. Novy 2012:134)
In puncto Landnahme propagierten die BIS „Eigentum macht frei“ und forderten von der Gemeinde

[21] Da dieser auch eine ausgeprägte Hinwendung zur Natur nachgesagt wurde, galt es erst mal skeptisch zu bleiben. Waren nämlich in Deutschland oft jene Projekte – welche die Rückkehr zur Natur propagierten – völkisch, rassistisch und sexistisch geprägt. (vgl. Pavlic 2009:109)

billiges Land. Die GES forderten hingegen „neue Formen des gemischten, gebundenen Eigentums“. Das sollte in etwa so aussehen, dass der Grund Eigentum der Gemeinde bleibt, aber das Nutzrecht die Genossenschaft inne hat. Die GES forderte weiters die generelle Beendigung des teuren Wohnens. (vgl. Novy 2012:134)

In puncto Hausbau forderten die BIS öffentliche finanzielle Hilfe und Überschreibung der Häuser in Privateigentum. Dies würde bedeuten, dass öffentliche Gelder für privates Eigentum ausgegeben werden. (vgl. Novy 2012:134) Die GES sah das anders:

> „Kleingärtner und Siedler wollen unter sich und mit der Gesamtheit Solidarität wahren, sie bekämpfen daher alle Bemühungen, den einzelnen zu isolieren und ihm gar freies Verfügungsrecht über seinen Boden und sein Haus zu geben“ (Neurath 1923:24, zit. nach Novy 2012:134)

Es sollte die Genossenschaft als „gemeinnütziger Eigentumsträger“ fungieren und somit auch verhindert werden, dass dieses gemeinnützige Eigentum auch in Zukunft privatwirtschaftlich genutzt wird. Da man darauf angewiesen war, alles selbst zu machen, mussten die Siedler*innen zwangsläufig ein gewisses handwerkliches Geschick mitbringen (bzw. auch wissen, wie der Boden zu bestellen ist) und so wurden eher Arbeiter*innen und Handwerker*innen bevorzugt. (vgl. Novy 2012:135)

Dass die GES selbstverwaltet war, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie sehr zentralisiert und auch straff organisiert war. So mussten die Zäune und die Häuser gleich sein, damit kein Neid entstehen konnte. (vgl. Novy 2012:136) Dass viele „geschulte“ Sozialist*innen, wie beispielsweise Otto Neurath in den Reihen der Siedler*innen standen, darf nicht vergessen werden, denn sonst hätte sich die Bewegung wohl auch nicht in diesem Ausmaß in die Richtung des Gildensozialismus entwickelt. Diese intelektuelle Bewegung – welche zwischen Staatssozialismus und Syndikalismus zu verorten ist – wurde sehr an die lokalen Verhältnisse angepasst. Das Kernelement des Gildensozialismus war Selbstregierung, wobei die Gilden als Nachfolgerinnen der Gewerkschaften gelten, welche Selbstverwaltung von Wirtschaftszweigen anstrebten, als auch politisch durch das Gildenparlament selbstverwaltet agierten. (vgl. Novy 2012:143f)

So wurde in Wien das Ziel gesetzt, das private Baugewerbe sowie den privaten Mietshausbesitz auszuschalten. Dies stellte man sich folgendermaßen vor: Es sollte eine Einheit der Siedler*innen-, Wohnungs- und Baugilde angestrebt werden, welche all jene umfassen sollte, welche im Bereich des Wohnens tätig waren, also alle von den Bauarbeiter*innen bis zu den Architekt*innen. Ferner sollten die Gilden sowohl Kampf-, als auch Verwaltungsorganisationen werden, also sowohl den Wohnraum verwalten als auch exekutive Tätigkeiten übernehmen und so den Gegensatz zwischen

Produzent*innen und Konsument*innen überbrücken (vgl. Pavlic 2009:113). In der besagten Zeit lebten in Österreich 6 Mio. Menschen, von welchen eine Million (inklusive Familienangehörige) in der Gilde organisiert waren. (vgl. Novy 2012:145)

*** Organisation der Siedler*innen**

Hauptgründe der Zusammenschlüsse zu Gilden waren die „Ausschaltung privater Gewinne auf allen Produktions- und Vertriebsstufen", „Kostenvorteile durch Zusammenschluß", die Sicherung der Autonomie sowie die Leitlinie „Kooperation statt Konkurrenz" (Novy 2012:138). Die nun beginnende Phase war eine Phase der organisierten Siedelei innerhalb der Jahre 1921 bis 1923. Es begann bereits in Ansätzen die Institutionalisierung der Siedler*inneninteressen und somit war das Bauen der Siedlungen von nun an um einiges organisierter (vgl. Novy 2012:138).

Im April 1921 kam es zur 2. Siedler*innendemonstration, welche als eine der größten Demonstrationen Wiens galt. Im Gegensatz zur ersten war diese von den Sozialdemokrat*innen organisiert worden (vgl. Pavlic 2009:111f). Parolen wie „Was ihr den Siedlern gebt, erspart ihr an Arbeitslosenunterstützung" wurden gerufen bzw. waren an Transparenten zu sehen und in Folge wurde die wilde Bebauung im städtischen Siedlungsamt reglementiert. (vgl. Novy 2012:141) Durch die Unterstützung der Sozialdemokrat*innen bekam zwar die Bewegung eine gewisse Kraft und auch Rückhalt, doch nachdem an wichtigen Punkten der genossenschaftlichen Organisation „Männer der Sozialdemokratie" positioniert wurden, wurde die Siedler*innenbewegung mehr und mehr vereinnahmt und instrumentalisiert. Wo schon anfangs die Forderungen der Siedler*innen nicht so richtig ins parteipolitische Programm passten, hätte schon vermutet werden müssen, dass sich entweder die Bewegung unterordnen werden müsse bzw. die Unterstützung von parteipolitischer Seite irgendwann aufhören würde. Denn die Sozialdemokrat*innen hatten immer schon Top Down Veränderungen im Sinne und nicht eine „ungeordnete" Bewegung von unten, wie sie die Siedler*innenbewegung darstellte. (vgl. Pavlic:2009:111f)

Im September 1921 wurde dann der „Österreichische Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen" (ÖVSuK) gegründet und darauf die „Gemeinwirtschaftliche Siedlungs- und Baustoffanstalt" (Gesiba). Die Siedler*innen schufen „Eigenproduktionsstätten" wie beispielsweise Sägewerke, sowie diverse andere Werke (Ziegel, Kalk, Zement, Sand und Granit). Es gab auch Anfänge einer Bank. Die Förderung des Siedlungswesen vonseiten der Gemeinde und Gesiba war

an gewisse Richtlinien gebunden, welche viele Siedler*innen als einschränkend empfanden. (vgl. Novy 2012:138f)

Die Pioniere vom Rosenhügel errichteten „Siedlungen im neuen Geist“ mithilfe von „dekapitalisierte[m] und teils demonetarisierte[m] Arbeitseinsatz“ (Novy 2012:149). Anfangs war die Bewerkstelligung dessen äußerst schwierig und das Geld wurde knapp und so verließen auch einige 1922 die Siedlung und deren Ideale.

* Kommunale Vereinnahmung

Die nächste Phase kann als Phase der kommunalen Institutionalisierung gesehen werden, welche zwischen 1924 und 1929 vonstatten ging. Eine erste Wende stellte der Gemeinderatsbeschluss vom September 1923 dar, welcher das Gemeindewohnungsbauprogramm (Bau von 25.000 Wohnungen für Bedürftige binnen 5 Jahren) beschloss. Der Siedlungsbau wurde von nun an von der Stadt immer weniger unterstützt und favorisiert. Das kommunale Ideal war der „Superblock“ und so sank der Anteil der Siedler*innenhäuser im Verhältnis zum gesamten Wohnbauprogramm von 55% im Jahre 1921 auf 4% im Jahre 1925. (vgl. Novy 2012:150f) Die Siedler*innenbewegung hatte zu diesem Zeitpunkt bereits ihre radikalsten Forderungen wie jene der Enteignungen und „Alle Macht den Räten“ über Bord geworfen. (vgl. Pavlic 2009:114)
In den Jahren 1923 bis 1925 wurde mithilfe der Breitnerschen Steuern wieder Geld in die Siedlungsidee investiert und so entstanden weitere 2000 Siedler*innenhäuser. Ab 1924 baute die Stadt ohne die Genossenschaften eigenständig Siedlungen (Gemeindesiedlungen wie Lockerwiese, Hermeswiese, Laaer Straße, Weißenböckstraße und Kagran) (vgl. Novy 2012:149ff).

Die letzte Phase der Siedlungen – v.a. ab 1930 – kann als Notphase gesehen werden, wo sich zwar wieder auf die Siedlungen rückbesinnt wurde, jedoch diese gänzlich von oben organisiert und kontrolliert wurden. Von 1927 bis 1929 konnte bekanntlich das Wohnbauprogramm der Gemeinde nicht wie bisher weiter geführt werden. Die Siedler*innenbewegung wurde zunehmend von der Gemeinde kontrolliert und daraus entstand zum Beispiel die „Erwerbslosensiedlung“ als Arbeitsbeschaffungsprogramm.[22] (vgl. Novy 2012:152)

[22] Siehe hierzu das Kapitel „Die Lobau und ihre Bewohner*innen“

*** Reflexion der Bewegung und Zugeständnisse**

Die Reformierung des Wohnens wird dem Roten Wien mit ihren Gemeindebauten hoch angerechnet und dabei kaum die Siedler*innenbewegung gewürdigt, welcher jedoch ein sehr hoher Stellenwert eingeräumt werden muss, da sie als Pionierin des anderen Wohnens gilt. Qualitäten wie Vernetzung oder Solidarität konnten in den Siedlungen erreicht werden, wo der Gemeindebau scheiterte.
Novy stellte sich die Frage, ob es nicht klar gewesen sein musste, dass man sich vor der Institutionalisierung dieser Ideen hätte hüten müssen. So verwundert es, dass stattdessen die Zusammenarbeit forciert wurde. Er meint ferner, dass jedoch in Anbetracht der Forderungen der Siedler*innen die Herangehensweise verständlich sei, denn diese stellen keine Forderungen dar, welche auf der Stelle erfüllt werden können, sondern forcierten große Veränderung der Wohn-, Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse. Dazu brauche es nach Novy eine gewisse institutionelle Organisation, wobei sich meines Erachtens über das Institutionelle an der Organisation streiten ließe. (vgl. Novy 2012:154) So wäre es vielleicht besser gewesen, sich nicht auf kommunale Institutionen zu verlassen, sondern sich auf das eigene Arbeiten zu fokussieren. Wahrscheinlich wären so auch wieder Probleme entstanden, welche die Siedler*innenbewegung einerseits monetär belastet und andererseits auch weiter in die Illegalität gedrängt hätte.

Gerade die Wiener Siedler*innenbewegung gilt als besonders bekannt dafür, dass sehr vieles außerstaatlich geregelt und organisiert wurde. Doch mehr und mehr war sie abhängig vom umverteilten Geld der Gemeinde. Novy führt ferner an, dass Argumente wie, die besitzindividualistischen Siedler*innen stünden nun besser da, als die Genossenschaftssiedler*innen, nicht zählen, da eben das besitzindividualistische Konstrukt nicht verallgemeinerbar ist. Das Interesse der Siedler*innen am Besitz einer Wohnung musste also zu einem allgemeinen Wohninteresse umgeformt werden, denn sonst würde dieses als spezielles Interesse abgetan werden, welches die Siedler*innen bevorzugen würde. (vgl. Novy 2012:1555ff)

So wurde die Bewegung, welche als Grass-Roots Movement begann, mehr und mehr abhängig vom Wohlwollen und den finanziellen Beigaben der Gemeinde. Für die kommunale Seite war es natürlich praktisch, dass in Zeiten großer Not und schlechter Lebensbedingungen, die Siedler*innen selbst etwas in die Hand nahmen und man hier nur ein bisschen Geld nachschießen musste und sich so mit geringstem Aufwand einiges besserte. Auf der anderen Seite war das für die Gemeinde – wie schon erwähnt – eine Bewegung, welche als ungeordnet galt, eben ohne parteipolitische Führung agierte und sich „wild“ verbreitete. So gesehen war der Zuschuss monetärer Mittel gleichzeitig eine

Kontrollmöglichkeit, welche mehr und mehr ausgeweitet wurde. Als die Stadt Wien ihr rotes Programm in die Tat umsetzte und die ersten Gemeindebauten errichtet wurden, wurden die Siedlungen immer überflüssiger und passten auch immer weniger ins stadtplanerische Bild[23]. So wurde die Siedlungsidee schließlich vollständig von der Stadt vereinnahmt und nur noch als Notfallplan betrachtet.
Das Beispiel der Wiener Siedler*innenbewegung, die Aneignung deren Ideen durch die Stadt sowie schlussendlich deren Vereinnahmung, wird uns in ähnlicher Weise bei weiteren historischen, sowie aktuellen Beispielen wieder begegnen.

Die Lobau und ihre Bewohner*innen

* Die Anfänge. Siedler*innen und Kolonist*innen in der Lobau

> „Einst reichte der dschungelartige Auwald in der Lobau noch bis zur Ostbahnbrücke. Aber die wirtschaftliche Notlage führte nach 1918 zu einer 'Besetzung' der Lobau durch wilde Siedler. Wie die Pioniere des 'Wilden Westens' rodeten sie den Auwald, um sich dort anzusiedeln. Die Kolonisten der Lobau kämpften nicht gegen Indianer, sondern gegen die Behörden.“ (Eder 1983:82f)

Diese wandelten den Auwaldboden der Gemeinde in Ackerboden um und wollten hier Landwirtschaft betreiben. Von der Not getrieben kam es zur Auswanderung in die „eigenen“ Kolonien. In diesem Fall in die Lobau. Das Gebiet der Kolonisten war bekannt unter dem Namen der „Wilde Osten“. (vgl. Heller 1975:12ff)
Einige Jahre später wurden die „Kolonien in der Heimat“ populärer und linke Zeitungen berichteten 1926 vermehrt über diese Konzepte. Zu dieser Zeit wollten tausende Menschen aus Österreich aufgrund der misslichen Lage auswandern [24]. (vgl. Gepp 2008) Einer dieser Kolonisten war Josef Wagner von der Gemeinde Wien (vgl. Hoffmann 1985:47). Dieser gründete 1926 den Verein „Kolonien in der Heimat“ und förderte damit die „selbständige Existenz im Bereich der Landwirtschaft“. Er vertrat die Meinung, dass es besser sei in Österreich zu bleiben und hier Kolonien aufzubauen als ins Ausland abzuwandern. Im Zuge des Juli 1926 trugen sich 8000 Personen in den Verein „Kolonien in der Heimat“ ein. Es folgten illegale Landnahmen, bei welchen

[23] Ins stadtplanerische Bild passten sie ohnehin nie. Doch in Zeiten, in denen es der Gemeinde nicht gelang die Situation der Bürger*innen zu verbessern, musste man so eine Bewegung – in Anbetracht der schnellen und gelungenen Lösungsansätze – zulassen, konnte man ja selbst kaum etwas zu einer Besserung beitragen.

[24] Zu dieser Zeit verschlug es viele in ferne Kolonien, wie beispielsweise einige Tiroler*innen nach Südamerika (Dreizehnlinden). Ein Grund hierfür war die schwierige Wohn- und Arbeitssituation. Mitte der Zwanziger lag die Arbeitslosigkeit in Österreich um die 10%. (vgl. Hoffmann 1985:48f)

teilweise die Polizei die Besetzer*innen räumte. Schon vorher geschah es, dass von der Gemeinde versucht wurde wilde Siedler*innen, welche Land auf der Donauinsel vereinnahmten – trotz Zustimmung der Grundherren – zu vertreiben (vgl. Hoffmann 1985:49f).
Drei Tage vor der Wahl im April 1927 wurde versprochen, eine Siedlung für 100 Köpfe im Lobau-Gebiet für die Bewohnung und Bewirtschaftung freizugeben. Nach gewonnener Wahl geschah dies auch und so kam es zu folgendem Szenario: (vgl. Hoffmann 1985:50)

> „Am 26. Mai 1927 […] versammelten sich ungefähr Tausend Männer in grünen Hemden und mit roten Krawatten vor dem Wiener Rathaus. Nach einigen Reden formierte sich am frühen Nachmittag ein geschlossener Zug durch die Innenstadt. Anschließend zogen die Männer, die vier geschmückte Lastwagen, beladen mit Rucksäcken, Schaufeln, Hacken und sonstigem Arbeitsgerät mit sich führten, auf der Reichsbrücke über die Donau. Vorbei an der Endstation der 24er Linie marschierte der Zug […] bis er sein Ziel erreichte: den Kaiserspitz in der Oberen Lobau, einen beliebten Ausflugsort der Wiener. Dort begannen die Männer sogleich das Unterholz auszulichten, Bäume zu fällen und eine Reihe kriegsmäßiger Unterstände auszuheben.“ (Hoffmann 1985:47)

Als Anführer des Marsches galt der schon erwähnte Kassenbeamte Wagner. Jene Arbeiter, welche unter schwierigen Bedingungen (wenig Essen, provisorische Behausungen) die Siedlung aufbauten, wussten nicht ob sie dann auch hier bleiben konnten. Denn nur jene, welche es am notwendigsten hatten, konnten bleiben. Auf die Frage eines Reporters, ob es hier zu Streit komme meinte ein Kolonist: „Nein, nein, wir Armen streiten nicht.“[25] (vgl. Hoffmann 1985:51)
Aus der einen Kolonie von Wagner wurden zwei, welche sich nicht gerade freundlich gegenüberstanden und es kam von beiden Seiten zu Vertreibungsversuchen. Schließlich bekam, nach zahlreichen Prügelattacken, Hundeentführungen und anderwertigen Angriffen, die konkurrierende Kolonie den Pachtvertrag von der Gemeinde. (vgl. Hoffmann 1985:54)
Im Jahre 1928 kamen die Familien der Männer hinzu und weitere Familien zogen nach, welchen es nicht schlecht hier ging – fast schon zu gut, wie einige aus der Bevölkerung meinten – denn durch Verkauf von Obst und Gemüse konnten einige Siedler*innen ein beträchtliches Einkommen erlangen (vgl. Hoffmann 1985:56f).

[25] Der Abend, 4.6.1927

*** anarchistische Bodenbesetzung**

> „Zu legalen Siedlungen gesellten sich illegale, zu den Österreichern kamen Roma und Sinti. Am Biberhaufenweg, wo heute ein adrettes vorstädtisches Schrebergartenviertel liegt, entstanden solcherart die „Wiener Favelas“, wie sie der Historiker Fritz Keller bezeichnet.“ (Gepp 2008)

Es gab einige, welche aufgrund der teuren Mieten ihr Zelt in der Lobau über den Sommer aufbauten und auch einige, welche „zu revolutionärer Selbsthilfe griffen. Letztere waren teilweise im Verein 'Freiland' und im 'Bund herrschaftsloser Sozialisten (Anarchisten)' organisiert und versuchten mehrmals Boden zu besetzen […], um sich damit selbst eine Lebensgrundlage zu schaffen und damit außerdem „das brennende Problem der Innenkolonisation durch direkte Aktion in den Kreis öffentlicher Bewertung von hunderttausenden Arbeitslosen zu rücken.““ (Eder 1983:100f)

> „Indem es dort einschreitet wo sich, aus der Not geboren, Menschen zusammenschließen zur Selbsthilfe, gibt das System selbst den Weg an, wie es zu vernichten ist und am entscheidensten zu treffen ist. Gehörte ehedem Grund und Boden nicht allen Menschen? Wer gab dem einen das Recht, sich über den anderen zu setzen?“ (Pierre Ramus 1931:1, zit. nach Eder 1983:116)

In einem Artikel der Krone vom 23. April 1932 wird über Anarchisten berichtet, welche von den Zellenwägen ins Gericht gebracht wurden. Diese Männer, welche allesamt Familienväter und Arbeitslose waren, begannen ohne Erlaubnis, Wald in der Lobau zu roden und wurden dabei von der Polizei verhaftet und wegen Landfriedensbruch angeklagt. (vgl. Illustrierte Kronen-Zeitung 23.4.1932:11, zit. nach Eder 1983:117) Nach einer Woche Haft wurden diese wieder entlassen und strebten Wiederholung an. Die Bodenbesetzungen der Anarchist*innen „im autoritären Ständestaat“ galt schon im Vorhinein als hoffnungslos, jedoch war der legale Erwerb ebenfalls aufgrund fehlender finanzieller Mittel unmöglich (vgl. Eder 1983:114). Zunehmend wurde es schwieriger die verbleibenden Nischen zu Nutzen und hinzu kam der große Ansturm Arbeitsloser in die Lobau. (vgl. Eder 1983:118f)

*** Lobaubewegung, Indianer*innen und FKK**

Als Anfang der Lobau-Bewegung galten die FKK-ler*innen der 20er Jahre. Jenen – welche in den 30er Jahren dazukamen – ging es um „Protestverhalten, Absage an die normative, staatlich-

gesellschaftliche Verhaltenssteuerung und Verteidigung der alternativen Lebensweisen. Zusammenhalt und Gemeinschaftsgeist waren dabei ausschlaggebend.“ (Eder 1983:99)

Als Lobau-Indianer*innen wurde einer Gruppe, welche viel Zeit in der Lobau verbrachte, bezeichnet. Diese fühlten sich der Freikörperkultur zugehörig und bildeten in ihrer eigenen Vorstellung „Stammeskulturen“ aus. Vorbilder waren hier „nordamerikansiche Steppenindianer als auch südamerikanische Dschungelindianer und Südseeinsulaner.“ Es ging jedoch mehr um „zivilisationskritische Utopien“ als um fundierte Anlehnung an bestehende Stämme. Das Lagerleben gehörte für die Lobau-Indianer*innen dazu. (vgl. Eder 1983:74f)
Die spielerischen Riten der Lobau-Indianer*innen dienten „der Flucht in eine phantastische archaische Welt zivilisationsmüder Großstadtmenschen“ (Eder 1983:81). Sie bedienten sich der „ökonomische Selbsthilfe“ und gaben so ein Beispiel für Arbeitslose, sich kollektiv zu organisieren.

> „Um nicht teure Mieten für miese Wohnungen zahlen zu müssen, hausten diese in der wärmeren Jahreszeit gratis in Zelten, Unterschlüpfen und Baracken […].“ (Eder 1983:82)

Die Lobau-Indianer*innen werden nach den Kolonisten als die zweite Welle „notleidender Obdachloser“ – welche durch die damalige Massenarbeitslosigkeit erzeugt wurden – gesehen. (vgl. Eder 1983:82,93) Viele der Lobau-Indianer*innen waren Angehörige der untersten Schichten und versuchten sich so selbst zu helfen. Die Ernährung erfolgte durch Fischfang und Selbstgepflücktem bzw. Gestohlenem der umliegenden Äcker. Sie halfen sich auch gegenseitig beim Unterstandbau und es gab mehr Zusammenhalt als bei vergleichsweise marginalisierten Gruppen wie „'Fettfischern', 'Kohlenklaubern', 'Tschiksammlern', 'Waschelweibern', 'Abfallstierern', 'Bettlern'“ (Eder 1983:89).

Die „Regierungen der 30-er Jahre“ nahmen sich zum Ziel, politische Vereine, subversive und suspekte Bewegungen loszuwerden. So kamen nicht nur die Sozialdemokrat*innen und Kommunist*innen in Bedrängnis, sondern auch diverse kleine Bewegungen, wie die Lobau-Indianer*innen. Es wurde mit Arrest gedroht (gar mit bis zu 6 Monaten Haft, sollte man zu Versammlungen aufrufen). Für die Lobau-Bewegung bedeutete dies aber trotzdem einen Zulauf von Menschen. (vgl. Eder 1983:94f)

*** Auswüchse und Ende**

Doch nicht nur vermeintlich linke Gruppen fanden ihren Weg in die Lobau. So sei an dieser Stelle die Geschichte von Peter Waller erwähnt, welcher als Waranieri in der Lobau die Hauptstadt des „deutschen Morgenlandes“ Ormanjelo gründete.[26] (vgl. Gepp 2008)

Die ersten Bombardements des beginnenden zweiten Weltkrieges – noch bevor es in der Stadt selbst zu solchen kam – forderten einige Tote unter den dort lebenden Arbeiter*innen. (vgl. Heller 1975:12ff) Doch im Endeffekt lebten etliche Personen bis Anfang der 70er Jahre auf die ein oder andere Weise in der Lobau (vgl. Gepp 2008). Auch heute noch sind in diesem Gebiet bzw. in dessen Umgebung einige Behausungen von Obdachlosen zu finden, welche in regelmäßigen Abständen von den Behörden zerstört und so die Personen vertrieben werden.[27]

Kommunenbewegung und Wohngemeinschaften (1960er und 70er)

Was die Student*innnenbewegung ab den 60ern von vorherigen Bewegungen unterschied, war die Abkehr von parteipolitischen Strukturen oder internationalen Organisationen, trotz internationaler Vernetzung, welche in dieser Form in den USA ihren Anfang nahm. Doch gegen Ende der 60er und Anfang der 70er kam der Alltag mehr und mehr in die studentischen Kreise zurück, und jene, welche sich nicht damit abfinden wollten, bauten Kommunen- und Alternativprojekte auf und organisierten sich in K-Gruppen. (vgl. Foltin 2004:53,66) Eine dieser Kommunen war die Kommune Wien, welche dem Freundeskreis des Cafe Hawelka und dem Deserteur Günther Maschke entsprang. Zu ihrem Zenit bestand diese aus ca. 50 Aktivist*innen, welche teilweise in zwei Wohngemeinschaften zusammen lebten. Im Herbst 1967 wurden von dieser Kommune ausgehend viele politische Aktionen initiiert. (vgl. Foltin 2004:68f)

[26] „In den 20er-Jahren wollte ein verarmter Offizier der k. u. k. Armee, von der Lobau ausgehend, einen eigenen Staat gründen. Peter Waller, vermutlich psychisch labil, gestorben 1971, scharrte in einem Zeltlager ein paar Anhänger um sich und gründete die „Asen“, eine rechte Polit-Sekte. Ihre Kunstsprache „Hewua“ hätte sich über kurz oder lang über die ganze Welt ausbreiten sollen. Die Kampftruppe der Sekte trug bunte Fantasieuniformen hieß auf Hewua „Wardanieri“. Waller selbst verlieh sich den erfundenen Titel „Wodosch“. Ein Buchumschlag aus dem Jahr 1929 skizziert das projektierte Reich des selbsternannten Stifters einer neuen Weltordnung: das „deutsche Morgenland“ Ostniederösterreich und Burgenland rund um die Hauptstadt „Ormanjelo“, ein Zeltlager in den Donau-Auen. Zeitungen bescheinigten Waller in den 20er-Jahren die rhetorischen und manipulativen Fähigkeiten von Benito Mussolini. Ormanjelo sollte für Peter Waller, den „Wodosch aller Asen“, allerdings nur der Anfang sein: Im Mai 1928 zogen ein paar hundert Wardanieri gen Süden. Im heutigen Äthiopien wollten sie ein von Waller proklamiertes neues gelobtes Reich gründen. Tage später hatte sich der zerlumpte und halbverhungerte Zug Asen auf einige Dutzend Menschen reduziert. Die Wardanieri waren bis zur italienischen Grenze gekommen. Der Zöllner ließ sie nicht passieren.“ (Gepp 2008)

[27] Vgl. https://linksunten.indymedia.org/node/108725

Im Jahre 1970 war die WG-Szene in Wien noch so klein, dass sich alle untereinander kannten. Doch bis 1977 verbreitete sich die WG-Idee und wurde heterogener in ihren Anschauungen. So kam es auch zu der Entstehung von Zweck-WGs, maßgeblich angetrieben durch Studierende der Bundesländer, welche in Wien billige Unterkunftsmöglichkeiten suchten. (vgl. Foltin 2004:101)

In Folge sollen nun zwei Kommunenbewegungen, welche relativ große Bekanntheit erlangten, so wie deren jeweilige Spezifika und Hintergründe, dargestellt werden.

* Der Wiener Aktionismus und die AAO

Ab 1962 starteten Künstler*innen, welche sich zum sogenannten Wiener Aktionismus zugehörig fühlten, ihre Aktionen im öffentlichen Raum und wurden für die Ablehnung an die Konsumgesellschaft und die gesuchte Konfrontation mit Staat und Kirche bekannt. Diese endeten oft mit Arresten, Tumulten und medialen Schlammschlachten.[28] (vgl. Foltin 2004:59ff) Otto Mühl als zentraler Protagonist des Wiener Aktionismus begann 1970 in der eigenen 120 m² Wohnung die Kommunenidee zu etablieren. (vgl. Foltin 2004:63)
1972 wurde ein Hof im Burgenland erworben, welcher zur Tischlerei, zum Transportunternehmen und zur Viehzucht und Landwirtschaft ausgebaut wurde. So begann die Zeit der AAO[29]-Kommune, welche höchst autoritäre Züge annehmen sollte. Die AAO basierte auf Gemeinschaftseigentum und freier Sexualität, um sich vom unterdrückten Kleinfamilienmenschen zu befreien.
1977 zählte man schon 19 Kommunen mit jeweils 15-40 Mitgliedern, welche in dieser Tradition standen. Äußerlich schien ein uniformer Charakter unter den Kommunard*innen zu herrschen. Alle hatten geschorene Haare und schwarze Kleidung. So sollte sexuelle Lust fernab äußerlicher Oberflächlichkeiten entstehen. Die Kommune organisierte sich streng hierarchisch nach „Bewusstseinklassen“. Als Kritik zur autoritären Struktur gründete sich die BBO und organisierte das ab 1977 regelmäßige „Wiener Wohngemeinschaftstreffen“, sowie sich auch weitere WGs gründeten, welche noch undogmatischer waren und sich explizit gegen die homophoben Tendenzen der AAO stellten. (vgl. Foltin 2004:99ff)

[28] Die wohl bekannteste Aktion in diesem Kontext – auch mit den weitreichendsten Folgen, denn alle Beteiligten wurden verhaftet – war jene an der Universität Wien im Sommer 1968 mit dem Titel „Kunst und Revolution“ auch unter „Uni-Ferkelei“ bekannt. Hier wurde sich in den Räumlichkeiten der Universität ganz öffentlich ausgezogen, die Notdurft verrichtet, sowie sich mit Exkrementen beschmiert und dabei noch die österreichische Bundeshymne gegrölt. (vgl. http://www.koer.or.at/cgi-bin/koer/archiv.pl?id=5, http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/weltbisgestern/390834/Die-Welt-bis-gestern_matte-sache-das-ganze-bisher)

[29] Aktionsanalytische Organisation

„1978 wurde die AAO aufgelöst, das Gemeinschaftseigentum abgeschafft, Lohn und Geld wieder eingeführt, und auch die «freie Sexualität» eingeschränkt. Der Friedrichshof schloss sich ab da für Jahre von der Szene ab […]“ (Foltin 2004:100)

1991 kam es zu Otto Mühls Verhaftung und einem Prozess gegen ihn, welcher mit siebenjähriger Haft wegen Missbrauchs von Kindern ausging (vgl. Foltin 2004:63,100).

* Die Gruppe Spartakus. Von der „Kampforganisation der österreichischen Arbeiterjugend“ zur Longo mai Kommune

Spartakus[30] war die erfolgreichste Gruppe bei der Organisation von „Arbeiterjugendlichen“. Diese entstand aus einer Wohngemeinschaft im sechsten Bezirk im Jahre 1968 und sah sich als „Kampforganisation der österreichischen Arbeiterjugend“. Mit der Unterstützung der Fürsorgezöglinge konnte ein von der Caritas geführtes Haus selbstverwaltet werden, woraufhin dieses aber von den Obrigkeiten der Caritas geschlossen wurde. Daraufhin folgten Proteste in Form von Zeltlagern im Rathauspark, Hungerstreiks sowie die Besetzung eines leerstehenden Tigerkäfigs in Schönbrunn. Jede dieser Aktionen wurden mit staatlicher Repression beantwortet. Daraufhin begann die „Öffnet die Heime!“ Kampagne und es folgten noch mehr Aktionen der Spartakist*innen. Hier sind die Besetzung des Siemens-Pavillon auf der Herbstmesse 1969, die Beteiligung bei der Besetzung des Daches des Raxwerkes (in Wiener Neustadt), die Aufrufe zum Aufstand für die „Twen-Shop“ Jugendmesse und einiges mehr zu nennen. Im März 1971 konnten tausend Jugendliche für eine „Heimkampagne“-Demonstration mobilisiert werden. Nach diversen Verfahren und Anklagen gegen die Spartakus-Gruppe, floh die Kerngruppe 1972 in die Schweiz und gründete Longo mai[31]. Trotz der Flucht ins Exil, zeigte die Heimkampagne nachhaltig Wirkung und verbesserte die Situation in den Heimen. Autoritäre Strukturen durchzogen trotz allem die Reihen der Spartakist*innen und wirkten auch in der „Longo mai“ Formation weiter. (vgl. Foltin 2004:78,80)

„In Teilen der Sponti-Szene wurde die Kooperative als anarchostalinistisch bezeichnet,weil prinzipiell anarchistische Konzepte der Selbstverwaltung vertreten wurden, die Organisation aber autoritär war (vgl. Genner 1998).“ (Foltin 2004:320)

[30] Ab 1970 war dieser Name der Gruppe zuzuordnen.
[31] „provencalisch: es möge lange dauern“ (Foltin 2004:99)

In der Schweiz erwarben die Kommunard*innen drei Bauernhöfe in schlechtem Zustand. Das Projekt fand Anklang und Interesse für die substistenzwirtschaftliche und ökologische Landwirtschaft wurde geweckt. Gleichzeitig mischte man sich nach wie vor auch politisch ein. So setzte man sich beispielsweise im Longo mai Hof in Kärnten für die Rechte von Kärntner-Slowen*innen ein und versuchte auch eine freie Rundfunkstruktur zu schaffen. Andere Höfe der Longo mai Kooperativen schossen in Frankreich, Deutschland, Ukraine und Costa Rica empor. Durch die zunehmende Kritik an der straffen Struktur verlor Longo mai mit der Zeit an Attraktivität, doch besteht bis heute weiter. (vgl. Foltin 2004:99)

Jugendbewegungen, Autonome und Besetzungen in Wien (70er und 80er)

*** Der Anfang der (Haus)Besetzungen in Wien. Kommunikations- und Kulturzentren**

Im Sommer 1975 wurde das Amerlinghaus für vier Tage freigegeben und anschließend besetzt. Die Besetzung richtete sich gegen die „Kaputtsanierung“ des Spittelbergs und zu Beginn fanden sich hier vor allem Architekt*innen und Künstler*innen. Danach wurde das Haus von der Stadt saniert und 1978 mit den übrig gebliebenen Aktivist*innen in stark verringerter Zahl weitergeführt. Ursprünglich war das Amerlinghaus als Kommunikationszentrum im proletarisch-migrantischen Gretzel gedacht. Der Bezirksteil veränderte sich jedoch schnell, und damit auch die Bevölkerung. Das Haus – als linkes Zentrum – blieb bestehen, musste jedoch Abstriche machen und Räumlichkeiten für Kommerz und Kultur zur Verfügung stellen. (vgl. Foltin 2004:114f)

Im Sommer 1976 wurde der Auslandschlachthof St. Marx besetzt und zum Kulturzentrum umfunktioniert. So gab es auf den 70.000 m² der Schlachthaus-Arena verschiedene Cafes, Konzerte, Lesungen, Theater, die Rote Halle der KPÖ, das Soldatenhaus, das Frauen und Kinderhaus, usw. Nach der freiwilligen Räumung am 6. Oktober teilten sich die Gruppen wieder. Die Aktivist*innen gingen in die AKW- Bewegung und einige zogen sich in WGs zurück.
(vgl. Foltin 2004:116ff)

> „Für eine kurze Zeit fielen alle Elemente der Subversion zusammen, um sich dann wieder zu differenzieren: Subkultur und KünstlerInnen, Studierende und entflohene Heimzöglinge, politische Eggheads (KB, GRM, IKL & Co) und subkulturelle KifferInnen, die Feministinnen, die Soldatenbewegung, Kinder, KonsumentInnen und AktivistInnen.“ (Foltin 2004:116)

Nach Durchsicht der Darstellungen der Arena Bewegung scheint der Fokus auf das kulturelle Zentrum gelegt worden zu sein. Über kollektives Wohnen oder ähnliches wird in diesem Sinne nicht berichtet. Wohl kann man aber davon ausgehen, dass viele der Besetzer*innen im Schlachthausareal genächtigt haben, genausowie auch im Amerlinghaus. Die kollektive Wohnform abseits des Stellenwertes von Kultur und Kommunikation spielte hier sicherlich auch eine entsprechende Rolle.

* Krawalle in Europa und die autonome Bewegung

Gegen Ende der 70er bzw. Anfang der 80er, veränderte sich das politische Moment in den Bewegungen. Foltin spricht diesbezüglich von Revolten, welche nun „unpolitischer“ und an „eigenen Bedürfnissen“ orientiert sind (vgl. Foltin 2004:124). Angemessener scheint jedoch die Feststellung einer veränderten politischen Herangehensweise. In autonomer Manier wurde nun versucht, die gesellschaftlichen Verhältnisse anhand der eigenen Lebensführung zu verändern, so den fremdbestimmten Einflüssen auf das Individuum entgegenzuwirken und von nun an das Leben selbstbestimmt in die Hand zu nehmen. Ob dies nun als „unpolitischer“ gilt bzw. ob die Veränderung des eigenen Lebens nicht auch die Ansprüche von gesamtgesellschaftlicher Veränderung beinhaltet, bleibt somit fraglich.

In den Jahren 1980 und 1981 gab es vermehrte Krawalle in Europa. Einflussreich für Österreich waren hier „Züri brennt“[32] und die Hausbesetzungen in Berlin[33] mit einhergehenden mehrtägigen Straßenschlachten, bei welchen vermehrt die Bezeichnung „Autonome“ aufkam. Auch die Öko- und Anti-AKW-Bewegung wurden zu dieser Zeit in der BRD stärker und hatten Einfluss auf Österreich. So kamen in Österreich die Punk und D.I.Y.[34] Szenen auf und galten als Opposition zum Bestehenden (vgl. Foltin 2004:127f).

Hausbesetzungen wurden in Wien lange vertuscht. Doch im Frühling 1981 kam es im Zuge einer Demonstration, mit Aussicht auf Besetzung eines Hauses im 1.Bezirk, zu über 100 Verhaftungen. Darunter ein paar Deutsche, welche als Krawallprofis[35] bezeichnet wurden. (vgl. Foltin 2004:130)

---

[32] „Opernhauskrawalle“: Während 60 Millionen Franken für die Renovierung der Oper vorhanden waren, gab es kein Interesse zur Förderung eines autonomen Jugendzentrums. Im Gegenteil wurde das AJZ in Zürich geschlossen und so kam es zu vermehrten Krawallen und Auseinandersetzungen mit der Polizei. (vgl. http://www.news.ch/Opernhauskrawall+vor+25+Jahren/211594/detail.htm)

[33] Im Mai 1981 zählte man in Berlin 160 besetzte Häuser. Die dann gewählte CDU griff bei Neubesetzungen hart durch und so gab es gar einen Toten (Klaus-Jürgen Rattay) zu verbuchen.

[34] Do It Yourself

[35] Da hat sich bis heute nichts geändert, wie am Beispiel der Proteste gegen den Akademikerball 2014 wieder

Danach folgten mehrere Haus- und Scheinbesetzungen, die meist schnell geräumt wurden. Vonseiten der Stadt wurde mit prekären Angeboten für leerstehende Altbauhäuser reagiert und so am 1.Mai 1981 das Kultur- und Kommunikationszentrum GAGA[36] – welches als eines der wichtigsten besetzten Zentren dieser Zeit galt – eröffnet. Hier kam es zu Förderungen der Stadt, welche aber kaum reichten das Gebäude instand zuhalten. GAGA-intern gab es Streitigkeiten zwischen jenen, welche renovierten und dort lebten, und den Anarchist*innen mit politischem Anspruch. Nach einer Eskalation bei einem Protest-Open-Air im Sommer 1983 war die GAGA Geschichte [37]. (vgl. Foltin 2004:131ff)

Durch die Opernballkrawalle 1984 und diverse Haus- und Scheinbesetzungen im folgenden Mai wurde die Bezeichnung Autonome auch in Österreich geprägt. Die sogenannten Autonomen kamen aus dem Punk-, Sponti-, Anarcho-, Antiimp- und Hausbesetzer*innenumfeld. (vgl. Foltin 2004:170f, 176f)

> „Dort wo es Krawalle gab, waren es für die Zeitungen die Autonomen. Waren Autonome in Aktivitäten ohne Krawalle involviert, sprachen die Medien von «Jugendlichen». Natürlich spielten die ProtagonistInnen, die als Autonome bezeichnet wurden, mit dem Mythos der Militanz, tatsächlich stand (und steht) aber mehr dahinter: der Anspruch, die Veränderung des eigenen Lebens mit der Umgestaltung der Gesellschaft zu verbinden.“ (Foltin 2004:170)

Für die autonome Bewegung galten die Aegidigasse sowie auch die Spalowskygasse als wichtige Zentren. Doch schon im Juli 1986 kündigte die Stadt Wien die „letzten noch bestehenden Verträge“ mit Kollektiven von Hausprojekten. Dies zog Ende Juni 1988 in der Aegidi- und Spalowksygasse ein fünftägiges „Anti-Räumungsfest“ nach sich. Einige Wochen und Turbulenzen später wurde nach der Räumung beider Gebäude und der Verhaftung von ca. 60 Personen ein Ersatzobjekt von der Stadt angeboten, welches jedoch abgelehnt wurde. Was folgte war eine weitere Besetzung und eine Wohnaktion am Stephansplatz. Die Aktion unter dem Motto „Wir bauen uns ein Slum“ wurde von der Polizei beendet, was wiederum Haus- wie Scheinbesetzungen nach sich zog. Zwischenzeitlich

---

ersichtlich wurde. Immer wieder werden gerade deutsche Staatsbürger*innen als diejenigen bezichtigt, welche Sachbeschädigungen oder ähnliches zu verantworten hätten. Es kann hier wohl von einer gängigen internationalen Praxis ausgegangen werden, den Fokus auf ausländische „Demonstrationsprofis“ zu setzten und somit zu zeigen versuchen, dass die Bewegung nur mit deren Hilfe zu Stande kommen konnte und dass ja die „eigenen“ Landsleute quasi nur mitmachen.

36 Gassergasse. Hier fand man Proberäume und regelmäßige Konzerte.

37 Am Abend des 26.Juni rückte beim Protest-Open-Air nicht nur die Polizei, welche mit brennenden Barrikaden und Steinen empfangen wurde, sondern auch Anrainer*innen und Rechtsextreme an. Die GAGAist*innen wurden so zum Aufgeben gezwungen und anschließend alle 62 Anwesenden, welche sich zum Schluss im Haus verschanzten, verhaftet. (vgl. Foltin 2004:131ff)

kamen manche im WUK unter, wurden dort aber hinausgeworfen und diesen der weitere Eintritt verwehrt. (vgl. Foltin 2004:170ff)

Die Aegidi-Spalo-Gruppe setzte sich dann mehr und mehr in WGs ab, wobei einige von ihnen das Flex im 12.Bezirk gründeten. Wegen Auseinandersetzungen mit der gegenüberliegenden Bar – welche von rechten Skinheads besucht wurde – fand auch dieser Versuch sein Ende. Anschließend fand sich ein Platz am Donaukanal und die kontroverse Geschichte nahm ihren Lauf, bishin zum durchkommerzialisierten Partytempel. (vgl. Foltin 2004:179)

Gemäßigter Protest, Gentrifizierung und Beteiligungsstrategien

* Institutionalisierung sozialer Bewegungen

> „Neue Treffpunkte entstanden, neue Initiativen wurden gegründet, das kulturell-politische Leben veränderte sich. […] Grüne und Alternative waren Ausdruck einer Institutionalisierung von Bewegungen in den Städten, besonders der vielfältig entstandenen Alternativbewegung, aber auch allgemeiner Ausdruck eines irgendwie gearteten ökologischen Bewusstseins. In den UnterstützerInnenkreisen kursiert der Begriff einer «Wahlbewegung», was ausdrückt, dass es mehr um Macht und weniger um emanzipatorische gesellschaftliche Veränderung geht.“ (Foltin 2004: 134, 143)

Durch den Umstand zunehmender Radikalität nach 1968, vor allem in der BRD, folgte zunehmende Repression[38], woraufhin sich einige politische Gruppen spalteten oder gar zurückzogen. Eine Auswirkung davon, war die nun angepasstere Arbeit einiger Gruppen, welche vermehrt auf Förderungen von Seiten der Stadt hinarbeiteten. So war dies vonseiten der Stadt der Beginn der „Subventionspolitik für (Gegen)Kultur- und Alternativprojekte“. (vgl. Foltin 2004:121ff, 134) Das führte dazu, dass in jenen Projekten, welche subventioniert wurden, schnell kommerzielles Interesse vorherrschte. In dieser Tradition entstand das WUK, und auch die Hausprojekte und deren Kollektive von der Myrthengasse, Spalowskygasse und der Rosa-Lila-Villa bekamen Häuser von der Stadt bereitgestellt. Ferner siedelten die Besetzer*innen der GAGA in die Corneliusgasse. (vgl. Foltin 2004:135f)

[38] Ein Anlass für eine Repressionswelle in Österreich bat die Palmers-Entführung 1977 von Walter Michael Palmers durch die Bewegung 2.Juni (vgl. Foltin 2004:121f).

*** Gentrifizierung und SOHO**

Ein weiteres großes Thema der letzten Jahre bzw. Jahrzehnte war Gentrifizierung. Die Auseinandersetzung damit fand u.a. ihren Ausdruck durch SOHO[39] in Ottakring. Die Zeitschrift MALMOE berichtete mit dem Titel „Kreative Bourgeoisierung. Droht die Spittelbergisierung des Brunnenviertels?“[40] über die neuen Verhältnisse im Gebiet des 15. Bezirks. Hier bestätigte der Bereichsleiter der Wohnbauforschung und Gebietsbetreuung der Wiener Stadtverwaltung Wolfgang Förster, „dass der Zuzug von Einkommensschwachen gebremst werden soll“. (Foltin 2011:81) Projekte wie die SOHO, welche seit 1999 einmal jährlich aktiv ist, tragen somit auch zur Verdrängung von einkommensschwachen Gruppen bei, auch wenn dies nicht intendiert wird. (vgl. Foltin 2011:84)

*** Bürger*inneninitiativen**

Ab 1989 galt die „neue Gründerzeit“ wegen der Aktivitäten der Stadtentwicklung. Es kam zum vermehrten Bau von Hochhäusern und auch zu Widerstand dagegen. Die Bauten zeichneten sich durch „(kurzfristige) ökonomische Interessen“ aus, wobei von Seiten der Stadt nahezu alles genehmigt wurde. Es galt die Devise: „Sie wünschen – wir widmen“. Eine Auswirkung davon war der Bau von mehr Büroräumlichkeiten als Verwendung finden konnten und Wohnungen im Schatten der Hochhauskolosse. (vgl. Foltin 2011:116f) Im Folgenden sind zwei Bürger*inneninitiativen zu nennen, welche gegen den Bau von Hochhäusern Erfolge verzeichnen konnten. Ein Brennpunkt war Wien Mitte. Hier wurde von der UNESCO gedroht, dass die Innenstadt als Weltkulturerbe – bei einer so hohen Bauweise – verloren gehen würde. So wurde niedriger gebaut als vorgesehen, wobei die Bauträger die dadurch entstehenden Mehrkosten von der Stadt zurückforderten. Zum anderen ging es um einen Hotelturm in der Nähe von Schönbrunn, welcher wegen des prognostizierten vermehrten Verkehrsaufkommens und der nicht informierten Bewohner*innenschaft – welche dadurch abgesiedelt werden sollte – ins Wanken geriet. 2006 wurde schließlich die Gebäudehöhe auf 60m runterverhandelt, wobei die Bürger*inneninitiative noch weiter aktiv blieb und bleibt. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass seit 2009 gebaut wird, bzw. der Bau vorbereitet wird.[41] (vgl. Foltin 2011:118f)

---

[39] „Soho in Ottakring is an art and urban district project that was started in 1999 as part of an artist initiative.“ (http://www.sohoinottakring.at/en/soho-in-ottakring/)

[40] Siehe http://www.malmoe.org/artikel/regieren/1460

[41] Vgl. http://www.bi-kometprojekt.at/html/chronik.php

Lokale Agenda 21-Gruppen (ein UNO-Konzept für mehr Bürger*innenbeteiligung) wurden in verschiedenen Bezirken gegründet. Dem Voraus ging das Faktum, dass Bürger*inneninitiativen immer mehr Mitspracherecht forderten, doch dieses verwehrt blieb und so 2006 nach der Besetzung des Bacherparks[42] die „Aktion21-pro Bürgerbeteiligung“ gegründet wurde. Auch die Aktionen um den Augartenspitz sind hier involviert. (vgl. Foltin 2011:119)

Mehr Besetzungen. EKH, Pankahyttn, Wagenplätze und mehr. (1990er-2010er Jahre)

> „Seit den Anfängen der Hausbesetzer_innenbewegung zielte eine ihrer Intentionen auf den Kampf um leistbaren Wohnraum.“ (Foltin 2011:84)

So wurde nach den vorhergehend beschriebenen Besetzungen und den Räumungen von Gassergasse, Aegidi- und Spalowskygasse ein Haus in der Wielandgasse besetzt, welches der KPÖ gehörte.

> „Die Krise der KPÖ und ihre Ankündigung einer Öffnung zur übrigen Linken hin, wurde benutzt, um das Haus in der Wielandgasse 2-4 («Wielandschule») zu besetzen, weil es von der KPÖ nur sporadisch genutzt wurde.“ (Foltin 2004:180)

Daraufhin drohte die KPÖ das Gebäude mit Bergarbeiter*innen gegenzubesetzen. Im März 1991 wurde ein Mietvertrag unterschrieben, welcher bis 2001 galt. Trotzdem wurden weitere unbenutzte Räumlichkeiten im Gebäude besetzt, welche die KPÖ durch die Polizei räumen lies, und auch nach Auslaufen dieses Mietvertrages blieben die Bewohner*innen. Wegen einer finanziellen Krise der KPÖ wurde das Haus in der Wielandgasse 2004 verkauft. Als herauskam, dass hinter dem Kauf eine Securityfirma stand, deren Besitzer Christian Machowetz – ein Mitglied der rechtsextremen Gruppierung Aktion Neue Rechte aus den 70ern – war, wurden viele Gegenstimmen, auch KPÖ-intern, laut. Nicht nur, dass die Bewohner*innen nun ein halbes Jahr Zeit hätten das Gebäude zu räumen, sondern dieses um 600.000 € und somit deutlich unter dem Marktpreis verkauft wurde, obwohl zuerst der Stadt Wien das Gebäude angeboten werden sollte. In der nachfolgenden Zeit kam es aufgrund dessen zu einigen Demonstrationen und Aktionen.

[42] Einige Personen einer Bürger*inneninitiative besetzten, wegen dem geplantem Bau einer Tiefgarage unter dem Bacherpark, in welchem sich auch Kinderspielplätze und Sportplätze befinden, mehrere Tage den Park. Ferner gab es eine Befragung mittels Stimmzettel im Bezirk bei welcher, von 8577 verschickten Zetteln, 2593 antworteten und davon 1620 die Garage ablehnten. Daraufhin akzeptierte der Bezirksvorsteher von Margareten dieses Ergebnis und ließ den geplanten Bau fallen. (vgl. http://derstandard.at/2482992)

Im Sommer 2005 wollte der neue Eigentümer mithilfe von Polizei und Bauarbeitern eine Tür entfernen, was durch schnelle und breite Mobilisierung verhindert werden konnte. Später wurde bekannt, dass auch die angeblichen Bauarbeiter der rechtsextremen Szene zuordenbar waren. Räumungstermine wurden immer wieder vertagt. Schließlich kaufte die stadtnahe PORR AG das Haus für die fast dreifache Summe des ursprünglichen Preises zurück, und die Wien House Ges.m.b.H. – welche hierfür gegründet wurde – verhandelte bis 2008 mit allen Vereinen, welche im Haus tätig waren, unbefristete reguläre Verträge auf Betriebskostenbasis aus. Im Anschluss daran wurde die Besetzung offiziell für beendet erklärt.[43] (vgl. Foltin 2011:125ff)

> „Soziale Zentren wie das EKH verbinden Wohnen mit sozialer und politischer Aktivität […]." (Foltin 2011:84)

Zu den ab 2006 vorkommenden Wagenplätzen in Wien und deren Besetzungsodysseen ist näheres im empirischen Teil der Arbeit im Kapitel „Wagenplatz Gruppe Treibstoff" zu finden.

Ende 2006 bis Ende 2007 kam es zu über einem Dutzend Besetzungen, aus welchen schließlich die Pankahyttn[44] hervorging. So wurde das Haus in der Johnstraße von der Gemeinde den vormals besetzenden Punks, zur Verfügung gestellt. (vgl. Foltin 2011:135) Die Verhandlungen mit der Stadt funktionierten wohl auch deshalb so gut, da viele von den Besetzer*innen einerseits obdachlos waren – und somit ein gewisser Handlungsbedarf bestand – und sich die Punks andererseits gerne in der Mariahilferstraße aufhielten und dies vermehrt von Geschäftstreibenden als störend empfunden wurde.

> „Die *Pankahyttn* besteht offiziell nicht als selbstverwaltete Struktur, sondern als Sozialprojekt mit einer durchgehenden Anwesenheit von Sozialarbeiter_innen […]. Zwischen den Punks und den Sozialarbeiter_innen findet keinerlei Kommunikation statt, letztere sind nur zur Beruhigung der Anrainer_innen anwesend." (Foltin 2011:135f)

Nach der Räumung des Kopenhagener autonomen Zentrums Ungdomshuset durch Anti-Terror-Einheiten im März 2007 – welches seit den 80ern besetzt wurde – kam es in ganz Europa und auch in vielen Städten Österreichs zu Solidaritätsaktionen und -bekundungen. Daraufhin wurden im April 2008 „Aktionstage für Besetzungen und autonome Räume" ausgerufen. Diese erfuhren nach

[43] Mehr hierzu siehe http://www.med-user.net/~ekh/ekhbleibt.htm
[44] Mehr hierzu siehe http://www.pankahyttn.at/?q=node/85

Foltin erstaunliche Resonanz und so waren etliche kürzere Besetzungen von Vorarlberg bis Wien die Folge. (vgl. Foltin 2011:136ff)

Die Besetzungen im Jahre 2009 und 2010 waren in Wien durch das Hausprojekt[45] geprägt, welche viele Häuser für mehrere Tage besetzten bzw. still besetzten und trotz dem Bemühen um einen Dialog bzw. der Verhandlungsbereitschaft mit der Stadt Wien immer geräumt wurden. (vgl. Foltin 2011:144ff) Weitere Besetzungsversuche in Wien mit der dahinterliegenden Idee Wohnraum, sowie allgemein gesprochen Räume des Austausches bereitzustellen, waren die Besetzung des Lobmeyrhofs im 16. Bezirk (Juli 2011, 7 Tage) und des Epizentrums[46] in der Lindengasse (Oktober/ November 2011, 26 Tage). Kurz nach der Räumung begann die Geschichte der Pizzeria in der Mühlfeldgasse[47] sowie eine feministische Besetzung[48] (Mai 2013, 5 Tage) in der Abelegasse im 16. Bezirk. (vgl. Foltin 2011:268)

[45] Siehe hierfür http://hausprojekt.noblogs.org/
[46] Vgl. http://epizentrum.noblogs.org/post/2011/11/09/epizentrum-geraumt/
[47] Mehr hierzu, siehe empirische Untersuchungen, Kapitel „Pizzeria Anarchia“
[48] Mehr hierzu, siehe empirische Untersuchungen, Kapitel „FLIT- Besetzungen“

(3) Theorieteil

Einleitende Worte

Der Theorieteil soll einen Überblick an verwendeter Literatur schaffen und auf zentrale theoretische Konstrukte verweisen, welche Eingang in die vorliegende Arbeit fanden.

Zu Beginn werden die im historischen Teil bereits angedeuteten neoliberalen Umwälzungen am Wohnungsmarkt noch einmal aus einer allgemeineren Perspektive aufgegriffen. Es sollen die veränderten Bedingungen auf politischer Ebene behandelt und hierbei die Rolle der Neoliberalisierung untersucht werden. Ferner wird der Begriff der Kommodifizierung weiter beleuchtet, sowie die Folgen dieses Prozesses für die Städte aufgezeigt und geklärt, warum diese gerade hier in besonderer Weise sichtbar werden. Fokussiert soll hier deutlich gemacht werden, was das konkret für das Thema Wohnen bedeutet.

Der zweite Teil befasst sich mit den für diesen Kontext relevanten Ideen von Henri Lefebvre. Nach einer theoretischen Einführung wird sein Postulat des Rechts auf Stadt behandelt und davon ausgehend der wissenschaftliche Diskurs in der aktuellen Literatur nachgezeichnet.

Der dritte Teil beleuchtet die sozialen Bewegungen, welche ein Recht auf Stadt beanspruchen und versucht diese in einen theoretischen Rahmen zu setzen.

(3.1) Die neoliberale Stadt und die Ware Wohnen

Anfänge und Verbreitung des Neoliberalismus

Nach Daniel Mullis ist der Neoliberalismus „das zentrale Paradigma der marktwirtschaftlich-kapitalistischen Akkumulationsregime“, in welchem „Marktprozesse bewusst durch staatliche Eingriffe beschleunigt werden.“ (Mullis 2009:1) Diesbezüglich verweist Margit Mayer auf die Diskrepanz zwischen neoliberaler Ideologie und Praxis und hält sich somit an Brenner, Peck und Theodore:

> „Während neoliberale *Ideologie* eine Utopie freier Märkte anstrebt, die von jeglicher staatlicher Einmischung „befreit“ sind, hat das neoliberale Projekt in der *Praxis* sogar der Intensivierung staatlicher Intervention bedurft, sowohl um (diverse Formen von) Marktherrschaft durchzusetzen als auch um die Konsequenzen und Widersprüche dieser Vermarktlichung zu verarbeiten bzw. zu managen.“ (Mayer 2013:157)

Ein besonderer Aspekt, welcher den Neoliberalismus von anderen Strömungen bis dato unterschied ist seine Bandbreite an verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, welche versucht werden in den Markt zu integrieren, sprich zu kommodifizieren. Dies führt dazu, dass die Wettbewerbslogik des Marktes in eben fast allen Bereichen (des Sozialen) Einzug findet und sogleich auch dominierende Logik wird, sprich: Alles ist vermarktbar. Dass es den Neoliberalismus per se nicht gibt und dies auch kein geschlossenes theoretisch- ideologisches Konstrukt darstellt, muss an dieser Stelle zur Kenntnis genommen werden (vgl. Mullis 2009:2f). Dass der Neoliberalismus nicht ohne den Staat gedacht werden kann und dieser sogar eine treibende Rolle der fortschreitenden Kommerzialisierung spielt, auch. Im Neoliberalismus wird die individuelle Bedürfnisbefriedigung zur Befriedigung des Gemeinwohls hochstilisiert. (vgl. Mullis 2009:6)

Die neoliberale Wirtschaftsweise wurde zentral nach der Krise des Keyensianismus in den 70ern und die neoliberalen Planner*innen setzten auf Prekarisierung, Kommerzialisierung und Privatisierung (vgl. Caffentzis 2010:26). So galt der Neoliberalismus als die neue große Politik, was durch mehrere Postenwechsel deutlich wurde. Margaret Thatcher wurde 1979 als erste Frau Premierministerin in Großbritannien. Ronald Reagan gewann 1980 in den USA die Wahlen und Helmut Kohl wird 1982 Bundeskanzler in der BRD. (vgl. Foltin 2004:147) Das Laissez-fair-Modell der späten 70er Jahre verdrängte den Wohlfahrtstaat in bis dato unbekanntem Ausmaß durch

neoliberale Ideen. So sollte von nun an dem Individuum alle Aufmerksamkeit zukommen, was Thatcher mit ihrem berüchtigten Zitat wiefolgt ausdrückte:

> „[...] there is no such thing as society“ (Thatcher 1987, Interview für „Woman's Own“ Magazin[49])

Neoliberale Verhältnisse haben in der Folge Einzug in verschiedenen Ländern erhalten und unterschiedlichen Stellenwert erlangt. An Orten, an welchen der Prozess der Neoliberalisierung besonders greifen konnte, stellte Mayer fest, dass gerade dort Armut, Arbeitslosigkeit, Kriminalität, sowie Verkehrs- und Umweltprobleme vermehrt feststellbar sind. Auch kann man hier die Entstehung neuer Ansätze in der Politik sowie den Widerstand dagegen, konzentriert beobachten. (vgl. Mayer 2013:157) Eine Milliarde Menschen leben in Slums (UN-Habitat 2003) und Städte wie sie in Europa bestehen, sind die Ausnahme. (vgl. Gebhard, Holm 2011:9)

Jene, welche sich damals wie heute als Schützer*innen kollektiver Interessen zu zeigen gaben und geben, fanden und finden sich ab der neoliberalen Wende in direktem Widerspruch zu ihren Regierungen. (vgl. Laimer 2013:5f)

> „VertreterInnen des neoliberalen Gesellschaftsmodell lieben es bis heute, visionäre, politische Ideen anderer als gesellschaftspolitische *Experimente* zu diskreditieren, die das *naturgegebene* Funktonieren des freien Marktes behindern und damit dem Erblühen der Gesellschaft entgegenstehen.“ (Laimer 2013:5f)

Die Neoliberale Stadt. Kommodifizierung und der Ausverkauf des Kommunalen

Die Auswirkungen der Neoliberalisierung ist im besonderem Maße in den Städten bemerkbar. So sei an dieser Stelle an Lefebvre erinnert, welcher den Widerstand gegen das Bestehende in den Städten verortet und es gerade dort zu Konflikten der Nutzung des Raumes kommt (vgl. Harvey 2008:40).
Durch Spektakel, Großereignisse und Festivals (Olympia, WM, Songcontest, Donauinselfest, etc.) werden nicht nur die Massen amüsiert, sondern auch eine kreative Klasse angezogen sowie „global Developer und internationale Investoren“ angelockt und dadurch in weiterer Folge, Stadtteile aufgewertet und/oder neu geprägt (Mayer 2013:159f). So nehmen Kommodifizierungs- und

[49] http://briandeer.com/social/thatcher-society.htm

Privatisierungsprozesse zu und dringen in die vormals öffentlich verwalteten Sphären ein. (vgl. Mayer 2013:159f)

Abseits der Kommodifizierungserscheinungen durch große Events, ist der Prozess der Warenwerdung auch im Alltag spürbar geworden. So werden nun diverse Güter wie Wasser, Strom, Gesundheit, Verkehr, Bildung so wie auch Wohnraum zu kommerziell handelbaren Waren. (vgl. Mullis 2009:12f) Die Qualität des städtischen Lebens an sich ist zur Ware geworden, welche am globalen Markt gehandelt wird. So gibt es verschiedene Rankings der lebenswertesten Städte im globalen Vergleich[50] und es wird versucht mit Hilfe von Gentrifizierungsprozessen diese Qualitäten weiterzuentwickeln. (vgl. Mullis 2009:14) Es scheint keinen Unterschied zu machen ob nun mit Wohnraum oder Flatscreens gehandelt wird. Geschäft ist Geschäft und welche Stadt kann es sich schon leisten in Zeiten des globalen Wachstumsdruckes hier eine Außenseiterinnenstellung einzunehmen.
Der unternehmerischen Stadt wird ständig gedroht das Kapital könnte abgewandert werden und so muss diese sich nach marktwirtschaftlichen Kriterien richten, will sie nicht eine oppositionelle Stellung zum Bestehenden einnehmen. Die Stadt wird somit nicht mehr sozialstaatlich verwaltet, sondern betriebswirtschaftlich gemanaged und privatwirtschaftliche und staatliche Ziele scheinen zu verschmelzen. (vgl. Spoo 2010:2)

* (Neoliberaler) Städtewettbewerb

Städte stehen im Wettbewerb miteinander. Mit wissenschaftlichen Konzepten wie der unternehmerischen bzw. neoliberalen Stadt wird diesbezüglich Kritik formuliert. Die Konkurrenzfähigkeit der verschiedenen Städte zu erhalten, führt nach Anika Duveneck und Sebastian Schipper zum Wandel der Rolle lokaler Politik. (vgl. Duveneck, Schipper 2012:16)

> „Der wichtigste bis alleinige Zweck lokaler Politik wird […] die technokratische Anpassung an übergeordnete, natürlich erscheinende Sachzwänge, denen sich KommunalpolitikerInnen wie Bürger als lokale Schicksalsgemeinschaft im Kampf um den besten Standort zu beugen haben. Von BewohnerInnen artikulierte Bedürfnisse sowie soziale, ökologische oder andere der Wettbewerbsfähigkeit entgegenstehende Forderungen, Interessen und Wünsche werden dagegen meist als realitätsfern, ideologisch oder nicht finanzierbar vom Tisch gefegt […].“ (Duveneck, Schipper 2012:17)

[50] Das internationale Beratungsunternehmen Mercer hat Wien zur Stadt mit der höchsten Lebensqualität gekürt. Dies bereits zum wiederholten Male und so auch 2014. (vgl. http://www.mercer.com/qualityofliving)

Folgen dieses Wettbewerbs sind die „Verschärfung sozialer Ungleichheiten“, der Abbau des Wohlfahrtsstaates und der in Wien erkennbare veränderte Umgang mit dem städtischen Wohnbau. Miteinher gehen Phänomene der Gentrifizierung sowie die Errichtung von Prestigebauten zur individuellen Stadt-Imageschärfung wie auch Konsummeilen in der City.
Die Kommodifizierung öffentlicher Räume wirkt sich als Vertreibung derjenigen aus, welche nicht in den Werbefolder der Stadt zu passen scheinen und so nimmt auch die scheinbare Sicherheit und Repression zu, um eben konkurrenzfähig zu bleiben. In diesem Sinne wird die Stadtentwicklung ökonomisiert und die Versorgung der Bürger*innen mit lebensnotwendigen Ressourcen funktioniert nach betriebswirtschaftlicher Maxime. (vgl. Duveneck, Schipper 2012:17) Warum dies so große Zustimmung genießen kann und quasi von allen parteipolitischen Lagern mitgetragen wird, ist fraglich. Wie das kapitalistische System an sich, erscheint die betriebswirtschafltich geführte Stadt als „natürlich, vernünftig, unvermeidbar und alternativlos“ (Duveneck, Schipper 2012:18). Klar ist jedoch, dass an dieser Entwicklung nichts natürlich ist, sondern dieser Zustand bewusst hergestellt wurde.

> „Dass lokale Akteure die Wettbewerbsrhetorik beständig wiederholen und ihr Handeln dementsprechend ausrichten, führt dazu, dass der Mechanismus einer selbsterfüllenden Prophezeiung in Kraft tritt: Die beständige Wiederholung der Wettbewerbsrhetorik und die damit verknüpfte standortpolitische Praxis stellen somit überhaupt erst eine Realität her, die vorgeblich nur „objektiv“ und „sachlich“ beschrieben wird. Dieser Mechanismus wird an vielen Stellen abgesichert: Etwa dadurch, dass städtische Akteure stets als ManagerInnen angerufen werden oder Städterankings vorgeben, Wettbewerbsfähigkeit ließe sich objektiv in Zahlen messen und vergleichen.“ (Duveneck, Schipper 2012:19)

Schöne neue Wohnwelt

> „Heute tritt uns der Wohnungsmarkt wie ein unverrückbares Naturgesetz gegenüber, das besagt, dass, wer wohnen will, den Immobilienteil der Zeitung aufzuschlagen oder die Immobiliensegmente der digitalen Medien aufzusuchen hat, um entweder im Miet- oder im Eigentumssektor die Angebote zu sondieren. Sich vorzustellen, dass es je anders gewesen sein könnte, scheint ein Ding der Unmöglichkeit.“ (Dell 2013:12)

Immer mehr Menschen konkurrieren um (leistbaren) Wohnraum und so sind auch Wohnungsbesichtigungen mit sehr vielen Bewerber*innen keine Seltenheit mehr. Auch werden immer häufiger Bewerbungsschreiben für den Abschluss eines Mietvertrages verlangt. Dies ist vor allem in den innenstadtnahen Gebieten großer Städte verstärkt bemerkbar geworden.

Während Flexibilität in der Arbeitswelt unumgänglich scheint, ist der Wohnungsmarkt an sich wenig flexibel. Dies zeigt sich beispielsweise am vermehrten Aufkommen von Pendler*innen, welche längst keine Nebenerscheinung mehr sind.
Die Wohnform der Wohngemeinschaft ist aufgrund der preislichen Entwicklungen keine Nische von Studierenden und Jugendlichen mehr, sondern zieht ökonomisch bedingt ein Klientel von größerer gesellschaftlicher Bandbreite an. Immer häufiger werden diesbezüglich Zweckgemeinschaften, welchen es weniger bis gar nicht um ein kollektives Wohnen als vielmehr um das Teilen von Ressourcen im Sinne einer Kostenersparnis geht.
Allen aktuellen Gegebenheiten zum Trotz, ist das eigene Heim immer noch der Traum der Masse sowie auch das Alleine-Wohnen als Statussymbol gilt. Demnach ist ein Anstieg von Single-Haushalten zu verzeichnen. (vgl. Dell 2013:15ff)

Wohnraum gilt als spezifische Ware und so unterscheidet sich auch die Mietzahlung prinzipiell von anderen Warenzahlungen. Ein Spezifikum der Wohnung bzw. des Hauses ist die Inmobilität und somit ist die Immobilie per se standortgebunden. Anders als bei anderen Produkten, hängen die Preise, auch wenn die Produkte – in diesem Falle die Wohnungen – identisch sind, vom Standort ab und können stark variieren. (vgl. Holm 2014:26f)

> „Da es keine realen Kriterien für die >>gute Lage<< gibt, wird Lagegunst zu einer Frage des Daran-Glaubens. Wie in anderen Glaubensangelegenheiten orientiert sich da der Einzelne gerne an den Überzeugungen der Vielen.“ (Holm 2014:36f)

Da die Versorgung des Gutes Wohnung vom Markt erfolgt, können Individuen nur dann ihre Nachfrage an Wohnen stillen, wenn sie „ausreichende Zahlungsfähigkeit“ gewährleisten können (Frieling 2012:22). Eine weitere Besonderheit dieser Ware ist das Faktum, dass es als hilfreich bzw. gewinnbringend erscheint, ein Defizit an Wohnraum sicherzustellen damit die Preise steigen (spekulativer Leerstand) (vgl. Frieling 2012:23).

> „Der kapitalistische Wohnungsmarkt funktioniert nur unter der Bedingung des Mangels, der Wohnungsnot.“ (Frieling 2012:23)

Dementsprechend gilt Obdachlosigkeit nicht als „Versorgungslücke im ökonomischen Sinn“ da von dieser Personengruppe ja auch keine „zahlungskräftige Nachfrage“ ausgeht (Holm 2012:40).

Neue Wohnungseigentümer*innen und die Spekulation

Internationale Investor*innen am Wohnungsmarkt nehmen zu. Häufig werden gerade die billigen Wohnungsbestände an neue Eigentümer*innen(gruppen) weiterverkauft und dies führt zu vermehrter Skepsis. Vor allem in Großstädten ist festzustellen, dass mehr privatisiert wird als vergleichsweise in Kleinstädten oder in ländlichen Gebieten. Ökonomisch benachteiligte Personen sind somit in besonderer Weise betroffen. (vgl. Holm 2013:19) Meist gehen Verdrängungen der Mieter*innen mit einem Eigentümer*innenwechsel einher, da am ehesten dort ein Wechsel geschieht, wo sich jemand höhere Profitaussichten erhofft. (vgl. Holm 2014:76) Spezifisch für die aktuelle Situation am Markt, ist die Trennung zwischen Eigentum und Haus- bzw. Wohnungsverwaltung (vgl. Holm 2013:20).

> „Haben Banken früher Bauprojekte finanziert, treten sie heutzutage immer häufiger als Eigentümer auf." (Holm 2014:83)

Finanzmarktakteur*innen wie Banken, Investmentgesellschaften und Finanzdienstleister haben mehr und mehr direkte Macht über die Wohnungsmärkte, sprich sind selbst im Besitz von Immobilien oder kaufen sich in diesem Markt ein (vgl. Holm 2012:39). Die Verstrickung von internationalen Investor*innen und lokalem Wohnungsmarkt alleine, könnte hier schon genug Grund zur Besorgnis sein. Was jedoch noch bedenklicher in diesem Kontext erscheint ist das Faktum, dass von den „neuen" Wohnungseigentümer*innen, Wohnungen nur mehr als Anlagen wahrgenommen werden und diese somit rein der Logik des Profits unterworfen sind. Sprich, diese müssen gewinnbringend sein, sonst lohnt sich die Investition nicht. (vgl. Holm 2013:21).

> „Die Verzinsung ist es, die sich der Hauseigentümer von der Wohnungsvermietung erhofft und die ihn deshalb zum Bau oder Kauf des Hauses veranlasst hat." (Brede, Korhaupt, Kujath 1975:25, zit. nach Holm 2012:38)

Diese Veränderungen der Eigentümer*innenstruktur des Wohnungsmarktes führt dazu, dass dort investiert wird wo es sich lohnt, also dort wo sich maximaler Profit erhofft wird und dies ist meist nicht der preiswerte Mietwohnungsbestand (vgl. Holm 2012:38). Grundeigentümer*innen und Wohnbaukapitalist*innen erzeugen mit ihrer Investition rent gaps, welche in weiterer Folge Aufwertung und Gentrfizierung nach sich ziehen können (vgl. Frieling 2012:22). Das rent gap liegt „zwischen aktuellem und möglichem Bodenpreis" (Frieling 2012:22). Wenn es also geschafft wird

Altmieter*innen dort rauszubekommen, wo man weiß bzw. annimmt das zukünftige zahlungskräftigere Mieter*innen Interesse haben sich einzumieten, scheint hier die Investition im Sinne der Eigentümer*innen lohnenswert. In diesem Zusammenhang von einem „natürlichen" Effekt der Aufwertung zu sprechen, scheint zwar den „Naturgesetzen" der Ökonomie zu entsprechen, jedoch als Auswirkung für die Betroffenen gesehen, ein schlechtes Trostpflaster zu sein. (vgl. Frieling 2012:22) Gerade dort wo die rent gaps am höchsten bewertet werden, lässt sich vermeintlich am meisten Profit machen und so sind aus gewissen Bezirken verdrängte Personengruppen, welche vormals eine niedrige Miete zahlen mussten, keine ungewollte Nebenwirkung sondern „notwendige Voraussetzung" für Investitionserfolge (Holm 2012:38).

> „[...] während Bauherren, Banken und Bauwirtschaft von steigenden Bodenpreisen und Wohnkosten profitieren, sind Mietsteigerungen bei der Mehrheit der Bewohner/innen eher unbeliebt. Doch die hier beschriebene Interessenkonstellation ist von einer enormen Ungleichverteilung von Macht geprägt. Während die eine Seite institutionell vernetzt ist und über wesentliche ökonomische, fachliche und politische Ressourcen verfügt, ist die gemeinsame Artikulation von Interessen der Bewohner/innen erheblich schwieriger." (Holm 2012:41)

Für Deutschland[51] beschreibt Holm den Prozess nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges folgendermaßen: Viele Leute sind in die Vororte gezogen (Suburbanisierung) und in den 70er Jahren wieder in die Stadt zurück, wo Private und Investoren die bis dato vernachlässigten Häuser renovierten. Um eben maximalen Profit zu erlangen, musste umfassend modernisiert, sprich renoviert werden. Der weitere Effekt ist eben das Fehlen von nicht-renovierten Wohnungen, was per se nicht weiter schlimm wäre, wenn dies nicht miteinherginge mit dem Fehlen von billigen Mietwohnungen.
Je teurer die Mieten, je höher der mögliche Profit. Somit ändert sich nicht nur die Gebäudestruktur, sondern auch die Bewohner*innenstruktur, da diese mittels der Mietpreise selektiert werden. Renovierungsarbeiten werden in dieser Hinsicht oft als notwendig kommentiert, da es sonst zum Verfall käme. Dass stimmt jedoch nur zu einem gewissen Teil und Holm macht diesbezüglich darauf Aufmerksam, was gerne unter den Tisch gekehrt wird, nämlich dass jahre- bis jahrzehntelang Desinvestitionen in diesen Gebieten gängig waren. (vgl. Holm 2014:37ff)

> „Gern übersehen die Freunde der Aufwertung und Prediger des notwendigen Wandels die wohnungswirtschaftliche Geschichte der heruntergekommenen Altbauviertel. Oft waren es doch langfristige Desinvestitionsstrategien, die eine Wohnung in einen solchen Zustand der Vernachlässigung

[51] Ähnliches war auch in Wien beobachtbar. Siehe hierfür das Kapitel „Eine Geschichte des Wohnens in Wien"

> gebracht haben. Wenn sich die Mieten nicht mehr steigern lassen, versuchen viele Eigentümer, ihren Gewinn durch verminderte Ausgaben zu sichern. Die Vernachlässigung von Wohnungen ist kein Betriebsunfall des Wohnungsmarktes, sondern eine Strategie der Ertragsoptimierung.“ (Holm 2014:57)

Die Stadt, der Staat und die neue Wohnwirklichkeit

Es ist ersichtlich, dass sich die Stadt nun in veränderter Weise um das Thema Wohnen kümmert. Anstelle des Engagements um einen kommunalen Wohnbau, wird dieser Bereich – ganz in neoliberaler Manier – privaten Unternehmen überlassen und hier nur mehr gewisse Steuerungsoptionen offengehalten [52] (vgl. Ronneberger 2010). Die Politik sieht sich somit aktuell in der Situation, die Bedingungen für den Wohnungsmarkt dahingehend zu gestalten, dass weder Mangel noch Überangebot herrscht und dort gebaut wird, wo es nach stadtentwicklungspolitischen Überlegungen notwendig erscheint. Dies geschieht meist durch Subventionierung oder eben Nicht-Subventionierung der Wohnbaukapitalist*innen (im Extremfall auch durch Abrisse) oder auch durch staatliche Hilfen[53] für die Mieter*innen. (vgl. Frieling 2012:23) Hier stellt sich die Frage inwiefern die gegenwärtig gängigen Interventionen der Politik dazu beitragen, leistbaren Wohnraum für alle bereitzustellen. Fakt ist, dass der freie Immobilienmarkt es scheinbar nicht vermag bzw. kein Interesse daran hat dies zu bewerkstelligen. (vgl. Holm 2014:97)

> „Politik versteht sich grundsätzlich und leider auch im Bereich der Wohnungsversorgung vor allem als Gewährleister einer kapitalistischen Ökonomie. Selbst dort, wo es vordergründig um eine soziale Wohnungsversorgung zu gehen scheint, werden letztendlich die Interessen der Wohnungswirtschaft bedient.“ (Holm 2014:173)

Als Beispiel diesbezüglich nennt Holm die Altbausanierung in Kreuzberg (Berlin) oder St.Pauli (Hamburg) wo mittels behutsamer Stadterneuerung vorgegangen wurde und wird. Hier wurde mit den Mieter*innen abgesprochen zu renovieren und dafür befristete Mietbeschränkungen erlassen. Diese Befristungen hören natürlich auch irgendwann auf und die Förderungen gehen zu Ende. Langfristig lohnt sich dies dann nur für die Immobilienwirtschaft. (vgl. Holm 2014:173) Hier können gewisse Ähnlichkeiten mit der Situation in Wien festgestellt werden, welche in den vorhergehenden und folgenden Kapiteln weiter ausgeführt wurden und werden.

[52] In Wien ist dies durch den Wandel vom kommunalen Wohnbau des Roten Wiens bishin zum gegenwärtigen Programm des geförderten Wohnbaus ersichtlich .

[53] Was wiederum den Wohnbaukapitalist*innen Profite bringen kann, welche sie ohne diese Förderungen nicht verbuchen könnten.

> „Fazit: Der Soziale Wohnungsbau ist nichts anderes als ein ungeheuer teures Wirtschaftsförderungsprogramm. Mietpreis- und Belegungsbindung bleiben auf den Charakter einer sozialen Zwischennutzung beschränkt, die im Rahmen der Förderprogramme durchgesetzt wird, und derweil sichert der Staat den Privaten die Übernahme der >>unrentierlichen Kosten<< zu.“
> (vgl. Holm 2014:174)

Holm schreibt in Folge über die Subjektförderung und deren Anspruch somit zielgerichtet jene Personen zu fördern, welche es nötig haben. Hier konstatiert er vor allem für die Eigentümer*innen einen Vorteil, da sich – wie bereits oben erwähnt – somit auch die Ärmeren teuren Wohnraum leisten können und sich „so in zahlungskräftige Marktteilnehmer verwandel[n]“. Das Paradoxon liegt darin, dass so ein Markt – mit Mietpreisen, welche normalerweise nicht bezahlbar wären – gefüttert werden kann. Sonst müsste sich der Markt eigentlich der verfügbaren Zahlungskraft anpassen und somit auch die Preise sinken. Durch die Subjektförderung passiert aber genau das Gegenteil und das hohe Mietniveau kann beibehalten werden. Das Mehrgeld durch Subjektförderung fließt somit mehr oder minder über einen kurzen Umweg – beim „armen“ Mieter – direkt zum*r Eigentümer*in bzw. Vermieter*in. (vgl. Holm 2014:175f)
Holm diskutiert an dieser Stelle wer denn dann noch Wohnungen bauen würde, wenn es keine Gewinnaussicht mehr gäbe und nennt hier Beispiele in anderen Bereichen wie Bildung, öffentliche Sicherheit und Straßenbau. In Folge schlägt Holm vor, die Wohnversorgung per se als öffentliche Aufgabe zu sehen und relativiert die Gegenstimmen, dass dies zu teuer wäre, da ja ohnehin schon irrsinnig viel Geld vom Staat diesbezüglich ausgegeben wird, welches jedoch in die Taschen der Eigentümer*innen und Unternehmer*innen fließe und somit nicht langfristig sichergestellt wird. Als Beispiel wie es funktionieren kann verweist er auf das Rote Wien. (vgl. Holm 2014:187f)

Wohnen in Wien und darüber hinaus

> „In Wien wird immer wieder behauptet, dass es so etwas wie Gentrifizierung nicht gäbe. Stadtteile werden „aufgewertet“, vielleicht „umstrukturiert“, all das führe zu einer Verbesserung von Lebens- und Wohnverhältnissen. Unter einem kritischen Blickwinkel betrachtet bedeutet „Aufwertung“ unter Bedingungen des realen Kapitalismus aber nichts anderes als die Verdrängung all jener, die steigende Miet- und Wohnungspreise nicht zahlen können.“ (Einige Leute aus dem Umfeld von urbanizm.net und INURA 2012:20)

In Österreich sind ca. 40% der Wohnungen Mietwohnungen und in Wien sind es sogar 75%.[54] Laut einer Studie der Arbeiterkammer sind in den letzten zehn Jahren die Mieten im privaten Sektor im Schnitt doppelt so stark wie die Inflationsrate gestiegen. Dies ergab eine drastische Vermögensumverteilung hin zu den Immobilienbesitzer*innen und es kam zu Mietzahlungen in der Höhe von 7,4 Milliarden Euro im Jahr 2010. Besonders drastisch ist diese Entwicklung in Wien beobachtbar. Bei Altbauten, welche vor 1945 errichtet wurden, stieg der Hauptmietzins in diesem Zeitraum um 58%.[55] Laut Josef Iraschko vom Mieter*innen-Selbsthilfe-Zentrum (MSZ) ist die Explosion der Mieten der letzten 20 Jahre auf die Befristungen zurückzuführen, welche immer teurere Mieten mit sich bringen (vgl. Iraschko 2012:13).

> „Mieter_innenschutz und öffentlicher Wohnungsbau können dazu geeignet sein Verdrängung und damit Gentrifizierung zu entschleunigen oder gar zu verhindern. Ein Mietrecht, das wie bis 1994 in Österreich nur unbefristete Verträge kennt und Preissteigerungen begrenzt kann unmittelbare Verdrängung verhindern. […] Durch die Befristung von Mietverträgen und die faktisch dadurch nicht mehr gegebene Preisregulation, ist es immer weniger Bewohner_innen möglich von öffentlichen Investitionen in ihrem Wohnumfeld zu profitieren. Diese „Aufwertung“ wird dann in Form von steigenden Mieten durch private Immobilieneigner „verwertet“.“ (Einige Leute aus dem Umfeld von urbanizm.net und INURA 2012:21)

Nach Holm stellen in Wien sowie in Berlin die Mieter*innen die größte Interessensgruppe dar und die haben keine gute Lobbystruktur. Unter Lobbystruktur versteht er in diesem Sinne keine Menschen welche in Anzügen und Aktenkoffern in Parlamenten herumhuschen, sondern eher eine Struktur von unten, welche sich beispielsweise bei Protesten auf der Straße Ausdruck verleihen könnte. Nur so, meint er, wird es eine Notwendigkeit für die Politik geben zu handeln. Als Beispiel nennt er Hausbesetzungen in Berlin wo es in den 80er und 90er Jahren bis zu 130 und mehr besetzte Häuser gab. Hier gab es zuvor die Idee von der Stadtverwaltung Altbauten abzureißen und neu zu bauen. Als Folge der Besetzungen und des starken Widerstandes gegen die Räumungen wurde beschlossen, vielleicht doch besser zu renovieren und die Altmieter*innen auch miteinzubeziehen. In diesem Sinne meint Holm, sollten wir nicht darauf hoffen, dass sogenannte Expert*innen oder wohlmeinende Politiker*innen das für uns übernehmen. Der Druck von unten sei hier ein gutes Mittel um diese Prozesse zu beeinflussen, wobei die Strategien hierfür sehr unterschiedlich sein können. Das Mietrecht reicht in Wien gar nicht mehr aus und somit genügt auch eine Klage nicht mehr um hier in größerem Kontext etwas zu bewegen und in diesem Sinne wird das zu einer politischen Frage.[56]

[54] Vgl. http://www.statistik.at/web_de/static/publikation_wohnen_2013_079376.pdf
[55] Vgl. http://cba.fro.at/105538
[56] Vgl. http://cba.fro.at/105538

(3.2) Lefebvre, die Produktion des Raumes, das Recht auf Stadt und dessen Weiterführung

Henri Lefebvre

* Ansatz und Hintergründe

Der marxistische Theoretiker und „Pionier der Raumsoziologie“ Henri Lefebvre war ein Kritiker des rigiden Parteikommunismus, prägte einen relationalen Raumbegriff und lieferte durch seine Kritik am Kapitalismus theoretische Grundlagen für soziale Bewegungen seit den 70er Jahren (vgl. Ronneberger 2010:44; Löw, Steets, Stoetzer 2008:52). Er übte Kritik an der Distanz von Philosophie zur Politik und dem Alltagsleben und beschäftigte sich mit Entfremdung als alltägliche Erfahrung (vgl. Kipfer, Saberi, Wieditz 2012:167). Gerade im Alltag sah er einen erkenntnisreichen Gegenstand und so schufen seine Theorien über diesen, die Grundlagen für seine Raumtheorien (vgl. Löw, Steets, Stoetzer 2008:52). Nach Lefebvre wird der Alltag mehr und mehr „zum sozialen Ort einer hochentwickelten Ausbeutung und einer sorgfältig überwachten Passivität.“ (Löw, Steets, Stoetzer 2008:52). Dieser Alltag wird geschaffen durch den Vergesellschaftungsprozess normierter Lebensweisen. Ein wesentliches Merkmal dieses Vergesellschaftungsprozesses, ist die Kolonialisierung von Raum und so stieg im Sinne der kapitalistischen Produktionsweise, die Bedeutung der Raumvermessung und Raumkontrolle. Genau durch diese Vermessung und Kontrolle, sicherte sich nach Lefebvre das Kapital und der Staat die Macht über den Zugang und die Sicherung von Raum. (vgl. Löw, Steets, Stoetzer 2008:52)

Lefebvres Raumtheorie versucht nun eben nicht die Dinge im Raum zu beschreiben und kommt weg von der Container-Vorstellung. Ihn interessierten die sozialen Beziehungen, welche im Raum eingebettet sind (vgl. Löw, Steets, Stoetzer 2008). Dadurch, dass „der (soziale) Raum […] ein (soziales) Produkt [ist]“ zieht Lefebvre die Konsequenz, dass eine Beschäftigung mit der Geschichte des Raumes, also mit dem historischen Prozess notwendig ist [57](Schmid 2005:247). So existiert der Raum nicht vor den Dingen, die ihn besetzen und erfüllen sondern wird erst mit ihnen und durch sie produziert. So lässt sich sein Erkenntnisinteresse nicht mehr auf den Raum als solchen fassen, sondern auf die Darlegung seiner Produktion. Anstelle der Betrachtung des Produkts, tritt eine Analyse der Produktion, die sich im Laufe der Geschichte transformiert (vgl. Schmid 2005:203). Jeder Raum wird somit durch eine spezifische Produktionsweise geschaffen. Der kapitalistische Raum wird von ihm als „abstract space“ bezeichnet, bei welchem der Tauschwert im Gegensatz zum Gebrauchswert zu dominieren versucht. (vgl. Löw, Steets, Stoetzer

[57] In diesem Sinne ist auch der umfangreiche historische Teil dieser Arbeit zu verstehen.

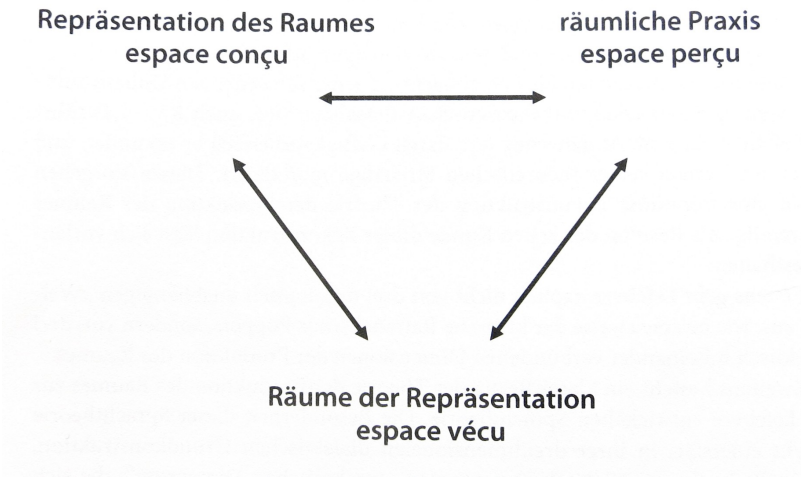
2008:52) Dass nun Räume produziert werden, ist für Lefebvre keine neue Erscheinung. Doch was neu ist, ist die „globale und totale Produktion des sozialen Raumes“ (vgl. Schmid 2005:192) In dieser Hinsicht trifft er folgende Unterscheidung:

> „Er unterscheidet zwischen dominanten und angemessen-passenden (appropriated) Räumen. Dominante Räume sind jene, die durch soziale Praxis und damit durch Technologie transformiert wurden, z.B. die Autobahn. […] Angemessen-passender Raum richtet sich dagegen nach den „Bedürfnissen“ der Menschen, das können Behausungen der Bauern Europas, das Iglu oder ein traditionell japanisches Haus sein. Wichtig ist die soziokulturelle Passförmigkeit der (Wohn)Umwelt.“ (Löw, Steets, Stoetzer 2008:55)

*** Dimensionen der Raumproduktion**

So ist es nach Lefebvre unmöglich einen Raum zu sehen, ohne ihn zu konzipieren, und ebenso unmöglich, ihn zu konzipieren ohne ihn zuvor erlebt zu haben. Das Wahrgenommene, Konzipierte und Gelebte, bilden keine unabhängigen Räume, sie sind vielmehr drei dialektisch miteinander verbundene Momente der Produktion des Raumes. Der Raum ist also an sich nicht vorhanden, sondern wird immer durch die Gesellschaft und ihren Vorstellungen produziert. (vgl. Schmid 2005: 310) Lefebvres Perspektive des Raumes als Produkt, führt ihn zu folgender Triade, welche er als die „räumliche Praxis“, „Repräsentation des Raumes“ und „Räume der Repräsentation“ bezeichnet und welche ferner auf „das Wahrgenommene“, „das Konzipierte“ und „das Erlebte“ verweisen. (vgl. Schmid 2005:243) Diese drei Ebenen sind immer „gleichzeitig wirksam [und] können sich verstärken oder widersprechen“ (Löw, Steets, Stoetzer 2008:53). Bedacht werden muss, dass dies weniger fertig entwickelte Kategorien sind, welche zur konkreten Analyse taugen. Für den „Blick aufs Ganze“ kann es sich jedoch als äußerst gewinnbringend herausstellen mit der Triade zu arbeiten und so versuchte Lefebvre dies und tastete sich ferner an ihre Grenzen heran. (vgl. Schmid 2005:231; vgl. Ronneberger 2010:46)

In den nächsten Zeilen soll versucht werden, diese Triade näher zu bestimmen:



(Abbildung von Schmid 2005:244)

Die *„räumliche Praxis“* ist der „Raum der praktisch-sinnlichen Welt“ und kann als der erfahrene sowie erfahrbare Raum und somit auch als erlittener Raum verstanden werden, welchen der Körper im Alltag wahrnimmt. Somit ist dies der Raum des Alltags und kann nicht existieren ohne zuvor konzipiert worden zu sein, doch gleichzeitig auch Ausgangspunkt für die Repräsentationen von Raum sein. (vgl. Löw, Steets, Stoetzer 2008:52f, vgl. Schmid 2005:210ff)

Die *„Repräsentationen von Raum“* werden beispielsweise durch Architekt*innen, Technokrat*innen, Mathematiker*innen, Philosoph*innen, Künstler*innen und der Stadtverwaltung entwickelt. Es ist somit der erdachte Raum der Planer*innen und auch der Raum, auf welchen sich meist die Wissenschaft bezieht. (vgl. Löw, Steets, Stoetzer 2008:52f) Die Repräsentationen des Raumes sind somit mit Wissen verbunden und Wissen ist für Lefebvre immer auch mit Macht und Ideologie verwoben. Im Gegensatz zu Erkenntnis, welche von Kritik ausgeht und auf das Mögliche verweist. Somit ist diese Konzeption immer auf etwas hingerichtet. (vgl. Schmid 2005:216ff)

Die *„Räume der Repräsentation“* sind „Räume des Ausdrucks [und] gelebter Raum“. Hier ist die symbolische Ebene verankert. Man kommuniziert mit Schildern, welche andere Kommunikationsweisen vermehrt untergraben. (vgl. Löw, Steets, Stoetzer 2008:52ff) Gleichzeitig ist dies auch der physische Raum und Raum der Bewohner*innen und schließt diesen mitsamt den Dingen in ihm ein, welcher zum Bedeutungsträger wird. Es ist auch der beherrschte Raum. (vgl. Schmid 2005:223ff)

„Die Räume der Repräsentation sind also im eigentlichen Sinne erlebte oder gelebte Räume, und damit „Darstellungsräume“, die „etwas“ repräsentieren. [...] Sie repräsentieren gesellschaftliche „Werte“, Traditionen, Träume – und nicht zuletzt auch kollektive Erfahrungen und Erlebnisse.“ (Schmid 2005:223)

* Lefebvre und das Recht auf Stadt

Die entscheidende Frage Lefebvres nach den dominanten Interessen der beteiligten Akteur*innen, warum wer was für wen produziert, verweist auf die konkreten Zwecke der räumlichen Praxis. Somit ist nach Lefebvre Raumanalyse immer auch Machtanalyse, was der Mainstream des Urbanismus häufig ausblendet. Die Analyse des Bestehenden muss daher auf das Mögliche verweisen. Es geht auch laut Ronneberger darum die Bruchstellen zu finden, bei welchen sich der herrschenden Logik entzogen bzw. widersetzt wird und Alternativen entstehen. Sich mit diesen Räumen zu befassen, scheint gewinnträchtig. (vgl. Ronneberger 2010:46) Der „Weg zu einer urbanen Demokratie“, wie es Lefebvre formuliert, kann nur durch Praxis vollzogen werden. Dieser Weg kann nach ihm nur über das Gegenprojekt, den Gegenplan, der Gegenkultur bzw. dem Gegenraum eingeschlagen werden. (vgl. Schmid 2005:280) In diesem Sinne war Lefebvre auch abseits der Wissenschaft daran interessiert, den Raum und dessen Produktion zu erforschen und so führte ihn sein Weg auch in die Politik. Ferner gaben und geben seine Gedanken diversen sozialen Bewegungen einen Anstoß.

Bei Lefebvre bezog sich das „Recht auf Stadt“ auf das Frankreich der 60er Jahre. Diese Zeit war gekennzeichnet durch den Aufstieg des Fordismus und Keynesianismus und muss aus diesem Kontext betrachtet werden. Damals zog es die Leute vom Land in die Städte. Will man Lefebvre und sein Plädoyer für ein Recht auf Stadt auf die gegenwärtigen (neoliberalen) Verhältnisse übertragen, muss dieser Zeitsprung und die veränderte Ausgangslage bedacht werden. Die Städte in Lefebvres Zeit waren geprägt vom Massenwohnbau. Dies war vor allem an deren Rändern ersichtlich. (vgl. Schmid 2011:25f) Die von Lefebvre artikulierte Krise der Stadt bezog sich auf die „Homogenisierung der Lebensbedingungen und in der Konditionierung und Kolonisierung des Alltagslebens“ (Lefebvre 1968:111, zit. nach Schmid 2011:26). Die aus diesen Bedingungen entstandene „Langeweile“, war für Lefebvre „die neue Plage der modernen Welt“ (Schmid 2011:26). Ebendiese beschriebene Krise der Stadt war Antrieb für verschiedene soziale Bewegungen Ende der 60er Jahre.

> „>>Der Kampf gegen die Langeweile beginnt. Wir wissen noch nicht, ob dieser öffentliche Feind besiegt werden wird. Doch dieser Kampf und diese Aufgabe bestimmen dennoch – bis zu einem gewissen Punkt – den Sinn und das Schicksal der >Modernität<.<<[58] […] Sie [Anm.: die sozialen Bewegungen] richteten sich auch gegen eine fremdbestimmte Alltagswelt, gegen die Modernisierung der Städte, gegen die Vertreibung aus den Innenstädten und den Ausschluss vom städtischen Leben, gegen den Verlust der städtischen Qualitäten. Es waren auch Kämpfe für eine andere Stadt." (Lefebvre 1970:128, zit. nach Schmid 2011:26)

Das Recht auf Stadt beinhaltet in diesem Sinne die „Teilhabe am urbanen Leben" und Lefebvre plädierte für die Möglichkeit „alternative Lebensentwürfe ausprobieren und realisieren zu können." Damals wie heute setzten sich vor allem junge Leute für das Recht auf Stadt ein und versuchten und versuchen sich u.a. an der Schaffung von alternativen Kulturzentren und selbstbestimmten Wohnprojekten. (vgl. Schmid 2011:27) Recht auf Stadt ist somit auch Kampf um politische Macht, „die durch Kämpfe für *räumliche* Zentralität artikuliert wird." (Kipfer, Saberi, Wieditz 2012:170)

Weiterführung marxistischer Raumtheorie

So beziehen sich bis heute nicht nur Autoren wie David Harvey und Andrej Holm auf das von Lefebvre proklamierte „Recht auf Stadt". Wissenschaftliche Disziplinen von der Geographie bis zu Architektur folgten seinen Annahmen und führen diese in diversen Publikationen weiter.

> „[...] 1967 schrieb Henri Lefebvre seinen grundlegenden Essay *Le droit à la ville*. Dieses Recht, beteuerte er, war sowohl ein Aufschrei als auch eine Forderung. […] Die Forderung war eigentlich mehr ein Befehl, dieser Krise fest ins Auge zu blicken und ein alternatives urbanes Leben zu entwerfen, dass weniger entfremdet, sinnstiftender, spielerischer, dabei aber – wie immer bei Lefebvre – auch konfliktreich und dialektisch ist, offen für das Entstehende, für Begegnungen […] und für das ständige Streben nach dem bislang unbekannten Neuen." (Harvey 2013:11)

David Harvey knüpft an Lefebvres Raumtheorie an und sieht ebenso die Machterhaltung bzw. -erweiterung auf der Grundlage der Fähigkeit, die Produktion von Raum zu gestalten bzw. zu beeinflussen, verortet. Die Raumkontrolle sieht er im Zusammenhang mit Raum-, Zeit- und Geldeinsätzen, wo es am Beispiel der Immobilienspekulation darum geht, Raum zum richtigen Zeitpunkt möglichst gewinnbringend am Markt feilzubieten. Der Faktor Geld ist hier wesentlich, welcher auch die Kontrolle über Raum und Zeit möglich macht und so erkennt er wie auch

[58] Übersetzt von Christian Schmid

Lefebvre, dass Raum quasi objektiv über seinen Tauschwert gefasst wird. (vgl. Löw, Steets, Stoetzer 2008) Wie bereits Lefebvre in den 1960ern den Anspruch auf ein „Recht auf Stadt" artikulierte, sieht Harvey dies als „another type of human right, […] the right to the city" (Harvey 2008:23). Dieses Recht sieht er als eines der wertvollsten, doch gleichzeitig eines der vernachlässigtesten (vgl. Harvey 2008:23).

Peter Marcuse verweist auf den Slogan „Recht auf Stadt" als ein komplex provokantes Konstrukt, wobei es nicht alleine um das Recht auf öffentlichen Raum geht. Denn eine wohnungslose Person beispielsweise hat noch lange kein Recht auf Stadt, wenn diese auf einer Parkbank schlafen kann ohne vertrieben zu werden. Das Konzept bezieht sich vielmehr auf kollektive, als auf individuelle Rechte und so geht es nach ihm nicht um Reformen auf rechtlicher Ebene, welche die ein oder andere Verbesserung darstellen könnten. Vielmehr ist dieses Recht auf einer höheren Ebene angesiedelt, welche das ganze (Wirtschafts-)System in Frage stellt.[59]

Verantwortlich für die Vernachlässigung des Rechts auf Stadt, sieht Harvey den globalen Kapitalismus und dieser ist es auch, welche für viele Krisen und Crashs die Verantwortung zu tragen hat. Hier ist die fortschreitende Urbanisierung insofern maßgeblich involviert, da der Immobilienmarkt als wichtiger Stabilisator der Wirtschaft gesehen wurde und wird. Als Beispiel führt er hier den housing sector in den USA an, welcher eine wichtige Rolle zur Stabilisierung der Wirtschaft nach dem High-Tech Crash in den späten 90ern inne hatte. (vgl. Harvey 2008:29)

* Kommodifizierung der Städte

> „In Disney World sind alle Länder viel näher beieinander, und man bekommt das Beste aus jedem Land gezeigt. Europa ist langweilig. Die Leute sprechen komische Sprachen, und alles ist dreckig. Manchmal sieht man in Europa tagelang nicht Interessantes; in Disney World dagegen passiert ständig irgendetwas Neues, und die Leute sind fröhlich. Dort ist es viel lustiger. Es ist gut designt." (Kelbaugh 1997:783, zit. nach Harvey 2013:168)

Durch die Kommodifizierung der Städte kommt es auch zu deren Homogenisierung und so werden europäischen Städte tendenziell immer ähnlicher (vgl. Harvey 2013:168). Nur die Wahrzeichen unterscheiden sich noch. Um diese herum kann in den Einkaufsstraßen jedoch in denselben Geschäften der großen Ketten, welche überall vertreten sind, eingekauft werden.

[59] vgl. http://phase2.nadir.org/rechts.php?artikel=785&print=

> „Schon lange ist die Stadt der Ort, an dem sich der Markt installiert und entwickelt hat, und sie bildet auch die privilegierte Bühne, auf der sich die Welt der Ware entfaltet […]. Neu ist jedoch die systematische ökonomische Verwertung des urbanen Raumes. Die Stadt selbst, das urbane Leben, wird zur Ware. Dieser Prozess lässt sich als Kommodifizierung des Urbanen bezeichnen […]. Der ganze Raum wird verkauft – d.h. mitsamt den Menschen, die ihn bevölkern, mitsamt den sozialen Ressourcen und den dadurch erzeugten Effekten. Das urbane Leben selbst wird in den Verwertungsprozess hineingezogen und dabei transformiert.“ (Schmid 2011:43)

Die Kommodifizierung des neuen urbanen Lifestyles nennt Harvey „creative destruction“, worunter zuallererst die Armen, Unprivilegierten und von der politischen Macht Ausgeschlossenen leiden (Harvey 2008:33). Auch Marcuse erkennt, dass immer mehr Aktivitäten des Kapitalismus in den Städten zu finden sind, insofern die Städte auch immer wichtiger für den Kapitalismus geworden sind. Somit muss sich der mögliche Widerstand gegen diese Wirtschaftsweise, wenn dann – wie schon Lefebvre nahe gelegt hat – in den Städten formieren.[60]

* Die Stadt als Kampfarena

> „Lefebvre zufolge ist es unsere politische Aufgabe, aus dem furchtbaren Chaos heraus, welches das Amok laufende, globalisierende und urbanisierende Kapital anrichtet, eine völlig andere Art von Stadt zu entwerfen bzw. wiederherzustellen. Dies ist jedoch nicht möglich ohne die Bildung einer starken antikapitalistischen Bewegung, die die Transformation des städtischen Alltags zum Hauptziel hat.“ (Harvey 2013:20)

Das zentrale Element der Urbanisierung in kapitalistischer Manier sieht Harvey im Prozess der Vertreibung und wie er es nennt „Akkumulation durch Enteignung“ (Harvey 2008:34). Jene welche in Gebieten leben, welche aufgewertet werden, müssen auch dann gehen, wenn sie schon Jahrzehnte früher dort gewohnt haben und sich nicht an die neuen Gegebenheiten anpassen können oder wollen. Wenn es darum geht zu zeigen, wer nun ein Recht auf Stadt hat, nennt Harvey als Beispiel New York, wo der Bürgermeister und Geschäftsmann Michael Bloomberg die Stadt attraktiv für Business- und Urlaubstourist*innen gestaltet und Manhattan in eine riesige gated community verwandelt hat. So haben das Recht auf Stadt die wirtschaftlichen und politischen Eliten fest in der Hand, welche nach ihren Interessen die Städte gestalten und modellieren können. (vgl. Harvey 2008:38)

[60] vgl. http://phase2.nadir.org/rechts.php?artikel=785&print=

Diese neue Urbanität fordert Sicherheit und die wird sowohl durch CCTV[61] als auch durch Polizeimaßnahmen durchgesetzt (vgl. Harvey 2008:33). In diesem Sinn trägt auch die Stadtplanung dazu bei, soziale Bewegungen einzudämmen. Ein bekanntes historisches Beispiel wäre hier die Umgestaltung von Paris unter Baron Haussmann Mitte des 19. Jahrhunderts, welcher somit aufkommende Revolte durch bauliche Veränderungen im großen Stil – aufgrund der Dringlichkeit vorhergegangener Revolutionen – erschweren und bestenfalls verhindern wollte (vgl. Sennet 1995:406ff). Doch auch in der jüngeren Geschichte und in der Gegenwart, gibt es Beispiele in welcher Form sich verschiedenen sozialen Bewegungen entgegengestellt wird. Für die USA der 1960er bemerkt Harvey, dass die breiten Boulevards rund um die Finanzzentren faktisch wie Burggräben wirken. (vgl. Harvey 2013:206) Auch für Wien wurden beispielsweise diverse Sicherheitsmaßnahmen umgesetzt. Stellvertretend soll hier der Praterstern herausgenommen werden, welcher ab 2004 auch im Hinblick auf die EM 2008 umgebaut wurde und wo von vorübergehenden Sicherheitsmaßnahmen die Rede war. Fakt war, dass alle diese Maßnahmen erhalten blieben und hier wohl nicht nur am Praterstern der Vorwand der Europameisterschaft genutzt wurde um das Sicherheitsnetzwerk in der Stadt auszubauen.[62]

Auch auf rechtlicher Ebene wird versucht sozialen Bewegungen entgegenzutreten bzw. diese zu kriminalisieren. So kam es in Wien zu mehreren Vorfällen, bei welchen mit großem Aufwand (verdeckte Ermittlungen sowie Installation von Audio- und Videoaufzeichnungsgeräten) gegen soziale Bewegungen (z.B. Tierrechtsbewegung[63], AMS-4[64]) vorgegangen wurde. Ein Vorwurf, welcher zur Befugnis dieser Einsatzmittel mit einhergehender mehrmonatiger Untersuchungshaft diverser beteiligter Personen diente, war jener der Bildung einer kriminellen Organisationen. Auch wurde in letzter Zeit vermehrt versucht mit dem Vorwurf des Landfriedensbruchs[65] zu arbeiten, um somit gegen Demonstrant*innen sozialer Bewegungen vorzugehen.

[61] Closed Circuit Television (Überwachungskamerasysteme)
[62] Vgl. https://linksunten.indymedia.org/node/106958
[63] Siehe http://tierschutzprozess.at/
[64] Siehe http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20120727_OTS0146/freispruch-fuer-jaib
[65] Siehe http://derstandard.at/1395363034746/Ein-Gesetz-wird-aus-dem-Schlaf-geruettelt

(3.3) Soziale Bewegungen und das Recht auf Stadt

Doch es gibt sie trotzdem, die urbanen sozialen Bewegungen, welche eine andere Vorstellung von Stadt haben und versuchen, gegen die Interessen des Kapitals, der Unternehmen und des Staates vorzugehen (vgl. Harvey 2008:33). So entstanden neben der wissenschaftlichen Rezeption von Lefebvres Gedanken auch heterogene soziale Bewegungen, welche sich auf das von ihm artikulierte Recht auf Stadt beziehen und deren Ziel es ist, praktische Veränderungen voranzutreiben. Wo sich diese Bewegungen früher gegen die fordistische Ordnung zu stellten versuchten, gehen diese aktuell gegen die neoliberalen Stadtentwicklungstendenzen vor. Ein Teil dieser Bewegungen beschäftigt sich mit dem Wohnthema, andere um die Teilhabe an der Stadt in weiteren Anbelangen. Und vor allem soll sich dieses Recht an „die am stärksten Marginalisierten“ wenden. (vgl. Gebhard, Holm 2011:11)

> „Wie in Lefebvres Interpretation geht es um die BewohnerInnen, deren Anwesenheit prekär, weil nicht durch Staatsbürgerschaft, Visum, Besitz- oder Rechtstitel legitimiert ist (Purcell 2002). Es geht um die ökonomisch Marginalisierten, um die, die nicht über das nötige Bildungskapital oder die Zeit verfügen, um ihre Interessen selbst in einer partizipativ angelegten Stadtentwicklung durchzusetzen. Es geht um die, die aufgrund einer gegenderten, heterosexuellen oder moralischen Ordnung informell oder formell aus dem öffentlichen Raum ausgeschlossen und von Gewalt oder von Vertreibung bedroht sind, und die von der hegemonialen Raumordnung als störende Elemente identifiziert werden – um alle jene also, denen das Recht auf die Stadt verweigert wird (Marcuse 2009:190f).“ (Gebhard, Holm 2011:11f)

Das Recht auf Stadt soll die „kollektive Wiederaneignung des städtischen Raumes“ bedeuten, wobei „der Austausch nicht über den Tauschwert, Handel oder Gewinn vermittelt ist“ (Lefebvre 1973:108, zit. nach Gebhard, Holm 2011:8). Es geht somit fokussiert um jene, welche mehr oder minder an den Rand gedrängt werden und nicht um das Recht auf die Stadt der Reichen, die nach Lefebvre „„nicht mehr wohnen‘ sondern ständig unterwegs sind“ (Lefebvre 1973:121, zit. nach Gebhard, Holm 2011:8).

Recht auf Stadt kann vieles sein. „Das Recht auf die Stadt kann als spezifische analytische Perspektive angesehen werden“ (Gebhard, Holm 2011:13). Recht auf Stadt ist auch „utopische Vision“ und geht somit über konkrete Konflikte hinaus und beinhaltet auch reformpolitische Forderungen (vgl. Gebhard, Holm 2011:15ff). Ferner kann man das Recht auf Stadt als Organisationsansatz sehen, wobei sich hier verschiedene (möglicherweise marginalisierte)

Gruppierungen gemeinsam formieren und so auch mehr erreichen können. (vgl. Gebhard, Holm 2011:15ff)

> „Der Verlust an sozialen, politischen, wirtschaftlichen und Bürgerrechten ist nicht nur für traditionell ausgegrenzte bzw. benachteiligte Gruppen schmerzlich spürbar geworden, sondern zunehmend auch für relativ privilegierte Stadtbewohner, deren Vorstellungen vom guten städtischen Leben nicht aufgehen in der zunehmenden Privatisierung öffentlicher Räume, der Aufwertung und Vermarktung ihrer Kieze, und der Unterwerfung ihres Alltags unter die wachsende Standortkonkurrenz.“ (Mayer 2011:53)

Durch die fortschreitende Neoliberalisierung werden heute mehr Menschen wie damals – in den 1960ern als Lefebvre das Recht auf Stadt postulierte – angesprochen und versuchen Alternativen zum Ausverkauf des eigenen Lebensraumes zu schaffen. Holm warnt jedoch davor, dass sich nur gemeinsam mit den Verlierer*innen des neoliberalen Stadtumbaus etwas bewegen lässt. (vgl. Holm 2011:97) Sonst könnte das „Recht auf Stadt“ als „Lifesytle-Revolte von Mittelschichtangehörigen“ verkommen und am Ende auch diese Bewegung kommodifiziert werden (Holm 2011:97). Eine weitere Gefahr könnte nach Mayer sein, dass nur die „eigene[n] Oasen“ gerettet werden und sich zu wenig auf die Ausgegrenzten bezogen wird bzw. sich nicht darum bemüht wird, diese in die Bewegung zu integrieren. Auch wird von ihr angemerkt, dass selbst die „Oasenrettung“ immer noch vorteilhaft für Stadtentwicklungsprojekte sein kann. (Mayer 2011:54) Hier kann das Beispiel des Ernst Kirchweger Hauses (EKH) für Wien herangezogen werden, welches nicht unbedingt einen Ort für die Stadt darstellt, mit welchen man sich schmückt [66]. Doch in Hinblick auf das angrenzende neue Sonnwendviertel und die damit einhergehenden neuen Bewohner*innen des zehnten Bezirks, bewirbt man im neuen Folder „Sonnwendviertel entdecken“[67] das EKH als kulturelle Bereicherung für die Gegend und so dient dieses – im Selbstverständnis autonome Zentrum – als Mittel zur Aufwertung der Gegend.

Räume und Nischen der sozialen Bewegungen

Soziale Bewegungen sind vielseitig und bedienen sich verschiedener Äußerungsformen. Von Besetzungen über Petitionen, von schriftlicher Kritik in den Medien über zivilgesellschaftliches Engagement bis zu militanten Widerstandsformen. Einige Bewegungen beziehen sich direkt auf das

[66] Siehe hierzu diverse Bemerkungen von M im Kapitel „Empirische Untersuchungen“
[67] Siehe http://www.gbstern.at/uploads/media/Faltplan_673x405_V09_2110013_.pdf

Recht auf Stadt, andere weisen eine Nähe zu diesem Anliegen auf und wiederum manche distanzieren sich bewusst davon. Hiermit soll klargestellt werden, dass es keine Recht auf Stadt Bewegung per se gibt, sondern dass dies mehr ein Begriff ist, unter welchem man diverse Bewegungen fassen kann.

> „Trotz der großen Unterschiede lassen alle diese städtischen Kämpfe klare Gemeinsamkeiten erkennen: Sie wenden sich im weitesten Sinne gegen soziale Ausgrenzung und Ausschluss, sie beinhalten eine Thematisierung der räumlichen Dialektik von Zentrum und Peripherie und von Aneignung und Domination. Es sind Kämpfe um die Zentralität, um den Zugang zu den materiellen und immateriellen Ressourcen einer Stadt.“ (Schmid 2011:29)

Sieht man sich in Folge die räumliche Verortung von sozialen Bewegungen an, kann hier Martina Löw herangezogen werden, welche den Korpus des Widerstandes gegen das Bestehende in ihrem Konzept der gegenkulturellen Räume zusammenfasst. Unter diesen versteht Löw Räume, welche dadurch gekennzeichnet sind, dass ihren Konstrukteur*innen die rechtlichen, planerischen oder auch baulichen Mittel fehlen, ihre Konstruktion, welche im Widerspruch zur allgemein anerkannten Raumordnung steht, durchzusetzen. Aufgrund der fehlenden Mittel müssen sie, um den Weiterbestand ihrer Konstruktion zu gewährleisten, auf andere (Hilfs-)Mittel ausweichen. Materielle und auch symbolische Markierungen des eigens geschaffenen (gegenkulturellen) Raumes, werden über den Einsatz des eigenen Körpers oder aber auch durch symbolische Besetzungen vorgenommen. (vgl. Willems 2008: 901)

Ed Soja definiert in diesem Sinne widerständige Räume als dritte Räume, die nicht zwingendermaßen materieller Natur sein müssen aber können:

> „Es handelt sich hier um die Art von Räumen, in denen mit alternativen Lebens-, Arbeits- und Ausdrucksformen experimentiert wird, in denen neue Formen des sozialen und politischen Handelns inszeniert und Gefühlsökonomien umstrukturiert werden und in denen sich kreatives Leben nicht an Börsenkursen und Pensionsfondsindizes bemisst.“ (Swyngedouw 2013:155)

Solche Räume werden von den Eliten einer Stadt häufig als unordentlich, oder gar als Orte des Chaos wahrgenommen (vgl. Baeten 2001, zit. nach Swyngedouw 2013:155). Doch begreift Erik Swyngedouw ähnlich wie Ronneberger eben genau diese Räume als Orte des Möglichen:

> „Genau diese Räume sind es natürlich, in denen Hoffnungen, neue Verheißungen, Freiheiten und Sehnsüchte aktiv gelebt werden. In diesen Sprüngen, Nischen und Rissen der heutigen fragmentierten und vernetzten Stadt gärt ein neues hybrides Gemisch von Praktiken, oftmals inmitten einer sich stetig verschärfenden politischen Ausgrenzung und sozialen Entmachtung. Dies sind die radikalen Ränder, die einen wesentlichen Bestandteil der demokratischen Urbanität des 21. Jahrhunderts bilden. Und es sind genau diese Praktiken, die dringend unserer Aufmerksamkeit, Fürsorge, Anerkennung und Wertschätzung bedürfen. Sie erfordern ihren eigenen Raum; sie bedürfen der Erzeugung ihrer eigenen materiellen und kulturellen Landschaften, ihrer eigenen symbolischen Geographien. […] Solche Experimente „verändern die Landkarte dessen, was gedacht, was benannt und was wahrgenommen werden kann, und insofern auch dessen, was möglich ist“ (Rancière, in Zerbib et al. 2007: 4). Sie leisten ihren Beitrag zu alternativen Vermessungen und Kartografien des Denkbaren, des Wahrnehmbaren und folglich des Möglichen und Machbaren.“ (Swyngedouw 2013:155)

So stellte schon Lefebvre klar, dass jener Raum, welcher nach dem Kapitalismus kommt, ein utopischer Raum sein muss (vgl. Schmid 2005:247).

> „Es geht nicht um das Recht auf die existierende Stadt, sondern um das Recht auf eine zukünftige Stadt.“[68]

[68] http://phase2.nadir.org/rechts.php?artikel=785&print=

(4) Empirische Untersuchungen

Einleitende Worte

Der nun folgende empirische Teil beginnt mit der Beschreibung der Methoden, welche für diese Arbeit herangezogen wurden. Anschließend wird in den zwei Folgekapiteln das ausgewertete Datenmaterial aus der Feldarbeit in geordneter Form zusammengeführt. Hauptinformationsquellen für die empirischen Untersuchungen waren sechs durchgeführte Interviews.

Die ausgewerteten Interviews mit den Expert*innen der Stadt wurden großteils[69] im Kapitel „Stadtperspektiven" dargestellt. Hier widmet sich der erste Teil den verschiedenen Magistraten und Stellen der Stadt, welche rund um das Thema Wohnen angesiedelt sind und so wird ein Überblick hiervon geschaffen. Der zweite Teil versucht einerseits den historischen Teil zum Thema Wohnen und die Stadt zu ergänzen und weiterzuführen und andererseits die dadurch entstehenden Veränderungen zu thematisieren. Der dritte Teil beinhaltet die Herangehensweise und Strategien der Stadt in Bezug auf die sozialen Bewegungen. Hier werden auch jene Projekte der sozialen Bewegungen angerissen, welche in den weiteren Teilen nicht behandelt werden.

Im Kapitel „Fallbeispiele aus den sozialen Bewegungen" wurden primär die Interviews der Akteur*innen der sozialen Bewegungen aufbereitet. Hier umreißt der erste Teil die Wagenplatzthematik in Wien und berichtet anhand des Beispiels der Gruppe Treibstoff deren Erlebnisse und Begegnungen mit der Stadtseite. Der zweite Teil widmet sich einer FLIT[70]-Gruppe, welche Besetzungen in Wien durchführte. Hier wird auf deren Handlungsweisen näher eingegangen. Der dritte und letzte Teil der empirischen Untersuchungen befasst sich mit der Pizzeria Anarchia im zweiten Bezirk. Hier soll es um die Geschehnisse gehen, nachdem Spekulanten Punks in dieses Haus einquartierten um so die Altmietparteien zu vertreiben.

Alle Teile der empirischen Untersuchungen sind ungleich detailliert, groß und anders fokussiert, was sich aus den unterschiedlichen Interviews ergab. Beim Teil über die Wagengruppe Treibstoff wurden viele Statements von den Expert*innen der Stadtebene integriert, was sich daraus ergab, dass darüber Vieles gesagt wurde und auch die Gruppe sich mit diversen Stadtämtern schon länger

[69] Ganz so trennscharf wurde nicht vorgegangen und so erschien es auch nicht sinnvoll die Inhalte aus den Interviews von Expert*innen der Stadt und Akteur*innen der sozialen Bewegungen strikt zu trennen. So finden sich Informationen aus den diversen Interviews in jenen Kapitel wieder, wo sie thematisch passen.

[70] Frauen, Lesben, Inter- und Transgender

auseinandersetzt. Bei den anderen beiden Projekten der sozialen Bewegungen war dies nicht der Fall, da diese in Bezug auf ihre Dauer des Bestehens und deren Ansprüche bzgl. der Kommunikation mit der Stadtebene unterschiedlich agieren.

(4.1) Methodenteil

Grundsätzliches

* Herangehensweise

Die vorliegende Arbeit versteht sich als qualitative Forschung.[71] Zu Beginn wurde im Sinne einer historischen Soziologie Basiswissen gewonnen und in diesem Zuge eine Geschichte der Stadt und der sozialen Bewegungen im Rahmen des Erkenntnisinteresses niedergeschrieben. Ferner schien dies sinnvoll, da auch die Frage der Kommodifizierung des Wohnens nicht an einzelnen Zeitpunkten, sondern nur als Prozess begriffen, beantwortet werden kann. Die historischen Erkenntnisse bestimmten einerseits das weitere Vorgehen, sowie diese auch für die Erstellung der Interviewleitfäden dienlich waren. Desweiteren wurden ständig relevante Daten in Form von Artefakten aus dem Feld, Zeitungsartikeln oder sonstigen Daten aus der Internetrecherche gesammelt. Die Bewegung im Feld der sozialen Bewegungen diente der Findung geeigneter Interviewpartner v.a. auf Seiten der sozialen Bewegungen.
Durch die Interviews wurden anschließend (aktuelle) Einblicke in bestimmte Magistrate, Wohnprojekte und deren Tätigkeiten erlangt sowie Verschiedenes geklärt. Die Analyse der Gesprächsprotokolle wurde in Form von sechs Kapiteln aufbereitet.
Die Erkenntnisse der historischen, empirischen sowie theoretischen Arbeit wurden letztlich zusammengeführt und in Form des Ergebniskapitels kurz und bündig dargestellt. Im letzten Kapitel wurden die Ergebnisse ausgeführt und zur Diskussion gestellt.

* Auswahl der Untersuchungseinheiten

An dieser Stelle soll nun kurz beschrieben werden, welche Gruppen von sozialen Bewegungen und Stellen der Stadt Wien im empirischen Teil der Arbeit Eingang gefunden haben und warum.

Hierfür wurde sich erst ein Überblick an aktiven Gruppen der sozialen Bewegungen verschafft und so kamen 11 Gruppen in die engere Auswahl, welche zur Zeit aktiv waren, und größtmögliche Nähe zum Thema Wohnen aufwiesen. Diese waren drei Wagenplatzgruppen, zwei Bündnisse (platz da!? und Wilder Wohnen), das Ernst- Kirchweger- Haus, die Pankahyttn, die Rosa Lila Villa, der Planet

[71] An den Kernelementen der Arbeit wurde von Oktober 2013 bis Juni 2014 gearbeitet.

10, die Pizzeria Anarchia und das FLIT-Besetzerinnenkollektiv.
So wurde entschieden sich eine Wagengruppe anzusehen, da hier das Wohnen einen großen Stellenwert inne hat und auch über das konventionelle Wohnverständnis hinaus geht. Da die Gruppe Treibstoff die aktivste von den dreien ist und sich diese auch schon längere Zeit mit der Stadtverwaltung auseinandersetzte, fiel die Entscheidung auf diese Gruppe. Das Kirchweger Haus, die Pankahyttn und die Rosa Lila Villa sind mehr oder weniger etabliert und so wurde beschlossen, bevorzugt Kollektive zu erforschen, welche aktuell um Räume kämpfen bzw. sich in einem Prozess der Auseinandersetzung mit der Stadt befinden. So fiel auch der Planet 10 weg, da dieser in einem konventionellen Eigentumsverhältnis eingebettet ist und ich entschied mich für die zwei noch verbleibenden Gruppen. Die Pizzeria Anarchia schien sich insofern bestens zu eigenen, da deren Geschichte eng verknüpft mit den Auswirkungen des spekulativen Immobilienmarktes ist. Die FLIT-Besetzer*innengruppe schien interessant aufgrund ihrer Gruppenkonstellation und ihrer kompromisslosen Herangehensweise zu sein. Somit lies ich beide Bündnisse erstmals außen vor, da diese auf anderer Ebene als zuvor beschriebene Gruppen agieren, schwieriger festzumachen sind und sich auch die späteren Kontaktierungsversuche als mühsam erwiesen. Zu den drei gewählten Gruppen der sozialen Bewegungen bestand desweiteren auch eine mehr oder weniger gute Verbindung, welche die Durchführung der Interviews erleichterte.

Bezüglich für die Arbeit relevante Stellen der Stadt, kam mir zuerst Michael Ludwig als Stadtrat für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung in den Sinn. Ein Interview mit ihm oder einer Ansprechperson aus seinem Büro war aus diversen – weiter unten beschriebenen – Gründen nicht möglich. Jedoch wurde ich so zur MA50 Sektion Wohnbauforschung weitergeleitet und konnte mit zwei Mitarbeitern ein Interview führen. Da ich wusste, dass diverse Bewegungen mit der MA18 Sektion Mehrfach- und Zwischennutzung Kontakt hatten, führte ich diesbezüglich mit der Projektleiterin Z[72] ein Interview. Der dritte Interviewpartner M[73] vonseiten der Stadt wurde mir von Z nahe gelegt. M war mir aufgrund diverser Erzählungen und Berichten von Aktivist*innen schon ein Begriff.

[72] Es wurde entschieden alle interviewten Personen zu anonymisieren. Da ohnehin fünf Gesprächspartner*innen dies forderten, sollte den übrigen beiden durch die Namensnennung nicht mehr Präsenz gegeben werden.
[73] Dieser übernahm zu gewissen Zeiten und übernimmt auch heute noch eine Moderatorenrolle zwischen der Stadt und sozialen Bewegungen. Hierzu später mehr.

* Ethische Überlegungen

Nicht selten kamen während des Schreibens der Arbeit Überlegungen derart auf, was passieren könnte, wenn gewisse hier enthaltene Informationen öffentlich zugänglich gemacht werden und dies ist bei einer Masterarbeit zwangsläufig der Fall. Vor allem ging es mir hierbei um die Aktivist*innen der sozialen Bewegungen. Mir kamen Fragen in den Sinn, ob hier gewisse Behörden Interesse an Informationen der sozialen Bewegungen haben könnten und wenn ja mit welchem Hintergrund? Könnte dies zu Problemen für diverse Projekte bzw. Akteur*innen führen, welche sich in rechtlichen Graubereichen bewegen? Auch Repressionsfälle inklusive diverser Verhaftungen innerhalb der autonomen Szene und deren Umfeld in den letzten Monaten ließen diese Gedanken weiter kreisen. In diesem Sinne schien es mir notwendig, sehr sensibel mit den Daten von den Akteur*innen sozialer Bewegungen umzugehen und so wurde der schriftliche Output in welchem es um konkrete soziale Bewegungen ging, zu den Interviewpartner*innen zurückgeschickt und abgeklärt, ob der hier vorkommende Informationsgehalt für sie in Ordnung gehe. Diese Einverständnisse waren mir sehr wichtig und auch den Akteur*innen war es ein Anliegen das Geschriebene nochmals durchzusehen, bevor dies abgedruckt wird.

> „[I]m Feld empfindet der Soziologe, wenn er später darüber berichtet, oft eine bestimmte Schuld, ein Gefühl, Verrat geübt zu haben, […] und zwar trotz aller Hüllen, Pseudonyme und Umschreibungen, mit denen er seine Objekte bekleidet.“ (Davis, 1961:364f, zit. nach Girtler 1984:128)

Denn ein problematischer Aspekt schien mir folgender zu sein: Die aktive Szene der sozialen Bewegungen ist größenordnungsmäßig recht überschaubar. Somit ist durch gewisse Informationen leicht auf Gruppen bzw. Personen rückzuschließen. In diesem Sinne machte es schon vorab keinen Sinne gewisse Namen von Hausprojekten oder Wagenplätzen zu anonymisieren, da es mehr oder weniger auf der Hand liegen würde, um welche Gruppe es sich handelt und in weiterer Folge möglicherweise auch um welche Einzelpersonen es sich handeln könnte. Im Endeffekt hoffe ich durch eine sensible Schreibweise und ausreichender Anonymisierung gewährleistet zu haben, dass keine Konsequenzen für meine Interviewpartner*innen und deren soziales Netzwerk durch diese Arbeit folgen werden.

* Feldeinstieg und das Besondere des Feldes der sozialen Bewegungen

Wenn ich hier über den Feldeinstieg schreibe heißt das nicht, dass ich eine ethnografische Forschung betrieben habe, dennoch ist es gerade in Anbetracht der sozialen Bewegungen von Vorteil bis notwendig nicht mit der Tür ins Haus zu fallen, auch wenn es „nur“ um Interviews geht. Da es sich um eine spezifische Gruppe von Akteur*innen handelt, ist Gewisses zu beachten.

> „Gerade soziale Randgruppen […] begegnen Fremden mit großem Misstrauen. Die Angst vor Kontrolle, Bespitzelung und Einmischung in die jeweiligen Lebensgewohnheiten erschweren das teilnehmende Beobachten, weshalb der Zugang und der permanente Kontakt im Rahmen der Beobachtung nur über vertraute Mittelsmänner gelingen kann. Sie können das overte oder latente Misstrauen gegenüber dem Eindringling evtl. abbauen […].“ (Lamnek 1995:287f)

Was hier über das teilnehmende Beobachten geschrieben wird, kann auch für den Zugang zum Feld übernommen werden. Zu bemerken ist hier, dass der Feldeinstieg wohl ein spannender Teil der Forschungsarbeit sein kann, aber auch einer, welcher schwierig aus Büchern zu erlernen ist. So führt Lamnek bei seinen „Verhaltensregeln zum Zugang“ an, dass man mit dem Alltag der Subkultur mehr oder weniger vertraut sein sollte und man nicht blindlings ins Feld gehen sollte (vgl. Lamek 1995:292). Hier kamen mir meine eigenen Erfahrungen und mein Engagement in diversen sozialen Bewegungen zu Gute. Dadurch war ein gewisser Zugang bereits hergestellt und so fiel der Feldeinstieg bzw. die Durchführung der Interviews vergleichsweise leicht.

Durch die Tatsache, dass sich soziale Bewegungen teilweise in einem rechtlichen Graubereich bewegen, ist eine gewisse Verschlossenheit sowie Skepsis verständlich. Immer wieder wollen Journalist*innen, Studierende oder auch verdeckte Ermittler*innen etwas über diverse Bewegungen erfahren. So gilt es für diese erstmals auszuloten mit wem sie es zu tun haben, um in weiterer Folge einzuschätzen welche Konsequenzen das Gesagte haben könnte.
Viele Aktivist*innen nehmen somit Interviews als gefährlich, unnötig oder lästig war und die Floskel, sie kämen sich dann wie Tiere im Zoo vor, wurde oft verwendet. So muss, wenn ein respektvoller Umgang angestrebt wird, eine gewisse Zeit für den Vertrauensaufbau anberaumt werden.
Das Faktum, dass es zwar viele Interessierte gibt, welche kommen um Interviews durchzuführen oder um über sie zu berichten – dies dann meist ihrer Meinung nach nicht unbedingt in jener Form

geschieht, wie diese es sich vorstellen – ist im Anbetracht fehlender Solidarität, wenn diese gebraucht wird, für die Aktivist*innen ebenfalls ernüchternd.
In diesem Sinne galt für mich:

> „Die Kontaktpersonen dürfen nicht zu bloßen Datenquellen degradiert werden, sowohl während des Forschungsprozesses als auch in der Phase des Abschlusses und danach." (Girtler 1984:129)

* Feldeinstieg im Umfeld der Stadtverwaltung und das Politische als heikles Thema

Als ich anfing gewisse Personen und Institutionen bezüglich eines Gesprächstermins anzuschreiben, vermutete ich schon, dass dies in Bezug auf meine Fragestellung ein wenig heikel sein könnte. Doch ich hatte nicht erwartet, dass es derart heikel sein würde und war überrascht, wie schwierig es teilweise war einen Termin zu bekommen bzw. wie oft ich weitergeleitet wurde, bis schließlich jemand etwas über die sozialen Bewegungen und die Stadt Wien sagen wollte bzw. auch nichts sagen konnte.

Ich fing bei meinen Kontaktierungsversuchen ganz oben an, nämlich bei Michael Ludwig, den Stadtrat für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung in Wien. Auf die erste Mail bekam ich prompt einen Rückruf, dass mein Anliegen an Wolfgang Förster und die MA50 Wohnbausektion weitergeleitet wurde. Als sich in weiterer Folge niemand meldete, kontaktierte ich Wolfgang Förster per Mail, worauf ich an zwei Personen aus der Wohnbauforschung weitergeleitet wurde, welche als zwei Experten der MA50 Wohnbauforschung genannt werden wollten und dies auch in Folge so geschehen wird. So konnte ich relativ rasch einen Termin fixieren und ein Treffen Ende Februar 2014 kam zustande.

Als ich zu ihnen ins Büro kam, teilten sie mir gleich anfangs mit, dass sie meine Leitfragen, welche ich ihnen zuvor zukommen lies, nur bedingt beantworten können. Gerade bezüglich der Fragen, bei welchen es um die konkreten sozialen Bewegungen in Wien geht, können sie nicht viel dazu sagen. Dafür seien sie nicht zuständig. Natürlich hätten sie eine persönliche Meinung darüber, doch darum gehe es ja nicht. Ferner meinten sie, dass hier Michael Ludwig schon die richtige Stelle gewesen wäre. Doch in ihrer Position können sie keine politisch relevanten Fragen beantworten. Überhaupt sei es sehr schwierig hier jemanden zu finden der darüber reden möchte. Ich kann es wohl nochmals

bei Michael Ludwig versuchen, doch es wurde mir vermittelt, dass es schwierig sein wird Äußerungen über diese Thematik zu erhalten.
Im Endeffekt berichteten sie doch ein wenig über die sozialen Bewegungen in Wien, doch betonten stets, dass dies nicht aus ihrer Postion heraus geschähe.

> „Ja, das macht nicht viel Sinn, sich dazu zu äußern. Weil sie es auch nicht verwenden können, denn das wäre ja nur unser privater Eindruck und damit will ich dies auch gar nicht äußern. Nicht weil es jetzt so ein großes Thema wäre aber das ist eindeutig ein politisches Statement was man dazu bekommt und das ist nicht unser Bereich. Weil ja teilweise unsere Informationen auch aus Medien sind und diese eine Vermischung von Wissen und Pseudowissen sind. Abgesehen davon, unter uns gesagt sind das Randthemen.“ (Experte der MA50, Referat Wohnbauforschung 2014, Interview)

Auch Z merkte an, dass es schwierig sei, sich aus einer gewissen Position heraus zu äußern. Hierzu sprach sie über die Problematik, ihre berufliche Position, die Position der Stadt und ihre private Sichtweise strikt zu trennen. Denn sie selbst ist wohl der Meinung, dass vieles Platz haben muss, was die Stadt Wien jedoch anders wahrnimmt.

> „Mir wurde in meiner Position auch klipp und klar gesagt, du kannst nicht von deiner Position aus für die Stadt sprechen. Das wurde mir so mitgeteilt. Also ich habe da eine andere Wahrnehmung als die Stadt und wenn man von der Stadt redet, muss man das auch trennen: die politische Stadt und was da zum Stadtbauratressort fällt und so weiter.“ (Z 2014, Interview)

Nach dem Interview mit den zwei Experten, versuchte ich erneut mehrmals das Büro Ludwig zu kontaktieren und bekam schließlich folgende Antwort per Mail:

> „Leider ist unser Büro in den von Ihnen angeführten Fragestellungen nicht federführend tätig. Wir bedauern Ihnen daher dazu keine weiteren Informationen weiterleiten zu können, hoffen aber dass die Unterlagen, die Sie bereits über die Wiener Wohnbauforschung erhalten haben, Ihnen bei Ihrer Diplomarbeit weiterhelfen.“ (Auszug des Mails vom 19.3.2014)

Mich verwunderte es weniger, dass ich eine Absage bekam, als der angegebene Grund dafür. Denn vorher hatte ich ja von involvierten Personen erfahren, dass gerade hierfür Michael Ludwig bzw. sein Büro, die richtige Adresse wäre. So schien es mir, als würde ich genau dorthin geleitet werden, wo sich jemand für die Stadtperspektive stark machen konnte, jedoch mir nichts über meine spezifischen Fragen zu den sozialen Bewegungen sagen hat können.

Mit meinem dritten Interviewpartner, dem Moderator M, konnte schlussendlich noch vieles geklärt werden, was vorher im Unklaren blieb.

Konkretes Vorgehen

*** Historische Soziologie**

Wie bereits erwähnt findet sich in der Arbeit ein recht umfangreicher historischer Teil. Dies schien aus mehreren Gründen sinnvoll. Da es in der Arbeit um die Frage der Kommodifizierung des Wohnens geht – dies zweifelsohne ein Prozess und kein punktueller Zustand ist – scheint hier eine Momentaufnahme der gegenwärtigen Situation wenig ausreichend.

> „[D]ie empirische Sozialforschung bescheidet sich vielfach mit einer >Schnappschuss<-Perspektive auf das soziale Leben, sie hält gleichsam photographisch den einen oder anderen Augenblick fest, ist aber wenig an >moving pictures< interessiert." (Schützeichel 2004:6)

So konnte es im Anbetracht der Forschungsfrage nur sinnvoll sein, die historischen Entwicklungen in diesem Bereich zu beachten. Auch der Umgang der Stadtverwaltung in Puncto Wohnen kann nur verstanden werden, wenn man auch weiß, wie es einmal anders war. Ferner ist auch das Verständnis der sozialen Bewegungen ein anderes, vergegenwärtigt man sich deren Geschichte. Denn prinzipiell gilt, dass alles was ist, so geworden ist (vgl. Schützeichel 2004:7). Nach Craig Calhoun kann auch kein sozialer Wandel erforscht werden, wenn sich nicht in irgendeiner Form der historischen Soziologie bedient wird (vgl. Schützeichel 2004:19).
Im folgenden Zitat soll aufgezeigt werden, wie historische Narrationen nicht nur auf der deskriptiven Ebene verhaftet bleiben müssen, sondern diese es auch vermögen einen explanativen Charakter zu entwickeln.

> „Die explanative Kapazität von Narrationen wird darauf zurückgeführt, dass Erzählungen die verschiedensten Ereignisse synoptisch in einem Gesamtzusammenhang integrieren und damit Prozesse in ihrem Ablauf rekonstruieren können. Sie sind nicht rein deskriptiv, sie fügen nicht Fakten an Fakten und Ereignisse an Ereignisse, sondern sie begründen immanent, weshalb welche Ereignisse wie aneinander anschließen und aufeinander Bezug nehmen. Narrationen sind also nicht nur historische Darstellungs-, sondern auch Erklärungsmittel [...]" (Schützeichel 2004:69)

So können Ereignisse in der Gegenwart durch Vergangenes erklärt werden (vgl. Schützeichel 2004:70). Theda Skocpol versteht die in der Arbeit integrierten Narrationen jedoch nicht nur als Analysemittel, sondern plädiert dafür, dies als einführendes Beiwerk zu nutzen und so habe ich mich auch in dieser Arbeit verhalten (vgl. Schützeichel 2004:86).

* Erhebung mittels Leitfadeninterviews

In der vorliegenden Arbeit fand die hauptsächliche Erhebung mittels Leitfadengesprächen statt. Hier wurde sich an Rosenthal angelehnt, welche Expert*inneninterviews als eine Form von Leitfadeninterviews sieht, wobei kein einheitliches Verständnis darüber herrscht, was ein Expert*inneninterview bzw. was nun Expert*innen genau ausmachen. (vgl. Rosenthal 2011:134) Nach Renate Liebold und Rainer Trinczek sind Expert*innen „Personen, die über besondere Wissensbestände verfügen“. Dies ist nicht unbedingt eine präzise Distinktion und unterscheidet nur den*die Expert*in vom Laien bzw. von der Laiin. Somit setzt die Frage nach dem Expert*innenstatus einer Person, die Zuteilung durch den*die Wissenschaftler*in voraus und kann als „situativ-relationaler Status“ gesehen werden. (Liebold, Trinczek 2009:33f)
In diesem Sinne waren alle meine durchgeführten Interviews Expert*inneninterviews.[74] Meuser und Nagel sehen den Unterschied im Expert*inneninterview in der Tatsache begründet,

> „[...] dass hier nur der spezifische institutionelle oder organisatorische Zusammenhang, in dem sich der Befragte bewegt, von Interesse sei und nicht sein gesamter Erfahrungsraum.“ (Rosenthal 2011:135)

Auf dies zielte der verwendete Leitfaden für die Interviews ab und so wurden die Fragen dementsprechend gestellt und auch versucht, trotz der vorgegebenen thematischen Richtung der Fragen, die Antworten der Interviewpartner*innen möglichst nicht einzuschränken und so zu gestalten, dass ein Erzählfluss in Richtung narratives Interview zustande kommen konnte. Dementsprechend sollten die Leitfäden den jeweils unterschiedlichen Kontexten der Interviewpartner*innen entsprechen. Die Fragen hierfür wurden aus der theoretischen sowie aus der historischen Vorarbeit als auch aus den persönlichen Erfahrungen und Kenntnissen aus dem Feld

[74] Alle für diese Arbeit interviewten Personen sehe ich im beschriebenen Sinn als Expert*innen an. Für den Lesefluss der Arbeit halte ich es trotzdem für sinnvoll, die interviewten Personen aus den Gruppen sozialer Bewegungen Akteur*in bzw. Aktivist*in zu nennen. Bei den interviewten Personen von der Stadtebene wurde einerseits gewünscht jene zwei Personen der MA50, Referat Wohnbauforschung mit zwei Experten zu titulieren. Bei den anderen beiden Personen halte ich es ebenso mit Expert*innen. Dies stellt meines Erachtens neben den Buchstabenkürzeln eine schnelle Zuordnung der Personen sicher und soll nicht als Bewertung verstanden werden.

der sozialen Bewegungen generiert. Es sollte wohl nicht so sein, dass diese akribisch abgearbeitet werden, sondern viel mehr als Vorlagen dienen um ein Gespräch aufzubauen und um spezifische Fragen nicht zu vergessen.

Ferner sehe ich meine Herangehensweise als interviewender Soziologe weder dem Journalismus noch der Polizeiarbeit irgendwie nahestehend. So war es mir kein Anliegen etwas „aufzudecken" oder mittels „Verhörtechniken" etwas herauszubekommen, was einem Akteur*innen anders nicht verraten wollen. Der Nachteil ist eventuell weniger Informationsausbeute, doch der Vorteil ist eine gute Beziehung zum Feld, sowie das Offenhalten des Feldes für zukünftige Forschungen.

Der Weg zu den Interviewpartner*innen wurde ja schon in den Kapiteln Feldeinstiege erläutert. Im Endeffekt fanden sechs Interviews statt, welche zwischen 40 und 80 Minuten dauerten und eines hiervon telefonischer Natur war. Drei Interviews fanden mit Akteur*innen der Stadtverwaltung[75] und drei mit Akteur*innen von sozialen Bewegungen[76] statt. Alle Interviews – bis auf jenes mit Z, welches telefonisch stattfand – wurden aufgezeichnet und anschließend sinngemäß bis wortwörtlich (je nach Erfordernis) transkribiert. Beim Interview mit Z wurden Notizen gemacht und anschließend das Wesentliche zum Thema niedergeschrieben.

Die Interviews fanden zwischen November 2013 und April 2014 statt. Den Ort, wo die Gespräche stattfanden überließ ich in jedem Fall den Interviewpartner*innen. So fanden die Interviews mit den Personen „von der Stadt" in den jeweiligen Büros und die Gespräche mit den Aktivist*innen im Wohnprojekt, Park und in einem Lokal statt.

* Auswertung

Bei der Auswertung hielt ich mich an die Inhaltsanalyse nach Mayring und adaptierte diese für meine Erfordernisse. Ich hielt mich an die Vorschläge von Lamnek und klärte im Sinne der vorbereitenden Interpretation vorab meine Vormeinungen sowie meine Position als Autor. Ferner empfahl dieser auch die Positionierung und Vormeinung der Interviewpartner zu klären und zu bedenken (Koordinierende Interpretation). Denn der*die Magistratsangestellte spricht aus einer

[75] Es wurde mit zwei Experten der MA50, Referat Wohnbauforschung, mit Z von der MA18 als Projektkoordinatorin für Mehrfach- und Zwischennutzung und mit M als Mediator zwischen der Stadt und Aktivist*innen jeweils ein Interview geführt.

[76] Hier wurde die Aktivistin F aus der FLIT-Besetzungsgruppe, T vom Wagenplatz Treibstoff und P von der Pizzeria Anarchia interviewt.

gewissen Position heraus, sowie der*die Aktivist*in in seiner*ihrer Sache befangen ist. Dies muss natürlich bedacht werden, will man ein Material erlangen welches vom Analysegrad über den konkreten Aussagen der Interviewpartner*innen angesiedelt ist. (vgl. Lamnek 2010:470)

Der Ablauf einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring ist in neun Stufen unterteilt:

> „(1) Festlegung des Materials,
> (2) Analyse der Entstehungssituation,
> (3) formale Charakterisierung des Materials,
> (4) Richtung der Analyse,
> (5) Theoriegeleitete Differenzierung der Fragestellung,
> (6) Bestimmung der Analysetechnik,
> (7) Definition der Analyseeinheit,
> (8) Analyse des Materials und
> (9) Interpretation.“ (Lamnek 2010:471)

So versuchte ich dementsprechend erst einmal alles aus den Interviewprotokollen rauszustreichen, was nicht zum Thema gehörte und trotzdem transkribiert worden ist. Bezüglich der Entstehungssituation notierte ich zwar diesen Kontext, dieser wurde aber in weiterer Folge nicht mehr berücksichtigt. Wohl auch weil dies für diese Arbeit nicht gewinnbringend erschien. Wie transkribiert wurde, wurde bereits im Kapitel „Erhebung mittels Leitfadeninterviews“ erwähnt. Da in der vorliegenden Arbeit beispielsweise die Emotionen oder das Verhalten meiner Interviewpartner*innen im Sinne der Analyserichtung nicht relevant waren, wurde nach thematischen Kriterien analysiert. In weiterer Folge wurde meine Fragestellung nochmals durchgearbeitet, Unterfragestellungen entwickelt und Vorannahmen niedergeschrieben. Mit diesem Konstrukt ging ich dann auf meine Interviewprotokolle los. In der Folge wird nun die konkrete Vorgangsweise beschreiben, sowie mit einem Beispiel aus einem Interview mit dem Bewohner P aus der Pizzeria Anarchia veranschaulicht:

(1) Der gesamte Text des Interviewprotokolls, abzüglich der nicht relevanten Stellen, wurde paraphrasiert. Jene Textteile, bei welchen eine direkte Zitation sinnvoll schien, wurden im Original belassen. Im selben Zuge wurden Textausschnitte, welche an sich nicht verständlich waren, expliziert. Auch wurde bei jenen Stellen, bei welchen auf etwas verwiesen wurde (z.B. Selbstverständnis auf der Homepage) das Material als Explikation hinzugefügt. (vgl. Lamnek 2010:473ff)

> Motaev bot den Altmieter*innen mehrmals hohe Geldbeträge mit dem Ziel an, dass diese das Haus verlassen. Er bot ihnen auch neue Wohnmöglichkeiten an. Auch den neuen Bewohner*innen bot er an, dass er für ein Jahr Miete bezahlen würde, für ein Haus in welchem sie alle wohnen können. Darauf gingen sie nicht ein. So bot er über WienTV (Explikation → WienTV versteht sich als nicht kommerzieller Internet-/Fernsehkanal) an einmalig 10.000€ zu bezahlen, plus Miete für ein Jahr für ein Haus in welchem alle Platz haben. Auch darauf reagierten sie nicht.

(2) Im nächsten Schritt wurde in Absatzeinheiten Codes vergeben (vgl. Lamnek 2010:478ff).

> Motaev bot den Altmieter*innen mehrmals hohe Geldbeträge mit dem Ziel an, dass diese das Haus verlassen. Er bot ihnen auch neue Wohnmöglichkeiten an. Auch den neuen Bewohner*innen bot er an, dass er für ein Jahr Miete bezahlen würde, für ein Haus in welchem sie alle wohnen können. Darauf gingen sie nicht ein. So bot er über WienTV (Explikation → WienTV versteht sich als nicht kommerzieller Internet-/Fernsehkanal) an einmalig 10.000€ zu bezahlen, plus Miete für ein Jahr für ein Haus in welchem alle Platz haben. Auch darauf reagierten sie nicht. #Angebote #Wohnmöglichkeiten #1 Jahr mietfrei #Geld #WienTV #kein Eingehen auf Angebote

(3) Mit Hilfe dieser Codes wurde nun versucht in einem dritten Durchgang die verschiedenen Absätze bzw. einzelnen Sätze in übergeordnete Codes bzw. Kategorien zu ordnen und somit strukturiert.

> **Castella und ihre Angebote**
>
> Motaev bot den Altmieter*innen mehrmals hohe Geldbeträge mit dem Ziel an, dass diese das Haus verlassen. Er bot ihnen auch neue Wohnmöglichkeiten an. Auch den neuen Bewohner*innen bot er an, dass er für ein Jahr Miete bezahlen würde, für ein Haus in welchem sie alle wohnen können. Darauf gingen sie nicht ein. So bot er über WienTV (Explikation → WienTV versteht sich als nicht kommerzieller Internet-/Fernsehkanal) an einmalig 10.000€ zu bezahlen, plus Miete für ein Jahr für ein Haus in welchem alle Platz haben. Auch darauf reagierten sie nicht. #Angebote #Wohnmöglichkeiten #1 Jahr mietfrei #Geld #WienTV #kein Eingehen auf Angebote

(4) Diese Kategorien wurden im Anschluss gesammelt und versucht hierfür Überkategorien zu finden, welche diese Kategorien zusammenfassen.

Pizza und die Castella
Beginn (mehrmals)
Castella (mehrmals)
Beginn und davor
Hintergedanke
Kollektiv/Verein
Motaev
Castella und ihre Angebote
Aufwertung Mühlfeldgasse (2x)

(5) Somit ergab sich eine überschaubare Auswahl von Überkategorien, anhand welcher das Material neu geordnet wurde und ausgehend hiervon sind die folgenden Texte der empirischen Untersuchungen entstanden.

Pizza und die Castella
Die Altmieter*innen
Pizza und Gericht
Die Praxis der Vertreibung
über die Pizza hinaus. Castella und ihr Umfeld
Hausprojekt Pizzeria
Vernetzung/ Netzwerke
Räumung und Gegenstrategien

(4.2) Stadtperspektiven

(4.2.1) Die Stadt und das Wohnthema. Magistrate, ausgelagerte Stellen und Moderatoren

Die Stadt und ihre Magistrate

Im Folgenden ein kleiner Überblick zu den Magistraten und deren Sektionen und Projekten rund um das Wohnthema, mit welchen ich im Laufe dieser Arbeit Kontakt hatte oder auch darauf hingewiesen wurde. Dies soll zur Einbettung des Kontextes dienen aus welchem die interviewten Personen sprechen, welche in weiterer Folge zu Wort kommen werden.

*** MA 18 und Umfeld**

Die MA18 ist zuständig für die generelle Stadtplanung, wovon ein Teil auch das Wohnen ist, aber welche auch für U-Bahn, Straßen und Schulen zuständig ist.[77] Dieses Amt hat somit den generellen Planungsteil inne.
In der MA18 integriert ist das Projekt „einfach – mehrfach“, welches Anfangs eher als Ergänzung der Wiener Grünraumpolitik verstanden wurde und sich seit 2002 vermehrt in Richtung kulturelle Zwischennutzung entwickelte.[78] Hier konnte ich mit der Projektkoordinatorin Z ein telefonisches Interview führen. Sie merkte schnell an, dass es für dieses Projekt „keinen Groschen Geld“ gebe und dass somit der Spielraum des Möglichen recht begrenzt sei (Z 2014, Interview).
Ebenfalls findet sich in der MA18 integriert, das Projekt „Wien 2025 – Meine Zukunft“. Ein Teil des Projektes dreht sich um die Frage „Wem gehört die Stadt?“ und so schien dies auch für diese Arbeit relevant zu sein.[79] Bezüglich der Beteiligungsmöglichkeiten in der Stadt, meinte Z, dass Partizipation ein recht unkonkretes Wort ist, was vielseitig verstanden wird. Hierbei wirft sie die Frage auf, wie sinnvoll Fragebögen in diesem Kontext sind, welches ein Instrument ist, das diesbezüglich gerne von der Stadt verwendet wird.

> „Man muss mit den Leuten raus gehen und mit denen was machen und nicht sie befragen. Ich halt mich da von Wien2025 auch explizit raus. Da sind andere verantwortlich.“ (Z 2014, Interview)

[77] Für das Wohnen im Speziellen ist die MA50 zuständig.
[78] vgl. https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/mehrfachnutzung/
[79] vgl. https://wien2025.at/site/die-themen/

*** MA 50 und ihre Sektionen**

Die MA50 hat mehrere Aufgabengebiete. Hier gibt es die Abteilungen Wohnbauförderung, Sanierung, Neubau und Schlichtungsstelle und ein weiterer Teil ist die Wohnbauforschung. Hier konnte ich mit zwei Experten der Sektion Wohnbauforschung ein Interview führen.

Die Wohnbauforschung ist eine Stabstelle zum Stadtrat Michael Ludwig und stellt die Grundlagenforschung als Entscheidungshilfe für die Politik und somit auch Entscheidungsgrundlage für den Wohnbau bereit. Diese ist im Spektrum von sozialwissenschaftlichen Thematiken (Zusammenleben der Menschen, Migration, Generationenfrage) über Fragen bzgl. der Quantität von Wohnungen über rein technische Bereiche bis hin zu Sanierungsfragen verankert.

> „Denn man muss sich vorstellen, wenn man 6000 bis 7000 Wohnungen pro Jahr baut in unterschiedlichen Förderungsschienen, dann gilt es natürlich Entscheidungsgrundlagen zu liefern wo man die baut und auch eben was immer stärker wird unter diesem sozialen Nachhaltigkeitsthema.“ (Experte der MA50, Referat Wohnbauforschung 2014, Interview)

*** MA 25 und die Gebietsbetreuung**

> „[...] die MA25 ist auch Prüfstelle für Wohnhäuser und die prüft auch ob Wohnhausanlagen, welche im Zuge von einem Bauträgerwettbewerb entstanden sind, tatsächlich den Plänen entsprechend ausgeführt wurden. Die prüfen dann ob tatsächlich die Feiräume so gestaltet sind wie sie geplant waren und ob der Fahrradabstellraum tatsächlich ebenerdig angebracht wurde und diese Sachen.“ (Experte der MA50, Referat Wohnbauforschung 2014, Interview)

Die Gebietsbetreuung, welche in der MA25 integriert ist, ist eher auf den Altbestand ausgelegt und führt diverse Beratungstätigkeiten durch, ist lokal verankert und versucht in diesem Zuge lokale Ansprechpartnerin zu sein.

*** Ausgelagerte Stellen**

Dann gibt es noch das Wohnservice, Wiener Wohnen und den Wohnfonds, welche in diesem Kontext relevant sind. Das sind ausgelagerte Stellen. Von den Experten der Wohnbauforschung wurde mitgeteilt, dass dies eine rechtliche Konstruktion ist, da diese Stellen früher auch teilweise Magistratsabteilungen waren, und es keinen Unterschied in ihrer Funktion machen würde, wären sie das immer noch. Wiener Wohnen beschäftigt sich hauptsächlich mit Verwaltung, das Wohnservice mit der Vergabe, und der Wohnfonds hat einen Planungsteil inne. Inwiefern es konkrete Auswirkungen hat, dass jene Stellen ausgelagert wurden, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht beantworten werden. Doch kann hier grundsätzlich von einer Neoliberalisierung städtischer Magistrate gesprochen werden, denn die Einflussmöglichkeiten, beispielsweise durch den Gemeinderat, sind bei Magistraten auf jeden Fall größer als bei den ausgelagerten Stellen.

Ein Moderator von und zwischen der Stadt (und den sozialen Bewegungen)

Eine äußerst interessante Rolle nimmt M in diesem Gefüge ein. Z gab mir den Tipp, mich an ihn zu wenden, wenn es um soziale Bewegungen geht. M ist Mitglied im Wiener Landtag und im Gemeinderat für den Bezirk Favoriten. Er ist im Ausschuss für Wohnen und Stadterneuerung und auch im Ausschuss für Europäische und Internationale Angelegenheiten tätig. In Favoriten ist er zuständig für Integrations- und Migrationspolitik und für Konfliktmanagement im weiteren Sinn. Das macht er auf Stadtebene.

In diesem Bereich des Konfliktmanagements führt er Moderationstätigkeiten durch und war somit mit verschiedenen sozialen Bewegungen im Auftrag der Stadt in Kontakt. Hierbei merkte er an, dass er somit weder „da noch dort“ sei. Es scheint recht schwer begreiflich, wie jemand einerseits von der Stadt beschäftigt werden kann, andererseits sich doch zwischen dieser und den Akteur*innen sozialer Bewegungen sieht.

> „Wenn ich mit Leuten vom Wagenplatz oder mit Leuten vom Amerlinghaus rede, dann steckt da schon die Stadt dahinter. Ich mach das aber nicht als Vertreter der Stadt.“ (M 2014, Interview)

Gleichzeitig betont er auch die Schwierigkeit seiner Moderatorenrolle:

> „Dann kommst du in die Rolle, weil du ja auch als Politiker mitspielst, Gemeinderat und so, dass diese Trennung zwischen Politker und Moderator schwieriger wird. Es geht dann nicht mehr so gut.“ (M 2014, Interview)

Bevor er bei diversen Besetzungen als Moderator aktiv wurde, war er eigenen Angaben zufolge, bei Besetzungen in Wien Ende der 80er Jahre noch selbst beteiligt. Dann war er schon im Vorfeld der Verhandlungen mit dem Ernst- Kirchweger Haus in Schlichtungsprozessen zwischen der Stadt Wien, Hausbesitzern, Polizeieinsatzkräften und hausbesetzenden Gruppen involviert. So springt er seither als Moderator ein, wenn er gebraucht wird, kontaktiert durch die Stadt (z.B. die Grundeigentümerdienststelle oder das Stadtratbüro), Polizei oder auch Aktivist*innen.

> „Ich habe das relativ lange gemacht und mach das auch heute noch, wenn mich die Leute holen. Es hat sich halt die Kultur ein bisschen geändert. Du hast halt erstens, viel weniger Hausbesetzungen und zweitens ist die Szene ein bissl eine andere geworden. Nehmen wir mal das Kirchweger Haus als Anfangspunkt, danach war dann gleich die Pankahyttn. Eben die Schwierigkeit um die Wohn- und Lebenssituation der Punks und parallel hat sich die Wagenplatzgeschichte entwickelt. Das sind so die drei großen Stationen […] .“ (M 2014, Interview)

Einerseits ging es bei den Funktionen als Moderator um das Überbringen von Nachrichten, jedoch war auch das Bemühen da, ein Teil der Lösung zu sein, wie er mir zu vermitteln versuchte. Ein Mitentscheiden sei hier nicht möglich, sondern nur die Bedürfnisse von beiden Seiten zu vermitteln und auf diese einzugehen versuchen. Das ist auch seiner Meinung nach gut gelaufen.

(4.2.2) Entwicklungen vom Roten Wien bis dato. Vom Gemeindebau bis zum geförderten Wohnbau

Früher war alles Besser?

Das Rote Wien war eine besondere Zeit in welcher unter anderem die Grundsteine für ein einzigartiges Wohnbausystem gelegt worden sind, welches in veränderter Weise immer noch fortzusetzen versucht wird.

> „In Wien ist ja die Besonderheit, dass wir größter Wohnungseigentümer Europas sind. […] Es sind 220.000 Wohnungen direkt im Besitz der Stadt Wien, eben über Wohnservice und Wiener Wohnen betreut. Das sind die klassischen Gemeindebauwohnungen.“ (Experte der MA50, Referat Wohnbauforschung 2014, Interview)

Dass das damalige System gegenwärtig nicht mehr in diesem Ausmaß weitergeführt wird, hat laut den Experten der MA50 aus dem Referat Wohnbauforschung nicht den Grund, dass der Wille der Stadt fehle, sondern dass sich die gesamtgesellschaftlichen Bedingungen geändert haben. So lassen sich parlamentarische Bedingungen und Konsensentscheidungen, wie auch die wirtschaftlichen Verhältnisse und Möglichkeiten von heute mit der damaligen Zeit schwer vergleichen, so die Experten der Wohnbauforschung. Damals konnte in hohem Maße Steuern von den Reichen erhoben werden. Die Möglichkeiten, Steuern einzuheben und somit den Wohnbau zu fördern, veränderten sich jedoch mit der Zeit.

> „Die ganze Wohnbauförderung passiert ja auf gewissen Abgaben, die wir in den Steuerleistungen leisten. […] Wenn man jetzt sagt, damals war es besser, dann waren vielleicht die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen besser.“ (Experte der MA50, Referat Wohnbauforschung 2014, Interview)

In diesem Sinne wurde von den Experten der MA50 klar gemacht, dass Wohnbestand und die Bereitstellung von Wohnraum immer mit der gesamtgesellschaftlichen Lage korrelieren. Außerdem wirken sich Thematiken, wie das Auseinanderklaffen der Einkommensschere, ungleiche Besteuerung von Arbeitseinkommen, sowie das Kapital, auf den Wohnbau aus. Gesellschaftliche Veränderungen wirkten somit immer schon auf den Gemeindebau ein, und somit waren auch die Bedingungen und die Bewohner*innenstruktur in der Zeit des Gemeindebaus von den 20ern bis in die 00er Jahre jeweils eine andere.

Wo die Experten der MA50 auf der einen Seite bemüht waren zu beteuern, dass früher nicht alles besser war, waren sie andererseits motiviert aufzuzeigen, dass sich heute vieles verbessert hat. Was hat sich also verändert? Ein Vorzug des Wohnbaus des Roten Wiens schien der sehr leistbare Wohnraum für die Arbeiter*innenschicht zu sein, mit den damit einhergehenden hohen infrastrukturellen Verbesserungen. Obwohl hier gesagt werden muss, dass auch damals schon die besser gestellten Arbeiter*innen vermehrt von den Errungenschaften des Roten Wiens profitierten. Der Vorzug des geförderten Wohnbaus im gegenwärtigen Wien scheint hingegen – so die Betonung der Experten der Wohnbauforschung – eher deren Qualität zu sein, und dass dieser immer noch billiger als der private Wohnmarkt ist. Was damals als Fortschritt galt, ist heute Substandard, wobei hier die veränderten Ansprüche beachtet werden müssen.

> „Es ist ja auch ein Faktum das international gesehen, der soziale Wohnbau eher als Plattenbau verstanden wird, für die untersten Schichten und schlecht ausgestattet und schlecht gebaut ist. In Wien ist das ja genau das Gegenteil, da gibt es Passivhäuser, top ausgestattet zu vertretbaren Preisen. Da gibt es oft am Privatmarkt höhere Mieten zu schlechteren Bedingungen.“ (Experte der MA50, Referat Wohnbauforschung 2014, Interview)

Dass die Preise am privaten Markt höher sind als beim sozialen Wohnbau scheint nicht zu überzeugen, da man wohl annehmen könnte, dass eben gerade der soziale Wohnbau nicht gewinnorientiert arbeitet, was man dem privaten Sektor wohl kaum unterstellen kann. Dass hier zweitens der Kontrast wiefolgt vermittelt wird, wo dem schlecht gebauten Plattenbau für die untersten Schichten dem qualitativ hochwertigen und trotzdem leistbaren Passivhaus gegenübergestellt wird, wirkt vereinfachend. Hier könnte man die Frage voranstellen, was denn mit jenen Personen geschieht, welche sich diesen qualitativ hochwertigen Standard eben nicht leisten können – auch wenn dieser billiger als im privaten Sektor zu ergattern ist. Der Bau in Richtung „qualitativ Höherwertiges“ führt nicht nur zur Verbesserung des Mieter*innenstandards, sondern auch zur Preissteigerung und somit zur Verdrängung gewisser Mieter*innen. Da jene Bevölkerungsgruppen sich im Normalfall nicht in Luft auflösen, sind diese auf billigen Wohnraum angewiesen und versuchen beispielsweise eine der noch verfügbaren Substandardwohnungen[80], die vielleicht nicht ideal, aber immerhin leistbar sind, zu ergattern.

> „Früher […] hat man in Zeiten des Wiederaufbaus Masse produziert. Das war damals wirklich notwendig weil es gab Überbelag […]. In Wien haben wir den Luxus dass wir sehr stark auf Qualität setzen können und diese soziale Nachhaltigkeit betrifft auch, dass man hier nicht nur drei unterschiedliche

[80] Laut Experten der MA50 Wohnbauforschung hatten zu Zeiten des Wiederaufbaus in Wien 50% der Wohnungen die Toilette am Gang, hingegen es heute nur mehr 5% sind.

> Wohnungsgrößen hat, sondern sehr viel differenziertere Angebote versucht zu entwickeln.“ (Experte der MA50, Referat Wohnbauforschung 2014, Interview)

Welche Form der sozialen Nachhaltigkeit hier gemeint ist, bleibt insofern fraglich, sieht man sich den Betrag des Eigenmittelanteiles der neuen geförderten Wohnbauprojekte näher an. Der Bezug auf ein finanzkräftiges Klientel und dessen Ansprüchen zeigt sich auch in der folgenden Aussage. So wird sich scheinbar gerade vor dieser Personengruppe gerechtfertigt, welche Fortschritt als materiellen und nicht auch als sozialen Schritt begreift.

> „Man neigt dazu zu sagen, mit dem Wissen von heute, dass es Standard ist, dass das Klo und das Wasser in der Wohnung ist, aber früher waren selbst die Substandardwohnungen ein Fortschritt. […] Für die war es nicht selbstverständlich, dass sie eine eigene Wohnung mit fließend Wasser hatten. Man neigt heute dazu zu sagen, dass dies und jenes schlecht ist. Man muss sich da schon in die Zeit hineinversetzen. Wenn ich mit heutigem Blickwinkel eine kleine Wohnung im Karl Marx Hof anschaue, war das damals ein sozialer Schritt wenn man die bekommen hat. Und nicht wie man heute sagt, kleine Fenster und dunkel und verwinkelt.“ (Experte der MA50, Referat Wohnbauforschung 2014, Interview)

Wie auch immer dieser Fortschritt beurteilt werden mag, die Experten sehen sehr wohl die Schwierigkeit, dieses Niveau aufrecht zu erhalten, und auch zu gewährleisten, dass der soziale Wohnbau leistbar bleibt. Zeichen hierfür finden sich bereits in der Kürzung der Wohnbauförderung von 276 auf 180 Millionen Euro, was aus dem Budgetbegleitgesetz des Bundes vom Mai 2014 hervorgeht[81].

Geförderter Wohnbau. Weiterführung der Gemeindebauten?

> „Der Wohnungsbau vom Roten Wien ist ja historisch gewachsen und im Prinzip haben wir jetzt eine abgewandelte Form wie eben die SMART-Wohnungen was vorher Gemeindebau war. Damit versteht man eben diese ganze Reihe besser. Man darf das eben nicht nur aus heutigen Augen betrachten, sondern dies waren soziale Errungenschaften, die sich bis heute weiterziehen. Das ist ja das wofür uns viele Städte im deutschsprachigen Raum beneiden, weil die aus welchen Gründen auch immer davon abgegangen sind und das ist eben nicht mehr so leicht, wenn man mal davon abgegangen ist, das wieder anzukurbeln.“ (Experte der MA50, Referat Wohnbauforschung 2014, Interview)

[81] Vgl. http://derstandard.at/1397522539468/Regierung-will-beim-Wohnbau-sparen

Hier wird der geförderte Wohnbau als Folgeschritt – nämlich durch die Anpassungen an die gegenwärtigen Bedingungen – zum Gemeindebau dargestellt. Im Unterschied zu der Zeit vor 2004[82], können nun praktisch alle Bauträger finanziell gefördert werden. Dies ist an die Bedingung geknüpft, eine vorgegebene Höchstmiete nicht zu überschreiten. Dies ergibt somit, laut Aussagen der Experten der Wohnbauforschung, faktisch kaum eine Veränderung. Nur das System sei ein anderes geworden, wobei die Ziele die gleichen geblieben sind.

Schaut man sich diesbezüglich als Beispiel das neue Sonnwendviertel an, so sieht man, dass ca. 2000 von 5000 Wohneinheiten für die geförderte bzw. supergeförderte und freifinanzierte Schiene (Wohnbauinitiative) errichtet worden sind. Bei den Wohneinheiten, welche hier mittels der Wohnbauinitiative entstanden sind, gibt es die Möglichkeiten für die Bauträger nach 10 Jahren die Wohneinheiten frei – dass heißt ohne Mietobergrenze – weiter zu vermieten. Dies ist nur möglich wenn die Mieter*innen wechseln. Jene Personen, welche innerhalb der ersten 10 Jahre einziehen, erhalten einen unbefristeten Vertrag. Ob und in welcher Weise die Bauträger nach Ablauf dieser 10 Jahre dann versuchen werden ihre Profite zu maximieren, bleibt abzuwarten.

Bei den geförderten bzw. supergeförderten Wohneinheiten ist die Sache anders. Hier ist die Miete innerhalb der ersten 35 Jahre – nach Informationen der MA50 – eine Kostenmiete, welche nur zur Rückzahlung der Darlehen und der Begleichung der laufenden Kosten dient. Nach diesen 35 Jahren wird die Nettomiete nach burgenländischem Richtwert gesenkt, und somit beläuft sich diese dann auf rund 3,45€ pro m². Hinzu kommen noch Betriebskosten, Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträge, sowie die Umsatzsteuer. Dies gilt allerdings nur für gemeinnützige Bauträger. Für gewerbliche Bauträger gilt das Prinzip des „angemessenen Mietzins“. Was das konkret bedeutet, konnte von den Experten der Wohnbauforschung nicht beantwortet werden.

Dass beim geförderten Wohnbau hohe Eigenmittel von Nöten sind, wird nicht als Bruch in der Linie vom Gemeindebau zum geförderten Wohnbau betrachtet. Nach den Experten der Wohnbauforschung liegt dieser geförderte Finanzierungsbeitrag bei ca. 500€ pro m² Wohnfläche.[83] Auch wenn dieser Betrag nach Auszug rückerstattet wird (abzüglich 1% Wertverlust pro Jahr), ist dies trotzdem eine hohe Zugangshürde für jene, welche weniger verdienen. Beim supergeförderten Wohnbau – dem SMART-Wohnbauprogramm – beläuft sich der Eigenmittelanteil bei maximal 65€ pro m² Wohnfläche.[84]

[82] Bau des letzten Gemeindebaus in Wien.
[83] Also bei einer 50 m² Wohnung bei 25.000 €
[84] Also bei einer 50 m² Wohnung immer noch 3.250 €

„Da kommt praktisch der SMART-Wohnbau dem Gemeindebau, der nach wie vor das Allerleistbarste ist, schon sehr sehr nahe. Das ist halt der kleine Unterschied wo man mit dem SMART-Wohnbauprogramm und der Superförderung versucht, diese Lücke zwischen sehr sehr leistbar vom Gemeindebau und leistbar und doch teurer als der Gemeindebau zu füllen.“ (Experte der MA50, Referat Wohnbauforschung 2014, Interview)

So wird schließlich eingelenkt, dass der Gemeindebau am allerbilligsten ist, und das ohne Eigenmittelanteil. Damit sich das Ganze für die privaten Bauträger immer noch rentiert, sind nun, im Unterschied zum Gemeindebau, verschiedene Konzepte in einem Haus integriert. So kann es nun sein, dass ein Teil gefördert oder supergefördert ist, ein Teil aus Eigentumswohnungen oder auch aus Luxuswohnungen im Hochpreissegment besteht, die das preislich wieder ausgleichen sollen.

* Mieter*innenklientel und Vergabepraxis

Auf die Frage, ob sich das Mieter*innenklientel nun bei den neuen Förderungsschienen im Vergleich zum früheren Gemeindebau geändert hat, wird von den Experten der Wohnbauforschung geantwortet, dass es seit den 20er Jahren immer schon so war und auch heute noch so ist, dass in Wien der soziale Wohnbau ein Masssenprogramm und nie ein Randprogramm, und somit auch für die Mittelschicht, zugänglich war.
Als Beispiele, wie auf das gegenwärtige Spektrum des Mieter*innenklientels eingegangen wird, nennen die Experten der Wohnbauforschung generationenübergreifende Wohngemeinschaften, Studierendenheime und Wohnprojekte mit interkulturellem Wohnen .

Ferner noch einige Anmerkungen zur Vergabepraxis der geförderten Wohnungen: Im Allgemeinen dürfen die geförderten Bauträger mindestens ein Drittel der Wohnungen nicht selbst vergeben, sondern diese anteilige Vergabe wird über das Wohnservice abgewickelt. Darüber hat dann der Bauträger keinen Zugriff. Um eine solche Wohnung über das Wohnservice zu bekommen, bedarf es einer Voranmeldung, wobei hier gewisse Restriktionen festgelegt sind. So gibt es Einkommensobergrenzen. Auch die einem*r zustehenden Größe der Wohnung ist reglementiert.

„Es kann jetzt keine Einzelperson eine 100qm Wohnung mieten und es gibt halt diese Einkommensgrenzen […]. Die Einkommensgrenzen in Wien sind auch bewusst höher gehalten, um halt auch die soziale Mischung zu haben. Wenn man die Einkommensgrenzen knapp über dem

> Existenzminimum ansetzen würde hat man lauter Leute, die wirklich sehr sehr wenig Einkommen zur Verfügung haben und das ist für die soziale Durchmischung eher weniger dienlich.“ (Experte der MA50, Referat Wohnbauforschung 2014, Interview)

Denn dort wo es zu sozialer Durchmischung kommt – so die Experten der Wohnbauforschung – gibt es auch die wenigsten Probleme und darauf soll bei der Vergabe geachtet werden. Dies verwundert kaum, da soziale Durchmischung gerne als Konzept zum Schutz vor möglichen sozialen Unruhen verkauft wird, und dadurch gewährleistet wird, dass diejenigen, welche am unteren Ende der Pyramide angesiedelt sind, nicht zu Viele zu Gesicht bekommen, denen es ähnlich geht. Da die Einkommensuntergrenzen im geförderten Wohnbau faktisch mit dem Eigenmittelanteil reglementiert werden, stellt sich die Frage, wie man hier soziale Durchmischung versteht? Denn so wird zwar betont, dass es nicht gut ist, wenn nur Geringverdienende in einem Wohnhaus wohnen, doch sollte es wohl auch nicht so sein, dass keine Personen dieser Gruppe mehr Platz finden können.

(4.2.3) Soziale Bewegungen und die Stadt

In diesem Kapitel wird versucht, Eindrücke, Vorstellungen, Herangehensweisen und Strategien der Stadt Wien in Bezug auf sozialen Bewegungen aufzuzeigen, und den Aussagen zu anderen Projekten – welche nicht in den drei weiteren Fallbeispielen behandelt werden – Raum zu geben.

Rückblicke und Verweise auf die Siedler*innenbewegung

> „Wenn man auf diese Siedlerbewegung zurückschaut Anfang der 20er Jahre, da muss man auch sagen, dass das eine spezielle Situation war und natürlich war das Bottom-Up aber bei einer Massenarbeitslosigkeit und die Leute keine Möglichkeit hatten einen Job zu finden, da es keine Jobs mehr gab. Aus dieser Not machte man eine Tugend und sagte, dann sollen sie sich beim Wohnbau engagieren und eigene Häuser bauen und die werden danach verlost. Sobald die Wirtschaft wieder besser geworden ist, hat man ja auch gesehen, dass dann der kommunale Wohnungsbau und die Superblocks stärker geworden sind, weil ja auch die Not geringer wurde und es wieder Arbeitsplätze gab.“ (Experte der MA50, Referat Wohnbauforschung 2014, Interview)

Es ist zwar richtig, dass die Siedler*innenbewegung aus einer gewissen Not entstanden ist, jedoch kann man nicht davon sprechen, dass diese Bewegung nur und durchwegs auf dieser Not aufbaute. So kann hier auch angeführt werden, dass auch die Stadt das Potential dieser Bewegung erkannte, diese finanziell förderte und später auch in die eigenen Strategien integrierte, und somit diese Bewegung auch in geordnete Bahnen der parteipolitischen Lösung gedrängt hat. Wohnbaupolitik ist eben auch Parteipolitik und dieser geht es unter anderem darum – neben der Schaffung einer gewissen Wohnqualität für die Menschen – ihre Ideologie diesbezüglich unter die Leute zu bringen. So sollte in dieser Hinsicht bedacht werden, dass eben städtischer Wohnbau nicht neutral, sondern parteipolitisch geprägt ist, und sich somit auch die Siedler*innenbewegung – wie im Zitat hingestellt – nicht von selbst erledigt hat.[85] Mehr hierzu wurde bereits im historischen Teil ausgearbeitet.

Die angeführte Argumentationslinie – „aus der Not heraus“ – ist keine Einzelerscheinung und wird immer wieder von diversen Stellen im Hinblick auf soziale Bewegungen stark gemacht. So bemerkte auch Z, dass damals die Siedler*innen aufgrund der bestehenden Not toleriert wurden, diese Not heute nicht mehr herrscht und somit keine Notwendigkeit für selbstorganisierte und/oder

[85] Natürlich hatte auch die Siedler*innenbewegung ein politisches Programm und versuchte dieses durch den Wohnbau zu verbreiten.

selbstverwaltete Projekte in diesen Anbelangen gesehen wird, sodass diese auch nicht mehr toleriert werden.

Einschätzungen eines Moderators. Vom Amerlinghaus bis zur Pankahyttn

> „Also wir haben offene Baustellen, erstens das Amerlinghaus und zweitens beide Wagenplätze und um alle drei Projekte kümmere ich mich momentan." (M 2014, Interview)

M gab an, dass die Besetzungen des Amerlinghauses ja eine Reaktion auf die Gentrifizierung am Spittelberg war, und diese wurde von bürgerlichen Leuten getragen. Wohnungsnot war in diesem Sinne kein Thema, sowie auch der Fokus mehr auf ein Kommunikationszentrum als auf die Schaffung von Wohnraum war.

> „Die Auseinandersetzungen zwischen der Gemeinde Wien auf der einen und auf dem Amerlinghauskollektiv auf der anderen Seite wird beherrscht immer auch über die Subvention, die Förderung, die Nutzung, die Miete.[86]" (M 2014, Interview)

Das Spezielle beim Amerlinghaus sei, laut Angaben von M, dass hier sowohl das Gebäude als auch Subventionen ausverhandelt worden sind. Das Amerlinghaus versteht er als neutralen Ort, wo auch viele Verhandlungen und Besprechungen stattfanden und stattfinden und wo es sehr unkompliziert für verschiedenste Gruppen ist, Räumlichkeiten für diverse Anliegen zu bekommen.
Über nachfolgende Besetzungen, wie beispielsweise die der Arena-Schlachthöfe, bemerkt er, dass hier über die Jahre ein Konzept mit einer kaum noch erkennbaren autonomen Struktur geschaffen wurde, und die folgenden Projekte wie Gasser-, Spalowsky- und Aegidigasse geräumt wurden. Die nächste größere Besetzung in Wien war dann das Kirchweger Haus.

> „Die anrainende Bevölkerung hat sich widerwillig – zurecht widerwillig, muss ich dazu sagen – an das Kirchweger Haus gewöhnt. Die Vorfälle rund um und im Kirchweger Haus sind gering. Es schaut halt aus wie das Kirchweger Haus ausschaut, aber so what." (M 2014, Interview)

Dies ist auch beispielsweise ein Unterschied zur Rosa Lila Villa. Die Rosa Lila Villa ist inzwischen Teil des queer-establishments von Wien und hier sieht M auch eine positive Beziehung zur Stadt.

[86] So stand auch dieses Jahr (2014) wieder einmal eine Förderungskürzung im Raum, welche den Weiterbestand des Kulturzentrums im jetzigen Stil verunmöglicht hätte. Nach diversen Gesprächen und Protesten wurde schließlich eingelenkt und die selbe Förderung wie im Jahre 2013 zugesichert. (vgl. http://www.amerlinghaus.at/)

Das ist beim EKH nie so gewesen und er bemerkte, dass sich hier auch die Bewohner*innen des EKHs anders verstanden haben.
Im Jahr 2005 als er noch Bezirksrat in Favoriten war, versuchte er gemeinsam mit Peter Hacker vom Fonds Soziales Wien, auf die Bitte des Wiener Bürgermeisters hin, eine friedliche Lösung für dieses Haus zu finden.

> „Das wurde damals von der Kommunistischen Partei an eine Spekulantentruppe aus dem rechten Milieu verkauft, um das jetzt allgemein zu sagen. Das war halt eine eher bedrohliche Situation und dann haben sich Leute aus dem Kirchweger Haus mit mir getroffen und aufgrund dessen kam es dann zu Verhandlungen und Gesprächen. Hier habe ich mehr oder minder moderiert und dann kam halt die jetzige Situation zu Stande. Die Besetzung gab's ja schon vorher.“ (M 2014, Interview)

Dass er in den Verhandlungen über das Kirchweger Haus mitgewirkt hat, schuldete er seiner bereits beschriebenen Vorgeschichte, und auch, dass er die Leute gekannt hatte und da ein – anfangs geringes – Vertrauen da war. Dies war zu Beginn auch vonseiten der Stadt nicht allzu groß, wie er weiters angab. Dann gab es ein dreiviertel Jahr bis Jahr Vermittlungsgespräche mit vielen Verhandlungsrunden, welche in der Regel im Amerlinghaus stattfanden und die vereinsrechtliche Lösung wurde konstruiert, was dementsprechend lange gedauert hat.

> „Das Kirchweger Haus gehört formal sich selber unter Anführungszeichen. Das heißt, die Idee das ein autonomes Haus den Bewohnern gehört und darüber zu verfügen, das ist nicht wahr und das stimmt so nicht. Es gibt eine Rechtskonstruktion, die dem Nahe kommt aber es ist nicht genau so. […] Normalerweise ist es ja Autonomen nicht in die Wiege gelegt, dass sie mit der Stadt Deals machen. Dort ist es aber nicht anders gegangen, dass das halt herausgekommen ist. Das war sehr, von ihnen der Mietvertrag war sehr spannend, weils ja nicht gerade die Normalnatur unter Anführungszeichen ist, sowas zu machen und auch bei der Gemeinde Wien nicht, das war sehr lustig […]“ (M 2014, Interview)

Dann kam es zu diversen Besetzungen im Jahre 2006 und daraus entstand dann die Pankahyttn. Bei der Pankahyttn gibt es eine andere Struktur als beispielsweise beim EKH und das jetzige Konzept, dass die Pankahyttn hat, führt dazu, dass sie offiziell nicht Pankahyttn heißt, sondern dass es ein sozial betreutes Wohnprojekt ist. Dies entspricht natürlich weniger den Vorstellungen der Punks als jenen der Gemeinde Wien. Die ausverhandelte Struktur ist insofern anders, als dass eben hier die Bewohner*innen Einzelverträge haben. Der Verein Pankahyttn wollte aber ähnliche Strukturen wie das Kirchweger Haus.

„Die Stadt Wien ist eine sehr sozial diktierte Stadt. Wir haben eine Diktierung die auf das hingeht aber diese Diktierung ist relativ starr. Das heißt, wenn du Gruppen hast, die in dieses Schema da nicht so gut hinein passen, werden die nicht aufgenommen. Und Punks die passen nicht in die Gruft. Das ist was eigenes. Da musste man, es hat lange gedauert, bis sie das verstanden haben, aber da musste die Stadt anders vorgehen.“ (M 2014, Interview)

Soziale Bewegungen im Wandel?

„[…] man muss halt eines sagen. Das liegt nicht an mir das zu beurteilen aber ich habe für mich den Eindruck, dass die Autonomen in ihrer Herangehensweisen sehr weit weg von jeglichem sind. Das macht ihnen und der Gesellschaft es nicht leichter, in irgendeiner Weise eine Vernetzung zu finden. […] Was in Ordnung ist, aber damit kann man diesen Wunsch, man will vorbildhaft agieren, nicht einlösen. Man bleibt isoliert.“ (M 2014, Interview)

M geht hier darauf ein, dass sich seiner Meinung nach die sozialen Bewegungen (explizit spricht er hier von der autonomen Bewegung) verändert haben. Er sah in früheren sozialen Bewegungen einen gewissen Anker in der Mehrheitsgesellschaft, welcher heutzutage kaum noch ersichtlich ist und erwähnt diesbezüglich das Amerlinghaus. Als Gegenbeispiel führt er das EKH an, welches zwar einen offenen Kulturbetrieb hat, jedoch dieser in seiner Wahrnehmung für die Grätzelbewohner*innen und viele andere vom Verständnis her unerreichbar bleibt. Das findet er schade, da so auch alternative Projekte – gegen ihre eigene Ideologie, wie er meint - „Fremdkörper im Sozialmilieu“ bleiben (M 2014, Interview). Gerade im zehnten Bezirk findet er dies bedauerlich, da dies ja auch eine Gegend ist, in welcher viele prekarisierte Personen leben.

Ob sich hier nicht auch die Stadtlinie hinsichtlich der sozialen Bewegungen verändert hat, verneint M prinzipiell. Er meint, dass der Umgang mit den sozialen Bewegungen abhängig vom Vorgehen der aktiven Gruppen sei. Natürlich sei es auch relevant, wie die Stadt gerade politisch aufgestellt ist, doch das war auch früher nicht anders. Die jeweilige Zeit in welcher etwas passiert, kann auch einen Einfluss haben. Doch prinzipiell seien Besetzungen immer noch möglich und werden nicht per se sofort geräumt. In diesem Zuge erwähnte M die Besetzung in der Lindengasse (Epizentrum). Hier sah er es als problematisch, dass die Besetzer*innen seiner Meinung nach nie Verhandlungen wollten und sich auch nicht mit der Stadt auseinandersetzen wollten.

„Die besetzen was und sagen aber nicht was sie wollen und treten nicht in konkrete Verhandlungen ein. Man muss zumindest Verhandlungen wollen und da die das nicht wollen ist das ein bissl schwierig.“ (M 2014, Interview)

„Problematisch“ sieht er ferner auch folgendes:

„ […] die Szene [hat] immer die Idee gehabt, sie müssen sich ihre Freiräume erkämpfen, was die Stadt gar nicht so sieht. Zwischen dem wir gewähren Freiraum und wir erkämpfen ihn uns ist eine Reibungsfläche. Die in Wien gut aufgelöst ist, deutlich besser als zum Beispiel in Hamburg. Aber nichts desto trotz, diesen Spalt muss man sehen.“ (M 2014, Interview)

Im Hinblick auf die Zukunft hinsichtlich der Möglichkeiten zwischen der Gemeinde Wien und den sozialen Bewegungen gemeinsame Lösungen zu finden, sieht M hier nicht allzu viel Potential. Er kommentiert, dass die Stadt recht stark wächst und es somit schwieriger im Hinblick auf ihre soziale Ausstattung werden wird.

„Das hat den Nachteil – hat natürlich auch Vorteile – dass Optionen für Lösungsmöglichkeiten wie leerstehende Häuser, brache Flächen zunehmend weniger werden, weil die soziale Infrastruktur größer wird. Das heißt, wenn du heute hergehst und sagst, ich hätt gern ein Wagenplatzprojekt, dann wird das immer schwieriger, weil jede Wiese die wir haben, brauchen wir für normale Leute unter Anführungszeichen. Das macht das insgesamt nicht leichter.“ (M 2014, Interview)

(4.3) Fallbeispiele aus den sozialen Bewegungen

(4.3.1) Wagenplatz Gruppe Treibstoff

Selbstverständnis und Ansprüche

> „Der Wagenplatz Treibstoff ist eine Gemeinschaft von Menschen die sich für ein gemeinsames Leben auf Rädern entschieden haben. In individuell ausgebauten Lkws, Bauwägen, Wohnwägen, Anhängern und Wohnmobilen wagen wir das Leben auf Rädern.“[87]

Ein Wagenplatz ist ein Platz auf welchen Menschen mit und in ihren Wägen wohnen. Die Gründe hierfür sind so viele, wie es Personen gibt, die dieses Konzept verfolgen, wie mir mein Interviewpartner T vermittelte. Mit der folgenden Geschichte aus seinem Alltag beschreibt dieser, was für ihn das Wagenleben ausmacht:

> „Naja, ich komm gerade vom Mittagessen von einem Freund und da hat auf einmal die Glocke geläutet und zwei Typen kamen rein die dann gemeint haben, ihr bekommt jetzt neue Fenster. Eigentlich haben die eh voll neue Fenster aber sie können sich das nicht aussuchen. Ich bin daneben gesessen und hab gedacht, mir kann das nicht passieren. Was bei meinem Wagen passiert, das geht nur mich was an. Wenn ich das Dach wegreißen will, dann reiß ich das weg und auch der Alltag ist dann ganz was anderes als wenn man zuhause wohnt und keinen Menschen kennt. Nicht mal die Nachbarn oder die was gegenüber wohnen. Ich kenn eigentlich jeden der bei uns wohnt. Da kann man gemeinsam frühstücken, abhängen, zusammenräumen, etwas bauen. Das ist sowas, wo ich mir nicht mehr vorstellen kann in ein normales Mietverhältnis einzusteigen. Ich hab zwar nix gegen Häuser aber das aufgeteilt sein in Wohnungen. Ich habe so meinen Wohn-, Sozial- und Freizeitraum. Und Arbeitsraum.“ (T 2014, Interview)

Der Wagenplatz erfüllt somit für T, und wahrscheinlich auch andere, verschiedene Bedürfnisse und Funktionen, die weit über ein Dach über den Kopf hinausgehen. Der Wagenplatz Treibstoff versteht sich als heterogene Gruppe, welche sowohl Arbeiter*innen, Künstler*innen, Student*innen, Eltern und Handwerker*innen umfasst und sich im Sommer 2009 gebildet hat. So haben Konzepte, wie die „soziale Durchmischung“, welches auch von der Stadt Wien verfolgt wird, hier längst Einzug gefunden, was nicht heißen soll, dass dies hinlänglich verwirklicht wurde. Die involvierten Personen haben heterogene Ziele, doch was sie eint, ist das Leben und Wohnen auf dem Wagenplatz in einer Form, wie es in Standardmietwohnungen nicht verwirklicht werden kann.[88]

---

87 http://treibstoff.wagenplatz.at/konzept

88 Vgl. http://treibstoff.wagenplatz.at/konzept

> „Unser Wagenplatz funktioniert auf Basis der Selbstverwaltung. Die Grundlagen entsprechen den Vorstellungen einer demokratischen und solidarischen Gesellschaftsordnung. Wir sind konfessionell, parteipolitisch und weltanschaulich unabhängig.“[89]

Wichtig ist auch der Mobilitätsaspekt und somit fällt die Gebundenheit an einem Standort weg. Was im eigenen Wagen errichtet wurde, kann überall hin mitgenommen werden, insofern das Motorische mitspielt.
Die Gruppe macht sich des Weiteren stark dafür, dass sie nicht nur innerhalb der Gemeinschaft einiges anders machen will, sondern auch Menschen von außen einbeziehen möchte. Es soll explizit Kunst, Politik und Toleranz gefördert werden. Der Wagenplatz Treibstoff versteht sich als Begegnungsraum für verschiedene Menschen verschiedener sozialer wie kultureller Herkunft. In diesem Sinne wird die Durchführung von „Diskussions-, Musik-, Filmveranstaltungen, gemeinschaftlichem Kochen, Ausstellungen, Workshops, Nachbarschaftshilfe, Stadtteil- und Jugendarbeit“ fokussiert.[90]

Interessant ist ferner, dass auch der Nachhaltigkeitsbegriff thematisiert wird, wie dies auch die Stadt Wien in ihrem Sinne tut. Der Wagenplatz ist überzeugt davon, dass mit dem Leben im Wagen gleichzeitig ein bewussterer Umgang mit Ressourcen einhergeht. So sei ein Leben im Wagen ökologisch nachhaltiger, da man viel eher ein Gefühl für den eigenen Verbrauch von Ressourcen bekommt.[91] Nachhaltigkeit wird in puncto Raumnahme weitergeführt. So sieht es die Gruppe Treibstoff nicht als erstrebenswert, ein Grundstück zu pachten und es sich hier gemütlich zu machen. Sondern es wird eben nach Möglichkeiten gesucht, mit dem Bestehenden auszukommen.

> „Einige ungenützte Brachflächen in Wien bieten durch ihre zentrale Lage und auch angemessene Größe ideale Voraussetzungen für Wagenplätze. Zwischennutzung ist eine Möglichkeit die für uns in Frage kommt, denn durch unsere Anwesenheit werden sonst verfallende Flächen belebt und genutzt.“[92]

[89] http://treibstoff.wagenplatz.at/konzept
[90] Vgl. http://treibstoff.wagenplatz.at/konzept
[91] Vgl. http://treibstoff.wagenplatz.at/konzept
[92] http://treibstoff.wagenplatz.at/konzept

Beginn der Wagenplätze und Spaltungsgeschichte.
Warum drei Wagenplätze?

Hier wird versucht, die Anfänge der Wagenplätze in Wien in groben Zügen zu beschreiben. Damit soll auch gezeigt werden, wie es zu diversen Spaltungen kam und daraus folgend sich die heutige Treibstoff Gruppe bildete. Der erste Wagenplatzversuch fand im Jahre 2006 auf einem Feld in Simmering statt [93]. Der Grund gehörte einem gutgesinnten Vermieter. Da ein Teil der Gruppe nicht mehr am Acker am Stadtrand leben wollte, versuchten diese ihr Glück in zentraleren Lagen und gründeten die Gruppe Treibstoff. Ferner wollte sie mobil sein und den Zwischennutzungsgedanken verfolgen. Ein weiterer Grund der Trennung war schlicht die unterschiedliche Herangehensweise. Denn es gibt
eben Unterschiede, so T, wie man Demonstrationen durchführt und wie man etwas fordert und ob man hier bedacht ist, möglichst niemanden auf den Schlips zu treten, oder eben doch.

So trennten sich die Gruppen und jene, die am Acker übrig blieben, mussten nach diversen Problemen mit Baupolizei[94] und Co ebenfalls weiter ziehen.

*** AKW Lobau/ Primavesigasse**

Einige Zeit und viele Verhandlungen später, schien die Stadt einzulenken und den ersten legalen Wagenplatz im Jahr 2010 zu ermöglichen. Dieser sollte in der Primavesigasse entstehen und so geschah dies auch. Der Moderator M hierzu:

> „Einen ganz normalen Mietvertrag mit allen baupolizeilichen und sonstigen Anforderungen die man halt haben muss, zu ortsüblicher Miete. Das ist auch das Modell Wagenplatz.“ (M 2014, Interview)

Mein Interviewpartner T nahm dieses Vorhaben folgendermaßen war:

> „[...] Primavesigasse war halt damals der Versuch, dass die komischen Leute mit ihren Lkws aus der Stadt draußen sind. Irgendwo auf einer Wiese, wo im Idealfall ihre Lkws einsinken und nie wieder wegkommen.“ (T 2014,Interview)

[93] Vgl. http://wagenplatz.at/archive2009/?p=30
[94] Wenn ein Reifen den Boden berührt, gilt dieses Fahrzeug als Bauwerk. Diese Problem sollte sich noch länger auf die Wagengruppen auswirken. Hierzu später mehr.

Die Gruppe Treibstoff wollte aufgrund der schon erwähnten anderen Konzepte und Vorstellungen hier nicht hin. Jene, die dort hinfuhren, erlebten eine bittere Überraschung. Folgend ein Statement der Wagengruppe AKW Lobau vom Oktober 2010:

> „[...] Drei Monate nachdem wir die erste legalisierte Wagenburg auf einem überteuerten Grundstück der Stadt Wien geschaffen haben – zufälligerweise eine Woche nach der Wahl – ist der Frieden wieder vorbei. Am 18. Oktober 2010 wurden unmittelbar angrenzend an unsere Wagenburg ca. 5000m² des Naturschutzgebietes Lobau zersägt, zerhexelt und plattgemacht. Einen Meter neben uns entsteht für die nächsten 3(!) Jahre eine Großbaustelle. 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr, Flutlicht, Lärm und Staub, geplant seit Jahren. Uns wurde das allerdings bis dato verschwiegen, wir wurden hintergangen. Das bedeutet: die letzten Jahre unserer Verhandlungen, die letzten Monate in denen wir an den behördlichen Bewilligungen und der Herstellung der nötigen Infrastruktur wie Wasser, Kanal und Stromanschlüssen gearbeitet haben und die dazu notwendigen, von uns investierten 15.000.Euro – schwuppdiwupp schwappt alles den Sammelkanal hinunter.
> Die Lebensqualität hier ist dahin – wer lebt schon gerne auf der Großbaustelle. Die Wiener SPÖ, personifiziert durch den Vertreter von Michael „Big Brother“ Ludwig – Ronald Schlesinger – hat uns verarscht, und zwar nach Strich und Faden. Das müssen wir uns eingestehen. Wir haben an den Willen der SPÖ eine Lösung für Wagenbewohner*innen in Wien zu finden geglaubt und bezahlen hiermit unser Lehrgeld. An uns scheitert es nicht, das haben wir bewiesen.“[95]

Immer noch ist dies der einzige legale Wagenplatz und wie oben ersichtlich, das Modell Wagenplatz, wie es sich die Stadt Wien vorstellt und mit welchem es auch keine Probleme gibt. Auf Gegenseitigkeit scheint dies nicht zu beruhen.
Das Problem mit der Bauwidmung wurde hier über Besprechungen mit allen beteiligten Dienststellen abgewickelt. Wichtig war dem Stadtrat Ludwig, dass es keine Ausnahme gibt. Dass es hier – sieht man mal von der Großbaustelle ab – „so ruhig“ ist, ist zwar für den Moderator M und wahrscheinlich auch für die Gemeinde Wien wünschenswert, jedoch werden hier die Ansprüche der Wagenburg AKW Lobau ein wenig belächelt, und eher die persönlichen Interessen der Bewohner*innen gesehen.

> „[...] ich [mag] die Leute von der Primavesigasse sehr, die sind lieb, aber in Prinzip ist das einfach ein Schrebergartenverein der neben anderen existiert. Das ist Wohnen im Grünen in Wägen. Das ist in Ordnung aber das ises. Da stellt sich dann nur mehr die Frage warum wohnen die nicht in Hütten, sondern in Wägen. Auf das reduziert sich das dann. Dass die wieder wegfahren ist unwahrscheinlich.“ (M 2014, Interview)

[95] http://hafenstrasze.wagenplatz.at/?p=126

Auch Z bemerkt, dass jener Platz in der Primavesigasse ein ruhiger ist und auch deswegen niemand (von der Stadt) Probleme damit hat. Doch wenn eben eine gewisse Unordnungskomponente besteht, passt das der Stadt nicht ins Bild und so gesehen meint sie, dass man hier das Alternative nicht mit der Stadt regeln kann, sondern dies eher nebenbei geschleust werden muss. Dies widerspricht den Aussagen von M, welcher meint, dass man nur durch die Bereitschaft zu Verhandlungen mit der Stadt solche Projekte umsetzen kann.

* Wagengruppe Gänseblümchen[96]

Der Vollständigkeit halber wird hier noch kurz auf die dritte Wagengruppe eingegangen. Die Gruppe besteht seit 2012 und fokussiert sich auf die Seestadt Aspern und zog in diesem Areal bereits mehrmals um. Aktuell[97] sieht die Situation folgendermaßen aus:

> „Wir sind seit zehn Tagen [Anm.: Beitrag vom 8.4.2014] [in der Ostbahnbegleitstrasse]. Unser bisheriges Grundstück in der Johann-Kutschera-Gasse haben wir fristgerecht verlassen. Mangels eines vertraglich gesicherten Alternativstandortes, leben wir erneut in einer Dauerkundgebung auf öffentlichem Boden, bis ein neues Grundstück gesichert ist.
> Wir stehen mit den zuständigen Behörden und Politiker*innen in Kontakt und suchen weiterhin in Eigeninitiative nach einem neuen Standort, vorzugsweise in unserer Nachbarschaft. Die Situation ist ruhig, wir hoffen aber auf Unterstützung vor Ort, medial und politisch-kommunikativ.“[98]

Methoden der Raumnahme. Mit oder ohne die Stadt?

In Simmering – wo noch alle Wägen auf einem Platz standen – sah man keine Notwendigkeit mit der Stadt in Kontakt zu treten. Der Vermieter war einem gut gesinnt, der Pachtzins war erschwinglich und somit war die Sache erstmals geregelt. Bis die Baupolizei (MA37) kam und feststellte, dass die vorgefundene Situation unrechtens wäre.

> „Wir haben eine Bauordnung und die ist gut. […] Es geht da ja auch um eine gewisse Sicherheit, da geht’s um Brandschutz, um Hygiene. Natürlich wird’s sicher auch so sein, dass es zuviele Auflagen sind oder zu kleinliche Auflagen. Doch im Großen und Ganzen, das System hat sich entwickelt und auch bewährt, weil

[96] Für nähere Informationen, Siehe http://gaensebluemchen.wagenplatz.at/
[97] Stand: 10. April 2014
[98] http://gaensebluemchen.wagenplatz.at/

> wir haben weder Slums in Wien, noch fallen bei uns die Häuser zusammen. […] Das ist ja auch eine Qualität, die natürlich auch gewisse Spontaneität oder gewisse Informalitäten nicht zulässt, aber andererseits auch Sicherheiten bietet.“ (Experte der MA50, Referat Wohnbauforschung 2014, Interview)

Laut Bauordnung gilt ein Wohnwagen oder ähnliches als Bauwerk, wenn dessen Reifen den Boden außerhalb gewidmeter Zeltplätze berühren [99]. Somit ist ein Baugrund notwendig, worauf die Wägen zu stehen haben, und dies war am Acker nicht der Fall.

> „Ich hab mir das ja zehn mal durchgelesen und das ist ja eh ein Blödsinn. Weil da steht drinnen, dass wenn das nicht bewegt wird, dann ist das so. Aber dann fahr ich halt 10 cm vor und vor allem haben ja die Leute Lkws damit sie sie bewegen.“ (T 2014, Interview)

Wie berichtet, fuhr die Gruppe Treibstoff ihre Wägen in zentralere Gefilde und versuchte, einen geeigneten Platz zu finden. Potentielle Plätze gab und gibt es einige, doch deswegen ist es noch lange nicht einfach, auf so einem auch bleiben zu können. So kam es zu 21 Umzügen[100] in vier Jahren bei welchen die Gruppe diverse Erfahrungen mit Hygiene-, Gesundheits- und Bauämtern gemacht hat [101].

> „Wir haben uns ganz klar für Besetzungen ausgesprochen. Auch für den Versuch ohne die Stadt einen Grund zu finden. Mittlerweile glaube ich, dass das unmöglich ist.“ (T 2014, Interview)

Die Strategie der Besetzung ist nicht nur ihre ideologische Überzeugung, sondern hat auch praktische Gründe. Denn es gab auch immer Leute in der Gruppe, die sich etwas am privaten Markt suchen oder auch mit der Stadt verhandeln wollten, wie T berichtete. Doch jegliches Anfragen wurde mit einem Nein beantwortet.

> „Und wenn man besetzt und anruft und sagt, wir sind jetzt da, dann muss sich die Firma bzw. eine Person oder auch die Stadt damit beschäftigen. Eine Bezirksvorsteherin hat sogar folgendes gemeint. Die hat nämlich für uns ein Grundstück gesucht und wurde dauernd am Telefon abgewimmelt. Das war sie wahrscheinlich als Bezirksvorsteherin nicht gewohnt (lacht). Davor hat sie gemeint, das ist ungesetzlich und man kann das nicht machen, aber nun versteht sie uns, warum wir das so machen und nicht anders. Das ist halt auch sehr praktisch von dem her.“ (T 2014,Interview)

[99] Vgl. http://www.wien.gv.at/recht/landesrecht-wien/rechtsvorschriften/html/b0200000.htm
[100] Stand 5. Mai 2014
[101] Vgl. http://www.heute.at/news/oesterreich/wien/art23652,1011254

Da, laut T, viele Brachflächen in irgendeiner Form im Besitz der Stadt oder einer stadtnahen Firma sind, kommt es eben häufig vor, dass solche Flächen besetzt werden. Zur Zeit des Interviews[102] standen sie in der Nähe Litfaßstrasse auf einem Grundstück der Wiener Standortentwicklung GmbH, wo sie jedoch am 1.Mai 2014 weg mussten. Zu diesem Grundstück kam die Gruppe folgendermaßen: Sie besetzte ein Grundstück, welches sich nahe dem vormals aktuellen befand, das der MA28 (Straßenverwaltung und Straßenbau) bzw. auch der MA69 (Immobilienmanagement) gehörte.

> „Das ist immer ein Problem, wenn man sich auf ein Grundstück von denen stellt. Doch das hat denen anscheinend so einen Druck gemacht, dass wer von denen sich für das jetzige Grundstück engagiert hat. Die meinten, dass wir eine Lösung brauchen und dass sie [Anm.: Gruppe Treibstoff] halt für das Grundstück Miete zahlen sollen. Hauptsache sie stehen jetzt nicht auf einem MA69 Grundstück.“ (T 2014, Interview)

So hat sich auch ein Anwalt von der Wiener Standortentwicklung GmbH mit der Gruppe auseinandergesetzt und ein Vertrag kam zustande. Nicht vergessen werden darf, dass es sich hier um äußerst prekäre Verträge handelt, welche nicht unbedingt für das Wohnen geeignet scheinen. Denn der Vertrag jederzeit gekündigt werden und am besagten Grundstück gibt es ferner keinen Strom, kein Wasser, keine Bäume und die Autobahn nebenan. Dafür zahlt die Gruppe 800€, und das ist auch die übliche Miete, erzählte T. Hier zugezogene Rechtsbeistände schätzen dies folgendermaßen ein:

> „[…] arg aber rechtlich gedeckt. Die anderen sagen, arg und unklar ob das rechtlich gedeckt ist aber das anfechten kostet viel Geld und Zeit und bis dahin sind wir dann eh schon wieder auf dem nächsten Grundstück.“ (T 2014, Interview)

So müssen sich die Wagenbewohner*innen aufgrund finanzieller und zeitlicher Ressourcen mit solchen Verträgen zufrieden geben bzw. in ihrer prekären Situation – auch wenn sie nun mittlerweile eine baubehördliche Bewilligung haben – Vieles hinnehmen.

> „Aber von dem wollen wir ja jetzt weg kommen. Das wäre der nächste Schritt aber es ist halt schwer. Schauen wir mal wie es nach drei Monaten auf der Straße ist, ob wir dann nicht wieder sagen, gebt her den Wisch und wir unterschreiben. So wars das letzte Mal auch. Grundsätzlich ist der Plan, dass wir keine Räumungsverträge mehr unterschreiben und wir wollen Rechtsbeistand beiziehen, bei den Verträgen.“ (T 2014, Interview)

[102] Das Interview fand am 3. April 2014 statt.

So würde die Gruppe Treibstoff gerne mal ein längerfristiges Grundstück beziehen. Denn schon seit geraumer Zeit versucht sie mit der Stadt zu verhandeln. Als in den oberen Reihen nichts erreicht werden konnte, versuchte sie es auf Bezirksebene und besuchte diverse Bezirksvorsteher*innen. Hier wurde es darauf angelegt Probleme und Vorurteile aus dem Weg zu räumen und Vorschläge für mögliche Grundstücke zu machen. Eine Bezirksvorsteherin hatte dann die Idee einen runden Tisch zu initiieren mit Bezirkvorsteher*innen, Z, diversen Behörden und der Gruppe Treibstoff. Das wurde dann vom Stadtbaurat Ludwig gestoppt, weil dieser nicht einbezogen wurde, so die Vermutung der Gruppe. Verwiesen wurde auf den bereits existierenden legalen Wagenplatz in der Primavesigasse. Dies hörte die Gruppe Treibstoff und auch andere Wagengruppen nicht zum ersten Mal. Ebenfalls berichtete T über Kontakt mit der Wohnbausektion:

> „Wir hatten ja das Bedürfnis ein Gespräch mit denen zu führen. Da kam aber einfach, fahrt's in die Primavesigasse und so ist die Sache für die gegessen.“ (T 2014, Interview)

Hier muss auch M zugeben, dass trotz der Tatsache, dass sich die Wagengruppe Treibstoff um einen Kontakt mit der Stadt engagiert – was nach ihm zu begrüßen sei und es auch nur so funktionieren kann – hier lange Zeit kein Verständnis vonseiten der Stadt da war. Dass es mehrere Wagenplätze gibt, die eine unterschiedliche Agenda haben und diese nicht alle auf einem Platz integrierbar sind, interessierte die Stadt auch nicht besonders .

> „[Es ist] nicht sehr sinnvoll auf einem Platz zu sein, das wollten die auch nie. Das heißt, dass eine Stadt wie Wien realistischerweise mehr Wagenplätze wird haben können […]“ (M 2014, Interview)

Im Oktober 2013 fand sich auf der Homepage der AKW Lobau dazu Stellung nehmend folgendes:

> „Aufgrund von Äußerungen vonseiten der Politik, dass sich die BewohnerInnen der Wagenplatz-Gruppen Treibstoff und Gänseblümchen auf unserem Grundstück in der Primavesigasse niederlassen sollten, geben wir folgende **unmissverständliche Erklärung** ab:
> **Wir, der Wagenplatz AKW Lobau werden keine andere Wiener Wagenplatz-Gruppe auf unserem Grundstück aufnehmen!**
> Dieses Statement geben wir als Zeichen der Solidarität mit den beiden anderen Wagenplätzen ab, um damit entgültig das stets wiederkehrende Argument der Stadtpolitik mit „Zieht doch in die Primavesigasse, da ist noch Platz“ vom Tisch zu räumen. Wagenleben ist vielfältig und unterschiedlich und die Stadt Wien muss lernen, dass diese Vielfalt auch ihre verschiedenen Räume benötigt.“[103]

[103] http://akwlobau.wagenplatz.at/?p=202

Schlussendlich wurde M durch eine Bezirksvorsteherin beauftragt, sich um die Gruppe zu kümmern. Ende 2013 gab es dann das erste Treffen mit ihm. Anscheinend sei nun der Stadtbaurat Michael Ludwig offener für Wagenplätze.

> „In der Politik ist das halt so, da läuft alles über zehn Ecken. Jeder will was mitreden und irgendwer, der zwar nix zum reden hat, wird beauftragt sich um was zu kümmern. Er [Anm.: M] sagt ja selber, dass er nur als Medium und Vermittler tätig ist und er selbst nix machen kann. Das ist ein Wahnsinn. […] Naja, zusammensetzen will er [Anm.: Michael Ludwig] sich nicht mit uns. Mit den Chaoten will er über keine Stadtgrundstücke verhandeln. Jetzt ist es wahrscheinlich möglich." (T 2014, Interview)

So scheint die Kommunikation über mehrere Ecken auch gewisse Unklarheiten mitzubringen. Da keine Gespräche mit den direkt betroffenen Stellen möglich sind bzw. auch teilweise unklar bleibt, welche Stellen das sind, steht das einer Lösung für alle Beteiligten im Wege. Ob dies vorsätzlich passiert, um so eine Situation der Ungewissheit herbeizuführen oder ob dies der festgefahrenen bürokratischen Strukturen zu Schulden kommt, ist unklar.

> „Naja, große Hoffnungen in Bezug auf die Stadt macht sich auf jeden Fall fast niemand von uns. Es gibt ja jetzt seit sieben Jahre Wagenplätze in Wien. Und gewisse Leute sind ja schon Jahre dabei und die werden dann halt irgendwann demotiviert, wie ergebnislos die Gespräche sind und wie ignorant die Stadt da auch ist. […] Auf den Wagenplatz bezogen, ist Wien im Vergleich halt eine extrem verbaute Stadt, so weit ich weiß. Es ist halt komisch mit diesen Slogans, wie Wien ist anders. Bla bla bla. Sehr provenziell das Ganze wie die damit umgehen. Ich mein, wenn der Münchner Bürgermeister schon hergeht und sagt, München ist eine Weltstadt und eine Weltstadt braucht einen Wagenplatz, […]. Ich mein, wenn der Häupl hergehen würd und sagt, Wien braucht einen Wagenplatz, da machts einen. Dann würd ich sagen, dass mach ich mir schon selber." (T 2014, Interview)

Die von M angesprochene Reibungsfläche zwischen sozialen Bewegungen und der Stadt ist hier gut sichtbar. Hier steht dem Gedanken, auf eine selbstbestimmte Art und Weise Räume nach den eigenen Vorstellungen zu schaffen, der relativ starren und trägen Stadtstruktur gegenüber, welche dies nicht toleriert, sondern wenn schon, dann gewährt. Laut Aussagen von T, macht es kaum einen Unterschied in welcher Form man sich den Raum aneignet. Ob hier nun ein Grundstück im Eigentum von Privaten oder der Stadt ist, spielt nur eine untergeordnete Rolle, denn schlussendlich hängt es immer vom Willen der Stadt ab, wie T mir erklärt:

„Wenn der Wohnbaustadtrat sagt, er will das nicht, dann ruft er dort an, egal ob das eine Firma ist oder was von der Stadt und sagt, das wollen wir nicht. Es ist halt eine Tatsache, dass die meiste Brachfläche der Stadt gehört.“ (T 2014, Interview)

Der Zwischennutzungsgedanke. Einfach Mehrfach?

„Wir wollen ja auch den Zwischennutzungsgedanken nicht ganz aufgeben. Das ist ja oft möglich, weil man weiß ja oft ganz genau, dass für 3,4,5 Jahre wo einfach nix passiert. Warum soll da kein Wagenplatz draufstehen? In der Baumgasse, war ja auch die Räumung mit weißgottwieviel Abschleppkosten und im Endeffekt steht die heute auch noch leer. Bei der Krieau sind wir auch schon vier mal vertrieben worden. Irgendwo dort soll jetzt eh ein Containereinkaufshaus entstehen für die hippen Freaks von der WU. Auf der WU steht ja drauf, be different oder differnt life oder so was. Zum hinkotzen.“ (T 2014, Interview)

Wenn es um etwas Experimentelles – wie das Wohnen im Wagen – geht, dann wird man zu den Grünen, der jungen Partei geschickt. Da macht die SPÖ nichts, so Z. Obwohl hier gesagt werden muss, dass nach den Erzählungen des Interviewpartners sehr wohl auch Leute von der SPÖ mit der Gruppe kommuniziert haben (eine Bezirksvorsteherin, M, Ludwig) auch wenn diese Gespräche – wo aber auch Z miteinbezogen werden muss – keine langfristigen positiven Folgen hatten.

„Das Problem mit den Wagenplätzen oder auch die Herausforderung in Bezug auf die Zwischennutzung, dass das ein ganz verschiedenes Konzept zur Linie von Wien ist. Denn in Wien passt temporär und Wohnen schon mal überhaupt nicht zusammen. Wien hat da einen ganz konventionellen Wohnbegriff der mit der Wohnbauförderung einher geht und da passt das mit dem Temporären nicht.“ (Z 2014, Interview)

Ferner meint Z diesbezüglich, dass wenn sie das Amt für Liegenschaftsentwicklung bezüglich eines Platzes für die Wagentruppen kontaktiert, geht das so nicht, da hier die Linie ist, dass dies kein Stadtgrund sein kann. Somit muss sie hier andere Möglichkeiten finden. Immer wieder funktionierte das zwar trotzdem (siehe Aspern, Wiener Linien oder auch die oben beschriebenen Fälle), doch sie merkt an, dass dies zu einem Großteil auf das eigene Engagement der Wagenleute selbst zurückzuführen sei.

Rund um das Wagenleben. Nachbarschaft, Medienarbeit und Netzwerke

Neben den diversen Stadtinstitutionen, Magistraten und Richtlinien, mit denen sich die Gruppe Treibstoff und auch die anderen Wagenplätze auseinandersetzen müssen, gibt es auch noch weitere Gruppen, welche Rechenschaft verlangen, aber auch solidarische Hilfe leisten.

*** Anrainer*innen**

Direkte Anrainer*innen hat die Gruppe Treibstoff selten, doch wenn, dann gab es den Versuch, Nachbarschaftsarbeit zu machen. In der Wehlistrasse, wo sie mal gestanden sind, gab es ein Gemeindebauviertel, von dem auch Leute vorbei kamen.

> „[…] dann war nur noch ein Typ da und der war von der FPÖ. Der war auch der, welcher als erstes dagestanden ist. Der hat zwar keine Argumente mehr gehabt, aber er war trotzdem dagegen. Sonst waren die Leute eher, a so das ist eh super und wir haben ein Gretzelfest gemacht und da sind auch Leute gekommen und die Kinder haben gespielt und so.“ (T 2014, Interview)

Auch in Zukunft wollen sie sich mit den Anrainer*innen vernetzen, wenn es welche gibt. Hier gibt es das Vorhaben, diesbezüglich Verknüpfungspunkte zu finden, das Thema der immer teurer werdenden Mieten anzusprechen und so weiter. Das kostet viel Zeit, die auch gerade am Platz fehlt.

> „[...] wenn man Bürger und Bürgerinneninteressen ernst nimmt und ein Wagenplatz sich einen Platz neben einem Wohnhaus aussucht und es von Seiten der Nachbarn dort Widerstand gibt, ist das natürlich auch legitim. […] Wie gesagt, mit welcher Berechtigung geht man dann mit alteingesessenen Mietern um, wenn die sagen – aus welchen Gründen auch immer – dass die das nicht wollen. Sagt man denen dann, dass diese Möglichkeit sein muss. Das ist immer schwierig.“ (Experte der MA50, Referat Wohnbauforschung 2014, Interview)

Zu Vorwürfen dieser oder ähnlicher Art bemerkte T, dass es ja prinzipiell in den Gegenden, wo sie zu stehen kommen, keine oder kaum direkte Nachbar*innen gibt und die Nächte, in denen es etwas lauter wurde, an einer Hand abzuzählen sind.

> „Ich glaube das Anrainerthema ist wie folgt: Sicher ist erst eine Skepsis da, aber die kann man glaub ich relativ schnell aus den Weg räumen.“ (T 2014, Interview)

*** Medien**

Ein Problem, welches sicherlich auch Einfluss auf die Skepsis der Nachbar*innenschaft nimmt, sind mediale Berichterstattungen, welche geprägt durch Vorurteile sind. Wenn die Medien den Wagenplatz kontaktieren, geht es oft um Themen wie sanitäre Einrichtungen, Wasserversorgung und Verbindung mit Roma und Sintis. Vorgesorgt wurde insofern, dass im Konzept auf der Homepage Probleme, die Hygiene, Wasser- und Stromversorgung betreffend, im Vorhinein aus dem Weg geräumt werden. Trotz langer Interviews mit Medienberichterstatter*innen wurde oft genau das Gegenteil geschrieben und das frustriert die Gruppe.

> „In der Haidestrasse sind wir auf einem Parkstreifen gestanden und da hat auch die Krone beinhart einen Artikel geschrieben, dass sich die Anrainer wegen Dreck und Gestank und Lärmbelästigung beschweren. Das Ding war aber, dass neben uns eine Rüstungsfabrik war, dahinter nichts, gegenüber war eine Bundesheerhundestafel und daneben war ein Pharmakonzern. Der nächste Gemeindebau war 400-500 m entfernt. Die haben bestimmt gar nichts von uns mitbekommen aber Hauptsache in der Krone ist es gestanden.“ (T 2014, Interview)

*** Vernetzung**

Hauptsächlich agiert die Gruppe Treibstoff alleine, doch es gibt ein unterstützendes Netzwerk, welches sich großteils aus der politischen Szene speist. Die Gruppe Treibstoff ist hier – auch aus infrastrukturellen Gründen – vernetzt. So finden in Wiener Hausprojekten beispielsweise Unterstützungstreffen statt, und gemeinsam mit anderen Wagengruppen werden Demonstrationen organisiert. Im Recht auf Stadt Netzwerk sind sie auch eingeklinkt. Zu diesem Netzwerk konnte nicht besonders viel erzählt werden, da sich dieses eher noch im Gruppenbildungsprozess befindet. Der Interviewte schätzt das in Zukunft folgendermaßen ein, dass das eine Plattform sein wird, die forschungsspezifisch ausgerichtet ist, sowie bei bestimmten Anlässen oder Geschehnissen, Informationen über diese Plattform verbreitet werden und sieht dem mit Spannung entgegen.

(4.3.2) FLIT- Besetzungen

(Feministische) Ansprüche und Hintergründe

> „Wir sind eine Gruppe von Personen, die sich durch die Kritik an Hierarchien und Diskriminierung auf Grund von Geschlecht, Herkunft, ökonomischen Möglichkeiten und anderen gesellschaftlichen Schubladen zusammengefunden hat. Wir sehen uns als ein feministisches Kollektiv, das sich auf der Suche nach Raum zum Leben und Gestalten dazu entschlossen hat, zu besetzen. Den Raum, den wir uns so erkämpfen, wollen wir öffnen für **Frauen* Lesben* Inter*** und **Transgender***. […] Wenn wir […] von Frauen* sprechen, benutzen wir den Begriff „Frau" als politische Kategorie, da sich Personen, die in ihrem alltäglichen Leben als Frauen* gelesen werden, in einem Macht- und Herrschaftsverhältnis wiederfinden, in dem sie permanent mit sexualisierter Gewalt, ökonomischen Nachteilen und festgefahrenen Rollenverteilungen kämpfen müssen. Nie bedeutet dieser Begriff aber, dass es sich um eine homogene Gruppe oder einheitliche Identität handelt."[104]

In diesem Sinne fanden in Wien Besetzungen in der Strozzigasse (1080) im Mai 2013 und in der Abelegasse (1160) im darauffolgenden Juni statt. Die Gruppe attestierte einen Mangel an Räumen, welche für Frauen*Lesben*Inter*Transgender-Personen (FLIT) ansprechend sind. Ferner trugen die Erfahrungen bei Besetzungen in den letzten Jahren – so teilte mir meine Interviewpartnerin F, eine Aktivistin aus der FLIT- Besetzerinnen-Gruppe mit – dazu bei, dass die Gruppe ausschließlich aus FLIT-Personen bestand und auch nur solche eingeladen werden sollten.

> „Also […] es [war] eine Reaktion auf alte Besetzungen, weil da halt Menschen, welche sich als Frauen definiert haben, sich immer sehr bevormundet vorgekommen sind und weil wir uns dachten, dass es in Wien noch nie eine feministische Besetzung gab […]." (F 2013, Interview)

Jene Personen, welche als Männer aufgewachsen sind, wurde der Zutritt verwehrt, was nicht gleichzusetzen mit der Absprache jeglicher Partizipation ist. Als Gründe dafür werden genannt, dass jene männlich identifizierten Personen gesellschaftlich bevorzugt und jene als weiblich identifizierte Personen benachteiligt werden. Es wird zwar angenommen, dass es auch Männern möglich sei, eine „profeministische Praxis" zu leben, aber dass es dafür auch notwendig ist, die männliche Position in der Gesellschaft zu reflektieren.[105]

[104] http://underline.noblogs.org/selbstverstandnis/
[105] vgl. http://underline.noblogs.org/selbstverstandnis/

> „Wir wollen einen Raum schaffen, in dem wir sexistische Machtverhältnisse nach unseren Möglichkeiten aushebeln, in dem wir leben, uns frei bewegen können ohne uns zuerst wieder die Zähne auszubeißen an diskriminierenden Verhalten und Strukturen, die wir leider auch immer wieder in jenen Räumen und Projekten erleben, die einen emanzipatorischen Anspruch haben.“[106]

Das Recht auf Stadt und theoretische Überlegungen zu Raumnahme und Stadtverwaltung

> „Wir wollen uns keiner wirtschaftlichen und sozialen Stadtpolitik unterordnen, die klar im Sinne von kapitalistischen Interessen bestimmt ist und in der die Verwertbarkeit von Stadt die höchste Priorität einnimmt. Nicht nur von einem Recht auf die Nutzung in Form von Mietwohnungen, sondern auch auf das Mitspracherecht und das Recht, daran teilzunehmen, wie unser Lebensraum verändert und gestaltet wird, wollen wir Gebrauch machen. Dieses Recht auf Stadt, welches wir nicht in einem juristischen Sinne, sondern als eine kollektive Forderung verstehen, wollen wir nicht denen, die das Geld dafür haben überlassen, sondern auch denen, die die Stadt nutzen – also auch uns selbst nehmen. […] Wir wollen der Aufwertungspolitik etwas entgegensetzen, in dem wir ein Haus, das wie viele andere leer steht, während anderen ein Dach über dem Kopf fehlt, selbstbestimmt nehmen und als das nutzen, als was es gebaut wurde. Als Lebensraum.“[107]

Für die Aktivistin F ist eine Partizipation an diesem Projekt – neben den feministischen Inhalten – auch deshalb wichtig, da sie in einem kollektiven Wohnprojekt leben möchte und ihr eine kleine WG nicht die nötigen Spielräume offen lässt. Weitere Gründe sind wie folgt:

> „Ich möchte keinen Menschen viel Geld in den Arsch schieben, wenn die Person nur darauf aus ist Leute auszubeuten. Die Mietpreise sind extrem hoch. Plus, will ich gern Menschen unterstützen, denn es gibt ja viele Menschen in Wien die wohnungslos sind. Es gibt ja genug leerstehende Wohnungen und ich find, da sollten die das auch bitte nutzen können, die das brauchen. In Wien wird ja der Wohnungspreis auch deswegen hoch gehalten weil es eben diesen Leerstand gibt.“ (F 2013, Interview)

So sieht F die Raumnahme des FLIT-Kollektivs als gelebte Praxis gegen die kapitalistischen Zwänge, welche die Möglichkeit beinhaltet, Leerstand und deren Zwecke für die Immobilienunternehmen zu thematisieren.
Das Recht auf Stadt ist der FLIT-Besetzungsgruppe – wie im obigen Zitat aus ihrem Selbstverständnis ersichtlich – ein Anliegen. Nach F gibt es zu wenig Mitspracherecht in der Stadt und dies v.a. für feministische Projekte. Es gibt zwar das Frauenzentrum im WUK, das Frauencafe/

[106] http://underline.noblogs.org/selbstverstandnis/
[107] http://underline.noblogs.org/selbstverstandnis/

Queerbeisl im W23 und die Rosa Lila Villa. Doch bei den beiden Besetzungen ging es nicht ausschließlich um Gender- und Feminismusangelegenheiten, sondern auch um Auseinandersetzungen mit dem Recht auf Stadt.
Diese Thematik stellt einen wichtigen theoretischen Input für die Gruppe dar und es wird ausgeführt, dass es nicht nur um eine Wohnmöglichkeit für die involvierten Personen gehe, sondern es auch als Statement gegen Leerstand und für selbstbestimmte Raumnahme ohne Verhandlung mit der Stadt zu verstehen sei.

> „Und so bestimmen wir auch mit, was mit Räumen in der Stadt passiert." (F 2013, Interview)

Kritik wird an der Stadtverwaltung und involvierten Investor*innen und Firmen insofern geäußert, als dass jene Gruppen vertrieben werden, welche nicht ins (Stadt)Bild passen. So werden Menschen delogiert, welche nicht über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen, Wagenbewohner*innen vertrieben, da die Lebensform nicht anerkannt wird, prinzipiell nur „bestimmte Menschen" in der Stadt gewünscht und Randgruppen werden vertrieben und kriminalisiert.[108]

> „Wir finden, dass Diversität und Heterogenität Qualitäten der Stadt sind, die durch Gentrifizierungs-, Exklusions- und Vertreibungsprozesse gestoppt und unterbunden werden. Dagegen wehren wir uns. Wir wollen in keiner homogenen Gesellschaft und Stadt leben!"[109]

Weiters gibt die Gruppe in ihrem Selbstverständnis offen an, dass sie, selbst wenn sie wollten – und das tun sie nicht – auch keine Miete in diesem Ausmaß zahlen könnten. Denn ihrer Ansicht nach sind es „astronomische Geldsummen", welche benötigt werden, sich einen adäquaten Wohnraum zu leisten. Ganz zu schweigen, wenn man den Anspruch hat, nicht-kommerzielle, gemeinschaftliche Räume zu betreiben.[110]

Die Aktivistinnen wollten und wollen explizit nicht mit der Stadt verhandeln. Als Gründe hierfür, werden schlechte Erfahrungen von früheren Besetzungen genannt. Hier erinnert sich F, dass dies schon öfters versucht wurde, noch nie zielführend war und viel versprochen was nicht gehalten wurde. Als Beispiel hierfür nennt sie den Fall Epizentrum. Dem gegenüber stehen die Aussagen von M, welcher dasselbe Beispiel heranzieht. So meint dieser, dass die neue Kultur der

[108] vgl. http://underline.noblogs.org/selbstverstandnis/
[109] http://underline.noblogs.org/selbstverstandnis/
[110] vgl. http://underline.noblogs.org/selbstverstandnis/

Besetzer*innenszene weniger auf Kommunikation mit den Stadtbehörden aus ist, obwohl es nur so ginge. Doch wenn es auch so nicht geht, wie die Aktivistin F aus ihrer Erfahrung verlautbart, dann scheint eben eine Lösung schwierig.

> „Wir haben halt beschlossen, dass wir nicht mit der Stadt in Kontakt treten werden weil wir auch unsere ganz genauen Vorstellungen in unserem Selbstverständnis haben und da drin eben steht, was wir da machen wollen. Mit diesen Forderungen wollten wir aber nicht zu irgendeiner Stelle gehen und mit denen verhandeln. Das wollen wir nicht. Wir wollen nicht einen Raum haben und darüber verhandeln. Wir wollen als feministische Gruppe einfach sagen, so wir brauchen einen Raum und wir nehmen uns den einfach.“ (F 2013, Interview)

Als Ziel galt es somit ein Wohnprojekt für FLIT-Menschen zu verwirklichen, in welchem die Aktivistinnen wohnen können, als auch diesen Raum zu öffnen, welcher für kulturelle Veranstaltung und Diskussionen genutzt werden sollte.

Praxis der Besetzungen

In der FLIT-Squat-Gruppe wurden zwei Häuser besetzt. Für einen Tag ein Haus in der Strozzigasse und für fünf Tage ein Haus in der Abelegasse.

*** Strozzigasse**

In der Strozzigasse wurde zu einem Gartenfest eingeladen und es fand eine Diskussionsrunde über Besetzungen in Wien statt. Hier ging es auch vermehrt um das dominierende Verhalten von cis-Männern[111]. Es gab Cafe und Kuchen und das Ziel war, Pläne zu schmieden, wie es weitergehen soll. Auch Nachbar*innen kamen vorbei und tauschten sich mit den Aktivistinnen aus.

> „Da hat scheinbar ein Künstler davor gewohnt, der selber auch vorbeikam und uns gefragt hat, ob es den Birnenbaum im Garten noch gibt. […] Angeblich soll dort eine Parkgarage gebaut werden. Doch man darf scheinbar die Hausfassade nicht ändern. Da geht’s nicht um Denkmalschutz, aber um Fassadenschutz oder so ähnlich. Die neuen Besitzer wollen aber trotzdem eine Tiefgarage bauen und das angeblich zum Ärgernis der Nachbar*innen. Die wollen eigentlich, dass das ein Haus bleibt. Das war interessant, da uns

[111] „Also von biologischen Männern quasi.“ (Inteview F)

> viele unterstützt haben und auch gemeint haben, voll super dass wir das machen. So haben wir glaub ich auch eine kleine politische Debatte im achten Bezirk ausgelöst.“ (F 2013, Interview)

Es kamen aber auch weniger gut gesinnte Leute vorbei. So kam ein Burschenschaftler und drohte den Aktivistinnen in der Nacht wieder zu kommen, was sich als leere Drohung herausstellte. Ferner besuchte ein Mann die Gruppe, welcher klarstellen wollte, dass nicht das Patriarchat sondern das Matriarchat das Problem sei.

Die Besetzung der Strozzigasse wurde noch am selben Tag freiwillig beendet, da das Haus unbewohnbar war und somit nur der Garten genutzt werden konnte. Ferner wurde beschlossen, erstmals kein weiteres Haus zu besetzen, sondern eine Pause einzulegen.

*** Abelegasse**

Nach dieser Pause wurde in der Abelegasse ein Haus besetzt, in welchem die Aktivistinnen quasi durchgehend anwesend waren und dort auch wohnten. Es gab einen Schlafraum, diverse Wohnräume und eine Küche. Es musste sich um die grundlegende Infrastruktur (Wasseranschluss) gekümmert und Instandhaltungsarbeiten (Entschimmeln von Räumen) durchgeführt werden. Neben dem zentralen Aspekt hier ein kollektives Wohnprojekt aufzubauen, galt es auch dem Anspruch an Austausch und kulturellen Aktivitäten gerecht zu werden und so gab es jeden Tag Programm. Es gab eine Volxküche, einen Theaterabend, einen Filmabend und eine Lesenacht. Weiters gab es noch einen Kost-Nix-Laden, Siebdruckmöglichkeiten, einen Infoladen mit Broschüren und Zines mit Fokus auf die Themen Feminismus, Antisexismus und Gender. Und natürlich Raum für Diskussionen.

> „Wir möchten voneinander lernen, deshalb planen wir, Werkstätten […] einzurichten. Menschen, die wenig Geld für Materialien und Workshop-Kosten haben, können sich hier vernetzen und ihr Wissen unentgeltlich austauschen. Gemeinschaftlicher Besitz kann so am besten gemeinschaftlich genutzt werden.“[112]

Nach fünftägiger Besetzung wurde die Abelegasse durch die WEGA geräumt. Als Reaktion auf die Räumung wurde gemeinsam mit Aktivistinnen aus dem Frauencafeumfeld eine Reclaim the Streets Party organisiert.

[112] http://underline.noblogs.org/selbstverstandnis/

Die Zeit danach und Reflexionen über die Ereignisse

Die Folgen der Besetzung der Abelegasse beliefen sich einstweilen auf Einvernahmen aller zum Zeitpunkt der Räumung anwesenden Personen durch Polizei und LVT[113]. Die Aktivistin F kommentierte ferner, dass im Winter Besetzungen gerade nicht das große Thema seien. Es soll aber trotzdem der Versuch unternommen werden, eine gewisse Regelmäßigkeit zu schaffen, um die bereits mobilisierten Personen weiterhin einzubeziehen. Ferner wurden und werden sich vermehrt Gedanken über die Möglichkeiten und Grenzen von Besetzungen gemacht:

> „Ich glaub man kommt halt immer sehr radikal rüber mit Besetzungen und vielen ist das zu arg. Das einzige was man da vielleicht machen kann ist das Zwischennutzungsding aber demgegenüber bin ich sehr skeptisch, weil ich glaube da muss man immer Kompromisse mit der Stadt eingehen bzw. kann nur Sachen machen, die in einem allgemeineren Interesse stehen. Ich find auch das Zwischennutzung oft für Aufwertung benutzt wird. Und da kommen auch sehr prekäre Mietverträge heraus und auf das wollen wir uns nicht einlassen. Wir haben uns eben gedacht, dass wir keine Kompromisse eingehen wollen, um einen Raum zu bekommen und wir wollen uns nicht einer Stadtpolitik unterordnen.“ (F 2013, Interview)

Wie zukünftigen Pläne aussehen bzw. mit welchen Strategien weiter vorgegangen wird, ist noch unklar. So soll der Fokus einstweilen auf andere Aktionen gelegt werden. Als Beispiel hierfür wird die Verbreitung politischer Forderungen und Statements durch Plakate genannt.

Erfahrungen von anderen politischen Gruppen wie dem Wagenplatz oder der Gruppe SoliLa[114] stützen F in ihrer Einschätzung über die Schwierigkeit von Besetzungen. Ihrer Ansicht nach wird auch der Wagenplatz deshalb vertrieben, weil er nicht ins Stadtbild passt, sowie auch andere Personen aufgrund von Äußerlichkeiten Probleme haben, Wohnungen zu bekommen. Als Ausnahme nennt F hier die Pizzeria in der Mühlfeldgasse. Doch diese Besetzung ist ihrer Einschätzung nach nur noch nicht geräumt worden, da es zumindest mal Verträge mit den Eigentümern gab und es somit rechtlich mehr Möglichkeiten gibt und das Mietrecht hier auch einen gewissen Schutz bietet. Generell hat F den Eindruck, dass hinsichtlich selbstbestimmter Raumnahme und Wohnen alles schlechter wird und bringt dies auch in Zusammenhang mit Vertreibungspolitik aus anderen städtischen Sphären:

> „Da wird dann der Westbahnhof erneuert und die Bänke haben dann keine Rückenlehnen mehr und sind ungemütlich, nur dass man da nicht abhängt. Und ich find da spielt das Wohnthema auch mit hinein, dass

[113] Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung
[114] Solidarisch Landwirtschaften, siehe: http://solila.blogsport.eu/

man gewissen Leuten den Wohnraum gibt, nämlich denen die es sich leisten können und andere Leute haben gar keine Chance oder werden delogiert, wie es in letzter Zeit oft in Berlin und auch in Wien teilweise der Fall war.“ (F 2013, Interview)

(4.3.3) Pizzeria Anarchia

Wie alles begann. Castella und die Pizzeria Teil 1

Im Herbst 2011 kam eine Person der Castella Ges.m.b.H. in die Pankahyttn und bot ein paar Menschen an, einen warmen Platz für den Winter kostenfrei zur Verfügung zu bekommen. Mein Interviewpartner P meinte hierzu, dass man wohl im Sinne eines sozialen Bewusstseins so tun wollte, als ob man gesellschaftlichen Verpflichtungen nachkomme. Der Hintergedanke von der Castella blieb vorerst unklar. Zwei Leute zogen daraufhin ein und schnell wurde klar, warum jemand Punks in der Mühlfeldgasse einquartieren wollte. Die Altmieter*innenparteien sollten vertrieben bzw. dazu bewegt werden, zu gehen. Die Vermutung liegt Nahe, dass sich die Castella dachte, dass die noch verbleibenden Altmieter*innen wohl relativ rasch gehen würden, wenn man ein paar „wilde Punks“ einquartiert.

> „Die Altmieterinnen hätten sich aufgrund der neuen Mitbewohnerinnen überlegen müssen, ob das Haus noch wohnenswert sei.“ (Motaev, Gerichtsprotokoll[115])

Ein Vertrag kam mit den neuen Bewohner*innen zustande, ohne Miete oder sonstigen Gebühren. Dieser Vertrag lief über den hierfür gegründeten Verein zur Nutzung leerstehender Räume.
Der Versuch der Bestandsfreimachung des Hauses startete nicht durch das Einquartieren der neuen Bewohner*innen, sondern schon vorher konnten die Altmieter*innen von Buttersäureanschlägen, Beschmierungen von Hauswänden und bewusster Verdreckung des Stiegenhauses berichten. Diese gezielten Sabotageaktionen gegen die Mieter*innen, so wurde mir berichtet, stellen keine Ausnahmen dar. Vielmehr ist dies als gängige Praxis der Castella sowie auch anderer Immobilienunternehmen – welche das Ziel verfolgen Häuser bestandsfrei zu machen – zu sehen.
Eine Mietpartei zog – in der Zeit als die neuen Bewohner*innen einzogen – aus. Hier ist unklar aus welchen Gründen und ferner ob diese Person oder Personen auch einen unbefristeten Vertrag – wie die dann noch übrigen zwei Mietparteien – hatte oder hatten.

Was dann geschah, hatten sich die Chefitäten der Castella wohl anders vorgestellt. Da die neu eingezogenen Personen relativ rasch die Intentionen der Eigentümer durchschauten, versuchten diese genau dem entgegenzuwirken, was von ihnen erwartet wurde. Sie solidarisierten sich mit den

[115] Laut dem Interviewpartner P.

Altmieter*innen und versuchen seither, diese zu unterstützen und auch selbst längerfristig hier zu wohnen.

Die Vorstände der Castella, Avner Motaev und Nery Alaev sind durchaus bekannt als Immobilienspekulanten und es gibt auch andere Projekte von ihnen, welche öffentliche Aufmerksamkeit in ähnlicher Form erlangten.[116] Laut P hat Motaev mehrere Firmen um Verschiedenes abzuschreiben, z.B. ein Bauunternehmen, einen Handyverkauf sowie weitere Tochterunternehmen.

> „Ich weiß, dass in diesem Umfeld das Gang und Gebe ist, dass die solche Sachen machen. Auch Geschwister von den Eigentümern haben Häuser im zweiten Bezirk, wo sie durch diese Baustellentaktik Leute aus den Häusern raustreiben." (P 2014, Interview)

Die Altmieter*innen und die neuen Pläne für die Mühlfeldgasse 12

Die zwei noch verbleibenden Altmietparteien haben unbefristete Mietverträge und sind somit faktisch nicht kündbar. Die Castella verfolgt hier einerseits die Taktik, dass sie den Altmieter*innen Geldbeträge und auch neue Wohnmöglichkeiten anbietet, wenn diese ihre Wohnungen freigeben. Andererseits kam es zu etlichen Sabotageaktionen, die ebenfalls zum Ausziehen motivieren sollten. So wurde den Bewohner*innen vor die Türe uriniert oder das Stiegenhaus mit Fäkalien beschmiert. Die Vermutung liegt nahe, dass solche Aktionen u.a. von Arbeitern – welche Motaev ins Haus eingemietet hatte – durchgeführt wurden.

> „Dass das Leben für 60-, 70-, 80-Jährige Menschen nicht so einfach ist, mit einem Haufen von Leuten, die politisch aktiv sind, einen anderen Lebensrythmus haben, das ist allen bewusst. Das ist uns bewusst und das ist auch den Altmieterinnen bewusst. Doch sie können da sehr genau differenzieren, was wir für eine Position haben und sie für eine Position haben und in welcher Position die Firma steht." (P 2014, Interview)

[116] So brannte ein Haus in der Heinestraße – welches als Lager klassifiziert war – in welchem Menschen einquartiert wurden, von welchen noch am Vortag die Miete verlangt wurde (vgl. https://linksunten.indymedia.org/node/106958). Ferner berichtete der Standard über mehrere Zinshäuser, welche die Castella bzw. Tochterunternehmen hiervon aufkauften und ähnliche Strategien bzw. Ziele verfolgten. So waren und sind hier Häuser in der Märzstraße (1150), Siebenbrunnengasse (1050) und Brigittagasse (1200) betroffen. (vgl. http://derstandard.at/1345165079254/Wenn-sich-der-Vermieter-als-Spekulant-entpuppt) Dies sind nur ein paar Beispiele, es gäbe noch mehr zu nennen, doch aus Platzgründen wird es dabei belassen.

Bezüglich des Kontakts mit den Altmieter*innen erzählt P, dass sie guten Kontakt mit diesen haben und diese auch zu Veranstaltungen kamen. So berichtete P von einer Wohnung einer Altmietpartei, bei welcher das Dach kaputt war. Daraufhin haben Leute vom Hauskollektiv die Person auf diversen Amtswegen unterstützt. Im Endeffekt reparierten sie das Meiste zusammen in Eigeninitiative.

> „Das war ein sehr familiäres Verhältnis. Wir haben ihnen immer wieder gesagt, dass sie uns sofort Bescheid geben sollen, wenn etwas nicht passt für sie, wenn es im Zusammenleben irgendwie hapert. Weil es ist schon klar, dass das sehr heterogen ist, dass das eben nicht das einfachste der Welt ist, wenn so verschiedene Gruppen von Menschen in einem Haus zusammenleben. Es ist schon immer im Vordergrund gestanden, dass wir die Altmieterinnen schützen.“ (P 2014, Interview)

Für das Haus in der Mühlfeldgasse 12 gibt es bereits einen konkreten Plan, was damit passieren soll, wenn es bestandsfrei gemacht wurde, auch wenn es dafür noch keine Baugenehmigung gibt. Es soll ein dreistöckiger Aufbau erfolgen, ein Lift installiert werden und eine Grünfläche in den Innenhof kommen.

> „Ganz wichtig an der Sache ist, dass die Wohnungen der Altmieterparteien nicht mehr in der Form in den Plänen bestehen, wie sie jetzt bestehen. Das heißt es wird konkret damit gerechnet, dass sie die wegkriegen.“ (P 2014, Interview)

Das Hauskollektiv hat sich zum Ziel gesetzt, den Bau so lange wie möglich zu verzögern. Somit werden auch die Altmieter*innen geschützt. Geplant sei der Baubeginn für den Sommer bzw. Herbst 2014.

Räumungsversuch und Gericht. Castella und die Pizzeria Teil 2

Der Vertrag zwischen den neuen Bewohner*innen und der Castella ging dann Ende Juni 2012 zu Ende, doch die neuen Bewohner*innen machten keine Anstalten zu gehen. Diesen bot Motaev an, dass er für ein Jahr für ein Haus Miete bezahlen würde, in welchem sie alle wohnen könnten. Darauf gingen sie nicht ein.
Vom Hauskollektiv ausgehend wurde nie versucht Kontakt mit Personen der Castella aufzunehmen, doch die Chefitäten der Firma suchten diesen immer wieder.

> „Die haben an unserer Tür geklopft und gefragt ob sie rein kommen können und wir haben gesagt Nein. Wir kommen ja auch nicht zu denen und fragen ob wir reinkommen können.“ (P 2014, Interview)

Im August 2012 versuchte dann die Castella die neuen Bewohner*innen auf eigene Faust zu räumen.[117]

> „[…] Da gab es eben einen Räumungsversuch von der Ges.m.b.H. wo die Polizei nicht eingeschritten ist, obwohl sie handgreiflich gegenüber uns geworden sind. Die Polizei ist von Nachbarn gerufen worden. Die [Anm.: Arbeiter von der Castella] haben in verschiedenen Wohnungen die Türen eingetreten, haben die Schlösser ausgetauscht und Leute aus den Wohnungen rausgezerrt. Die Polizei stand daneben und hat gesagt, dass sie nichts machen können, weil sie keine Order haben. Obwohl die Altmieter*innen davor immer wieder Angst gehabt haben mit uns quasi offiziell Kontakt zu haben, weil es für sie halt auch immer schlimmer wird und auch der Terror immer größer wird. In dieser Situation sind sie auf die Straße gegangen und haben alle möglichen Leute informiert. Irgendwann haben die Arbeiter vom Motaev gesagt, dass sie keine Menschen ihre Obdach nehmen können und aussteigen. Das war quasi ein illegaler Räumungsversuch.“ (P 2014, Interview)

So schlug dieser selbstinitiierte Räumungsversuch also fehl. Folgend versuchte Motaev noch einmal ein Angebot zu machen, welches er über WienTV[118] verkündete. Er wolle einmalig 10.000€ zahlen, plus die Miete für ein Jahr für ein Haus in welchem alle Platz haben. Auch auf dieses Angebot reagierte niemand vom Hauskollektiv. In Folge klagte die Castella gerichtlich die Bewohner*innen, welche trotz Vertragsende nicht ausziehen wollten.

Es kam zu Vertagungen und schlussendlich Anfang 2013 zu einer eintägigen Gerichtsverhandlung. Hier war vonseiten der Pizzeria der Obmann des Vereins zur Nutzung leerstehende Räume und zwei Zeug*innen anwesend. Der Prozess wurde zugunsten der Eigentümer entschieden. Daraufhin wurde von den Bewohner*innen berufen, was wiederum Zeit brachte. Schlussendlich wurde die Berufung abgewiesen und das Gericht stellte das Ultimatum bis zum 5. Feber 2014 freiwillig das Haus zu verlassen.

[117] Siehe hierzu: https://linksunten.indymedia.org/en/node/64820
[118] WienTV versteht sich als nicht kommerzieller Internet-/Fernsehkanal. Siehe http://wientv.org/

„Kein Gott, kein Staat, kein Mietvertrag.“[119]
Demonstration am 5. Feber 2014

Die Demonstration richtete sich gegen das gerichtliche Ultimatum bis zum 5. Feber das Haus zu räumen und stellte klar, dass hier eben nicht freiwillig ausgezogen wird. Unter diesen Bedingungen versammelten sich also am besagten Tag rund 200 Personen in der Mühlfeldgasse, welche dann durch den zweiten Bezirk zogen. In Folge kam es zu fünf ausgewählten Stopps mit Redebeiträgen, bei welchen vor diversen Institutionen die eigene Position kundgetan wurde. So gab es Kundgebungen vor der Pizzeria, bei der Gebietsbetreuung am Volkertplatz, beim Landesgericht Leopoldstadt, beim Grünen-Bezirkslokal Taborstraße, einem Haus im Besitz der Castella in der Heinestraße und am Praterstern.[120]
In Folge soll nun der Beitrag zur Gebietsbetreuung mit Kommentaren der MA50, Sektion Wohnbauforschung, näher beschrieben werden.

*** Gebietsbetreuung**

Bei der besagten Demonstration wurde am Volkertplatz ein Redebeitrag abgespielt, bei welchem es um die Rolle der Gebietsbetreuung – welche vor Ort angesiedelt ist – ging. Ein Experte der MA50, Sektion Wohnbauforschung berichtete mir bezüglich der Idee der Gebietsbetreuung folgendes:

> „Es sind ja oft so multidimensionale Lagen und nicht nur eine Sache. Eben bzgl. dieser Wohnungsspekulation sieht man die größte Chance halt in der Gebietsbetreuung und den lokalen Institutionen vor Ort und einer Beratung und einer Rechtsauskunft vor Ort und halt Leute zu informieren und sie auf ihre Rechte aufmerksam zu machen. […] Da liest man in der Zeitung über ein Haus wo es wer nicht erwarten kann bis es leer ist, damit sie es weiterverkaufen können oder was auch immer. Man versucht da wirklich die Leute in den Gebietsbetreuungen vor Ort zu unterstützen aber die schwarzen Schafe wird es wahrscheinlich immer geben.“ (Experte der MA50, Referat Wohnbauforschung 2014, Interview)

Dass hier nicht mehr unternommen werden kann, scheint eher am politischen Willen zu liegen, was auch im Beisatz – dass es wohl immer schwarze Schafe geben wird – bekräftigt wird. Somit wird so getan, als könne man ja gar nichts dagegen tun und als sei Unrecht in diesem Sinne Unrecht, welchem nicht entgegengetreten werden kann. Dafür hatte der folgend beschriebene Redebeitrag

[119] Eine Parole, welche immer wieder auf dieser und anderen Demonstrationen des Pizzaumfeldes skandiert wurde.
[120] Nachzulesen auf https://linksunten.indymedia.org/node/106958

wenig Verständnis und verweist hier auf die Rolle der Gebietsbetreuung als Beschwichtigungsstelle. Erzählt wurde, wie es zur Gründung der Gebietsbetreuung 1974 kam und sich diese dann ausgehend von Ottakring über die ganze Stadt ausbreitete. Es wurde die Kritik geübt, dass die Gebietsbetreuung ein Instrument der Stadt sei, welches nur eingreift, wenn es augenscheinlich grobe Verletzungen der Mieter*innenrechte gibt.

> „Die Funktion der Gebietsbetreuung ist auch eben nicht der Schutz von Mieter_innen, sondern die Verwaltung und soziale Abfederung eines Prozesses, der eine Quelle für gesellschaftliche Unruhe werden könnte.“ (Pizzakollektiv 2014, Redebeitrag[121])

Andererseits werde durch die Gebietsbetreuung auch die Partizipation in der Stadt in geregelte Bahnen gelenkt und somit stehe diese auch anderwertigen Organisationsformen im Wege. Außerdem könne man mittels Gebietsbetreuung sagen, dass man die Teilnahme an der Stadt anbietet und wer das in dieser Form nicht annimmt ist dann selber Schuld. Es ging auch darum, dass die Art der Partizipation sehr eingeschränkt sei und man eben nur mal einen Gemeinschaftsgarten da und einen Baum dort mitbestimmen könne. Der Beitrag resümierte dann folgendermaßen:

> „Damit sie sich nicht aufregen wenn’s zu heftig wird, gibt’s die Gebietsbetreuung. Damit keine_r auf die Idee kommt, sich selbst für die eigenen Interessen und gegen den Druck von oben zu organisieren, gibt’s die Gebietsbetreuung. Damit keine_r einfach mal irgendwo ein Beet anlegt, sondern alles schön mit den Behörden abspricht und es nur auf den vorgeschlagenen Flächen tut, gibt’s die Gebietsbetreuung. Damit es eine scheinbar vertrauensvolle Stelle gibt, der die Menschen im Grätzel ihre Sorgen berichten, damit der Staat immer weiß wo es brenzlich werden könnte, gibt’s die Gebietsbetreuung. Wir haben dafür nur noch ein Wort übrig: Scheißverein! (Pizzakollektiv 2014, Redebeitrag[122])

Hausprojekt Pizzeria.
Bewohner*innen, Öffnung und Positionen

In diesem Kapital soll versucht werden, den internen Entstehungsprozess der Pizzeria Anarchia[123] zu verdeutlichen und zu klären welche Positionen das Hauskollektiv einnimmt.
So wurde von P berichtet, dass sich – als die Gruppe über die ersten einzelnen Personen aus dem

[121] https://linksunten.indymedia.org/node/106958
[122] https://linksunten.indymedia.org/node/106958
[123] Der Name ist darauf zurückzuführen, das sich vormals im Erdgeschoss eine Pizzeria befand und auch immer noch den Pizzaofen beherbergt, welcher sich in reger Verwendung findet.

Pankahyttnumfeld hinauswuchs – ein Kollektiv gegründet hat. P beschreibt diesen Prozess als aus einem anfangs freundschaftlichen Netzwerk rekrutierten Personenkreis und merkte ferner an:

> „Menschen die es interessiert hat, in der politischen Aktion mietfrei zu wohnen, Eigentumsrecht nicht anzuerkennen, immer in Konflikt mit Immofirmen waren. Viele Menschen die hier einzogen sind, waren Mietnomaden. Die haben nie Miete bezahlt, gewartet bis sie geräumt werden und sind dann in die nächste gegangen. Viele Leute aus der autonomen Szene aus Wien sind eingezogen und auch viele Leute aus dem Pankahyttnumfeld.“ (P 2014, Interview)

P sieht den Unterschied zwischen Wohnen in einem Hausprojekt und einer Mietwohnung folgendermaßen:

> „Der wichtigste Punkt für mich ist schon, dass man sich einen Platz aussucht wo mensch eine Alternative sein kann, nebenbei von kapitalistischen Reproduktionsmechanismen. Das ist für mich ein Hausprojekt, Wohnprojekt oder wie immer man es nennen mag. Der gemeinschaftliche Punkt ist auch wichtig für mich. Dass man eben mit Menschen zusammenwohnt, wo man in irgendeiner Art und Weise mit politischen Interessen auf einen Punkt kommt. […] Miete bezahlen ist ein relatives starkes Statement, wo man einhergeht mit der Tatsache, dass Menschen zu wenig Geld haben, um die Miete zu bezahlen und zwangsgeräumt werden. Es gibt faktisch mehr Leerstände wie Menschen, die eine Wohnung suchen. Dieser Hintergrund ist meine Entscheidung in einem Hausprojekt zu wohnen. Es ist auch leichter zu agieren, als aus einer anderen Wohnsituation heraus.“ (P 2014, Interview)

Doch man blieb nicht unter sich und öffnete relativ schnell die Räumlichkeiten auch für Personen außerhalb des Hauskollektivs. Dies begann durch das sogenannte Pizzamassaker, welches am Sonntag stattfand und wo es Pizza und Bar gab. Dies ist immer noch ein fixer wöchentlicher Programmpunkt. Am Anfang, so erzählt P, waren da viele Freund*innen und man erkannte, dass das Zuspruch fand und es auch prinzipiell zu wenig Volxküchen in Wien gibt. Dann kamen weitere Veranstaltungen dazu. So kam zum Sonntag auch der Dienstag und Freitag. Es gab Infoveranstaltungen, verschiedene Sprachveranstaltungen, Lesungen, Vokü und Filme unter der Hand.
Neben einem vielfältigen Programm und Austausch versuchte das Hauskollektiv auch dezidiert sich mit Personen zu vernetzen, welche sich in prekären Mietverhältnissen finden:

> „Wir wollen aktive Ansprechpartnerinnen sein für Menschen, welche in Privatmietwohnungen räumungsbedroht sind oder welche unklare Mietverhältnisse haben oder jene, die nicht wissen, wie sie die nächste Miete zahlen können. Wir haben da nicht sagen können, dass wir juristisch die Fähigkeiten haben, dass wir sie aktiv unterstützen können, aber zumindest vermitteln. Da hat es viele Fälle gegeben, wo

> Menschen zu uns gekommen sind. Da hat es immer wieder Soliaktionen gegeben oder an einzelnen Pizzasonntagen ist die freiwillige Spende an diese Menschen gegangen.“ (P 2014, Interview)

Die Positionierung zur Stadt Wien, beschreibt P als klaren Konsens im Haus, dass niemand mit der Stadt Kontakt aufnehmen will oder wird. Da es eine Angelegenheit zwischen privaten Eigentümern und Mietenden ist – auch wenn das Haus nach Ablauf des Vertrages nicht verlassen wurde – wird hier von der Stadtseite nicht interveniert und so sieht diese auch keinen Handlungsbedarf. Der Moderator M hierzu:

> „Dann gibt’s auch noch das Pankahaus im zweiten Bezirk, da hat mich aber weder die eine noch die andere Seite als Moderator angefragt, da misch ich mich nicht ein.“ (M 2014, Interview)

P begegnet der Stadt Wien und ihrer rigiden parteipolitischen Ordnung kritisch:

> „Wer hat das Recht mitzudiskutieren wenn es um Stadtentwicklung geht? Das ist auf parteipolitischer Ebene ganz klar diktiert, dass eben keine anderen Menschen, außer jene in der Parteipolitik über Stadtentwicklung diskutieren und entscheiden. Wir sehen uns schon darin, dass jeder Mensch das Recht hat in seiner Stadt darüber zu entscheiden wie sie entwickelt wird.“ (P 2014, Interview)

Community und Support. Die Nachbar*innenschaft

> „Wir haben uns eine relativ starke Community im Gretzel aufgebaut. Aus dem Grund weil es bekannt war, weil der Eigentümer ein Spekulantenarschloch ist, dass die Stimme im Gretzel halt nicht für ihn sein hat können. Da sind jetzt wir gar nicht so dran Schuld, dass er nicht so beliebt ist, sondern das hat er sich halt selber gemacht. Das war nicht sein erstes Projekt.“ (P 2014, Interview)

P merkt ferner an, dass über einen längeren Zeitraum hinweg immer wieder versucht wurde ein Nachbarschafts- bzw. offenes Frühstück zu organisieren. Zu diesem Zwecke wurden Flyer in den Postkästen der umliegenden Häuser verteilt. Es kamen und kommen auch viele Leute vom zweiten Bezirk zu den öffentlichen Tagen und einige Einzelpersonen haben Kontakt zu Gretzelbewohner*innen, sowie es auch bei der Demonstration am 5. Feber 2014 einige Solidaritätsbekundungen von Nachbar*innen gab. So wurden beispielsweise Transparente aus den Fenstern gehängt, Essen gebracht und es gab das Angebot eine Lesung zu halten. P merkte an, dass viele Künstler*innen im zweiten Bezirk wohnen und dass es „schon aktiven Support aus dem Gretzel“ gibt (P 2014, Interview).

Die anstehende Räumung und Gegenstrategien. Castella und die Pizza Teil 3

Nach dem 5. Feber 2014 herrschte Ungewissheit, da jederzeit der gerichtliche Räumungstermin zugestellt werden könnte. Immer wieder kam es vonseiten der Castella zu Sabotageaktionen und Vorbereitung für eine Räumung.
Der gerichtliche Exekutionsbescheid wäre dann fast an den Besetzer*innen vorbeigegangen. Ein Nachbar hatte im April beobachtet, dass ein gerichtlicher Brief gekommen sei und es dem Hauskollektiv mitgeteilt. Es war aber nichts in den Postkästen zu finden. Es wird vermutet, dass der Eigentümer damit etwas zu tun hat, welcher am selben Tag im Haus war. Auch der Anwalt des Hauskollektivs wusste nichts von einem Brief vom Gericht. Als Personen aus dem Kollektiv zum Gericht gegangen sind und Akteneinsicht beantragten, wurde ihnen der Räumungsbescheid vorgelegt. Der aktuelle Räumungstermin ist nach nochmaligem, zweifachem Aufschub nun der 28.Juli 2014.

> „Wir wollen auf verschiedene Ebenen – weil es ja auch nicht nur um unsere eigenen Interessen geht, sonder auch um die Interessen der Altmieterinnen – das so lange wie möglich rauszögern. Dass dieser Bau so lange wie möglich verzögert werden kann. Dass ihnen das so viel wie möglich kostet. Deshalb wollen wir auf legaler Ebene einen Aufschub beantragen und sonst wollen wir das Haus halt verteidigen.“ (P 2014, Interview)

Wenn es zu einer Räumung der Pizzeria kommt ist für alle klar, so P, dass die Altmieter*innen weiterhin unterstützt werden.

*** Aktionstage**

Die am 20.April gestarteten Aktionstage der Pizzeria sind als Vorbereitung für die Räumung angedacht und zur Mobilisierung unter dem Motto „Squat the World“. Ein Fokus ist hier die Behandlung verschiedener wiederkehrender Probleme in Besetzungen.

> „Hier gilt es Erfahrungen auszutauschen, einen Raum zu schaffen, wo verschiedene Menschen erzählen können, wie sie Besetzungen erlebt haben, was gut war, was schlecht war. Man soll sich halt darüber bewusst werden, dass nur weil man die Gesellschaft ablehnt nicht auch Sachen aus der Gesellschaft reproduziert und wie man da damit umgeht, dass solche Sachen auch angesprochen werden. Und eben nicht ignoriert werden weils diese Sachen ja theoretisch nicht geben sollte. Da werden Filme gezeigt. Von

unserer Seite gibt's da noch Inputs wie Texte. Das soll aber ein offener Aufruf sein wo sich jeder Mensch einbringen kann." (P 2014, Interview)

Sonst fanden sich Diskussionsveranstaltungen zu „Wem gehört die Stadt?", Kundgebungen, Workshops, ein Straßenfest am 1.Mai – unter größtmöglicher Einbeziehung der Nachbar*innenschaft – und einiges mehr im Programm. [124]

[124] Nachtrag: Am 28. Juli 2014 wurde die Pizzeria Anarchia durch mehr als 1400 Polizist*innen mithilfe eines Panzerfahrzeuges, eines Hubschraubers und eines Wasserwerfers geräumt. Trotz der errichteten Sperrzone befanden sich bei der Räumung ungefähr 40 Leute vor und 20 im Haus. Der Einsatz dauerte von 5 Uhr bis circa 21 Uhr. (vgl. http://derstandard.at/2000003586717/Polizei-raeumte-Pizzeria-Anarchia-19-Besetzer-festgenommen, http://derstandard.at/2000006627335/Raeumung-Pizzeria-Anarchiakostete-870000-Euro)

(5) Ergebniszusammenfassung

In diesem Kapitel sollen nun die Ergebnisse dieser Arbeit in geordneter Form kurz dargestellt werden. Im nächsten Kapitel (Diskussion) werden diese Punkte dann näher ausgeführt und ergänzt sowie in Diskussion gestellt.

Wohnraum im Wandel und städtische Entwicklungen

* Im Sinne Lefebvres kann von einer Transformation des Wohnraums gesprochen werden. Die Anlageoption (Tauschwert) rückt anstelle der Bedürfnisorientierung der Bewohner*innen (Gebrauchswert). Dies geht mit einer Transformation der Eigentümer*innen von Wohnraum einher (von Privatpersonen zu Finanzmarktakteur*innen und internationalen Investor*innen), was wiederum v.a. Auswirkungen auf den günstigen Wohnraum hat. So wird, mit Lefebvre gesprochen, tendenziell ein angemessen-passender Raum zu einem dominanten Raum.

* Kommodifizierungsprozesse (im Bereich des Wohnens) verursachen – entgegen der gepredigten Effizienzmaximierung und Kostenersparnis – Kosten für Angestellte (niedrigere Löhne), Stadt (Förderungen) und Umwelt (Belastung). Abfedernd wirken hier staatliche Interventionen, für welche wiederum die Allgemeinheit aufkommen muss.

* Durch die Förderungsschiene Objektförderung wird Arbeit (Bautätigkeit, Administratives und Co) an private Unternehmen abgegeben. Dadurch verändert sich die Verhandlungsbasis der Bauträger, welche vermehrt Einfluss im Wohnsektor nehmen können. Durch die Förderungsschiene Subjektförderung werden großteils wieder die Bauträger gefördert, da die Subjekte nur eine Zwischenstation zwischen Staat und Bauträger darstellen.

* Durch die Ausrichtung des Wohnraums auf die Mittelschicht und somit auf Personen mit gewisser Kaufkraft wird ebendieses Klientel in die Stadt gelockt und damit die stadteigene Wirtschaftskraft gestärkt, sowie der Wirtschaftsstandort gesichert. Miteinher geht der Ausschluss jener, welche nicht in dieser „Zielgruppe“ hineinzupassen scheinen.

Entwicklungen im sozialen Wohnbau

* Wohnen in Wien ist eine wichtige Komponente des Stadtmarketings und auch Werbestrategie. Somit wir die Stadt auch beispielsweise für Tourist*innen oder Investor*innen interessant gemacht.

* Die besondere Stellung der Stadt Wien als größte Wohnungseigentümerin Europas ist im Wandel begriffen. Immobilienunternehmen sichern sich langjährige Nutzungsrechte städtischer Gebiete und die Stadt behält „nur mehr" eine Kontrollfunktion. So könnte das aktive Agieren im Bereich des Wohnens zu einem passiven Reagieren verkommen.

* Wohnen in Wien ist durch das Rote Wien und der Ära der Gemeindebauten geprägt. Doch die Weiterentwicklung der Gemeindebauten im Sinne des geförderten Wohnbaus ist nur mehr im Ansatz erkennbar. Neben den schon erwähnten strukturellen Veränderungen sind an dieser Stelle noch die Zugangshürden (Eigenmittelanteile) und die immer straffere zeitliche Befristung der Verträge für die Bewohner*innen zu nennen.

* Wohnraum wird großteils als bereitgestelltes Angebot (Top Down wie z.B. geförderter Wohnbau[125]) wahrgenommen und nicht als Raum an welchem aktiv gearbeitet werden kann und somit an die eigenen Bedürfnisse orientiert ist (Bottom Up wie z.B. Räume der sozialen Bewegungen).

* Sozialer Wohnbau hat stabilisierende Wirkung v.a. für die arbeitende und erwerbstätige Bevölkerung und unterstützt nicht die marginalisierte oder prekäre Bevölkerung (dies gilt nach Reinprecht sowohl für den geförderten Wohnbau als auch für den Gemeindebau). Der Fortbestand der „Mitte" wird somit gewährleistet.

Soziale Bewegungen und die Stadt

* Das Potential sozialer Bewegungen mitunter Pionier*innenleistung im Bereich des „anderen Wohnens" zu erbringen wird von der Stadt kaum erkannt und noch weniger gewürdigt. Durch die stadteigene Linie im Bereich des Wohnens mit den damit einhergehenden konkreten Vorstellungen

[125] Es sind diesbezüglich auch Ausnahmen erkennbar. So gibt es beispielsweise Bauten im Sonnwendviertel, bei welchen eine Partizipation der Mieter*innen angestrebt und auch verwirklicht wurde.

ist diese sehr dogmatisch und kontrollaffin veranlagt. Wenn nicht versucht wird gewisse Projekte zu fördern und somit in die eigene Linie zu bringen, haben es aktive Gruppen schwer in Wien und ihre Interessen werden dann gerne als realitätsfern und utopisch abgetan.

* Neben der strikten Stadtlinie bezüglich sozialer Bewegungen, welche sich im Wohnbereich engagieren, gibt es gleichzeitig Gesprächsbereitschaft (siehe Moderator). Dies scheint jedoch kaum konkrete Lösungen zur Folge zu haben, wenn die Ansprüche der sozialen Bewegungen über den Interessensrahmen der Stadt bzw. über das stadteigene Konzept hinausgehen. So müssten zumindest von einer Seite Zugeständnisse gemacht werden, sonst verkommt die Funktion des Moderators als Hinhaltetaktik bzw. Strategie zur möglichst positiven Selbstdarstellung der Stadt.

* Mit einem autonomen Verständnis – nach welchem die Akteur*innen der Fallbeispiele agieren – ist es nicht nur schwierig Anknüpfungspunkte an die Stadtverwaltung sowie an die Mehrheitsgesellschaft zu finden bzw. deren Verständnis zu erlangen, sondern auch die am stärksten Marginalisierten zu erreichen.

Die Stadt und soziale Bewegungen

* Die Stadt greift gewisse Konzepte von sozialen Bewegungen auf und führt diese Top Down durch (z.B. Smart City Konzept, autofreie Siedlung, Bike City oder diverse Blöcke im Sonnwendviertel[126]). Dies führt dazu, dass diese Projekte tendenziell auf ein Konsumangebot für die „Mitte“ reduziert werden und in diesem Sinne mit monetären Mitteln und nicht mit einem aktiven Einsatz verwirklicht werden. Der intendierte Effekt bleibt aufgrund der unterschiedlichen Herangehensweise meist aus und was bleibt sind Projekte mit alternativem Touch inklusive Werbewirkung für gewisse Zielgruppen.

* Zwischennutzung als Pionier*innenleistung von Besetzer*innen kann hier als weiteres Beispiel bezüglich der Vereinnahmung von Ideen sozialer Bewegungen herhalten. Siehe hier z.B. MA18 mit ihrem Projekt für „Mehrfach- und Zwischennutzung“, welches wohl für profitorientierte Projekte Möglichkeiten bietet, jedoch kaum für alternative, selbstbestimmte Projekte.

[126] Wie schon in der oberen Fußnote angeführt gibt es auch Bauten, bei welchen gewisse Beteiligungsmöglichkeiten bestehen. Diese bleiben jedoch immer in einem abgesteckten Rahmen – welchen wiederum die Stadt vorgibt – verortet und können somit nicht das volle Potential an Ideen der Bewohner*innen nutzen.

(6) Diskussionsteil

Einleitung

In diesem Kapitel soll nun resümiert und ein Zusammenhang zwischen dem historischen und theoretischen Teil, sowie den Ergebnissen der Feldforschung hergestellt werden. Ferner soll ein Ausblick auf die Möglichkeiten sozialer Bewegungen und eine Utopie des „anderen Wohnens“ gegeben werden.

An dieser Stelle soll auch noch erwähnt werden, dass es einige Inputs gegeben hat, welche aus Platz-, Zeit- und anderen Gründen keinen Eingang in die Arbeit gefunden haben. Besonders traurig scheint mir diesbezüglich der Verzicht auf theoretische feministische Perspektiven. Auch gerade deswegen, weil in den Fallbeispielen solch eine Gruppe behandelt wurde.

Lefebvres Theorien und Verknüpfungspunkte

Auch wenn Lefebvres drei Dimensionen der Raumproduktion nicht unbedingt zur konkreten Analyse gedacht sind, war es doch hilfreich diese im Hinterkopf zu behalten und diese stellten somit eine gewisse Orientierung dar. So war es beispielsweise sinnvoll sich zu überlegen, wie der Raum der Planer*innen bzw. auch der Raum der Nutzer*innen konzipiert ist und welche Ebenen hier jeweils wie miteinander verwoben sind.

Im Sinne der Unterscheidung Lefebvres zwischen angemessen-passendem und dominantem Raum, kann hinsichtlich des Wohnraumes bemerkt werden, dass es hier zu einer Transformation gekommen ist. Wo lange Zeit der Wohnraum mehr oder minder nach den Bedürfnissen orientiert errichtet wurde – im Sinne von, die Wohnungen wurden gebaut, damit jemand darin wohnen kann – ist heute festzustellen, dass Wohnraum wegen seiner Anlageoption gebaut wird, also als Investition. Das soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch in vergangenen Zeiten mit Wohnraum Profite gemacht wurden, jedoch war dies strukturell anders beschaffen. Als primär für die erfahrbaren Veränderungen können die neuen Eigentümer*innen von Wohnraum, mit ihren dahinterliegenden Interessen, genannt werden. Hier kaufen sich immer mehr Finanzmarktakteur*innen und internationale Investor*innen in diesem vielversprechenden Geschäftsbereich ein. So kam es – anders ausgedrückt – zu einer Transformation vom Gebrauchs- zum Tauschwert und es wurde

erkannt, dass sich mit der Ware Wohnen große Profite einheimsen lassen. Dies hat vor allem Auswirkungen auf günstige Wohnungen, da hier die meisten Gewinnaussichten bestehen und so werden Substandardwohnung bzw. generell nicht-renovierte Altbauwohnungen weniger.

Schaut man sich in dieser Perspektive die Historie der städtischen Wohnbauten an, kann kaum gesagt werden, dass in Zeiten des Roten Wiens der Raum weniger dominant war wie heute. Die Gemeindebauten jener Zeit waren geradezu überdominiert von parteipolitischen Überlegungen und galten als Versuch, den Leuten den Sozialismus näher zu bringen. Sieht man sich die Wandlung der Gemeindebauten hin zu den geförderten Wohnbauten unter diesem Aspekt an, kann auch festgestellt werden, dass früher doch mehr der Aspekt des Bereitstellens des leistbaren Wohnraums für die Masse im Vordergrund stand, als sich heute das Credo der neuen qualitativen Ausrichtung hin zur Mittelklasse orientiert. Dies soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich auch im Roten Wien an der Mittelklasse – jedoch nicht in jenem aktuellen Ausmaß – orientiert wurde, wobei die monetären Mittel nicht ausschlaggebend für einen angemessenen Wohnraum waren. Nun wird sich an jenen orientiert, welche eine gewisse Kaufkraft haben und so geht es auch der Stadt um das Anlocken dieser Personengruppe, um ihre eigene Wirtschaftskraft zu stärken bzw. die Stadt als Wirtschaftsstandort zu sichern. All jene, welche hier nicht hineinpassen, haben damals wie heute zu schauen wo sie bleiben. Für diese wird der Raum knapp – und das trifft vor allem in den Städten zu.

Ein weiterer Blickwinkel, welcher hinsichtlich der beschriebenen Transformationsprozesse eingenommen werden kann, ist jener architektonischer Natur. Die Architektur der neuen Wohnbauten wirkt nicht nur für die ältere Generation befremdlich und scheint für viele nicht gerade das zu sein, was als angemessen-passend erachtet wird.[127] Das kann es vielleicht auch nur sein, wenn an Wohnumgebung und Wohnraum selbst aktiv gearbeitet[128] wird. Dies war in der Siedler*innenbewegung, sowie an verschiedenen beschriebenen Zeitpunkten der Geschichte bis heute der Fall, wenn man sich die Wohnraumschaffung und Ansprüche der sozialen Bewegungen ansieht. Solche Bottom-Up Bewegungen waren der Versuch, gemeinsam den Raum nach den eigenen Bedürfnissen zu gestalten, was mit der Stadtlinie oft schwer bis gar nicht vereinbar war und ist. Die Versuche der Stadt Wien, Wohnraum für die Bewohner*innen zu schaffen – so gut sie auch gemeint sein mögen – werden immer Top Down sein und somit wird dieser Raum immer von der

[127] Im Gegenzug muss zugegeben werden, dass dies auch für die Gemeindebauten oder Bauten aus der Gründerzeit aus verschiedenen Gründen zutrifft und hier auch viele Personen die – hier als befremdlich titulierten – neuen Bauten bevorzugen.

[128] Dass hiermit nicht nur die körperliche Arbeit gemeint ist, sei hier angemerkt.

Stadt dominiert werden. Selbiges trifft auch auf den geförderten Wohnbau zu, wo sich die Stadt eine gewisse Kontrolle vorbehält. Auch wenn die Stadt Partizipationsmöglichkeiten im Bereich des Wohnens anbieten, finden diese in einem bestimmten Rahmen statt, welcher von der Stadt vorgegeben wird. In diesem Sinne kann auch eine Beteiligungsmöglichkeit Top Down sein.

So kann in dieser Hinsicht auf die Fallbeispiele der Arbeit verwiesen werden, in welchen versucht wird den Wohnraum selbst so zu gestalten, dass dieser für ihre Bewohner*innen angemessen passend ist und dementsprechend realisiert wird. Dass dies in der Top-Down Stadt nicht so einfach ist, konnte schon erkannt werden. Wohlgemerkt fehlt der Stadt auch angesichts der geringen Anzahl der Pionier*innen des selbstbestimmten Wohnens schlicht das Interesse daran, sowie das Interesse der Stadt durch andere bereits beschriebene Prämissen geleitet ist.
Wenn es also um ökonomische Interessen geht, so bedeutet nach Lefebvre kapitalistisches Wirtschaften immer auch Kontrollgewinnung über den Raum, sowie die Ausweitung dieser Kontrolle. Sieht man sich nun die Produktionsweise der Räume an – im Falle dieser Arbeit die Wohnräume – wird klar, dass in jedem dieser Räume eine Machtkomponente dahinter steckt. Die beschriebenen sozialen Bewegungen können als Akteur*innen angesehen werden, welche sich gegen diese Macht formieren und welche Räume schaffen, die demgegenüber oppositionell geprägt sind. Genau das sind auch die Räume, welche nach Klaus Ronneberger erforschenswert sind und evtl. auch Perspektiven für eine mögliche andere Zukunft aufzeigen können. Diese gegenkulturellen Bewegungen können uns Ansätze von einem anderen Wohnen näher bringen und zeigen, wie dies selbstorganisiert, kollektiv und ohne Profitinteressen funktionieren kann.

Das Recht auf Stadt in Theorie und Praxis

In Brasilien ist das Recht auf Stadt seit 2001 in der Verfassung eingeschrieben. Dies wurde möglich durch den Kampf sozialer urbaner Bewegungen. (vgl. Harvey 2013:13) Hier konnte die Wohnungslosenbewegung der MTST[129] viel erreichen, doch auch in diesem Fall wurde nach der Institutionalisierung ihrer Ansprüche, die Trägheit und auch Bedeutungslosigkeit der vermeintlichen Lösung sichtbar (Mengay, Pricelius 2011:255ff). Die Tatsache, dass das Recht auf Stadt in der Verfassung eingeschrieben ist, ist zwar einzigartig, doch heißt dies noch lange nicht, dass es auch deren Auswirkungen sind. Sieht man sich gerade in diesem Kontext die mit der Fußballweltmeisterschaft 2014 einhergehenden Räumungen von Armenvierteln und städtische

[129] Movimento dos Trabalhadores Sem Teto (Bewegung der obdachlosen Arbeiter)

Umstrukturierungen an, kann man dieses Recht wohl nur als Farce bezeichnen. Viele Menschen mussten bei diesem internationalen Spektakel existenzbedrohende Einschränkungen hinnehmen, ihre Häuser räumen (meist ohne gleichwertigen Ersatz) oder gar ihr Leben lassen. Legitimiert wurde und wird dies unter anderem mit der Vertreibung militanter Guerillagruppen, welche jedoch nur einen Teil der Betroffenen ausmachen. Ein Recht im juristischen Sinne macht noch lange keine gerechte Praxis aus.

Dass das Recht auf Stadt ein sehr heterogenes Konzept mit unterschiedlichen Ansprüchen und Bezügen ist, wurde ja schon im theoretischen Teil der Arbeit ausreichend behandelt. An dieser Stelle soll nun noch erläutert werden, wie dieses von den aktiven Gruppen der Fallbeispiele verstanden wird und welchen Stellenwert dieses Konzept in Wien innehat. Im Verständnis der untersuchten aktiven Gruppen richtet sich das Recht auf Stadt gegen Fremdbestimmtheit, Kommodifizierung und Homogenisierungstendenzen. Gekämpft wird um die Teilhabe an der Stadt, die Auslebung alternativer Lebensentwürfe, sowie deren Entkriminalisierung und ist nicht im juristischen Sinne zu verstehen. Jene Gruppen, welche ihr Leben außerhalb der Logik des kapitalistischen Marktes führen wollen, haben es schwer. So wird ihnen das Recht aberkannt, in ihrer Weise in der Stadt zu agieren. Ihr Interesse wird oft als realitätsfern und utopisch abgetan und eher belächelt. In Ruhe gelassen werden sie jedoch keinesfalls, und es mag manchmal gar verwundern, dass trotz ihrer marginalen Position so viel repressive Energie verwendet wird um diesen Bewegungen Einhalt zu gebieten.

Von den beschriebenen Gruppen wird auch das Wiener Recht auf Stadt Netzwerk – welches sich eher in einem Entstehungsprozess befindet – nicht unbedingt als aktive Plattform verstanden, sondern eher als eine Möglichkeit, Informationen zu verbreiten. Zudem wird diesem Netzwerk auch eher das wissenschaftlich-akademische Interesse an den städtischen Bewegungen nachgesagt als eine aktive Rolle in diesen. Das Recht auf Stadt könnte wohl prinzipiell eine gute Überbewegung bzw. Plattform darstellen, welche viele verschiedene Ansprüche zusammenzubringen vermag. In Wien scheint dies doch oder noch nicht allzu viel Stellenwert zu haben, wie aus den Interviews ersichtlich wurde. Es wird sich wohl theoretisch auf dieses Konzept bezogen, doch organisationstechnisch findet es kaum Eingang in die aktivistische Praxis. Nach der Literaturrecherche ist dies wohl in anderen Städten anders beschaffen.

Ein weiterer Eindruck, welcher sich nach der Durchsicht der aktuellen Literatur zum Thema Recht auf Stadt erhärtet hat, war jener, dass die Autor*innen meist besser wüssten wie Bewegungen

vorgehen sollten um Bestimmtes zu erreichen. Dass hier eine gewisse Diskrepanz hinsichtlich Praxis und Theorie besteht, scheint der Fall zu sein. Die einen versuchen sich an der Praxis während die anderen diese bewerten. Doch fand sich auch abseits der Elfenbeinturmperspektive jene, welche den extremen Rändern vermehrt Beachtung wünschen, da diese jenes zu leben versuchen, was noch als utopisch gilt und somit Möglichkeiten für eine andere Zukunft ausprobieren.[130]

* Das Recht auf Stadt und die Einbindung der Marginalisierten

Holm bemerkt, dass sich nur etwas erreichen lässt, wenn die Verlierer*innen des gegenwärtigen Systems – also jene, welche am stärksten marginalisiert werden – eingebunden werden. Ansonsten sieht er soziale Bewegungen als Lifestyle Revolten endend, welche sich so auch leichter kommodifizieren und ins System einbinden lassen.
In Bezug auf Wien sind wohl die aktiven Gruppen aus den Fallbeispielen nicht unbedingt die am stärksten Marginalisierten, jedoch auch nicht nur Mittelschichtsangehörige. Es handelt sich um recht heterogene Kreise – wohl mit gemeinsamen Idealen – welche in diesen Bewegungen integriert sind. Im Falle der aktiven Gruppen aus dem empirischen Teil, agieren diese meist aus einem autonomen Verständnis heraus. Wenn die Aktivist*innen zuvor nicht schon in gewisser Weise marginalisiert waren – was nicht selten der Fall ist – dann werden sie es spätestens bei konstanterem Einsatz in diesem Bereich werden. Ein autonomer Anspruch ist nicht gerade das, was man als mehrheitsfähig wahrnimmt, wohl auch darum, weil dieser einen radikalen Bruch zum Gegenwärtigen darstellt und so wird diese Szene auch vom LVT als linksradikal eingestuft.
Ein autonomer Anspruch schreckt nicht nur bürgerliche Gruppen ab, sondern auch marginalisierte Personengruppen, wenn diese nicht auf eine politisch aktive Vergangenheit in dieser Richtung zurückgreifen können.

Bei den obdachlosen Punks in Wien, worüber auch M berichtete, war die Sache ein wenig anders. Diese waren wohl eine stark marginalisierte Gruppe – wenn auch teilweise aus freien Stücken – doch da hier ein politischer Hintergrund gegeben war und diese auch ausreichend organisiert waren, konnte so die Pankahyttn erkämpft werden.[131]

[130] In diesem Kontext sollen hier Klaus Ronneberger und Erik Swyngedouw (natürlich auch stellvertretend für andere) erwähnt werden.

[131] An dieser Stelle sei hier noch auf die Uni Brennt Bewegung 2009/2010 verwiesen. Hier wurde die Problematik ersichtlich, was passiert wenn marginalisierte Gruppen, in diesem Falle Obdachlose – welche nicht unbedingt politisch motiviert waren – ebenfalls mitagieren. Hier kam medial, von studentischer Seite als auch von einigen Aktivist*innen die Kritik, dass diese nichts mit dem Protest zu tun haben und diese Leute somit hier auch nichts

Neoliberale Wohnwelt, Kommodifizierung des Wohnens und dessen Auswirkungen

Eine zentrale Fragestellung dieser Arbeit drehte und dreht sich um die Kommodifizierung des Wohnens in Wien, ob davon gesprochen werden kann und wie sich diese im Konkreten in Wien auswirkt. Es wird behauptet, dass Kommodifizierungs- sowie Privatisierungsprozesse Vorteile wie beispielsweise die Entlastung der Staatskassen, effizienteres Arbeiten, sowie auch die Gewährleistung leistbarer Dienstleistungen und ähnliches hätten. Dass hier die Kosten sowohl auf die Angestellten (im Sinne niedriger Löhne), als auch auf die Stadt (z.B. im Zuge von Förderungsausgaben) und Umwelt abgewälzt werden, wird in dieser Argumentationslinie nicht thematisiert. Diese abgewälzten Kosten übernimmt dann wiederum der Staat und im Endeffekt die in diesem Konstrukt lebende Gesellschaft. In neoliberaler Manier wird somit ein Staat geschaffen, der sich – im Gegensatz zum Credo mehr Markt, weniger Staat – nicht auflöst und dem Markt sich selber überlässt. Vielmehr verändert sich der Staat dahingehend, sodass dieser die gewünschten Bedingungen für Unternehmen schafft, welche wiederum als Drohmittel gerne Arbeitsplätze gebrauchen und die wichtige Rolle von der Stadt als Wirtschaftsstandort hervorheben. (vgl. Handler 2013:2f)

Wenn über die Ware Wohnen gesprochen wird, muss natürlich auch über die Ware Boden geredet werden. Wie schon Franz Oppenheimer – ein Pionier der Siedlungsidee – in den 60ern feststellte, haben jene die Macht, welche das Land besitzen, was nach wie vor nicht viel anders ist (vgl. Pavlic 2009:101). So gilt die Aufteilung des Bodens und Einhegung der Allmende als Prozess der (abgeschlossenen) Machtaufteilung.
In Wien ist die Stadt nach den Experten der MA50 Wohnbauforschung immer noch die größte Wohnungseigentümerin Europas. Das ist jedoch im Wandel. Profitorientierte Immobilienunternehmen kaufen sich hier ein, bzw. bauen auf Stadtflächen und sichern sich hiermit langjährige Nutzungsrechte. Die Stadt Wien behält sich somit noch eine Kontrollfunktion bereit, wobei fraglich ist wie lange sie so noch agieren und nicht nur mehr reagieren kann, wie dies auch Andreas Rumpfhuber feststellte.

In Folge soll es nun um konkrete Auswirkungen der veränderten Wohnbedingungen in Wien und darüber hinaus gehen.

verloren hätten. So ist das Bewusstsein für die Überschneidungsflächen von Prekarität in ihren verschiedenen Facetten kaum vorhanden und eine Fusion scheint hier noch Zukunftsmusik zu sein.

*** Bestandsfreimachung und Renovierung**

Da in der Privatwirtschaft das Credo des maximalen Profitstrebens herrscht, wird versucht so viel wie möglich aus jedem Gut herauszuschlagen. So haben sich im Anbetracht des Wohnthemas einige Immobilienunternehmen – wie dies auch im Fallbeispiel der Pizzeria Anarchia bzgl. der Castella beschrieben wurde – auf die Bestandsfreimachung von Häusern fokussiert. Hier sind gewöhnlich ältere Häuser mit Mieter*innen, welche meist schon relativ lange in Zinshäusern wohnen, betroffen. Wenn diese unbefristete Verträge haben, ist es schwierig dieselben zu kündigen, doch wurden sich diverse Methoden überlegt um dies trotzdem zu gewährleisten.
Eine legale Möglichkeit wäre hier, dass die Mieter*innen rausbezahlt werden. Eine andere die Drangsalierung durch verschiedene Methoden. Sonst kann hier noch die Baustellentaktik erwähnt werden, bei welcher Renovierungsarbeiten vollzogen werden, mit einhergehendem ständigem Lärmpegel, Staubbelastung und Verschmutzung des Stiegenhauses.
Wenn die Altmieter*innen erst einmal weg sind, wird – oft auch nur oberflächlich – renoviert und durch diese Renovierung wird der Mietpreis für die zukünftigen Mieter*innen gesteigert. Wenn dies gehäuft in gewissen Bezirken auftritt – was dieser Logik folgend in mietschwachen Bezirken öfters der Fall ist als anderswo – kommt es somit zur Verdrängung der alten Bevölkerung und auch die Aufwertung und somit Preissteigerung der umliegenden Gegend kann die Folge sein.

*** Delogierungen**

Wenn Wohnungen nur mehr als Ware verstanden werden, ist die Wohnung nichts wert, wenn der oder die Mieter*in die Miete nicht bezahlen kann. Somit ist die Folge, dass Personen schnell geräumt werden, wenn diese ihren Pflichten nicht nachkommen. Wo noch in den Gemeindebauten des Roten Wiens nachsichtig mit Mietverzug umgegangen wurde, stoßt man in der privaten Immobilienwelt auf weniger Verständnis (vgl. Weihsmann 2002:38).
So kam es in Österreich in den Jahren 2007 bis 2012 zu 13.000 bis über 14.000 Delogierungen jährlich. In Wien zwischen 6000 und über 7000. Der Grund ist laut Volkshilfe Wien in 95% der Fälle allfällige Mietzahlungen [132]. Dies sind nur die Zahlen der durchgeführten Exekution, konfrontiert mit einem Räumungsbescheid, werden weitaus mehr Personen. Ungewöhnlich scheint

[132] Vgl. http://urbanizm.net/28360/wohnen-in-wien-einblicke-ins-verborgene-teil-1-delogierungen/

diesbezüglich, dass gerade im geförderten Wohnbau vergleichsweise am meisten Delogierungen stattfinden.[133]
Es haben sich bereits private Firmen etabliert, welche – abseits der rechtlichen Möglichkeit einer Räumungsklage – nachhelfen, wenn der*die Mieter*innen nicht zahlungsfähig ist und aus der Wohnung raus soll. Ein besonders bezeichnender Name für eine Homepage, welche diese Dienstleistung im Sortiment hat, ist luxusumzug.at.[134]

Im Vergleich kam es in Spanien im Jahre 2013 zu über 67.000 Räumungen und so gilt dieses Land als Muster- und Negativbeispiel wenn es um Immobilienspekulation und deren Auswirkungen geht [135]. Doch ebenso sind die Landesbewohner*innen Spitzenreiter*innen wenn es um den Widerstand dagegen geht. So kam es in Folge dessen zu etlichen Besetzungen. Menschen solidarisierten sich und setzten sich gegen Delogierungen zur Wehr, veranstalteten große Demonstrationen und vieles mehr.
Auch in Deutschland konnte sich – trotz Einsätzen mit über hundert Polizisten – mitunter erfolgreich gegen die Delogierungen von Personen gewehrt werden.
Und auch in Wien gibt und gab es Aktionen gegen Zwangsräumungen, wie auch P im Interview berichtete, welche jedoch keine große mediale Aufmerksamkeit erlangen konnten und wohl auch in ihrem Umfang und Auswirkungen nicht den Stellenwert wie in Deutschland oder gar in Spanien erreichen konnten.

* Die sogenannten Mietnomad*innen

Ein weiteres Phänomen stellen Mietnomad*innen dar. Holm stellt bezüglich der Mietnomad*innen fest, dass hier ein „Schreckgespenst“ geschaffen wurde, wobei maßlos bei der Menge an solchen Fällen übertrieben wird. Die Folge war in Deutschland beispielsweise eine Verschärfung des Kündigungsrechts zugunsten der Eigentümer*innen. (vgl. Holm 2014:105f)
In Österreich gab es diesbezüglich die Website mietnomadencheck.at, welche mittlerweile eingestellt wurde. Diese diente als Seite zum Anprangern von vermeintlichen Mietnomad*innen, wobei querulante Mieter*innen mit Namen eingetragen wurden, sodass diese nicht wieder eine Wohnung bekommen und so die Vermieter*innen angeblich geschützt werden. Dass hier der Willkür Tür und Tor geöffnet wird und wohl auch Mieter*innen hier eingetragen werden, welche

[133] Vgl. http://derstandard.at/3217937
[134] Vgl. http://urbanizm.net/28360/wohnen-in-wien-einblicke-ins-verborgene-teil-1-delogierungen/
[135] Vgl. http://derstandard.at/1395363553594/Delogierungen-ebben-in-Spanien-nicht-ab

zwar zahlen jedoch für den*die Vermieter*in aus gewissen Gründen lästig sein können (hierfür reicht oft schon das Melden von Gebrechen für welche die Vermieter*innen zuständig wären) ist vorhersehbar, so der Mieter*innenvereinigungspräsident Georg Niedermühlbichler.[136] Der Begriff Mietnomad*innen impliziert bereits eine böswillige Absicht, welche jedoch nicht gegeben sein muss. Meist sind es zeitlich begrenzte schwierige Lebensumstände, welche zur Zahlungsunfähigkeit führen können, was oft verschwiegen wird.
Alleine die Tatsache, dass es Mietnomad*innen – aus welchen Gründen auch immer – gibt, verweist auf eine immer schwierigere Situation in Bezug auf die Leistbarkeit des Wohnens.

Wohnen in Wien und die Rolle der Stadtverwaltung

Wohnen in Wien – wenn denn die Stadtverwaltung involviert ist – geht über den Anspruch eine entsprechende Wohnqualität für die Stadtbewohner*innen zu gewährleisten hinaus. So fungiert das Thema Wohnen als eine Komponente des Stadtmarketings und somit als Werbestrategie. Dadurch wird eine gewisse Lebensqualität und in weiterer Folge, eine lebenswerte Stadt suggeriert, welche auch sonst viel zu bieten hat. Dies macht die Stadt nicht nur für jene interessant, welche hier wohnen möchten, sondern auch für andere Personengruppen (Tourist*innen, Investor*innen, etc.). Kolmayr sieht diesbezüglich die Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung eine große Rolle spielen und wohl auch deswegen schneiden alle möglichen Berichte in diversen Medien besonders gut ab, wenn es um das Wohnthema in Wien geht. (vgl. Kolmayr 2012:20f) Hier fungiert auch der Verweis auf das Rote Wien und die Ära der Gemeindebauten als Mittel zur Aufwertung für die Stadt im Allgemeinen.

Wenn es um das Wohnthema in Wien geht, wird von der Stadtseite meist der eigene Weg stark gemacht und auch auf frühere Zeiten verwiesen. Hier vor allem auf das Rote Wien und die daraus hervorgegangenen Gemeindebauten. Dass zu jener Zeit alles so rosig auch nicht war, wurde bereits angemerkt. Dass keine neuen Gemeindebauten mehr errichtet werden und die noch bestehenden ebenfalls im Wandel begriffen sind auch. Dass jenes System der geförderten Wohnbauten (sowie auch die Wohnbauinitiative) nun daran anschließt, ist nur in Ansätzen erkennbar, hat sich strukturell doch einiges verändert. So sind die Zugangshürden andere geworden (benötigte Eigenmittelanteile), die Bauträger sind privat agierende (auch wenn es einige genossenschaftlichen Bauträger gibt, die an sich nicht profitorientiert arbeiten), sowie sich der Fokus hin zu qualitativ höherwertigem

[136] Vgl. http://derstandard.at/1345165807797/Aufregung-um-Online-Pranger-fuer-Mietnomaden

Wohnen gerichtet hat. Eine zukünftige Schwierigkeit – auch nach den Experten der MA50 Sektion Wohnbauforschung – wird das Gewährleisten von (mehr oder weniger) leistbarem Wohnraum sein. In Hinsicht auf die teilweise zeitliche Befristung der Mietobergrenzen und veränderten Eigentumsverhältnisse im Zuge des geförderten Wohnbauprogramms wird es interessant werden, wie dies gewährleistet werden soll.

*** Förderungen von Objekt und Subjekt**

Durch die Förderungsschienen der Stadt, soll leistbares Wohnen sichergestellt werden. Sieht man sich nun die Objektförderung an, wird vor allem Arbeit (Bautätigkeit, Administratives und Co) abgegeben. So muss sich die Stadt nicht mehr darum kümmern, was aber auch eine veränderte Verhandlungsbasis der diversen Bauträger mit sich bringt, welche dann vermehrt Einfluss auf den Wohnungssektor nehmen können, als das in der Zeit der Fall war, als Wien noch „selbst" Gemeindebauten errichtete. Ohne die Objektförderung der Bauträger – so heißt es – könnte ja auch kein Unternehmen preiswerten Wohnraum errichten. So nimmt hier die Stadtverwaltung eine stabilisierende Funktion ein, wobei die staatlichen Kassen den Immobilienunternehmen jene Gelder bereitstellen, auf welche diese im Zuge der auferlegten Mietobergrenzen verzichten.

Bei der Subjektförderung ist erstmals anzumerken, dass eigentlich die Subjekte gar nicht gefördert werden, sondern diese nur eine Zwischenstation – bis das Geld wieder in die Hauseigentümer*innentasche fließt – darstellen. Somit ist Subjekt- und Objektförderung so unterschiedlich gar nicht. Denn im Endeffekt gehen diese Förderungen in die Taschen der Eigentümer*innen. So wird ein Markt gespeist, welcher nur durch staatliche Intervention überlebensfähig ist, sowie Eigentümer*innen und nicht die einkommensschwachen Mieter*innen gefördert.

Hinsichtlich dessen ist zu bedenken, wie viel wirklich mit der Schiene des ausgelagerten Wohnbaus gespart wird, steckt man doch auf vielerlei Ebenen vermehrt Gelder in dieses Konzept, welches letztendlich nicht unbedingt der Gemeinde oder den Bewohner*innen zugute kommt.

*** Kontinuität und Wandel**

Die Orientierung hin zu einem qualitativ höheren Standard im sozialen Wohnbau, kann als Ausschlussprinzip angesehen werden und so wird in Folge eine Stadt für gewisse Personengruppen konzipiert, die sich gewisse Qualitäten auch leisten können. An diesen Bedürfnissen – nennen wir sie die Bedürfnisse der Mittelschicht – wird sich auch stadtentwicklungstechnisch (und wohl nicht nur in diesem Bereich) orientiert. Schließlich ist dies auch jene Personengruppe – welche eine gewisse Kaufkraft hat – welche notwendig ist um den Wirtschaftsstandort Wien attraktiv zu machen bzw. zu halten. Bedürfnisse von anderen Personengruppen bleiben ungedeckt, vor allem wenn diese weniger markttauglich sind, woraus auch geringere politische Stimmkraft resultiert.

Die Kontinuität der Gemeindebauten bis zum geförderten Wohnbau sieht Reinprecht in der stabilisierenden Wirkung und dies vor allem für die arbeitende und erwerbstätige Bevölkerung. Es ist eben ein Programm für die Mitte und orientiert sich an der konservativen Vorstellung der Kleinfamilie. Was es nie war, ist der Anspruch hiermit marginalisierte oder prekäre Bevölkerungsgruppen zu unterstützen. (vgl. Reinprecht 2012:214) In dieser Linie stehen auch die vorher erwähnten Delogierungen, welche am Häufigsten im sozialen Wohnbau stattfinden. Sozial in diesem Sinne ist eben nicht die Integration bzw. die Anerkennung von Randgruppen, finanziell Benachteiligten oder auch alternativen Projekten, sondern sozial wird hier in einem Sinne verstanden, in dem es darum geht die Mitte der Bevölkerung zu schützen, zu unterstützen und ihren Fortbestand zu gewährleisten.

*** Recht, Ordnung und Leerstand**

Steuerung des Wohnens durch die Stadt bedeutet immer auch Steuerung der Bevölkerung (vgl. Klein 2012:7). Die Stadt Wien – wie viele andere – wird für die gesellschaftliche Mitte gebaut, also für jene welche arbeits- und konsumwillig sind und bestenfalls noch einen Familienstand nahe der Kleinfamilie vorweisen können. Dies wurde anhand verschiedener besprochener Aspekte in der Arbeit deutlich.
Für jene welche anders wohnen und leben möchten, bzw. selbst entscheiden möchten wie sie dies tun, ist der Platz knapp bzw. schwer zu halten und es wird versucht mit allen (rechtlichen) Mitteln dagegen vorzugehen. Hier schützt das Recht vor Diskussionen zwischen sozialen Bewegungen und Stadtverwaltung und gilt stets als legitimer Grund etwas nicht zu tolerieren. Gesetze wie die

Bauordnung für Wohnwägen – welche einst aus einem Geist zwecks der Vertreibung von Roma und Sinti entstanden sind – bilden heute immer noch rechtliche Grundlagen für die Vertreibung von Personen.

Rechtlich unproblematisch ist hingegen die Tatsache des leerstehen und verfallen lassen von Häusern. Denn die Verantwortung von Eigentum obliegt in diesem Sinne dem*r Eigentümer*in. Dass andere auf der Straße oder im Park leben müssen – und auch dort vertrieben werden[137] – ist weniger relevant. Dass wieder andere allzuviel mit Leerständen anzufangen wüssten und hier auch ein enormes ungenützten Potential verloren geht, auch.

Sieht man sich international um, gibt es auch mögliche andere Umgänge mit Leerstand, wobei gesagt werden muss, dass sich diesbezüglich in den letzten Jahren vieles zugunsten der Hauseigentümer*innen geändert hat. So war in einigen Ländern das Besetzen von Häusern – welche eine gewisse Zeit leerstanden – rechtlich möglich, solange die Eigentümer*innen keine Nutzung vorweisen konnten. In diesem Sinne wiegte das Recht auf Wohnen mehr als das Recht auf Eigentum.[138] Doch bald schon fanden sich innovative Unternehmen, welche auch in diesem Bereich ein Geschäft zu machen wussten und gründeten sogenannte Anti-Squatting Agenturen. So wurden die leerstehenden Flächen für Eigentümer*innen und die Agentur gewinnbringend mittels prekärer Verträge zwischengenutzt, um nicht der ungeordneten Nutzung einherzufallen.
Auch die Magistratsabteilung MA18 mit ihrem Projekt für Mehrfach- und Zwischennutzung kann in dieser Linie – obwohl in anderer und abgeschwächter Form – gedacht werden. Dieses greift ja auch prinzipiell Ideen auf, welche von Akteur*innen sozialer Bewegungen stammen. Das Konzept wurde so umfunktioniert, dass die Mitte der Gesellschaft gespeist wird und sich ein paar als kreative Jungunternehmer*innen versuchen oder Veranstaltungen wie die Festspiele eine atmosphärische Kulisse finden können. Auch wenn sich die Wagenplätze viel mit diesem Magistrat auseinandergesetzt haben und umgekehrt auch die Projektkoordinatorin dies tat, wurde klar, dass dieses Konzept wohl hauptsächlich für profitorientierte Projekte zu taugen scheint. Auch in anderen Stadtwohnprojekten wie der autofreie Siedlung oder der Bike City können Ideen von sozialen Bewegungen erkannt werden.

[137] Siehe http://derstandard.at/1381369000872/Polizei-vertreibt-Obdachlose-aus-dem-Wiener-Stadtpark
[138] Hier kann exemplarisch die Niederlande angeführt werden, wo es bis Oktober 2010 rechtlich möglich war bei Leerstand und Nichtnutzung zu besetzen und seitdem mit hohen Strafen dagegen vorgegangen wird (vgl. http://platzda.blogsport.eu/2010/09/19/80/).

Die Stadt und die sozialen Bewegungen. Mit- und Gegeneinander

* Top Down, Bottom Up und Vereinnahmung

Wo auf der Seite der sozialen Bewegungen versucht wird von unten etwas zu ändern ist die Stadt Wien mit ihrer Konzeption recht gegenteilig positioniert. Gerade mit Konzepten wie der Smart City wird die kontrollaffine Konzeptualisierung des Stadtselbstverständnisses noch deutlicher. Christoph Laimer sieht in diesem Konzept die zukünftige Top Down Stadt. Hier werden „ökologische Nachhaltigkeit und höhere Lebensqualität“ im Marketing der Smart City genutzt, welche zu Profit transformiert werden sollen (vgl. Laimer 2013:7).

Es ist erkennbar, dass auch die Stadt Wien versucht alternative Konzepte in ihre von oben gesteuerte Herangehensweise zu integrieren. Wo man zu Zeiten der Siedler*innenbewegung keine andere Chance sah als diese finanziell zu unterstützen um die akute Not zu lindern, drehte man dann schnell den Geldhahn wieder ab um an der eigenen Linie der Gemeindebauten weiterzuarbeiten. Ähnliches war zu beobachten als die Stadt begann (gegen)kulturelle Projekte wie das WUK oder auch die Rosa Lila Villa zu subventionieren. Dass hierbei der selbstbestimmte und selbstorganisierte Aspekt von Unten – der für solche Projekte ja maßgeblich ist – oft verlorenging und -geht, wurde schon im historischen Teil der Arbeit geklärt. Ebenfalls dass somit die diversen Gruppen ein Verhältnis mit der Stadt eingehen, wo man von deren guten Willen (meist in Form von Förderungen) abhängig wird [139].

Auch einige neue Wohnprojekte der Stadt weisen – wie bereits oben erwähnt – eine Nähe zu Ideen sozialer Bewegungen auf (z.B. Bike City, autofreie Siedlung sowie Teile des Sonnwendviertels). Der Unterschied liegt aber darin, dass sich die adaptierten Projekte tendenziell auf ein Konsumangebot belaufen, welches nur mehr bezahlt und bei dem sich nicht mehr aktiv eingebracht werden muss [140]. So bemerkte auch Jens Dangschat in einem Standardartikel über das neue Wohngelände am Nordbahnhofareal, dass die „aufgezwungene Nachbarschaft“ mit ihren Gemeinschaftsräumen noch lange keine lebendige Nachbarschaft ausmache [141]. So kann hinsichtlich der Offenheit der Stadt angemerkt werden, dass Wien zwar offen für Projekte mit alternativem Touch ist, jedoch ausschließlich wenn diese selbst gesteuert werden. So wird nicht selten auf die

[139] Siehe Amerlinghaus

[140] Dass es auch Partizipationsmöglichkeiten im Bereich des sozialen Wohnbaus gibt, wurde schon angesprochen. Die Qualität dieser Partizipation ist aber fraglich, da sich diese Form der Beteiligung in einem Bereich vorab festgelegter Grenzen bewegt.

[141] Vgl. http://derstandard.at/2000002121632/Wohnst-du-noch-Oder-lebst-du-schon

eigenen Projekte verwiesen, wenn Gruppen selbstbestimmt aktiv werden wollen. Ein Paradebeispiel hierfür ist das urbane Gärtnern.

*** Veränderte Bedingungen und Herangehensweise**

Ob nun die Stadt restriktiver in Bezug auf die Strategien und Methoden der sozialen Bewegungen (wie beispielsweise Hausbesetzungen) geworden ist, verneint der Moderator M. Prinzipiell sei es immer noch möglich diesbezüglich mit der Stadt zu verhandeln. Man muss halt Verhandlungen wollen, sonst funktioniere das nicht. Er bemerkte jedoch, dass dies immer abhängig von dem konkreten Agieren der jeweiligen sozialen Bewegung ist, und auch davon, wie die Stadt gerade aufgestellt ist.

Der Eindruck, welcher im Zuge dieser Arbeit entstand, unterscheidet sich ein wenig von jenem von M. So scheint es schwieriger geworden zu sein, konkrete Ideen durchzusetzen und auch die Reaktionen vom Staatsapparat wirken repressiver und einschüchtender als zu manch vergleichbaren Zeiten. Verschärfende Gesetzesänderungen in Bezug auf Besetzungen in Österreich erhärten diesen Eindruck [142]. Es wird wohl auch an jenem Aspekt, welchen M erwähnte, etwas dran sein, dass das Agieren der sozialen Bewegungen und der miteinhergehende Anker in der Mehrheitsgesellschaft – oder auch nur das Verständnis in dieser – ein anderes geworden ist. Dass hierbei die Gründe nur bei den sozialen Bewegungen zu suchen sind, ist sicherlich unzureichend. Ein gewisses Verständnis von Politik im Sinne von Parteipolitik, sowie Politikverdrossenheit und Desillusionierung der Bevölkerung mögen hierfür Gründe sein, ohne weiter darauf einzugehen.

Gleichzeitig zum scheinbaren repressiveren Vorgehen gegen die sozialen Bewegungen, gibt es eine Gesprächsbereitschaft der Stadt und einen Moderator der hier zwischen den Fronten zu vermitteln versucht. Doch dies scheint oft eher eine Hinhaltetaktik zu sein als dies konkrete Lösungen, welche nicht nur auf die Interessen der Stadt eingehen, hervorbringt. In diesem Sinne gibt sich die Stadt Wien gerne offen, doch blockt ab wenn es um Alternativen geht, welche natürlich in anderem Rahmen gedacht werden müssen als in ihrem eigenen Stadtkonzept.

[142] Siehe Sicherheitspolizeigesetz (Stand 1.September 2012)

*** Reibungsfläche: Freiräume erkämpfen und gewähren**

Der Moderator M meinte, es bestehe eine Kluft zwischen dem Gewähren und dem Erkämpfen von Freiräumen. Da die autonome Szene ideologisch nicht gerade das beste Verhältnis zu Stadt und Staat hat, ist diese prinzipiell nicht um Vereinbarungen bemüht und sieht sich in der Rolle der Erkämpfung von Räumen positioniert. Die Stadt sieht das aber gar nicht so und blockt hier ab. Nach M ist das etwas anderes wenn man um bestimmte Objekte für gewisse Funktionen fragt und darüber verhandelt. Die Erfahrungen haben allerdings gezeigt, dass auch diese Versuche scheiterten, wodurch sich Aktivist*innen radikalisierten und nicht mehr verhandeln wollten. Beispielhaft kann hier die Erfahrung der Aktivistin F und der FLIT-Besetzerinnen-Gruppe herangezogen werden, welche eben den Weg der Nichtverhandlung mit der Stadt gewählt haben, da diese in der Vergangenheit niemals gute Erfahrungen mit Verhandlungen hatten und leere Versprechungen gemacht wurden. Auch T vom Wagenplatz Gruppe Treibstoff bemerkte hierzu, dass fast niemand mehr an eine Lösung mit der Stadt glaubt, aber auch, dass es ohne trotzdem nicht gehe und somit weiter daran festgehalten wird.

*** Wohnen wie mensch (nicht) möchte**

> „Es kann auch nicht sein, dass jeder so wohnen kann, wie er möchte. Das geht in einer Stadt ganz einfach nicht.“ (Experte der MA50, Referat Wohnbauforschung)

Dies wurde in Bezug auf die Wagenplätze bemerkt und klargestellt, dass nicht jede*r wenn er*sie will am Stephansplatz im Grünen wohnen kann und dies dann als ein Bürger*innenrecht begreift. Das scheint kein konstruktiver Einspruch zu sein, denn sieht man sich an, wo die Wagenplatzbewohner*innen leben, sind diese eher in der Peripherie vertreten, wo es kaum Nachbar*innen und auch kaum Probleme mit diesen gibt. Alleinig der Wille der Stadt stehe im Weg, so die Gruppe Treibstoff. So geht es meist viel eher um behördliche Anliegen, wo auch die Experten der MA50 einlenken und meinen, dass es wohl sein kann, dass einige Auflagen kleinlich sind, doch dass diese prinzipiell gut seien.

Ein weiterer nicht zu vernachlässigender Aspekt ist die Tatsache, dass so Viele gar nicht „anders“ wohnen möchten. Es gibt nicht Viele die im Wagen leben wollen, auch wenn dies leichter möglich wäre, und auch nur Wenige, die überhaupt ihre Ressourcen für ein selbstorganisiertes Wohnprojekt

bereit stellen würden. Viele nehmen ja auch mehr oder weniger gerne die Angebote der Stadt oder jene von Immobilienunternehmen an. Das Problematische ist der Dogmatismus, welcher vorgibt wie man zu wohnen habe und wie nicht. Jene, welche Ansprüche und Bedürfnisse haben, die sie in der herkömmlichen Wohnwelt nicht befriedigt sehen und jene, welche sich diese schöne neue Wohnwelt schlicht nicht leisten können, müssen dennoch in einer Stadt die Möglichkeit haben, angemessen leben zu können.

Mit dem Ausspruch, dass nicht jede*r so wohnen kann wie er*sie will, werden soziale Bewegungen in gewisser Weise ins Lächerliche gezogen, als ob hier etwas gefordert werde, was per se unmöglich sei und diese als weltfremd abgestempelt. Dass die Herangehensweise der Aktivist*innen eine starke Opposition zum Bestehenden darstellt, ist gewiss. Dass diese dadurch delegitimiert wird aber nicht. So wurde von den Experten der MA50 Wohnbauforschung angemerkt, dass es in Puncto Wohnen in Wien sehr gut bestellt ist und ferner:

> „Wenn man Not als Antrieb sieht, dass man was machen muss, da man sonst auf der Straße steht, dann muss man sich die Frage stellen ob wir uns wieder die Not wünschen oder haben wir, wie in Wien, etwas weniger Selbstorganisation." (Experte der MA50, Referat Wohnbauforschung)

Erstens, nur weil es vergleichsweise gut bestellt ist mit dem Wohnen – was sich jedoch gerade in einem Prozess des Wandels mit noch unklarem Ausgang befindet – heißt es nicht, dass es nicht trotzdem gewisse Problemlagen gibt. Immerhin leben auch in Wien Menschen auf der Straße und etliche werden – meist aufgrund des sich nicht Leisten können der Miete – delogiert.
Zweitens, wenn die Stadt Angebote für das Wohnen macht, man selbst aber anders wohnen will, heißt das nicht zwingend, dass das Angebot schlecht ist, aber man schlicht etwas anderes sucht. Nicht alle wollen oder können im Gemeindebau[143] leben.
Drittens, kann man die Unterscheidung treffen, dass man einerseits aus gewisser Not oder andererseits aus gewissen Ansprüchen heraus agieren kann. Das Agieren aus der Not ist prinzipiell schwieriger, da meist schnell Handlungszwang besteht und die Situation, welche gemeinhin wohl nicht sehr rosig ist, sich auf die Handlungsweisen und -perspektiven auswirkt und diese einschränkt. Es ist wohl festzustellen, dass viele Aktivist*innen der sozialen Bewegungen nicht unbedingt aus der Not heraus agieren, sondern eher aus gewissen Ansprüchen. Dass dies so trennscharf auch nicht ist, muss hier angemerkt werden. Dass es hier sehr wohl auch Überschneidungen gibt, wo

[143] Das Konzept orientiert sich auch immer noch an Alleinlebende und Kleinfamilie und ist somit für viele Personen oder Wohnkonzepte unbrauchbar.

Menschen aus schwierigen Lebenslagen auch in „gegenkulturellen“ Projekten leben, ist bereits behandelt worden (siehe Pankahyttn).

Städtische Utopien. Soziale Bewegungen als möglicher Weg

Jacques Rancière unterscheidet beim Politik-Begriff „zwischen der Politik als der Praxis des Aufbrechens und der Polizei als der Praxis der Ordnung [...]“ (Mullis, Schipper 2013:83). Auf das untersuchte städtische Kampffeld übertragen bedeutet dies auf der einen Seite die sozialen Bewegungen und auf der anderen Seite die Stadt mit ihren Behörden und Exekutivorganen. Hier treffen zwei Prozesse aufeinander: der Emanzipatorische und der Prozess der Regierung, welcher durch die Regierungstechnologie (Polizei) geschützt wird. Man könnte annehmen, dass Demokratie gerade jener Ort ist, wo diese Auseinandersetzungen stattfinden und sich diese nicht auf jene Tage beschränkt wo die „vollwertigen“ Bürger*innen ein Kreuzerl am vorgelegten Zettel machen. (vgl. Mullis, Schipper 2013:83)

Wenn sich Wien mit Slogans wie „Wien ist anders“ oder „Wien. Die Stadt fürs Leben“ preist, wird anhand der vorliegenden Arbeit deutlich, dass es hier mehr um das Marketing als um das tatsächliche Vorgehen geht. Städte „müssen“ mehr denn je, wie Bewerber*innen in einem Assessment-Center, um ihre Position kämpfen.
Wenn nun Städte wie Berlin – welche ja nicht unbedingt attraktiv wegen ihres ökonomischen Wachstums, sondern unter anderem wegen ihrer vielfältigen subkulturellen Szene sind – von ihrem unordentlich lebendigen Image wegkommen wollen, werden diese früher oder später ihre Individualität verlieren und somit auch jenes, was sie als Wirtschaftsstandort anzulocken versuchen. Es scheint zu verwundern, wenn der Münchener Bürgermeister von Wagenplätzen redet und davon, dass jede Weltstadt für so etwas Platz haben muss, wohl gerade weil Bayern als das konservativste Bundesland Deutschlands gilt. In Angesicht von Städtekonkurrenz und Standortpolitik verwundert diese Aussage aber schon weniger.
Auch Wien wird es sich nicht für alle Zeit leisten können, einerseits alternative Konzepte in die eigene Linie zu übernehmen und andererseits vielerlei Potential der sozialen Bewegungen zu verhindern bzw. ungenützt zu lassen. Die Frage für wen eine Stadt konzipiert wird, stellt sich hier in den Vordergrund und es wird sich zeigen, wie diese Antwort ausfällt und welche Interessen in Zukunft in den Vordergrund gerückt werden.

So möchte ich am Ende dieser Diskussion jenen Vorschlag Holms ausbreiten, welcher die Möglichkeit einer Veränderung des Bestehenden durch Vergesellschaftung sieht. Diese versteht er im Sinne einer Bewohner*innenselbstverwaltung, welche er bis dato nur in Nischen (Mietshaussyndikat, Hausprojekte, etc.) verwirklicht sieht und diese als sehr exklusiv wahrnimmt. (vgl. Holm 2012:44) So wird ein schwieriger Schritt jener sein, diese soziale Exklusivität zu überwinden, ohne dahingehend Gefahr zu laufen, dass diese Strömungen somit vereinnehmbar und kommodifizierbar werden. Die Geschichte hat uns allzu oft gezeigt, dass dies immer und immer wieder der Fall war. Zu oft spalteten sich die Lager in die Unnachgiebigen und jene, welche Klein bei gaben und schlussendlich ihre Ideale aufgaben bzw. einen gemütlichen Platz im Spiel einnahmen, mit welchen sie zu leben vermochten. Wie die notwendigen Strategien aussehen sollten, wird sich nicht planen lassen. Wichtig scheint es im Anbetracht dessen zu sein, die Geschichte von sozialen Bewegungen ausreichend zu dokumentieren um diese weiterleben zu lassen und davon lernen zu können [144].

Möglichkeiten wie es anders laufen kann, gibt es ja doch genug[145]. Auch wenn es nur kleine „Halbinseln gegen den Strom“ – wie es Friederike Habermann formuliert – sind, so können diese als Beispiele für weitere und zukünftige Projekte dienen. Das Maß an Verallgemeinerbarkeit muss hier wohl in der Praxis erprobt werden. Die Frage nach der Verallgemeinerbarkeit von solchen Nischenwelten stellte sich oft im Zuge dieser Arbeit. Einerseits gibt es die angesprochene Problematik, dass ab einem gewissen Level an Verallgemeinerbarkeit die Gefahr von verwertbarer Vereinnahmung immer größer wird und andererseits stellt sich überhaupt die Frage, ob es noch angemessen scheint, solche Ansätze auf eine breite Bevölkerungsgruppe zu übertragen. Ich denke nicht und ferner geht es wohl auch gar nicht primär darum. Sonst hätte man wieder jenes Top Down Konstrukt welches in der vorliegenden Arbeit so oft kritisiert wurde. Es muss wohl versucht werden von Unten eigene angemessene Strategien und Praxen zu entwickeln, welche den heterogenen Gruppen entsprechen. Dafür kann und wird es kein Allgemeinrezept geben können.

Sieht man sich die Handlungsweisen der sozialen Bewegungen aus den Fallbeispielen an, agieren diese aus einem großteils autonomen Verständnis heraus. Dabei muss natürlich auch gesagt werden,

[144] In diesem Sinne einen Dank an das Archiv der sozialen Bewegungen, der anarchistischen Bibliothek mit Archiv und der BibliothEKH, sowie alle anderen, welche die Geschehnisse rund um soziale Bewegungen sammeln und archivieren.

[145] An dieser Stelle sollen aber nun bewusst keine Beispiele von konkreten Projekten genannt werden, da dies so wirken könnten, als wäre das ein Maß an welchem sich orientiert werden kann. Doch dieses gibt es nicht und muss für die unterschiedlich Interessen, Herangehensweisen und Lebenswelten immer neu versucht und verhandelt werden. Außerdem wurden in der Arbeit schon genügend Beispiele angeführt.

dass nicht jede*r seinen*ihren eigenen Lebensraum schaffen will oder kann und dass viele froh sind, diesen fix und fertig zur Verfügung gestellt zu bekommen, wie dies auch einer der Experten der MA50 ausdrückte. Das sollte allerdings nicht als Argument dienen, dies anderen nicht möglich zu machen. Die Herangehensweise vieler Aktivist*innen aus der autonomen Szene scheint oft befremdlich. Es lässt sich vermuten, dass dies wohl weniger aus ihrer Ideologie selbst resultiert, sondern mehr daher rührt, dass diese so gegensätzlich zu den gegenwärtigen Verhältnissen verortet ist.

Sieht man sich hier aktuelle Diskussionen und Ansätze der Commons Bewegung an, scheint diese in eine Richtung zu laufen, wo auf einen neuen Weg – auch bezüglich des Wohnthemas – hingearbeitet werden könnte. Doch auch im Commonismus[146] werden Konzepte von sozialen Bewegungen übernommen und trotzdem wird dieser so dargestellt, als wäre es nun etwas Neues und als hätte man die Exklusivität überwunden. Welche Ansprüche hierbei aber grundsätzlich neu sein sollen bzw. warum dieser Weg nun ideologiefrei(er) sein sollte, bleibt fraglich. Ferner scheint ein Problem dieser Bewegung die ungewisse Richtung zu sein. Die Vertreter*innen von Caffentzis bis Ostrom unterscheiden sich maßgeblich in ihrer Ausrichtung und so sollte bei den „populären" Commons aufgepasst werden, dass diese nicht zu Stützen des Kapitalismus werden anstatt eine Alternative dazu.

Ferner sollte die Idee verworfen werden, dass selbstbestimmtes Handeln meist mit einem Notaspekt zu tun hat und anerkannt werden, dass gerade ein solches Leben eines sein kann, dass den eigenen Vorstellungen entspricht, sowie den eigenen Ansprüche gerecht wird und somit auch neue Qualitäten mit sich bringt. Der Weg zu einer „anderen Stadt" – so Lefebvre – kann nur durch die Praxis geschehen und keine Analyse oder noch so wissenschaftliche Arbeit kann diese ersetzen.

Abschließen möchte ich mit einem Zitat aus den Reihen der Situationistischen Internationale. In diese Richtung denkend, konnte sich auch Lefebvre einen Ausweg – wo er sonst kaum einen sah – aus dem kapitalistischen Raum vorstellen.

> „Die weltweit herrschende und zunehmende Unzufriedenheit wird einen Punkt erreichen, an dem wir alle dazu gedrängt werden, die Projekte durchzuführen, zu denen wir die Mittel besitzen, und die zur Verwirklichung eines reicheren und erfüllteren Lebens beitragen können." (Constant 2008:82)

[146] Unter Commonismus wird „eine radikal andere Alternative" basierend auf der Commons-Praxis verstanden, wo es eben nicht um Profit, sondern um die Bedürfnisse und Wünsche der Beteiligten geht. (vgl. Brand, Lösch, Opratko, Thimmel 2012:50f)

(7) Literaturverzeichnis

Bücher

Brand, Ulrich; Lösch, Bettina; Opratko, Benjamin; Thimmel, Stefan (Hrsg.) (2012) ABC der Alternativen 2.0. Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft. Hamburg: VSA Verlag.

Brede, Helmut; Kohaupt, Bernhard; Kujath, Hans Joachim (1975) Ökonomische und politische Determinanten der Wohnungsversorgung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Constant (2008) Eine andere Stadt für ein anderes Leben. In: Situationistische Internationale (2008) Der Beginn einer Epoche. Texte der Situationisten. Hamburg: Edition Nautilus.

Dell, Christopher (2013) Ware: Wohnen! Politik. Ökonomie. Städtebau. Berlin: jovis Verlag.

Duveneck, Anika; Schipper, Sebastian (2012) Die neoliberale Stadt im globalen Wettbewerb? Kritische Anmerkungen zum Leitparadigma gegenwärtiger Kommunalpolitik. In: AK Kritische Geographie Frankfurt (2012) Wem gehört Frankfurt? Dokumentation des aktionistischen Kongresses vom März 2012. Forum Humangeographie 9. Frankfurt.[147]

Eder, Ernst Gerhard (1983) „Lobau Indianer“. Subkulturelle Lebensäusserungen mit prinzipieller Affinität zur Alternativbewegung. Historische Lern- und Orientierungsbeispiele für eine Menschenwürdigere Gesellschaft. Wien: Diplomarbeit.

Eichholz, Daniela; Willems, Herbert (2008) Die Räumlichkeit des Sozialen und die Sozialität des Raumes. Schule zum Beispiel. In: Willems, Herbert (2008) Lehr(er)buch Soziologie. Für die pädagogischen und soziologischen Studiengänge. Band 2. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Eigner, Peter; Resch, Andreas (2003) Die wirtschaftliche Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert. In: Eder, Franz; Eigner, Peter; Resch, Andreas; Weigl, Andreas (2003) Wien im 20. Jahrhundert. Wirtschaft, Bevölkerung, Konsum, Wien: Studienverlag.

[147] Siehe http://www2.uni-frankfurt.de/47267715/FH-9.pdf

Einige Leute aus dem Umfeld von urbanizm.net und INURA (International network for Urban Research and Action) (2012) Vom Aufwerten und Gentrifizieren. In: Bündnis Wilder Wohnen (2012) 90 Jahre Mietengesetz. Wohnen darf keine Ware sein.[148]

Foltin, Robert (2004) Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich. Wien: edition grundrisse.

Foltin Robert (2011) Und wir bewegen uns noch. Zur jüngeren Geschichte sozialer Bewegungen in Österreich. Wien: mandelbaum kritik & utopie.

Frieling, Hans-Dieter von (2012) Aufwertungs- und Veränderungsprozesse in der Stadt – Ausdruck kapitalistischer Konkurrenzlogik oder politisches Programm? In: AK Kritische Geographie Frankfurt (2012) Wem gehört Frankfurt? Dokumentation des aktionistischen Kongresses vom März 2012. Forum Humangeographie 9. Frankfurt.[149]

Gebhard, Dirk; Holm, Andrej (2011) Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Hamburg: VSA Verlag.

Girtler, Roland (1984) Methoden der qualitativen Sozialforschung: Anleitung zur Feldarbeit. Wien, Graz: Böhlau.

Harvey, David (2013) Rebellische Städte. Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution. Berlin: Suhrkamp.

Hautmann, Hans; Hautmann, Rudolf (1980) Die Gemeindebauten des Roten Wien 1919 – 1934. Wien: Schönbrunn-Verlag.

Heller, Friedrich (1975) die lobau. Ein Führer durch die Geschichte und Landschaft der Lobau. Wien: Gerlach & Wiedling.

Hoffmann, Robert (1985) Kolonien in der Heimat. Die Ansiedlung Arbeitsloser 1927. In: Keller, Fritz (1985) Lobau. Die Nackerten von Wien. Wien: Junius Verlag.

[148] Siehe http://wilderwohnen.blogsport.eu/files/2012/12/bww_broschure_A5_32p.pdf
[149] Siehe http://www2.uni-frankfurt.de/47267715/FH-9.pdf

Holm, Andrej (2012) Wohnung als Ware. Zur Ökonomie und Politik der Wohnungsversorgung. In: AK Kritische Geographie Frankfurt (2012) Wem gehört Frankfurt? Dokumentation des aktionistischen Kongresses vom März 2012. Forum Humangeographie 9. Frankfurt.[150]

Holm, Andrej (2013) Ausverkauf und Steigende Mieten. Wohnungsprivatisierung in Berlin. In: Peter, Prenner (Hrsg.) (2013) Kommunaler Ausverkauf. Von der Krise der Privatisierung. Tagungsband der AK-Wien Fachtagung. Wien: AK Wien.

Holm, Andrej (2014) Mietenwahnsinn. Warum Wohnen immer teurer wird und wer davon profitiert. München: Knaur Verlag.

Iraschko, Josef (2012) Fast wie im Schlaraffenland? In: Bündnis Wilder Wohnen (2012) 90 Jahre Mietengesetz. Wohnen darf keine Ware sein.[151]

Kainrath, Wilhelm (1988) Verändert die Stadt. Texte 1971-1986. Wien: Picus.

Kalnoky, Stefan (2010) Ringstraße des Proletariats? Zum Wandel der Sozialstruktur der BewohnerInnen fünf ausgewählter Gemeindebauten im Kontext der Wiener Stadtentwicklung des 20. Jahrhunderts. Wien: Diplomarbeit.

Kampffmeyer Bernhard (1919) Von der Gartenvorstadt zur Gartenstadt. Berlin-Grünau : Deutsche Gartenstadt-Gesellschaft E.V.

Kipfer, Stefan; Saberi, Parastou; Wieditz, Thorben (2012) Henri Lefebvre. In: Eckardt, Frank (Hrsg.) (2012) Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden: Springer Verlag.

Lamnek, Siegfried (1995) Qualitative Sozialforschung: 1.Methodologie. Weinheim: Beltz, Psychologie-Verl.-Union.

Lamnek, Siegfried (2010) Qualitative Sozialforschung. Weinheim, Basel: Beltz Verlag.

Lefebvre, Henri (1968) Le droit à la ville. Paris: Anthropos.

[150] Siehe http://www2.uni-frankfurt.de/47267715/FH-9.pdf
[151] Siehe http://wilderwohnen.blogsport.eu/files/2012/12/bww_broschure_A5_32p.pdf

Lefebvre, Henri (1970) Du rural à l'urbain. Paris: Anthropos.

Lefebvre, Henri (1973) Le droit à la ville. In: Le Droit á la ville suivi de Espace et politique. Paris: Antrhopos.

Liebold, Renate, Trinczek, Rainer (2009) Experteninterview. In: Kühl, Stefan, Strodtholz, Petra, Taffertshofer, Andreas (Hrsg.) (2009) Handbuch Methoden der Organisationsforschung. Quantitative und Qualitative Methoden. Wiesbaden VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Löw, Martina; Steets, Silke; Stoetzer, Sergej (Hrsg.) (2008) Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie. Opladen: Budrich.

Mattl, Siegfried (2000) Wien im 20.Jahrhundert. Wien: Pichler Verlag.

Mayer, Margit (2011) Recht auf Stadt-Bewegungen in historisch und räumlich vergleichender Perspektive. In: Gebhard, Dirk; Holm, Andrej (2011) Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Hamburg: VSA Verlag.

Mengay, Adrian; Pricelius, Maike (2011) Das umkämpfte Recht auf Stadt in Brasilien. Die institutionalisierte Form der >>Stadt Statute<< und die Praxis der urbanen Wohnungslosenbewegung der MTST. In: Holm, Andrej; Gebhard, Dirk (2011) Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Hamburg: VSA Verlag.

Neurath, Otto (1923) Österreichs Kleingärtner- und Siedler-Organisation. Wien: Kommisionsverlag Wiener Volksbuchhandlung.

Novy, Klaus (2012) Selbsthilfe als Reformbewegung. Der Kampf der Wiener Siedler nach dem 1. Weltkrieg. In: Krasny, Elke (Hrsg.) (2012) Hands-on Urbanism 1850-2012. Vom Recht auf Grün. Wien: Verlag Turia + Kant.

Oppenheimer, Franz (1964) Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes. Lebenserinnerungen. Düsseldorf: Melzer Verlag.

Pavlic, Andreas (2009) Die soziale Revolution. Pierre Ramus und die frühe SiedlerInnenbewegung in Wien. Wien: Diplomarbeit.

Petrovic, Madeleine (1998) Der Wiener Gürtel: Wiederentdeckung einer lebendigen Prachtstraße. Wien: Brandstätter.

Reinprecht, Christoph (2012) Die Zukunft des Wiener Gemeindebaus und die Transformation des Sozialen. In: Bettel, Florian; Permoser, Julia Mourão; Rosenberger, Sieglinde (Hrsg.) (2012) living rooms. Politik der Zugehörigkeiten im Wiener Gemeindebau. Wien: Springer Verlag.

Riemer, Hans (1945) Ewiges Wien. Eine Kommunalpolitische Skizze. Wien: Deutscher Verlag für Jugend und Volk.

Rosenthal, Gabriele (2011) Interpretative Sozialforschung: Eine Einführung. Weinheim: Juventa Verlag.

Schmid, Christian (2005) Stadt, Raum und Gesellschaft. Henri Lefebvre und die Theorie der Produktion des Raumes. München: Franz Steiner Verlag.

Schmid, Christian (2011) Henri Lefebvre und das Recht auf Stadt. In: Gebhard, Dirk; Holm, Andrej (2011) Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Hamburg: VSA Verlag.

Schützeichel, Rainer (2004) Historische Soziologie. Bielefeld: trancript.

Sennet, Richard (1995) Fleisch und Stein. Der Körper und die Stadt in der westlichen Zivilisation. Berlin: Berlin Verlag.

Sieder, Reinhard (1988) Zur alltäglichen Praxis der Wiener Arbeiterschaft im ersten Drittel des 20 Jahrhunderts. Wien: Habilitationsschrift.

Tabor, Jan (1988) Das Pathos des Kampfes, das Chaos des Kompromisses, das Weh als Erinnerung. In: Maimann, Helene (Hrsg.) (1988) Die ersten 100 Jahre. Österreichische Sozialdemokratie 1888–1988. Wien: C. Brandstätter.

Weihsmann, Helmut (2002) Das Rote Wien. Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919-1934. Wien: Promedia.

Wulz, Fritz (1978) Stadt in Veränderung. Eine architektur-politische Studie von Wien in den Jahren 1848 bis 1934. Stockholm: Almqvist & Wiksell International.

Zeitschriften

Abend, Der (1927) Österreichische Tageszeitung vom 4.6.

Baeten, Guy (2001) Clichés of Urban Doom. The Dystopian Politics of Metaphors for the Unequal City. A View from Brussels. In: International Journal of Urban and Regional Research 25/1, 55-69. Oxford: Blackwell.

Caffentzis, George (2010) The Future of „The Commons“: Neolibealism's „Plan B“ or the original Disaccumulation of Capital? In: New Formations, 69, 1: 23-41.

Davis, Fred (1961) Comment on Initial Interaction of Newcomers in Alcoholics Anonymus. In: Social Problems 8.

Handler, Martina (2013) Entzauberung der Privatisierungsmythen. In: Augustin Immobilienbeilage. In: Augustin (2013) Nr.353. Wien: Herold Druck- und Verlagsgesellschaft.

Harvey, David (2008) The Right to the City. In: *New Left Review* 53. September/ October. London.

Holm, Andrej (2011) Das Recht auf Stadt. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Ausgabe 8. Berlin: Blätter- Verlagsgesellschaft.

Kelbaugh, Douglas (1997) Common Place. Seattle: University of Washington Press. S 51.

Klein, Michael (2012) MODELS and Solutions, Life and Practie in Social Housing IN VIENNA. In: dérive. Zeitschrift für Stadtforschung (2012) Das Modell Wiener Wohnbau. Vom Superblock zur Überstadt. Ausgabe 46. Wien: Resch Druck.

Kolmayr, Georg (2012) Lucky Vienna. How an Image of Housing is Cultivated. In: dérive. Zeitschrift für Stadtforschung (2012) Das Modell Wiener Wohnbau. Vom Superblock zur Überstadt. Ausgabe 46. Wien: Resch Druck.

Kronen-Zeitung, Illustrierte vom 23.4.1932, Nr. 11.586.

Laimer, Christoph (2012) Editorial. In: dérive. Zeitschrift für Stadtforschung (2012) Das Modell Wiener Wohnbau. Vom Superblock zur Überstadt. Ausgabe 46. Wien: Resch Druck.

Laimer, Christoph (2013) Das urbane LEBEN hat noch gar nicht begonnen. In: dérive. Zeitschrift für Stadtforschung (2013) Citopia Now. Ausgabe 53. Wien: Resch Druck.

Marcuse, Peter (2009) From critical urban theory to the right to the city. In: City, Vol.13(2), S 185-197. Routledge.

Mayer, Margit (2013) Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung (2013) Heft 1.

Mullis, Daniel; Schipper, Sebastian (2013) Die postdemokratische Stadt zwischen Politisierung und Kontinuität. Oder ist die Stadt jemals demokratisch gewesen? In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung (2013) Heft 2.

Purcell, Mark (2002) Excavating Lefebvre. The Right to the City and its Urban Politics of the Inhabitant. In: GeoJournal (2002) Ausgabe 58, Nr. 2-3, S.99-108.

Ramus, Pierre (Hrsg.) (1931) Erkenntnis und Befreiung. Nr.45.

Ronneberger, Klaus (2010) Eingreifendes Denken. Zur Aktualität Henri Lefebvres. In: dérive. Zeitschrift für Stadtforschung (2010) Understanding Stadtforschung. Ausgabe 40. Wien: Resch Druck.

Rumpfhuber, Andreas (2012a) INTRODUCTION. In: dérive dérive. Zeitschrift für Stadtforschung (2012) Das Modell Wiener Wohnbau. Vom Superblock zur Überstadt. Ausgabe 46. Wien: Resch Druck.

Rumpfhuber, Andreas (2012b) VIENNA'S HOUSING APPARATUS AND IT'S CONTEMPORARY CHALLENGES: SUPERBLOCK TURNED ÜBERSTADT. In: dérive. Zeitschrift für Stadtforschung (2012) Das Modell Wiener Wohnbau. Vom Superblock zur Überstadt. Ausgabe 46. Wien: Resch Druck.

Spoo, Georg (2010) Die Stadt im neoliberalen Kapitalismus. Über den Funktionswandel der Stadt nach dem Ende des Postfordismus. In: PHASE 2. Zeitschrift gegen die Realität (2010) Nr. 35 Umbauphase. Leipzig.[152]

Swyngedouw, Erik (2013) Die postpolitische Stadt. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung (2013) Heft 2.

Zerbib, David; Lévy, Jacques; Rennes, Juliette (2007) Jacques Rancière. Les territoires de la pensée partagée.[153]

[152] Siehe http://phase-zwei.org/hefte/artikel/die-stadt-im-neoliberalen-kapitalismus-203/
[153] Siehe www.espacetemps.net/document2142.html (abrufbar bis zum 28.2. 2007)

Internetquellen[154]

http://akwlobau.wagenplatz.at/?p=202

http://www.amerlinghaus.at/

http://www.bi-kometprojekt.at/html/chronik.php

http://briandeer.com/social/thatcher-society.htm

http://cba.fro.at/105538

http://www.dasrotewien.at/kommunaler-wohnbau.html

http://www.dasrotewien.at/mieterschutz.html

http://derstandard.at/1345165079254/Wenn-sich-der-Vermieter-als-Spekulant-entpuppt

http://derstandard.at/1345165807797/Aufregung-um-Online-Pranger-fuer-Mietnomaden

http://derstandard.at/1395363553594/Delogierungen-ebben-in-Spanien-nicht-ab

http://derstandard.at/1397522539468/Regierung-will-beim-Wohnbau-sparen

http://derstandard.at/2000002121632/Wohnst-du-noch-Oder-lebst-du-schon

http://derstandard.at/2000003586717/Polizei-raeumte-Pizzeria-Anarchia-19-Besetzer-festgenommen

http://derstandard.at/2000006627335/Raeumung-Pizzeria-Anarchiakostete-870000-Euro

http://derstandard.at/2482992

http://derstandard.at/3217937

[154] Wenn nicht anders angeführt waren alle Quellen bis zum 20.6.2014 abrufbar.

http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/weltbisgestern/390834/Die-Welt-bis-gestern_matte-sache-das-ganze-bisher

http://epizentrum.noblogs.org/post/2011/11/09/epizentrum-geraumt/

http://www.falter.at/falter/2008/07/15/der-zauberwald/ [155]

http://gaensebluemchen.wagenplatz.at/

http://hafenstrasze.wagenplatz.at/?p=126

http://www.heute.at/news/oesterreich/wien/art23652,1011254

http://www.koer.or.at/cgi-bin/koer/archiv.pl?id=5

https://linksunten.indymedia.org/en/node/64820

https://linksunten.indymedia.org/node/106958

https://linksunten.indymedia.org/node/108725

http://www.mercer.com/qualityofliving

http://www.news.ch/Opernhauskrawall+vor+25+Jahren/211594/detail.htm

http://phase2.nadir.org/rechts.php?artikel=785&print= [156]

http://platzda.blogsport.eu/2010/09/19/80/

http://www.sohoinottakring.at/en/soho-in-ottakring/

[155] Gepp, Joseph (2008) Der Zauberwald. Abgelegene Lacken, versteckte Lager, nackte Menschen.
[156] Abrufbar bis zum 13.5.2014

http://static.twoday.net/rageo/files/NeoliberaleStadt.pdf [157]

http://www.statistik.at/dynamic/wcmsprod/idcplg?IdcService=GET_NATIVE_FILE&dID=44919&dDocName=007093

http://www.statistik.at/web_de/static/publikation_wohnen_2013_079376.pdf

http://www.steinhof-erhalten.at/

http://treibstoff.wagenplatz.at/konzept

http://underline.noblogs.org/selbstverstandnis/

http://urbanizm.net/28360/wohnen-in-wien-einblicke-ins-verborgene-teil-1-delogierungen/

http://wagenplatz.at/archive2009/?p=30

https://wien2025.at/site/die-themen/

http://www.wien.gv.at/kultur/kulturgut/architektur/bauperioden.html

http://www.wien.gv.at/recht/landesrecht-wien/rechtsvorschriften/html/b0200000.htm

https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/mehrfachnutzung/

http://wienwiki.wienerzeitung.at/WIENWIKI/Karl-Marx-Hof

[157] Mullis, Daniel (2009) „Neoliberale Stadt“ – Entwicklungen und Folgen einer neoliberalen Stadtpolitik. (abrufbar bis zum 13.5.2014)

(8) Anhang

Einleitung/ abstract

In der vorliegenden Arbeit geht es um die Frage der Kommodifizierung des Wohnens in Wien, die Rolle der Stadt und jene der sozialen Bewegungen in diesem Bereich, sowie auch das Kampffeld dieser beiden Positionen in diesem Zuge beleuchtet wird.
So wird in einem ersten Schritt – anhand einer historischen Abhandlung, ausgehend vom Roten Wien bzw. den Anfängen der Siedler*innenbewegung – die für die Arbeit relevanten Entwicklungen nachgezeichnet.
Im nächsten Schritt wird sich mit zentralen theoretischen Konstrukten für das Thema auseinandergesetzt. Beginnend mit der Beschreibung der veränderten Wohn(um)welt, wird anhand von Theorien zu Neoliberalisierung sowie Kommodifizierung des Wohnens das Forschungsthema näher beleuchtet, sowie an die historischen Entwicklungen angeknüpft. In der Folge werden grundsätzliche raumtheoretische Überlegungen in diesem Kontext an- und vorgestellt, sowie theoretische Positionen zu Recht auf Stadt und städtische Bewegungen näher gebracht.
Daran anschließend werden in einem nächsten Schritt die Ergebnisse der Feldarbeit aufbereitet. Hierfür wurden sechs Interviews mit Akteur*innen von sozialen Bewegungen, sowie der Stadtebene geführt, welche die gegenwärtige Situation erläutern. Ergänzt wurde dies durch diverse Materialien aus dem Feld.
In einem letzten Schritt werden diese drei Teile zusammengeführt, sowie die wesentlichen Schlussfolgerungen hieraus nochmals resümiert und diskutiert.

This thesis deals with the question of commodification of living in Vienna, and the role of the municipality and social movements in this field. Additionally the battlefield of these positions will be elucidated.
Firstly, the historical context of both positions (municipality and social movements) will be discussed. Starting with the time of Red Vienna and the settlement movement up until now, the history concerning housing will be described.
In the next step, central theoretical constructs for this thesis will be mentioned. On the basis of theories about neoliberalization and commodification, the changing conditions of housing will be described and linked with the historical developments. Hereinafter, fundamental theoretical

considerations about space and theoretical positions of the right to the city and urban movements will be presented.

In a next step the presentation of the results of the field work will follow. Therefore six interviews with people from social movements and the municipality were held. This was supplemented by various materials from the field.

In the last step it was the aim to bring these three parts together as well as to summarize and discuss the major conclusions.

Lebenslauf

Angaben zur Person	
Name	Daniel Penninger
Geburtsdatum	07.08.1986
Geburtsort	Rum in Tirol

Bildungsweg	
Datum	2000 – 2005
Name und Art der Bildungseinrichtung	Höhere Technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Innsbruck Bereich Elektrotechnik
Datum	2007 – 2011
Name und Art der Bildungseinrichtung	Bachelorstudium Soziologie an der Universität Wien
Datum	September 2009 – Februar 2010
Name und Art der Bildungseinrichtung	Auslandssemester an der Universität Deusto in Bilbao
Datum	2011 – 2015
Name und Art der Bildungseinrichtung	Masterstudium Soziologie an der Universität Wien

Relevante Tätigkeiten	
Datum	Mai 2008 – Dezember 2009
Name und Art der Tätigkeit	Mitarbeit an einem soziologischen Projekt zum Thema „EM2008 in Österreich“ mit Reinhard Kreissl und Heinz Steinert. Durchführung teilnehmender Beobachtung, Teilhabe an Gruppendiskussionen und Verfassen der Publikation: „Penninger Daniel (2010) Der Goldesel Fußball. Ökonomische Versprechen und Enttäuschungen. In: Heinemann Torsten, Resch Christine (Hrsg.) (2010) (K)ein Sommermärchen: kulturindustrielle Fußball-Spektakel. Münster: Westfälisches Dampfboot.“
Datum	November 2008 – Juli 2009
Name und Art der Tätigkeit	Praktikum und Mitarbeit bei einem Projekt zum Thema „irreguläre 24h-Pflege durch Migrantinnen“ (Transkription und Aufarbeitung von Interviews sowie Teilnahme an qualitativen Gruppeninterpretationen) am Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie Wien.
Datum	November 2009 und November 2013
Name und Art der Tätigkeit	Präsentation des Films „Randsteinkultur“ (2009), welcher im Rahmen einer Gruppenarbeit im Seminar „Ethnografie“ mit Katharina Miko entstand. Einmal im Zuge der Teilnahme „Workshop und Workshow Visuelle Soziologie 2009“ im Institut für Soziologie Wien. Ein weiteres Mal im Zuge der Teilnahme an der „Filmschau. Soziologischer Film“ im Schikanederkino in Wien.
Datum	März 2013 – Januar 2014
Name und Art der Tätigkeit	ÖH-Tutoriumstätigkeiten am Institut für Soziologie Wien.